Mittwoch, 26. November 1986 · D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 275 - 48.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 28,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

Heute in der WELT



Die Frau neben Ronald Reagan

Ist sie eine Frau mit zwei Gesichtern – einem lächelnden für die Öffentlichkeit und einem energischen in den Kulissen der Politik? Ist Nancy Reagan die treibende Kraft im Weißen Haus? Diese zerbrechlich wirkende Frau hat sicher Gewicht, mehr Gewicht als alle anderen „First Ladies" dieses Jahrhunderts. Was sie treibt, ist aber nicht politischer Ehrgeiz. Es ist die Sorge um das Wohl und Image ihres „Ronnie". Seite 3

„Sicherheitspartnerschaft"

Wer kennt es nicht, das Schlagwort aus vergangenen Wahlschlachten? So sehr das Wort „Sicherheitspartnerschaft" in aller Munde war, so oft wurde es auch in einer Weise gebraucht, die nicht im Sinne des Erfinders war. Lothar Rühl, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Wortschöpfer der „Sicherheitspartnerschaft", beschreibt die „Karriere eines politischen Begriffes". Seite 6

POLITIK

Brandanschlag: Schaden von rund 1,5 Millionen Mark ist bei einem Brandanschlag entstanden, den militante Atomgegner auf einer Münchener Baustelle verübten. Sie zerstörten einen Raupenkran. Die Aktion richtete sich offenbar gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf.

Besuch: Als erstes Staatsoberhaupt Israels wird Präsident Herzog 1987 die Bundesrepublik besuchen. Wie seine Kanzlei bestätigte, nahm er eine Einladung aus Bonn an. Ein Termin wurde noch nicht vereinbart. Herzog erwidert damit die Israel-Visite von Weizsäckers im vorigen Jahr.

Razzia: In der nordschwedischen Stadt Lulea sind bei einer Razzia Fernsehbild- und Tonaufzeichnungen zum Mord an Schwedens Ministerpräsident Palme entdeckt worden. Das Material ist im Wagen eines Mannes sichergestellt worden, der inhaftiert wurde.

Abrüstung: Das SPD-Präsidium sprach sich für eine uneingeschränkte Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen aus. Dies entspreche dem Ziel des NATO-Doppelbeschlusses. Moskau hingegen solle den Verzicht auf das SDI-Programm nicht länger zur Vorbedingung für Rüstungskontroll-Verhandlungen machen.

Anklage: Die Lage der Juden in der Sowjetunion hat sich nach den Worten von Israels UNO-Botschafter Netanjahu seit der Wahl Gorbatschows zum Parteichef verschlimmert. Zwar seien Besserungen versprochen worden, aber in Wirklichkeit „wurde die Kampagne verschärft".

Asylantrag: Der Erste Sekretär der chinesischen Botschaft in Bonn, Tu Pingju, hat zusammen mit seiner Ehefrau Chu Mailan um politisches Asyl in der Bundesrepublik nachgesucht. Die Gründe für diesen ungewöhnlichen Schritt sind noch nicht bekannt.

WIRTSCHAFT

Einzelhandel: Die neu entfachte Kauflust der Deutschen wird dem Handel dieses Jahr zu Weihnachten noch mehr Umsatz bescheren. Höhere Einkommen und mehr Beschäftigung beflügeln die Erwartungen der Einzelhandelsgeschäfte und Kaufhäuser. Zu Weihnachten sollen 19 Milliarden Mark zusätzlich die Ladenkassen klingeln lassen. Das wären 600 Millionen Mark mehr als 1985.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten tendierten die Kurse am Dienstag etwas freundlicher. Am Rentenmarkt schwankten die Notierungen öffentlicher Anleihen nach beiden Seiten. WELT-Aktienindex: 279,87 (278,09). BHF-Rentenindex: 106,305 (106,236). BHF-Performance-Index: 107,547 (107,448). Dollarmittelkurs: 2,0088 (2,0200) Mark. Goldpreis je Feinunze: 383,75 (380,50) Dollar.

Aktienindex der WELT 31.12.1964=100

(Chart: 260–280; 11 12 13 14 17 18 19 20 21 24 25 November '86)

KULTUR

Reinfall: In Metz ist Karlheinz Stockhausens musikalisches Werk „Evas Zauber" uraufgeführt worden. Herausgekommen ist ein zusammenhangloser Stil-Mischmasch. Hundert jugendliche Zuhörer verließen mitten im Stück den Saal. (S. 23)

Handwerks-Zentrum: Schmiede, Tischler, Schreiner, Stukkateure und Maler können auf der Insel San Servolo in der Lagune von Venedig fast verlorengegangene Handwerksgeheimnisse von den besten Meistern ihres Fachs erlernen. (S. 23)

SPORT

Eishockey: Bei ihrer Kanada-Tournee mußte die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft im dritten Spiel ihre dritte Niederlage hinnehmen. Diesmal gab es trotz einer Steigerung gegen die kanadische Olympia-Auswahl eine 5:7-Niederlage. (S. 11)

Moderner Fünfkampf: Vom Weltverband wurden 15 Athleten (fünf aus der UdSSR und Polen, aus Bulgarien drei und den USA zwei) wegen Doping-Mißbrauch mit einer Sperre von 30 Monaten belegt. Sabine Krapf erhält nachträglich eine Bronzemedaille. (S. 11)

AUS ALLER WELT



Automuseum: Sie stehen da wie aus dem Ei gepellt. Alte Autos vom Feinsten wie etwa dieser blitzblanke Chevrolet aus dem Jahr 1932 (Foto) sind in einem Brüsseler Automuseum zu bewundern. Gezeigt wird die Entwicklung des europäischen und teilweise auch des US-Automobilbaus von 1897 bis heute. (S. 24)

Eß-Studie: Frisch, abwechslungsreich, fettarm und exotisch – so stellen sich Wirtschaftsforscher die Ernährung auf der Speisekarte im Jahr 2000 vor. (S. 24)

Schüsse an der Mauer sollen bei der KSZE auf den Tisch

„Von guter Nachbarschaft meilenweit entfernt" / WELT-Gespräch mit Windelen

D.G./DW. Bonn

Der Tod eines Flüchtlings im Kugelhagel von „DDR"-Grenzsoldaten an der Berliner Mauer ist eine schwere Belastung der innerdeutschen Beziehungen. Das erklärte der für die Deutschlandpolitik zuständige Bundesminister Heinrich Windelen in einem WELT-Interview. „Die schrecklichen Ereignisse an der Berliner Mauer, wo ein junger Deutscher, der von seinem Menschenrecht auf Freizügigkeit Gebrauch machen wollte, sein Leben verlor, sind von guter Nachbarschaft und Normalität meilenweit entfernt."

Zu bisherigen Vermutungen, der Schießbefehl sei abgemildert worden, sagte der CDU-Politiker: „Ich habe immer davor gewarnt anzunehmen und zu verbreiten, es sei ohne Gefahr für Leib und Leben möglich, die Sperranlagen, Mauer und Stacheldraht zu überwinden. Es ist bitter, feststellen zu müssen, daß meine Bewertung zutreffend ist."

Zu den Beobachtungen von Westberliner Seite aus, daß einer der „DDR"-Soldaten gegen die Erschießung protestierte und dafür sofort gemaßregelt wurde, sagte Windelen: „Es berührt mich sehr, daß selbst eine jahrzehntelange Indoktrination nicht vermochte, menschliche Regungen bei den Soldaten zu zerstören oder abzutöten."

Es sei eine schwierige Frage, ob man angesichts der Tötung des Flüchtlings zum deutschlandpolitischen Alltag zurückkehren solle, um neue Vereinbarungen mit der „DDR" abzuschließen. „Ich meine aber, daß wir uns um der Menschen willen bemühen müssen, weitere Fortschritte zu erzielen, damit sich derart schreckliche Ereignisse nicht wiederholen."

Auch sei es angemessen und selbstverständlich, die wirkliche Lage an der innerdeutschen Grenze auf der Wiener KSZE-Folgekonferenz zur Sprache zu bringen. „Man kann uns auch nicht vorwerfen, daß dies Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR sei. Denn es handelt sich um die Verletzung internationaler Vereinbarungen einschließlich der KSZE-Schlußakte, der UNO-Menschenrechtsakte und der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, zu deren Einhaltung sich auch die DDR verpflichtet hat."

Unterdessen bestätigte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, daß die Unionsfraktion daran denkt, den Flüchtlingsmord auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien zur Sprache zu bringen. Es sei dringend geboten, der Weltöffentlichkeit die Grausamkeit des Schießbefehls der „DDR" wieder stärker bewußt zu machen. Die KSZE-Nachfolgekonferenz sei dafür das am besten geeignete Forum.

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau forderte die „DDR" auf, „der Schlußakte von Helsinki gerecht zu werden und endlich den unmenschlichen Schießbefehl aufzuheben". Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, sprach von einem „Mord", der ihn mit „Abscheu und Zorn" erfülle. Zorn sei jedoch kein guter Ratgeber in der Frage der Einladung Honeckers zum „DDR"-Staatsakt im Oktober 1987. „Ich werde meine Entscheidung ohne die Emotionen treffen, die jetzt vorhanden sind", sagte Diepgen.

DER KOMMENTAR

Verunsicherung

JOACHIM NEANDER

Im Grundsatz ist es natürlich gut, daß sich nun auch die Europäische Gemeinschaft des Themas Chemie und Gewässerschutz annimmt. Daß eine so konkrete Resolution der EG-Umweltminister überhaupt zustandekam und daß auf deutsches Betreiben so wichtige Dinge wie die Haftung nach dem Verursacherprinzip darin verankert werden konnten, ist für Brüsseler Verhältnisse nicht gerade selbstverständlich.

Dennoch gilt auch für diesen Schritt nach vorn, daß dem Rhein und dem Haushalt der Natur insgesamt mit bloßem politischem Aktionismus nur wenig gedient ist. Daß die EG ihr politisches Gewicht etwa bei künftigen Verhandlungen mit Nichtmitgliedstaaten wie der Schweiz einbringt, kann von Vorteil sein. Davon aber, daß die nationalen Chemie-Kontrolleure nun zusätzlich von EG-Kontrolleuren kontrolliert werden, ob sie auch nach EG-Vorschrift kontrollieren, wäre Fortschritt nicht zu erwarten.

Entscheidend wird sein, wie die Chemieindustrie selbst sich verhält. Zurzeit herrscht allgemeine Verunsicherung. Die einen melden aus Angst vor Skandalen im Zweifel lieber – etwas übertrieben – jeden umgekippten Eimer. Die anderen bunkern sich erst recht ein. Klarheit wird dadurch ebenso wenig geschaffen wie durch markige Äußerungen von Staatsanwälten oder Politikern, die beim besten Willen nicht mehr Fachverstand mitbringen können als andere Außenstehende.

Vielleicht hilft zur Verbesserung der Beurteilungsmaßstäbe eine Reminiszenz. 1979 gab es bei der BASF einen Großbrand ähnlich dem bei Sandoz in Basel. Es gelangte dank der Vorkehrungen damals kein Gift in den Rhein. Aber Unternehmen und staatliche Kontrolle haben gemeinsam daraus gelernt – unter anderem, daß Offenheit und Kooperation auf die Dauer für alle nützlicher sind als Schweigen und Hinhalten.

„Die Aussichten sind ermutigend"

Stoltenberg wehrt sich gegen düsteres Konjunkturbild / Haushaltsdebatte im Bundestag

HEINZ HECK, Bonn

In einer bereits stark vom Wahlkampf geprägten Atmosphäre hat der Bundestag gestern die viertägige Aussprache über den Bundeshaushalt 1987 mit der Erörterung der Wirtschafts- und Finanzpolitik begonnen. Der Hauptredner der SPD-Opposition, der ehemalige Finanzminister Hans Apel, warf der „Wendekoalition" vor, sie habe trotz „unverdienter Konjunkturgeschenke" die selbstgesetzten Ziele „deutlich verfehlt". Apel verlangte eine Steuer- und Haushaltspolitik, die die unteren und mittleren Einkommensgruppen stärker entlaste und damit die Massenkaufkraft stärke. So könnten die Binnennachfrage stabilisiert und ein wirksamer Beitrag zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit geleistet werden.

Wie Apel zog auch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg eine Bilanz der vierjährigen Regierungszeit. Gestützt auf die günstigen Aussagen des Sachverständigen-Gutachtens, widersprach er dem düsteren Konjunkturbild, das Apel gezeichnet hatte. Die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für 1987 und darüber hinaus seien „ermutigend". Ausgabendisziplin und bessere Wachstumsbedingungen seien keine Gegensätze. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen 1985/86 preisbereinigt um rund 20 Prozent. Darin sieht Stoltenberg neben den gestiegenen Investitionen für

Seite 2: Apel hatte es schwer

die Ausbildung junger Menschen „das Positivste und Wichtigste dieser Jahre".

Der SPD warf der Minister vor, sie habe sich mit der Ablehnung einer niedrigeren Steuerquote den Weg zu einer [illegible] Senkung der Lohn- und Einkommensteuerlast verbaut. Zum Vorwurf der beschäftigungspolitischen Untätigkeit erinnerte er an die gegenüber 1982 um rund 50 Prozent auf 5,6 Milliarden Mark gestiegenen Ausgaben für berufliche Fortbildung und Qualifikation.

Aus der Sicht der Grünen gehen die gezielten Entlastungen für die Unternehmen an den beschäftigungspolitischen Erfordernissen vorbei, erklärte Axel Vogel. Ein immer kleinerer Teil der Gewinne gehe in Arbeitsplätze schaffende Anlageinvestitionen. Die Unternehmen vermehrten ihr Geldvermögen und verlagerten mehr Finanzanlagen ins Ausland.

Manfred Carstens und Wolfgang Weng, die haushaltspolitischen Sprecher von CDU/CSU- und FDP-Fraktion, unterstrichen, daß selbst im Wahljahr 1987 die Sanierung der Staatsfinanzen deutlich fortgesetzt werde. Mit der Beschränkung des Ausgabenzuwachses auf 1,9 Prozent sei die Konsolidierung „einen kräftigen Schritt" vorangekommen. Während die Ausgaben 1987 nur um rund fünf Milliarden zunähmen, würde bei den Steuereinnahmen ein Plus von zehn Milliarden erwartet. Helmut Wieczorek (SPD) kritisierte vor allem die Ausweitung der Subventionen seit 1982.

Union erwartet, daß FDP zu Anti-Terrorgesetzen steht

Mischnick: Ohne Kronzeuge / Plädoyer eines Exterroristen

gba. Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht in das heutige Koalitionsgespräch mit der FDP über das Paket von Anti-Terrorgesetzen „in der festen Erwartung, daß – mit Ausnahme der ‚Kronzeugen'-Regelung – alle anderen Vereinbarungen wie vorgesehen im Dezember verabschiedet werden." Das erklärte der Erste Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Rudolf Seiters nach einer Besprechung mit der FDP-Fraktionsspitze gegenüber der WELT.

Auf die Frage nach Bestrebungen innerhalb der FDP, neben der umstrittenen „Kronzeugen"-Regelung auch die anderen geplanten Maßnahmen zu Fall zu bringen (WELT v. 25.11.) sagte Seiters: „Wir gehen fest davon aus, daß die anderen wichtigen Punkte geschlossen von der Koalition getragen werden." Dabei geht es insbesondere um die Ausweitung des Straftatbestandes im Paragraphen 129 a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) und der neuen Strafandrohung bei Anleitung zu schweren Gewalttaten (Paragraph 130 a StGB), aber auch das Gesetz über das Zentrale Verkehrsinformationssystem, mit dem die Polizei bei der Fahndung direkten Zugriff auf das zentrale Kfz-Register in Flensburg bekommen soll.

Die Unionsfraktion werde, so Seiters, den „Kronzeugen"-Gesetzentwurf „ruhen lassen", weil die Koalitionsvereinbarung nach den Beschlüssen des FDP-Bundesparteitags „in einem wichtigen Punkt nicht mehr steht."

Trotz der Bedenken in den eigenen Reihen gegen die Paragraphen 129 a und 130 a geht auch FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick davon aus, daß in dem Koalitionsgespräch der Paket der restlichen Anti-Terror-Gesetze bestehen bleibt.

Volker Speitel, ehemaliges RAF-Mitglied und 1977 erster „Kronzeuge", befürwortet die Einführung einer „Kronzeugen"-Regelung. Durch seine damalige Aussage habe der Staat „Einblick in eine Gruppenstruktur" bekommen, „die ihm bis dahin verschlossen war", sagte Speitel der „Quick". Außerdem könnte es sein, daß RAF-Mitglieder, „die innerlich schon ausgestiegen sind, in einer ‚Kronzeugen'-Regelung eine neue Lebenschance sehen".

Union: Chemie hat Vertrauen verspielt

Farthmann fordert „Öko-Eingreiftruppe" / Erster Schritt für Verbot von Blei-Benzin

DW./ha. Bonn/Brüssel

Nach den jüngsten Unfällen bei der BASF und bei Hoechst hat sich die Tonlage gegenüber der chemischen Industrie erheblich verschärft. Paul Laufs, umweltpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, erklärte, die chemische Industrie müsse wissen, daß sich einmal verspieltes Vertrauen nur schwer wiedergewinnen lasse. Einen Schritt weiter ging SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, der die „Philosophie von dem zu vernachlässigenden Restrisiko" für nicht länger haltbar erklärte. Demgegenüber sagte Bayer-Vorstandschef Strenger, die Technik bringe immer ein gewisses Restrisiko mit sich. Strenger räumte jedoch ein, daß das Vertrauen in die Chemie erschüttert worden sei.

Laufs forderte die Chemie auf, sich unverzüglich und umfassend an der Wiederherstellung des Öko-Systems des Rheins zu beteiligen. Außerdem müßten die gefährlichen Stoffe in der Produktion verringert und die Störfall-Vorsorge ausgeweitet werden; auf wassergefährdende Stoffe ausgedehnt werden. Isolierte Lager mit gefährlichen Stoffen in großen Mengen müßten so gesichert werden, daß ein Störfall nicht zu Kettenreaktionen (Domino-Effekt) führe. Mit einem technischen Regelwerk sollten die Vorschriften nach dem Immissionsschutzgesetz und der Störfall-Verordnung ergänzt werden.

Ein Forderungskatalog, der dem nordrhein-westfälischen SPD-Fraktionschef Farthmann nicht ausreicht. „Seit Jahren wehrt sich die chemische Industrie geradezu militant gegen schärfere Auflagen." Deshalb müsse eine „Öko-Eingreiftruppe" sicherstellen, daß schärfere Vorschriften eingehalten werden. Die Industrie müsse „rund um die Uhr" überwacht werden, sagte er in der „Bild"-Zeitung.

Ins Kreuzfeuer geriet auch die Informationspolitik der Chemiewerke. Die Aufklärung über die Zwischenfälle bei BASF und Hoechst sei „unzureichend und unzutreffend" gewesen, sagte Laufs. Die jüngsten Störfälle hätten zwar bei weitem nicht die Folgen wie die Gifteinleitungen durch Sandoz, dennoch seien Verharmlosungen und Beschwichtigungen fehl am Platz. Der saarländische Umweltminister Leinen (SPD) ordnete eine Überprüfung der Chemiebetriebe im Saarland an.

Einen ersten Schritt zur Unfallvorsorge haben die europäischen Umweltminister getan. Sie beschlossen, Überlegungen für eine Verbesserung des internationalen Alarmsystems, eine Harmonisierung der Gesetzgebung für die Handhabung gefährlicher Chemikalien und über den Schadensausgleich für Verschmutzungsschäden anzustellen.

Der Bonner Vorschlag, bleihaltiges Normalbenzin zu verbieten, fand ein positives Echo. EG-Kommission und Ministerrat sprachen sich dafür aus, die Voraussetzung für ein baldiges Verbot zu schaffen.

Schlußfolgerungen aus dem Fall Tiedge

gba. Bonn

Unterschiedliche Bewertungen über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Aufhellung der Spionageaffäre des Sommers 1985 haben Koalition und Oppositionsparteien vorgelegt. Während Union und Freidemokraten die Amtsführung von Bundesinnenminister Zimmermann nach den einjährigen Untersuchungen als tadelsfrei einschätzen, blieb die Opposition beim Vorwurf mangelnder Aufsicht über den Verfassungsschutz.

Seite 12: Zimmermann entlastet

„Kohl senkt die Tabu-Grenze"

DW. Bonn

Führende Sozialdemokraten haben Teilen der Union und speziell Bundeskanzler Kohl vorgeworfen, sie förderten neonationalistische Tendenzen, um Wähler an sich zu binden, die sonst rechtsradikalen Splittergruppen ihre Stimmen gäben. Vogel: Es verstärke sich inzwischen der Verdacht, Kohls Vergleich zwischen Gorbatschow und Goebbels sei keine Entgleisung gewesen, sondern habe bewußt diesem Ziel gedient. Bundesgeschäftsführer Glotz sagte, Kohl senke die „Tabu-Grenze".

Attentat auf den Papst vereitelt

DW. Brisbane

Die australische Polizei hat einen Anschlag auf Papst Johannes Paul II. vereitelt. Wenige Stunden vor seinem Eintreffen in der Stadt Brisbane wurde ein 24jähriger Mann festgenommen, der in einem Pappkarton fünf zusammengebundene Benzinbomben mit einem Zünder versteckt hatte.

Nach Angaben der Polizei hatte sich der Mann bei einer Routinekontrolle im Rathaus der Stadt merkwürdig benommen und war durchsucht worden. Der verhinderte Attentäter sei erst vor kurzem aus einer psychiatrischen Klinik entlassen worden. Er erklärte, er habe den Papst töten wollen, „weil der zuviel Geld hat". Der gebürtige Ire sagte im ersten Verhör, er habe noch einen geeigneten Platz für das Attentat gesucht. Der Papst erfuhr von dem Zwischenfall erst nach seiner Ankunft im Queen-Elizabeth-II-Stadion, wo er vor 60 000 Gläubigen unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen eine Messe zelebrierte.

Polen zahlt nicht

DW. Warschau

Polen kann 1986 seine Schuldzinsen bei westlichen Gläubigerbanken nicht bezahlen. Bei Vorlage des Etatentwurfes teilte Finanzminister Sawojlik mit, daß die Schulden im Westen bis Ende 1987 auf 35 Milliarden Dollar anwachsen werden.

Gegendarstellung

Zu dem Artikel „Falschaussage vor NH-Ausschuß?" (Tageszeitung DIE WELT vom 17. November 1986, Seite 1). In dem Artikel schreiben Sie über mich „Breit hatte dagegen ausgesagt, erst Anfang September über den NH-Verkauf von Lappas unterrichtet worden zu sein". Diese Darstellung ist falsch. Richtig ist, daß ich wahrheitsgemäß dem Untersuchungsausschuß folgendes mitgeteilt habe: Es war klar, daß euch ein Verkauf an einen Investor in Frage komme. Erstmals am 28. August 1986 bin ich von Herrn Lappas dahin informiert worden, daß mit Herrn Schiesser in Verhandlungen sei, die zu einem Verkauf führen könnten. Ernst Breit

Ölbohrinsel in Brand geschossen

Co./DW. Bonn/Manama

Kampfflugzeuge unbekannter Nationalität haben gestern im Süden des Persischen Golfs eine Ölbohrinsel vor der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate in Brand geschossen. Die Plattform wurde von drei Raketen getroffen. Zwei Raketen zerstörten Fördereinrichtungen, die dritte schlug in den Wohnquartieren ein. In ersten Berichten hieß es, die Plattform stehe in Flammen, elf Arbeiter seien verletzt worden. Die Förderanlage im südlichen Golf wird von der französischen Gesellschaft „Total" betrieben. Sie war schon einmal am 16. Oktober von einer irakischen Flugzeugrakete getroffen worden. Dabei wurde ein Arbeiter getötet.

Bundesaußenminister Genscher warnte unterdessen nachdrücklich vor einer Ausweitung des Golfkrieges. Er hat in den letzten beiden Tagen bei Gesprächen mit den Botschaftern Iraks und Irans sowie zahlreicher arabischer Staaten das Interesse Bonns an einer Beendigung des Konflikts unterstrichen.

Koalitionsfrage in Wien führt zu Spannungen in der ÖVP

Parteivize Graf legte Ämter nieder / Kooperation mit der FPÖ?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky hat gestern bei Bundespräsident Kurt Waldheim den Rücktritt der Regierung im Anschluß an die Nationalratswahlen vom Sonntag eingereicht. Traditionsgemäß wurde das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung betraut.

Die Koalitionsfrage hat nun zu Spannungen in der christlich-demokratischen ÖVP geführt. Einer der prominentesten ÖVP-Politiker, der bisherige Wirtschaftssprecher und stellvertretende Parteivorsitzende Robert Graf legte alle Parteiämter nieder. Graf begründete seinen Schritt damit, daß er als Anhänger der großen Koalition – also eines Zusammengehens der ÖVP mit den Sozialisten – die Haltung des Parteivorsitzenden Alois Mock nicht präjudizieren wolle. Da bisher verlautete, der ÖVP-Chef wolle sich nicht mit dem Posten eines Vizekanzlers in einer sozialistisch geführten Bundesregierung zufriedengeben, gilt Graf als möglicher Kandidat für das Amt.

Bundeskanzler Vranitzky sprach sich erneut für eine große Koalition aus. Er wies Vorschläge einiger ÖVP-Regierungschefs der Länder zurück, eine „Konzentrationsregierung" zu bilden, an der alle Parteien des Parlaments beteiligt seien. Dies, so Vranitzky, würde eine Ausschaltung der Opposition bedeuten.

Mock erklärte, die Position der Volkspartei sei nicht schlecht. Sie könne mit allen Beteiligten reden, während Vranitzky und die Sozialisten sich die Kontakte zur FPÖ verbaut hätten. Er sprach sich für Verhandlungen mit allen Parteien aus. Auf die Frage, ob er nicht vielleicht doch Vizekanzler werden wolle, antwortete er, es gehe nicht in erster Linie um Personal-, sondern um Sachfragen. Kein Regierungsmodell werde ausgeschlossen.

Die ÖVP ist zweitstärkste Partei. Die Grünen mußten ihr jedoch nach der Auswahl der Briefwahlstimmen ein Mandat abtreten, so daß sie nun über 77 statt der bislang gemeldeten 76 Mandate verfügt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Apel hatte es schwer

Von Heinz Heck

Ein *unzureichendes Wirtschaftswachstum, explodierende* Unternehmensgewinne, anhaltende Massenarbeitslosigkeit, eine wachsende neue Armut sind die Markenzeichen der Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Koalition." Der Befund des ehemaligen Finanzministers Hans Apel (SPD) stand in deutlichem Kontrast zu allem, was man erst tags zuvor (WELT vom 24. November) von den unabhängigen Fünf Weisen über den Zustand der deutschen Wirtschaft und ihre Perspektiven über den Wahltag hinaus gehört hatte.

Die guten Noten des Jahresgutachtens waren es denn auch, die dem Hauptredner der SPD in der gestrigen Haushaltsdebatte die wirtschafts- und finanzpolitische Schlußbilanz für die ausgehende Legislaturperiode schwer machten. Aus seiner Sicht mag es verständlich erscheinen, daß er Bezüge zum Gutachten auf die etwas zurückgenommenen Wachstumserwartungen und die Aussagen zur Arbeitslosigkeit beschränkte.

Dafür kamen in bestem Wahlkampfstil die alten Leerformeln aus der Zeit der Wende wieder hervor: Umverteilung von unten nach oben, alles für die Reichen, nichts für die Armen usw. Nur ein Slogan blieb in der Versenkung: Stoltenberg ist nicht mehr der Kaputtsparer der Nation, der pure Fiskalist, der sich an Haushaltszahlen berauscht.

Dieser hatte es mit seiner Bilanz einfacher. Er machte mit seiner gestrigen Rede deutlich, daß er in dem beginnenden Wahlkampf die Alternativen von Koalition und Opposition, speziell SPD, mit allem Nachdruck an der Großen Steuerreform festmachen will. Eine nachhaltige Senkung des überhöhten Lohn- und Einkommensteuertarifs gehört für ihn „zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Wahlperiode".

Dagegen sieht er die SPD in ihren Nürnberger Parteitagsbeschlüssen gefangen. Sie habe dort eine Verringerung der Steuerquote grundsätzlich abgelehnt und sich damit den „Zugang zu einer anhaltenden Senkung der Lohn- und Einkommensteuerlast für die arbeitenden Menschen versperrt. Diese Alternative ist für jedermann erkennbar", meinte Stoltenberg. Und für jedermann erkennbar ist, daß er auf diesem Gebiet in den kommenden Wochen verstärkt zu werben gedenkt.

Doppelter Erfolg

Von Jochen Hehn

Gute Nachrichten für Frau Aquino: Zuerst stimmten die Moslem-Rebellen im Süden des Landes einer Verlängerung der im September geschlossenen Waffenruhe zu und schufen damit die Voraussetzung für Friedensverhandlungen, die innerhalb der nächsten zwei Monate im saudiarabischen Dschidda beginnen sollen. Dann haben jetzt auch die Kommunisten unter dem Druck des Ende November auslaufenden Ultimatums sich gegenüber dem Regierungs-Unterhändler Ramon Mitra zum Waffenstillstand bereit erklärt.

Durch die angekündigten Friedensverhandlungen ergeben sich nicht nur gute Aussichten, den seit fünfzehn Jahren andauernden Kampf mit den moslemischen Filipinos friedlich beizulegen. Sondern Frau Aquino hat nun auch den Rücken frei für die Bekämpfung der kommunistischen Rebellion. Daher blieb den Kommunisten kaum etwas übrig, als sich ihrem Ultimatum zu beugen und ebenfalls einem Waffenstillstand zuzustimmen.

Denn das Militär hat jetzt mit Ramos und dem neuen Verteidigungsminister Ileto ein militärisches Zweiergespann an der Spitze, das an einem Strang zieht und entschlossen ist, bei einem neuerlich feindseligen Verhalten die kommunistische Guerrilla mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unschädlich zu machen. Die Stellung der Armee wird auch noch dadurch gestärkt, daß bei einer Friedensregelung mit den Moslems große Truppenkontingente aus den Moslem-Gebieten Mindanaos in die von den Kommunisten kontrollierten Gebiete verlegt werden können.

Doch birgt ein Waffenstillstand mit den Kommunisten weit mehr Unabwägbarkeiten als jener mit den Moslems. Die Forderungen der Kommunisten in der Vergangenheit – wie jene nach „diplomatischer Anerkennung" – haben gezeigt, daß für sie ein Waffenstillstand kein Endziel, sondern eher ein Etappenziel ist auf dem Weg zur politischen Macht. Die Waffenruhe, davon sind die Militärs überzeugt, werden die Guerrilleros dazu nutzen, ihre Positionen auszubauen. Aber auch das Militär selbst könnte bei gezielter Vorbereitung daraus großen Nutzen ziehen.

Mehr Schutzräume

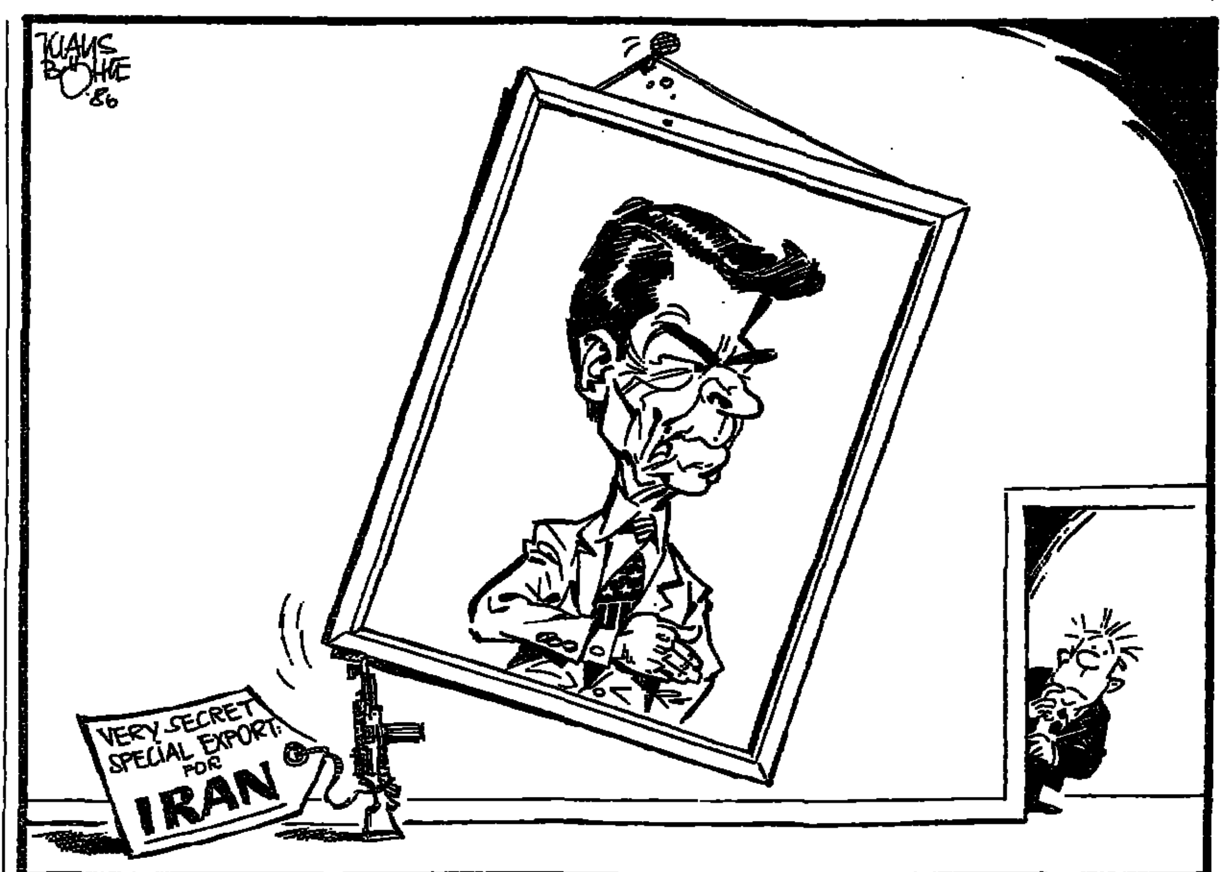
Von Eberhard Nitschke

Daß in der Bundesrepublik Deutschland anders als in anderen europäischen Ländern für je dreißig Einwohner nur ein einziger Schutzraumplatz vorhanden ist, betrachtet Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann angesichts der Bedrohung durch grenzüberschreitende, großflächige industrielle Schadensfälle der letzten Zeit als unmögliche Situation. Seine Erinnerung an das Schutzraum-Baugesetz von 1965 freilich, das aus finanziellen Gründen nie in Kraft trat, sondern *sofort suspendiert wurde, könnte jene ehrwürdigen Vorwürfe* aus dem Friedensfundus wieder in Umlauf setzen, daß Schutzplätze „Kriegsvorbereitung" seien.

Der Ausbau der Katastrophenvorsorge, das überproportionale Wachsen der Ausgaben für den Zivilschutz in den nächsten Jahren machen allerdings nur auf die Lässigkeit aufmerksam, die man über Jahrzehnte und eigentlich bis „Tschernobyl" diesem Thema gewidmet hat.

Während die Bundesregierung seit dem Regierungswechsel 1982 die Ausgaben für Schutzbauten von etwa 58 Millionen Mark auf jetzt 113 Millionen Mark jährlich verdoppelt hat, konnten einzelne Gemeinden, wie zum Beispiel noch vor kurzem Nürtingen, es sich leisten, gegen den Ausbau einer neuen Tiefgarage zu Schutzzwecken für die Bürger zu stimmen. Dergleichen erzeugt allemal mehr Aufsehen als die Tatsache, daß im Bundesinnenministerium die Kommunen Schlange stehen, um die Gelder für solche Baumaßnahmen aus der Bundeskasse abzurufen. Und nachdem schon einzelne Gerichte entschieden haben, daß Gemeinden nicht das Recht haben, den Katastrophenschutz für ihre Bürger schlichtweg abzulehnen, wartet man im Bundesinnenministerium gelassen auf eine höchstrichterliche Entscheidung in dieser Sache.

Der Titel einer Broschüre zum Zivil- und Katastrophenschutz, die Zimmermann gestern vorstellte, heißt „Sicherer leben", nicht „Sicher leben". Ein Leben ohne jedes Risiko ist in einer Industriewelt (und in einer nichtindustriellen Welt) nicht möglich. Das Tabu um den „Schutzraum" ist geborsten. Die Frage ist, ob gegen eine Phenolwolke ein geschlossener Fensterladen hilft – oder ob nicht mehr getan werden muß.



KLAUS BÖHLE

Normalisierung?

Von Franz Kadell

General Jaruzelski darf zufrieden sein. Die kirchliche Opposition befindet sich in Verlegenheit, weil sie nicht weiß, wie sie sich zum „Beratungskomitee beim Staatsrat" stellen soll, die „Solidarität" zerfasert sich im Untergrund immer mehr, der Papst wird Jaruzelski mit Frau Barbara empfangen, die Amerikaner signalisieren Bereitschaft, die letzten Polen-Sanktionen aufzuheben.

Eingeleitet wurde diese Entwicklung mit der jüngsten Amnestie. Nicht nur die letzten 225 „Politischen" wurden freigelassen, sondern auch Prominenz aus dem harten und teils militanten Kern: Zbigniew Bujak, Bogdan Borusziewicz und Tadeusz Jedyniak.

Der Versuch des Generals, diesen Schritt als humanitäre Geste zu verkaufen, kann das gewichtigere Motiv nicht verdecken: Jaruzelski braucht Geld. Polen steht mit 31 Milliarden Dollar Auslandsschulden in der Kreide. Die Industrie braucht Mittel zur Renovation. Die jüngsten Lohnerhöhungen übersteigen den Produktivitätszuwachs. Will Jaruzelski das Schicksal nicht herausfordern – Preiserhöhungen hatten 1970 Gomulka zum Rücktritt gezwungen und fast zehn Jahre später der „Solidarität" den nötigen Schub gegeben –, muß er an Kredite herankommen.

Die Amerikaner hatten 1983 die meisten Sanktionen aufgehoben, die sie nach Ausrufung des Ausnahmezustands 1981 verhängt hatten, aber auf Kredite und Meistbegünstigungsklausel halten sie den Daumen – noch. Bei einer „Normalisierung" würden sie mit sich reden lassen.

Am Rande der KSZE-Konferenz eilte denn auch der polnische stellvertretende Außenminister Jan Kinast zur US-Unterstaatssekretärin Rozanne Ridgway, um auszuforschen, ob die Freilassungen die gewünschte Wirkung gehabt habe. Aber Washington läßt Warschau zappeln. Die Amnestie sei lobenswert, reiche aber nicht. Pluralismus sei der Maßstab für „Normalisierung".

Kirche und „Solidarität" versuchten, die Gunst der Stunde zu nutzen. Walesa deutete – nicht zufällig in der „Washington Post" – die Gründung eines „Provisorischen Rates" der „Solidarität" an. Der Sprecher der Bischofskonferenz, Pater Orszulik, forderte die Bildung unabhängiger Laien-Organisationen. Der General zeigte beiden sofort ihre Grenzen. Er erklärte den „Solidaritäts"-Rat für illegal. Regierungssprecher Urban zensierte den Artikel des Paters.

Jaruzelski steht vor dem Dilemma, die „nationale Verständigung" voranzubringen, ohne der Opposition Zügel zu lassen. Sein Kunstgriff besteht in dem Angebot, ein „Beratungskomitee beim Staatsrat" zu gründen, dem 30 bis 40 Personen angehören sollen: ein Drittel Parteifunktionäre, ein Drittel Unabhängige, ein Drittel mit dem Episkopat verbundene Katholiken.

Freilich erntete er mit diesem Feigenblatt fast nur Mißtrauen. Aber er sorgte, ob gewollt oder nicht, für einen Krach in den Reihen der katholischen Opposition. Der Chefredakteur der Krakauer Wochen-Zeitung „Tygodnik Powszechnie", Jerzy Turowicz, und der ehemalige „Solidaritäts"-Berater Andrzej Wielowieyski lehnen eine *Mitarbeit ab, der frühere Abgeord*nete Stanislaw Stomma zögert noch, der Präsident des Warschauer „Club der Intelligenz katholischer Laien", Andrzej Swiecicki, ist offenbar bereit mitzumachen. Der Klub hat ihn aufgefordert, dann sein Amt niederzulegen.

Um die einst tonangebende „Solidarität" braucht Jaruzelski sich am wenigsten zu scheren. Ein Teil will heraus aus dem politischen Halbdunkel der Illegalität und sich mit dem General arrangieren, andere wollen so weitermachen wie bisher. Eine weitere Gruppe denkt erst gar nicht mehr an einen Ausgleich mit dem Regime, sondern träumt von einem unabhängigen Polen in einem Nach-Block-Europa. Die führende „Solidarność"-Zeitung „Tygodnik Mazowsze" sah sich genötigt, vor Spaltung zu warnen. Kein Wunder, daß das Regime nicht daran denkt, mit der „Solidarität" überhaupt zu verhandeln.



Darf auf das Ende der Sanktionen hoffen: Jaruzelski FOTO: AP

Trotz des gegenseitigen Mißtrauens und Taktierens sind dennoch alle Beteiligten bereit, die „nationale Verständigung" zu wagen. Die Bischöfe haben erklärt, vor dem nächsten Papst-Besuch im Juni müsse ein „Klima der Ruhe und des brüderlichen Vertrauens" geschaffen und Streitigkeiten beigelegt werden.

Am deutlichsten zeigt sich die Kompromißbereitschaft im Vatikan. Im nächsten Jahr werden Jaruzelski und Frau Barbara während *einer Italien-Reise vom Papst* empfangen werden. Dafür erlaubt Jaruzelski dem Papst, auf seiner Polenreise auch Danzig, die „Wiege der Solidarität", zu besuchen. Und dafür ist der Papst wiederum bereit, keine Messe in der Brigittenkirche zu feiern, sondern lediglich am Stadtrand. Am Denkmal der aufständischen Werftarbeiter wird er nicht beten, sondern „vorbeifahren". Aber er wird in Warschau das Grab des ermordeten Paters Jerzy Popieluszko besuchen.

Wie soll die Welt angesichts eines Fotos „Jaruzelski und der Papst" noch an der „Normalisierung" zweifeln können? Der stellvertretenden österreichische Außenminister Gerald Hinteregger leistet schon jetzt Schützenhilfe. In Washington plädierte er für die Lockerung der Sanktionen, da die Menschenrechtssituation in Polen „heute viel besser als in den meisten anderen osteuropäischen Ländern" sei, „sogar besser als in Ungarn, *ganz zu schweigen von Ländern* wie Rumänien."

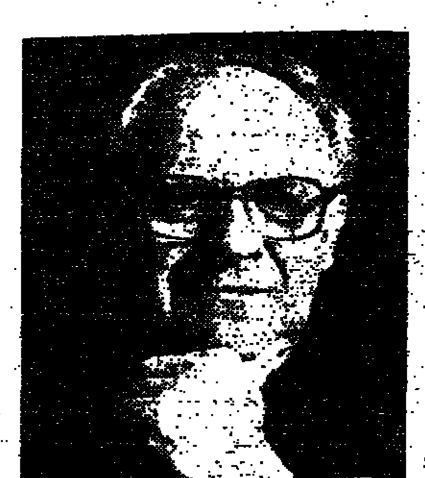
Jaruzelski sitzt fest im Sattel. Aber ob sich Polen von ihm reiten läßt, hängt von der Gangart ab.

IM GESPRÄCH R. Hunthausen

Der Protest-Erzbischof

Von Fritz Wirth

Seine Gegner nennen ihn einen militanten Rebellen, seine Freunde verehren ihn als den „Friedens-Bischof". Raymond Hunthausen, seit 1975 Erzbischof von Seattle im Staate Washington, ist über keines dieser Attribute glücklich. Er möchte in dieser Stunde, da die katholische Kirche der USA teils stolz, teils verlegen und der Vatikan mit einigem Mißfallen auf ihn schaut, am liebsten mit sich allein oder mit seiner Gemeinde gelassen werden, die ihn verehrt. Er war nie ein Mann für Schlagzeilen, sagen jene, die ihn lange kennen. Er ist ein Mann der Stille und der Natur.



In fünf Bereichen praktisch entmündigt: Hunthausen FOTO: CAMERA PRESS

Doch es gibt da einen anderen Raymond Hunthausen. Jenen Mann beispielsweise, der amerikanische Nuklear-U-Boote als das „Auschwitz der Neuzeit" charakterisierte und seit 1983 dem amerikanischen Staat 50 Prozent seiner Steuern verweigert, weil sie für militärische Zwecke ausgegeben werden. „Können wir zu Gott beten und zugleich Steuern für den Krieg zahlen?" fragte er in der ebenso schlichten wie fragwürdigen Logik eines Mannes, dem unerschlossen geblieben ist, daß es auch Waffen für die Selbstverteidigung und für den Frieden geben kann.

Diese zuweilen eindimensionale Betrachtungsweise hat ihn zu einem Problembischof gemacht. Der Vatikan fand, daß sie seine Arbeit als Bischof behelligt habe, daß er seine Erzdiözese in Glaubensfragen an einem etwas zu langem Zügel führe und daß die Lehrmeinungen in Seattle etwas zu lax interpretiert würden. So enthob man ihn im September in fünf Bereichen seiner bischöflichen Befugnisse und setzte ihm dafür einen Weihbischof vor die Nase.

Für Hunthausen war es der Schock seines Lebens, sagen seine Freunde. Er selbst bezeichnet die neue Lage in Seattle mit geteilter Bischofsmacht als eine „unmögliche Situation" für sich, für den Weihbischof und für die 320 000 Gläubigen seiner Diözese. Diese Position wurde durch die letzte Bischofskonferenz nicht besser. Seine 300 Bischofskollegen bekundeten ihm ihr Mitleid und entschieden sich im übrigen für den Vatikan. Zurück blieb ein Erzbischof zwischen sämtlichen Stühlen.

Die amerikanischen Medien jubeln ihn zu einer Symbolfigur des Konflikts zwischen dem Katholizismus der USA und Roms empor, eines Mannes, der den „neuen Liberalismus" der katholischen Kirche in den USA verkörpere. Sie greifen damit zu hoch und orientieren sich wahrscheinlich sogar am falschen Mann.

Die Probleme des Raymond Hunthausen, eines von sieben Kindern deutscher Einwanderer, begannen im Jahre 1962, dem Jahr seiner Bischofsweihe. Es war zugleich das Jahr des Zweiten Vatikanischen Konzils, dessen Beschlüsse und Diskussionen vor allem im sozialethischen Bereich einen tiefen Eindruck bei ihm hinterließen. Hunthausen begann sie in zunehmendem Maße großzügiger zu interpretieren und öffnete schließlich seine Kirche zu einem Gottesdienst für Homosexuelle.

Zwischenbilanz einer unglücklichen Bischofs-Karriere: Seine gegenwärtige Situation ist in der Tat unmöglich. Seine Zukunft ist düster und ein Rückblick in die Vergangenheit schmerzhaft. Er wollte in seiner Jugend eigentlich Pilot werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nordwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt klagt über die Nordsee:

Auf Umwelt-Katastrophen wie das Rhein-Gift oder die schon fast tödliche Belastung der Nordsee kann nur unzureichend reagiert werden, weil die erkennbaren Gefahren für das Öko-System durch ungebremste Gift- und Schadstoffeinleitungen über Jahre hinweg ignoriert wurden. Die Gefahren etwa, die von der chemischen Industrie am Rhein ausgehen, waren durchaus vorauszusehen. Ebenso kann man sich an den Fingern abzählen, wann der „biologische Tod" die Nordsee ereilt, wenn weiter*hin Jahr für Jahr Millionen und Aber*millionen Tonnen Schadstoffe eingeleitet werden. Doch nichts deutet zur Zeit darauf hin, daß da in absehbarer Zukunft Entscheidendes passieren könnte.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung fordert die Nennung der Namen von Skandalfirmen:

Das nützt alles nichts, wenn die Polizei die Zustände in einigen Firmen der Tiefkühlbranche erschreckend und skandalös nennt. Da müssen Namen auf den Tisch, Namen der Firmen und Namen der Produkte, mit denen dieser skandalöse Schwindel betrieben wird, auch wenn die Hersteller der Tiefkühlkost nicht für die Sünden der Zwischenhändler verantwortlich zu machen sind, müssen sie hier in eine Art moralischer Mithaftung genommen werden. Was die Lebensmittelkontrolleure der Polizei jetzt zum wiederholten Mal aufgedeckt haben, ist mehr als Betrug.

FLENSBURGER TAGEBLATT

Es kommentiert die Schüsse an der Mauer:

Allen DDR-Gesetzen zum Trotz ist brutale Fluchtverhinderung Mord. Und es ist unsere Pflicht, dies Honekker immer wieder zu sagen. Der neue Berliner SPD-Landeschef Walter Momper tat das mit aller Deutlichkeit: Jeder Schuß sei ein „Mordanschlag auf den Freiheitswillen der Eingesperrten".

Basler Zeitung

Sie mahnt zu EG-Umweltforderungen an die Schweiz:

Die EG und die Rheinuferstaaten werden der Schweiz ihre „Seveso-Richtlinie" wenn nicht als Muster, so doch als Mindeststandard vorhalten. Eine weitere Einsicht, die das Schweizer Selbstverständnis anknackt: Nicht nur Sandoz war saumselig, die Schweiz als Staat war es auch.

ПРАВДА

Die sowjetische Parteizeitung schreibt zu den Österreich-Wahlen:

Die Sozialisten haben sich jedoch „über Wasser" halten können. Daß sie nicht untergehen, wurde vor allem dadurch gewährleistet, daß die SPÖ-Regierung unentwegt den vom Status der ständigen Neutralität und dem Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs bestimmten Kurs verfolgt hat.

Vorerst noch Hürden für Zuwanderer aus der Türkei

Die EG macht Ankara ein Angebot in Zimmermanns Handschrift / Von Wilhelm Hadler

Lange und schwierige Verhandlungen erwartet die Bundesregierung über den künftigen Status der türkischen Gastarbeiter in der Europäischen Gemeinschaft. Allerdings ist schon jetzt sichergestellt, daß ein unkontrollierter Zustrom *arbeitssuchender Türken erst nach* einem EG-Beitritt Ankaras zu erwarten ist, und auch dann erst nach einer mehrjährigen Übergangsfrist. Den Antrag auf Beitritt hat die Türkei noch nicht gestellt; sie benutzt diese Möglichkeit freilich manchmal als Druckmittel gegenüber der EG.

Die Gemeinschaft hat sich nach langwierigen internen Beratungen auf ein „Angebot" an die türkische Regierung verständigt, das im wesentlichen die Handschrift des Bundesinnenministers trägt. Brüsseler Diplomaten, die stärker die Entwicklung der Gesamtbeziehungen zu Ankara im Auge haben, hatten sich wegen der herausgehobenen *Stellung der Türkei an der Ost*flanke der NATO eine flexiblere deutsche Position gewünscht.

Nach dem Assoziierungsvertrag von 1963 hätte vom 1. Dezember dieses Jahres an die volle Freizügigkeit für türkische Arbeitskräfte hergestellt werden müssen, was bedeutet, daß Türken EG-Bürgern bei der Suche nach Arbeit und im *Aufenthaltsrecht gleichzustellen* wären. Das Assoziierungsabkommen ist nämlich als eine Vorstufe für den späteren Vollbeitritt konzipiert. Es sieht die schrittweise Errichtung einer Zollunion und die Harmonisierung der Politik der verschiedenen Länder vor, wobei die EG Ankara eine nicht unbeträchtliche Finanzhilfe gewährt. Diese wird allerdings im Moment vom Europa-Parlament mit der Begründung blockiert, daß die türkische Demokratie noch nicht wiederhergestellt sei.

Niemand in der EG war bereit, die unter ganz anderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugesagte Freizügigkeit für Gastarbeiter *zum vertraglich fixierten* Zeitpunkt zu gewähren. Vor allem die Bundesrepublik, die rund 85 Prozent der 1,4 Millionen in der Gemeinschaft beschäftigten Türken aufgenommen hat, ließ frühzeitig erkennen, daß ein weiterer Zustrom angesichts der hohen Arbeitslosigkeit im eigenen Land politisch nicht akzeptabel sei.

Nach der gegenwärtig geltenden Regelung sollen sich die EG-Mitgliedstaaten zwar nur „bemühen", türkischen Gastarbeitern Vorrang einzuräumen, wenn der Arbeitskräftebedarf nicht durch Kräfte aus der Gemeinschaft gedeckt werden kann. Immerhin wurde jedoch 1980 beschlossen, daß sich Türken nach einer dreijährigen ordnungsgemäßen Beschäftigung in einem Mitgliedstaat um einen Arbeitsplatz im gleichen Beruf bewerben dürfen und daß sie nach vier Jahren freien Zugang zu jeder abhängigen Beschäftigung erhalten.

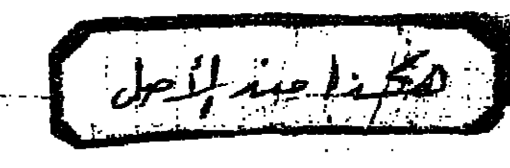
Diese Regelung soll nach dem Verhandlungsangebot der EG auf unbegrenzte Zeit konsolidiert und auf *alle im Beschäftigungsland* wohnenden direkten Angehörigen ausgedehnt werden. Der Familienzuzug soll auf Angehörige der ersten Generation (also Ehegatten und Kinder) beschränkt bleiben. Dabei hat Bonn durchgesetzt, daß das Höchstalter bei Kindern entsprechend den jeweiligen nationalen Regelungen innerhalb der EG *festgelegt* werden kann.

In der Bundesrepublik ist diese Altersgrenze je nach Ländern verschieden. Bei der Mehrzahl der Bundesländer beträgt sie sechzehn, in Nordrhein-Westfalen und Hessen achtzehn Jahre.

Als eine Verbesserung des gegenwärtigen Status ist die vorgesehene Verpflichtung der EG-Staaten anzusehen, türkische Arbeitnehmer in der Gemeinschaft arbeitsrechtlich und materiell einheimischen Arbeitern gleichzustellen. Familienangehörige verstorbener Arbeitnehmer sollen in der EG bleiben dürfen, wenn sie mindestens fünf Jahre rechtmäßig in der Gemeinschaft leben. Gesichert werden soll schließlich auch, daß Türken, die in einem Gemeinschaftsland freien Zugang zum Beruf besitzen, mit Vorrang in anderen EG-Staaten Beschäftigung erhalten.

In der EG gilt als wahrscheinlich, daß die türkische Regierung mit dem Verhandlungsangebot unzufrieden sein wird. In vorbereitenden Kontakten hatte der zuständige Brüsseler Kommissar Claude Cheysson den Eindruck gewonnen, daß Ankara ein weniger präzise formuliertes Mandat vorgezogen hätte, da das der türkischen Regierung zumindest Gelegenheit gegeben hätte, den Eindruck echter Verhandlungen zu erwecken.

Offiziell beharrt die Türkei darauf, daß der Assoziierungsvertrag eine quasi automatische Verpflichtung zur Herstellung der Freizügigkeit schaffe. Die Bundesregierung drängte dagegen darauf, die Position der EG von Beginn an genau festzulegen. Falls die Türken die EG-Vorschläge ablehnen, würde es bei den gegenwärtigen Bestimmungen bleiben, ohne daß Bonn ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes fürchten müßte.



Sie hütet das Bild vom großen Präsidenten

„Ohne Nancy Reagan gäbe es heute keinen Präsidenten Reagan", heißt es in ihrer nächsten Umgebung. Und wenn dieser Präsident, ihr Mann, in Bedrängnis gerät – wie nun in der Iran-Affäre –, dann scheint Nancy Reagan zu einer harten politischen Kämpferin zu werden. Denn eines kann sie nicht ausstehen: daß Schatten fällt auf diesen Ronald Reagan.

Von FRITZ WIRTH

Ein immerwährendes öffentliches Lächeln. Eine kleine Hand, die am Arm ihres Mannes, halb flirtend, halb hilfeheischend, Halt sucht. *Ein zerbrechlich* erscheinender, schlanker Körper, 104 Pfund schwer, der an der Seite eines Präsidenten mit Gardemaß noch kleiner und mädchenhafter wirkt, als er es ohnehin schon ist – so sehen die Amerikaner seit sechs Jahren ihre „First Lady".

Es gibt seit einiger Zeit auch andere *Bilder dieser Frau: eine graue Eminenz* im Halbschatten der Macht. Eine starke Hand, deren Kraft und Einfluß in allen Etagen des Weißen Hauses spürbar wird. Eine entschlossene und eigenwillige erste Dame, die Denkweisen und Entscheidungen des Präsidenten mitbestimmt.

Beispielsweise zur Stunde, da Ronald Reagan sich aus dem Zangengriff der Iran-Affäre zu lösen versucht und sich mit der Frage plagt, ob er eine Reihe seiner engsten Mitarbeiter feuern soll, wie etwa seinen Stabschef Donald Regan und seinen Außenminister George Shultz. Und hinter diesen Spekulationen um Ämter und Karrieren taucht als treibende Kraft seit Tagen immer wieder Nancy Reagan auf, nach der Faustregel: Ronald Reagan ist ein „softie", der bis zur letzten Minute zu seinen Mitarbeitern steht – alle Feuergewalt geht von der „ersten Dame" aus.

Nicht Machthunger treibt Nancy, sondern Sorge

Was also stimmt an diesen Vermutungen? Was ist ihre Rolle und welches dieser unterschiedlichen Bilder trifft zu – das der haltsuchenden Begleiterin oder das der entschlossenen politischen Wegweiserin?

Die Antwort kann ohne umständliche Erörterungen gegeben werden: Diese zerbrechliche Frau hat Gewicht, sowohl in der amerikanischen Politik als auch im Leben und in der Karriere des Ronald Reagan. Ihr Sohn Michael und der langjährige Berater des Präsidenten, Lyn Nofziger, bestätigen es übereinstimmend: „Ohne Nancy Reagan gäbe es heute keinen Präsidenten Reagan." Sie ist ohne Zweifel die politisch wirksamste „First Lady" dieses Jahrhunderts.

Falsch jedoch wäre es, diesem Einfluß das Motiv der Machtbesessenheit zu unterstellen. Zugleich ist es nicht der lästige, dominierende Einfluß jener Art, der sich in Sätzen niederschlägt wie „Ronnie, du solltest dies tun" oder „Du solltest da einmal nach dem Rechten sehen". Die Ehe und die Partnerschaft dieser beiden funktioniert anders. Nancy Reagans Anspruch, mitzureden und gehört zu werden, und ihr Drang, Einfluß zu nehmen, hat zuerst und vor allem abschirmenden, schützenden und persönlichen Charakter. Sie nimmt Anteil an allem, was die Darstellung der amerikanischen Politik durch den Präsidenten selbst, was sein Image in der Öffentlichkeit und was sein persönliches Wohlergehen betrifft.

Beispiel: Es kümmert sie nicht, welche Prioritäten Ronald Reagan bei den jetzt wieder beginnenden Budget-Querelen setzt, einem der heißesten politischen Probleme der nächsten acht Monate, doch es berührt sie zutiefst die Richtung und das Klima des Dialogs mit der Sowjetunion. Sie war vor zwei Jahren eine der treibenden Kräfte im Weißen Haus, die zur Aufnahme dieses Dialogs drängten. Der Grund: Es bedrückte sie der Gedanke, daß sich das Kapitel *Ostpolitik einer späteren Ge*schichtsschreibung mit dem Zitat des „Empire des Bösen" erschöpfte und es schmerzte sie, Ronald Reagan im Ostblock als säbelrasselnden Militaristen dargestellt zu sehen.

Dieser Anspruch, Einfluß zu nehmen, war nicht immer da. Sie hatte zu Beginn im Weißen Haus zunächst Schwierigkeiten, eine eigene Rolle zu finden und das Image loszuwerden, Urheberin einer neuen oberflächlichen Eleganz im Weißen Haus zu sein. Der Wandel kam mit dem Attentat auf Ronald Reagan. Es war jenes Ereignis, das sie buchstäblich zur Schirmherrin im Weißen Hause *machte. Seither reagiert sie allergisch* auf alle Gefahren, übermäßigen Strapazen und die Risiken des Mißverständnisses, denen der Präsident ausgeliefert werden könnte. Das sind die entscheidenden Kriterien ihres persönlichen politischen Engagements und Einflusses, und es sind zugleich die Maßstäbe, die ihr Urteil über *die Mitarbeiter des Präsidenten* bestimmen.

Dieses Urteil über die Präsidenten-Berater war in den ersten vier Jahren positiv, obwohl Alexander Haig bis heute darauf beharrt, daß es Nancy Reagan war, die 1982 an seinem Außenminister-Stuhl sägte. Inzwischen weiß man, daß zumindest mehrere andere mitgesägt haben. Nein, diese ersten vier Jahre waren für sie problemlos, weil Ronald Reagan im Weißen Haus mit Edwin Meese, William Clark und Michael Deaver von Leuten umgeben war, die seine Schwächen, seine Instinkte und seine Stärken kannten. Sie arbeiteten ihm zu und sie schirmten ihn ab. Sie waren darüber hinaus Virtuosen im Public-Relation-Geschäft. Henry Kissinger neidvoll: „Diese Männer waren in der Lage, politische Krisen mit Public-Relation-Mitteln zu neutralisieren."

Der Wandel kam vor zwei Jahren, als die Kalifornier um Deaver und Meese das Weiße Haus verließen und Donald Regan mit seinem Team einzog. Dieses neue Team ist forsch, aber kaum subtil und sein Krisen-Management oft grobkörnig. Das größte Handicap dieses neuen Teams um Donald Regan: Es mangelt ihm an dem nahezu unbegrenzten Vertrauen und Wohlwollen, das Nancy Reagan seinen Vorgängern James Baker und vor allem Michael Deaver entgegenbrachte, der seit Jahrzehnten einer *ihrer engsten Freunde ist.* Da bedurfte es denn keiner Phantasie mehr, sich den Zorn der „First Lady" vorzustellen, als Ronald Reagan bei der letzten Pressekonferenz im Weißen Haus in der vorigen Woche – offenbar von seinen Beratern schlecht vorbereitet – sich in Widersprüchen und Ungenauigkeiten verhedderte.



„Sie ist die bessere Taktikerin": Nancy Reagan FOTO: DPA

Stille Sehnsucht nach der guten alten Zeit

Diese Fernseh-Vorstellung traf Nancy Reagan an ihrem empfindlichsten Nerv. Für sie ist es unerträglich, wenn Ronald Reagan durch solche Pannen unter Wert verkauft wird. Die Spekulationen der amerikanischen Presse über eine Rückkehr neuer kalifornischer Schlüsselfiguren mögen deshalb nicht unbedingt zutreffen, sie waren aber nicht schlecht gezielt. Es waren Spekulationen mit den stillen Sehnsüchten der „First Lady" nach der guten alten Zeit im Weißen Haus, als Ronald Reagan noch Ronald Reagan sein konnte.

Denn es wäre ein Irrtum zu glauben, daß die Reagans ihr Dasein im Weißen Haus als das ungetrübte Himmelreich empfinden. Es mag paradox sein: Beide sind das bei weitem populärste amerikanische Präsidentenpaar dieses Jahrhunderts, dennoch fühlen sie sich einsam im Weißen Haus. Sie haben viele gute Freunde und noch mehr „Groupies", die sich als gute Freunde fühlen, doch die Reagans sind im Grunde ein sehr privates Paar und haben nur sehr wenige Menschen in der Welt, denen sie ihr Vertrauen schenken. Und so gibt es nach den übereinstimmenden Aussagen aller, die ihnen nahestehen, keine Zweifel: Nancy Reagan ist heute der wichtigste und einflußreichste politische Berater des Präsidenten. Charles Wick, seit 25 Jahren ein Familienfreund, entdeckte dabei eine klare Rollenverteilung: „Sie ist micro, er ist macro. Sie ist die bessere Taktikerin, er der bessere Stratege."

Sie haben es in ihrer Karriere, ihren Krisen und Triumphen gelernt, sich zuerst auf sich selbst zu verlassen. Sie sind beide Erfolgsmenschen, doch von ihrer Herkunft als Schauspieler her empfindlich gegenüber Kritik. Ihr Adoptivsohn Michael Reagan beschreibt es so: „Mache eine negative Bemerkung über Ronald Reagan, und das ist das Ende deiner Freundschaft mit Nancy. Ihr Leben ist auf ihn fixiert. Sie wird stets alles tun, was nötig ist, ihn zu isolieren und ihn glücklich zu machen." Diese Charakterisierung läßt ahnen, wie sehr die Kritik, die Bloßstellungen und der Mangel an Loyalität engster Mitarbeiter, die die jüngste Krise kennzeichnen, dieses Paar und vor allem Nancy Reagan getroffen haben.

Doch da gibt es ein weiteres Zitat ihres Sohnes Ron Reagan, das etwas über die Härte dieser körperlich so zerbrechlich scheinenden Frau aussagt: „Ich möchte meine Mutter nicht als Boß über mich wissen." Auch immerwährendes Lächeln kann täuschen.

Das Märchen aus 1001 Nacht weicht der Wirklichkeit

Wenn der König zur Audienz bittet, bleibt die Begleitung draußen: Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß beim saudischen König Fahd, dem Herrscher eines Landes, in dem nicht mehr nur Milch und Honig fließen.

Von PETER SCHMALZ

Ibrahim hat einen feinen Job. Der bärtige Araber rafft sein wehendes Gewand im Nachthemdschnitt, das sie hier Thob nennen, schüttelt *mit einer Kopfbewegung* sein rot-weißes Kopftuch nach hinten und steigt mit Sandalen an den nackten Füßen in einen weißen Buick. Dann fährt er mit seinem sanft schaukelnden Straßenkreuzer hinter Polizeiwagen mit blitzenden Rotlichtern und Kojak-Sirenen über die vielspurigen Straßen der saudischen Hauptstadt Riad. Die Klimaanlage hält die Wüstenhitze draußen und die mit lautem Gejaule freigefegten Strecken sind selten länger als von einem märchenhaften Prunkministerium zum nächsten. Ibrahim chauffiert Gäste des Königshauses.

Und wenn er zurückkehrt ins königliche Gästehaus, das mehrfach gesichert ist durch Elektronik und *Wachmannschaften und vor dessen* marmorglänzendem Portal ein verschwenderisches Wasserspiel sprudelt, dann erwartet ihn ein opulentes Büfett, wie es sonst nur Gäste in Luxushotels finden. Er tafelt kostenlos, soviel er fassen kann. Und einem deutschen Gast, der hier im Herzen des strengsten unter den islamischen Staaten ein alkoholfreies in der Schweiz gebrautes Bier bezahlen will, wird von einem rotbefrackten Diener bekundet: „In diesem Haus kann man nicht zahlen."

In diesem Haus wäre es aber um ein Haar zu einer historischen Begegnung gekommen: Die Sonne war schon hinterm Wüstenhorizont verschwunden, als Yassir Arafat mit Palästinenser-Tuch auf dem Kopf und wuchtiger Revolvertasche am Gürtel dem Aufzug zustürmte und zu seinem Zimmer im sechsten Stock fuhr. Doch da waren schon einige Minuten vergangen, seit Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß von seiner Suite im zweiten Stock den gleichen Weg hinabgefahren und in einen schwarzen Mercedes 600 ins Innenministerium zu Prinz Naif, dem jüngsten Bruder des Königs, geeilt war. So blieb nur, daß beide ohne voneinander zu wissen, eine Nacht unterm gleichen Dach verbrachten.

Erst PLO-Chef Arafat, dann Franz Josef Strauß

König Fahd empfing beide im Abstand von 24 Stunden: beider Rat und Meinung sind ihm wichtig. Er fühlt sich als Hüter der arabischen Einheit und sucht deshalb auch den Rat des PLO-Führers. Er sieht sich aber auch als das stabilisierende Element in der von Krieg und Revolutionen, Attentaten und Entführungen erschütterten Golf-Region und achtet deshalb den Regierungschef aus Bayern als einen Mann der klaren Analyse und der deutlichen Worte.

Der König bat ihn am Montag abend zur Audienz in seinen Palast, der angesichts des neuen festungsartigen Außenministeriums oder des vor Messing und Marmor blitzenden Verteidigungsministeriums bescheiden wirkt. Fahd ließ auf ausdrücklichen Wunsch keinen aus der Begleitung zu (selbst Strauß-Sohn Max mußte nach einem gemeinsamen Foto den Raum verlassen) und diskutierte anschließend mit dem deutschen Gast eineinhalb Stunden unter vier Augen. Es wurde über das Verhältnis zu Israel und vor allem über die überraschende Waffenlieferung der Amerikaner an Iran gesprochen.

Wie sehr ihn auch internationale Probleme bedrücken mögen, so wenig muß sich der saudische König mit den Regierungsschwierigkeiten einer westlichen Demokratie plagen. Er ist der absolute Herrscher, ist Oberster Richter und geistliches Oberhaupt zugleich, der Koran ist Verfassung und Gesetz.

Besuch in einem „völlig neuen Land"

Noch heute drohen Gesetzesbrechern Peitsche und Schwert. An der strengen Handhabung des Korans änderte sich nichts, seit Ibn Saud in den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts den Großteil der ausgetrockneten und armseligen Wüsten*halbinsel eroberte und das neue Kö*nigreich nach seinem Familiennamen Saudi-Arabien nannte. Doch dann wurden die reichsten Erdölvorkommen der Welt entdeckt, 1938 begann die Förderung, sechs Jahre später der Export. In den 70er Jahren überschwemmten die Ölkrisen das Reich mit Petrodollar ungeahnter Menge und nichts war mehr wie früher. „Ich bin in ein völlig neues Land gekommen", staunte Strauß und verglich das Riad, das er vor neun Jahren gesehen hatte, mit der prosperierenden Wüstenmetropole von heute, in der jeder achte des Neun-Millionen-Volkes lebt.

Doch das moderne Märchen aus 1001 Nacht, von dem die mit feinsten Materialien der Welt geschaffenen Verwaltungspaläste künden, wird seit einiger Zeit vom Schleier der Sorge umwebt. Preis und Förderung des Erdöls sinken, in der Staatskasse klafft ein Milliardenloch, das aus den allerdings noch immer reichlichen Reserven gedeckt werden muß. Im letzten Finanzjahr, das Ende März *schloß, wurden 181 Milliarden* Rial ausgegeben, aber nur 103 Milliarden eingenommen (ein Rial entspricht 0.55 DM). Ein neues Budget wurde noch nicht aufgelegt, es soll nun endlich am 22. Dezember bekanntgegeben werden.

Das moderne Leben in der Wüste kostet aber Geld, das luxuriöse sogar extrem viel. Stolz erzählt der Vize-Innenminister bei einem Diner im Wasserturm hoch über der Stadt seinem deutschen Nachbarn, daß sein Land mittlerweile mehr Weizen erntet als es benötigt, daß es Wassermelonen exportiert und daß es sich mit den meisten Früchten und Gemüsen selbst versorgen kann.

Am nächsten Tag erkennt der Gast beim *Flug von Riad zur neuen Retor*tenstadt Jubail nahe dem Persischen Golf, mit welchem Einsatz dieser Erfolg erkämpft wird: Inmitten der Wüste sind zirkelexakte dunkle Kreise von mehreren 100 Meter Durchmesser. Es sind Felder, die dem seit Jahrtausenden ausgedörrten Boden durch künstliche Bewässerung abgerungen werden. Doch das Grundwasser stammt vom Ende der letzten Eiszeit und wird knapp, entsalztes Meerwasser aber kommt teuer. „Für eine kostengünstige großtechnische Entsalzung fehlt noch das Know-how", sagt Thyssen-Vorstandsmitglied Winfried Haastert, von dessen Unternehmen die Saudis auch Pumpen und Berieselungsanlagen kaufen.

Nun sieht der seit vergangenem Jahr laufende Fünf-Jahres-Plan immerhin vor, die Weizenproduktion auf die Höhe des Eigenbedarfs herunterzufahren, doch der Anbau anderer Nahrungsmittel soll sogar noch vermehrt werden. Und so wurde bisher an anderen Stellen gekürzt: In Riads Neubaugebieten bleiben Prestigebauten unvollendet, die großzügigen Sozialleistungen werden beschnitten und die oft üppigen Gehaltszulagen, selbst die sind völlig gestrichen.

Und das alles fällt in eine außenpolitisch bewegte Zeit, die den sicher*heitsbedürftigen Saudis großen* Kummer bereitet. Bisher versuchten sie mit dem offenen und heimlichen Transfer von Petrodollar in die Nachbarländer sich Ruhe zu erkaufen. Strauß: „Manche nennen es Scheckbuchdiplomatie." Dazu kommen erhebliche Ausgaben für das eigene Militär. Bezahlen können sie das alles aber nur mit dem, was das Erdöl einbringt.

Gerüchte über einen neuen Öl-Minister

Die Rettung aus dem Öl-Dilemma der niedrigen Förderquoten und tiefen Preise suchte König Fahd kürzlich mit der Entlassung seines schon legendär gewordenen Ölministers Yamani. Planungsminister Hisham Nazer übernahm das Ressort zusätzlich, doch schon kursiert in Riads diplomatischen Kreisen die Spekulation über eine erneute Änderung, wobei aufmerksam registriert wird, daß Nazer bisher als Ölminister nicht bestätigt ist. *Dem Ondit zufolge soll Au*ßenminister Prinz Saud Al Faisal, der 45jährige Sohn des 1975 ermordeten Königs Faisal, ins Ölministerium wechseln und sein Amt an Prinz Bandar Bin Sultan, den Sohn des Verteidigungsministers und Botschafters in Washington, übergeben.

Wer immer der Ölchef auch sein *wird, er ist ohne Zweifel* der Mann, an dessen Fortune das Schicksal Saudi-Arabiens gekoppelt ist. Er wünsche sich, daß der Ölpreis wieder etwas steigt, gesteht Strauß gegenüber seinen saudischen Gesprächspartnern ein – doch nicht aus verbeugender Höflichkeit, sondern aus innerer Überzeugung: „Wir brauchen ein wirtschaftlich starkes Saudi-Arabien als Faktor der Stabilität in dieser Region. Daran haben wir größtes Interesse, auch wenn das ein paar Dollar mehr pro Barrel kostet."

In dieser Situation gleicht das Gastgeschenk, das Strauß dem König überreicht, fast einer Warnung vor der Kraft der Elemente, denen zu trotzen in dieser heißen Ecke der Erde *nur ein finanzstarker Staat fähig sein* kann: Es ist eine alte Landkarte der arabischen Halbinsel. Als sie vor 204 Jahren in Venedig gestochen wurde, war das heutige Saudi-Arabien nichts als eine gnadenlos heiße Wüste. Ibrahim, der Chauffeur, hätte sein karges Fladenbrot damals als Kameltreiber verdienen müssen.

Biedenkopf übt heftige Kritik an Pützhofen

breu./DW. Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hat seinem Stellvertreter Dieter Pützhofen gestern „wahlkampfschädliches Verhalten" und Mißachtung von Beschlüssen des Partei- und Fraktionsvorstandes vorgeworfen.

Vor der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion sprach Biedenkopf Presseberichte an, in denen Pützhofen einen Sonderwahlkampf der CDU nach dem Beispiel der nordrhein-westfälischen SPD verworfen und die Personalprobleme von Partei und Fraktion nach der Bundestagswahl angesprochen hatte. Ohne den Namen seines ersten Stellvertreters zu erwähnen, wertete Biedenkopf diese Initiative als die gezielte Entfachung einer innerparteilichen Diskussion „an der Heimatfront". Er müsse deswegen den klaren Verstoß gegen Partei- und Fraktionsbeschlüsse feststellen, in denen vereinbart worden sei, Personalprobleme nicht vor der Bundestagswahl öffentlich zu diskutieren.

In einem demnächst erscheinenden Buch über die Grünen hat Biedenkopf deren Beitrag zur deutschen Politik positiv gewürdigt. Die Grünen hätten dazu beigetragen, daß sich in den großen Parteien – „vor allen Dingen auch in meiner eigenen Partei" – die Prioritäten geändert hätten. Er äußerte Sorgen wegen möglicher Einflüsse von Kommunisten. Gefahren sehe er nicht in den Grünen als solche, sondern im Mißbrauch ihres politischen Anliegens durch Kräfte, die Machtchancen nutzen wollten.

Schäuble: Versäumnisse in Medienpolitik aufholen

„Unser Land im Aufbruch" / Tagung Evangelikaler Publizisten

HENK OHNESORGE, Bonn

„Es widerspricht dem Grundsatz der Kommunikationsfreiheit, wenn Programme, die am Ort ihrer Zulassung frei empfangbar sind, in einem Bundesland nur deshalb nicht weiterverbreitet werden dürfen, weil sie in der Verantwortung privater Unternehmen gesendet werden, obwohl die Technik einen Empfang zuläßt." Auf einer Tagung der Konferenz Evangelikaler Publizisten (kep) zum Thema „Unser Medienalltag – zwischen Anspruch und Angebot" setzte sich Bundesminister Wolfgang Schäuble für den konsequenten Ausbau einer dualen Medienpalette bei Hörfunk und Fernsehen ein.

Bis Herbst 1982 habe sich Medienpolitik im wesentlichen in Untersuchungen erschöpft, Nutzen und Risiken der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu ergründen: „Es wurde untersucht, erwogen und debattiert, aber wenig zur Verbesserung der Informationsfreiheit getan ... Wir haben das geändert und die Einführung zusätzlicher Fernseh- und Hörfunkprogramme nicht bis in die 90er Jahre verschoben." Ein Jahrzehnt der Versäumnisse könne zwar nicht in wenigen Jahren aufgeholt werden, doch befinde sich unser Land inzwischen im kommunikationstechnischen Aufbruch.

Schäuble kritisierte, daß es bisher noch nicht zum Abschluß eines gemeinsamen Staatsvertrages der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens gekommen sei. Einige Länder glaubten, den Zugang in eine neue Kommunikationsordnung noch bremsen und das öffentlich-rechtliche Rundfunkmonopol noch für längere Zeit aufrechterhalten zu können. Nach dem Karlsruher Urteil vom 4. November 1986 zum niedersächsischen Landesrundfunkgesetz seien die Länder zur Koordination der landesgesetzlichen Regelungen und zu Kooperation verpflichtet worden, „weil nach Auffassung des Gerichts unter den heutigen technischen Bedingungen gar kein funktionierendes Rundfunksystem mehr hergestellt werden kann". Die neue technische Kommunikation werde nicht mehr, wie in der Vergangenheit, negativ, sondern als Mittel gesehen, das zu mehr Freiheit, mehr Vielfalt, mehr Demokratie und mehr Verbundenheit mit der Welt führen könne.

Zustimmung zum Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber optimistischen Zukunftsdarstellungen äußerte Willibald Hilf, Intendant des SWF und derzeit Vorsitzender der ARD. Im Lager der Anbieter herrsche Katerstimmung, einige seien „reumütig zu ihrem ursprünglichen Leisten zurückgekehrt". Statt mehr Vielfalt sei ein Meer an Einfalt zu erwarten, weil sich private Anbieter ausschließlich an der Unterhaltung ausrichteten.

CDU fordert den Rücktritt Scherfs

ww. Bremen

Aus den Reihen der CDU ist der Rücktritt des Bremer Sozialsenators Henning Scherf gefordert worden. In einem Interview hatte der SPD-Politiker gesagt, die Chancen der Nicaraguaner stiegen erst, wenn Reagan nicht mehr im Amt sei, „es sei denn, er geht vorher mit seinem Krebs unter die Erde. Hoffentlich kommt der Wechsel vor zwei Jahren". Scherf erklärte, durch die Verkürzung sei eine politische Aussage leider mit dem persönlichen Befinden des Präsidenten verquickt worden. An US-Botschafter Burt schrieb er: „Ich wünsche Reagan weiterhin Gesundheit."

Industrie hilft bei Müll-Beseitigung

rtr. Mainz

In Rheinland-Pfalz beteiligt sich die Wirtschaft freiwillig an der Finanzierung der Beseitigung industrieller Altlasten. Umweltminister Töpfer (CDU) teilte gestern mit, die „Gesellschaft zur Beseitigung von Sonderabfällen in Rheinland-Pfalz" werde künftig grundsätzlich mit der Altlastensanierung betraut. Sie solle zunächst für vier Jahre je zur Hälfte von der Industrie und dem Land mit einem Finanzrahmen von 50 Millionen Mark ausgestattet werden. Trotzdem gelte weiter das Verursacherprinzip. Die Kooperation diene, so Töpfer, der Sanierung akuter Einzelfälle.

Bund richtet Zentrale für Katastrophen ein

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will nach den Erfahrungen mit technischen Großunglükken der letzten Zeit bis spätestens 1988 in seinem Ministerium eine „zentrale Koordinierungsstelle auf Bundesebene" schaffen, in der „alle Arten von länder- und grenzübergreifenden Gefahrenlagen erfaßt werden müssen".

Wie Zimmermann gestern bei der Vorlage einer Broschüre mit dem Titel „Sicherer leben" sagte, arbeitet im Innenministerium seit zwei Monaten bereits ein Expertenteam, das aufgrund der Erfahrungen mit Satellitenabstürzen einen Vorschlag zum Aufbau der Zentrale bis zum Sommer 1987 vorstellen wird. Die neue Zentrale soll durch Gesetz eingeführt werden und durch Mitarbeit der Bundesländer die „politische Komplettierung" des Katastrophenschutzes bilden.

„Insellösungen zum Strahlenschutz" reichten nicht aus. Für besonders dringend notwendig hält Zimmermann bilaterale Hilfeleistungsabkommen „für alle denkbaren Gefahrenlagen" mit der „DDR" und der CSSR, nachdem es Verträge bereits mit Österreich und den Niederlanden gebe.

Für ein bis 1990 reichendes Konsolidierungsprogramm (Kosten: 1,1 Milliarden Mark) werden von der Bundesregierung mehr als 10 000 neue Spezialfahrzeuge für den Katastrophenschutz angeschafft. Einheiten und Einrichtungen, die auf Kosten des Bundes die Bürger vor den Folgen von Katastrophen schützen, bezifferte Zimmermann auf jetzt 7200, die ingesamt 143 000 Helfer bereithielten. Namentlich erwähnte er das „Technische Hilfswerk", das 1985 in Äthiopien, dem Sudan und in Mexiko eingesetzt wurde.

Zu den Kosten des Katastrophenschutzes sagte Zimmermann, die jüngsten Verschmutzungen des Rheins hätten gezeigt, welche Bedeutung ein Verbund von Notbrunnen hätte, die Ausgaben für den Zivilschutz würden 1987 auch deshalb auf 769,7 Millionen Mark (plus 4,6 Prozent im Vergleich zu 1986) steigen. Als „völlig indiskutable Situation" bezeichnete er es, daß durch eine „Verketzerung des Schutzraumbaus" in der Vergangenheit heute für 30 Personen nur ein Schutzraumplatz vorhanden sei.

Schnitzlers Neffe verließ sich auf die Gestirne

Flucht über Ostsee aus privaten und politischen Gründen

BERND HUMMEL, Eschwege

„Ich sah die Positionslichter und wußte im gleichen Augenblick, daß ich es geschafft hatte." Mit diesen Worten beschrieb der 36jährige Hans-Karl von Schnitzler vor Grenzbeamten diesseits der innerdeutschen Demarkationslinie das glückliche Ende seiner Flucht aus der „DDR" über die Ostsee. Wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten nannte der Mann – nach eigenen Angaben ein Neffe von Karl-Eduard von Schnitzler, Chefkommentator beim „DDR"-Fernsehen – die Gründe für sein abenteuerliches Unternehmen.

Schon lange hatte der 36jährige an Flucht gedacht, doch letztlich, so berichtete er, „hatte mich immer wieder der Mut verlassen". Am vergangenen Sonntag aber mußte das Vorhaben schneller gehen als ursprünglich geplant, denn Angehörige der „DDR"-Grenztruppe suchten nach ihm. Hans-Karl von Schnitzler: „Ich hatte keine Wahl mehr, ich mußte mich von einer Sekunde zur anderen entscheiden."

Der Mann war Sonntag mittag mit seinem Pkw von Wismar aus losgefahren, um Fluchtmöglichkeiten entlang der „DDR"-Küste zu erkunden. Im Kofferraum seines Wagens: ein Schlauchboot und ein Tauchanzug. Überraschend gelangte er ohne Probleme in das Sperrgebiet, die sogenannte „Fünf-Kilometer-Zone". Wer dort angetroffen wird, der muß sich mit einem besonderen Passierschein ausweisen können. Doch das konnte der 36jährige nicht, als er kurz darauf von einer Streife der „DDR"-Grenztruppe angehalten wurde.

Überrumpelte Posten

Die Grenzer verlangten Ausweispapiere und Führerschein, nachdem sie den Mann zum Aussteigen aufgefordert hatten. Unter dem Vorwand, die Papiere aus dem Pkw holen zu müssen, setzte sich Hans-Karl von Schnitzler ans Steuer – und gab Gas. Die Posten waren so überrascht, daß sie nicht zur Waffe griffen. Dem 36jährigen gelang es, ein Versteck zu finden, in dem er von den Alarmgruppen der „DDR"-Grenztruppe unentdeckt blieb. Wörtlich: „Damit war die Entscheidung gefallen, ich mußte weg." Er wartete bis zum Einbruch der Dunkelheit.

In der Nähe des „DDR"-Ostseebades Boltenhagen begann der zweite Teil seiner Flucht. Unbemerkt von den Grenzwachen überwand er, bekleidet mit einem Taucheranzug, den er wegen der niedrigen Temperaturen in der Ostsee angelegt hatte, die Grenzsperren. Auch das Schlauchboot brachte er unbeschädigt durch Sperrzaun und Drähte. Zunächst im Wasser das Boot vor sich hinschiebend, später im Boot paddelnd, erreichte er die Schiffahrtsstraße Lübeck–Gedser (Dänemark). Nautische Hilfsmittel hatte er nicht, er verließ sich auf die Gestirne und jene Hilfszeichen, die den Seeweg markieren.

Fischkutter entdeckte ihn

Etwa acht Stunden trieb der 36jährige bei klarem Wetter auf der eiskalten Ostsee, dann entdeckte ihn die Besatzung eines Fischkutters. Die Männer der „Nordlicht – Got 8" nahmen ihn Bord, versorgten den Erschöpften und brachten ihn zu den Grenzbehörden im Hafen von Neustadt in Holstein. Den Fischern sagte er zum Abschied: „Ein Riesenglück war das, nochmal möchte ich das nicht machen."

Hans-Karl von Schnitzler hat ein bewegtes Leben hinter sich. Der gelernte Baufacharbeiter, der in der Nationalen Volksarmee seinen Wehrdienst leistete, arbeitete zunächst in Ost-Berlin und hatte als Mitglied der SED im Betrieb auch politische Führungsaufgaben. Doch im Privatleben klappte es nicht: Mehrere Ehen endeten mit Scheidung, die Zahlungen für Kinder aus diesen Verbindungen machten ihm zu schaffen. So entschloß er sich zu einem neuen Anfang.

In Wismar an der „DDR"-Ostseeküste gründete er eine Surfschule, doch auch die „lief nicht so, wie ich es erwartet hatte". Die finanziellen Schwierigkeiten wuchsen. Als dann noch Streitereien mit seiner Lebensgefährtin, mit der er ebenfalls ein Kind hat, hinzukamen, dachte er an Flucht. Auch politisch gab es Schwierigkeiten, wohl wegen des zur Polit-Prominenz der „DDR" zählenden Fernseh-Chefkommentators. Hans-Karl von Schnitzler will im Westen wieder neu beginnen: „Mit meiner Freundin, die sie hoffentlich rauslassen."

Die Deutschen und ihr Glück mit den Präsidenten

Co. Bonn

„Mit der Wahl unserer Bundespräsidenten haben wir wirklich Glück gehabt", versicherte die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher, und sie meinte speziell die letzten drei Amtsinhaber: Walter Scheel, Karl Carstens und Richard von Weizsäcker. Die beiden Altbundespräsidenten saßen vor ihr im Bonner Presseclub; das derzeitige Staatsoberhaupt hatte kurzfristig nach Berlin reisen müssen.

Allen drei Politikern attestierte die streitbare Liberale, daß sie im Sinne der visionären Vorstellungen des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuß ihr „eher machtloses Amt zu einer tragenden Säule unseres Gemeinwesens weiterentwickelt" hätten. „Jeder von ihnen war und ist leidenschaftlicher Demokrat über Parteigrenzen hinaus."

Anlaß der ungewöhnlichen Laudatio war eine Buchvorstellung: Anne-Lydia Edingshaus hatte mit Scheel, Carstens und Weizsäcker „Neujahrsgespräche" geführt und die Texte in Buchform veröffentlicht („Nachdenken über gestern und morgen", Piper Verlag).

Das Ergebnis bewertete Frau Hamm-Brücher als ein weiteres Indiz dafür, daß jeder der drei einen hochkarätigen und ganz spezifischen Beitrag zur Entwicklung unserer demokratischen Kultur geleistet habe und noch leiste. Als „besondere Bewährungsproben für Präsidententugenden" nannte die FDP-Abgeordnete drei Ereignisse:

- Scheels Trauerrede für den ermordeten Hanns Martin Schleyer, in der er angesichts der terroristischen Bedrohung einer aufgewühlten Öffentlichkeit moralische Maßstäbe setzte.
- Carstens' Beschluß, nach dem Sturz von Helmut Schmidt und der Wahl von Helmut Kohl zum Kanzler Bundestagswahlen zu ermöglichen und damit eine denkbare Legitimitätskrise abzuwenden.
- Die Rede Weizsäckers vom 8. Mai 1985.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Schwarze Witwe stürzt Den Haag ins Dilemma

HELMUT HETZEL, Den Haag

Sie heißt Rost van Tonningen und ist die Witwe eines ehemaligen nationalsozialistischen Abgeordneten der Haager Volksvertretung. Diese Dame, in Holland landauf, landab als „Schwarze Witwe" bekannt, entfesselte nun eine der gefühlsbeladensten Diskussionen der letzten Jahre.

Ihr Fall, der die 14 Millionen Niederländer zutiefst bewegt, ist gleichzeitig ein schwerwiegender und grundsätzlicher moralischer Konflikt, ein Konflikt zwischen Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit. Das macht die Angelegenheit für die sich Moral und Gerechtigkeit verpflichtet fühlenden Holländer um so schwieriger.

Vor kurzem wurde bekannt, daß die „Schwarze Witwe" eine staatliche Jahrespension in Höhe von 25 000 Gulden erhält. Eine Pension, die ihr rechtmäßig zusteht, da ihr Mann als gewählter Abgeordneter der Niederländischen Nationalsozialisten (NSB) von 1937–1941 im Haager Parlament saß.

Allein schon das Bekanntwerden dieser Tatsache sorgte für Aufregung und Empörung. Nicht zuletzt deshalb, weil viele Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auch hierzulande jahrelang bei den Behörden darum kämpfen mußten, ihre Rentenansprüche durchzusetzen.

Ein Aufschrei aber hallte durch die Niederlande, als sich die „Schwarze Witwe" vor einigen Tagen erneut mit deutschen Neonazis traf und als in der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, daß sie auch sehr aktiv in zahlreichen nationalsozialistischen Organisationen in Europa mitarbeitet.

Die Öffentlichkeit fordert: „Weg mit der Pension"

Nach Angaben von Simon Wiesenthal, dem Leiter des Jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, sind dies Organisationen, die die Mär von der „Auschwitz-Lüge" in die Welt setzen und die Existenz deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkrieges leugnen.

Wiesenthal verglich die „Schwarze Witwe" in einem Fernsehinterview sogar mit der Witwe Heidrichs und mischte sich ganz gegen seine sonstige Gepflogenheit in diesen niederländischen Konflikt ein. Auch er plädiert dafür, daß die „Schwarze Witwe" ihre Pensionsansprüche zumindest teilweise verliert.

Dennoch ist und war das amtierende christlich-liberale Kabinett unter Führung von Ministerpräsident Ruud Lubbers nicht bereit, der von allen Widerstandsgruppen lauthals gestellten und in der breiten Öffentlichkeit als berechtigt angesehenen Forderung: „Weg mit der Pension" nachzugeben.

Es geht um das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit

Man könne das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssichterheit nicht einfach über Bord werfen, argumentiert das Kabinett. Es wird darin von führenden Staatsrechtlern bestärkt. Auch eine entsprechende Novellierung des Beamtenrechts kommt für die Regierung bisher nicht in Frage.

Erschütternde Szenen spielten sich daraufhin im Parlament ab. Während einer öffentlichen Anhörung zu dieser Frage, zu der alle Organisationen des niederländischen Widerstandes und Überlebende der Konzentrationslager kamen, brachen manche Redner während ihres Plädoyers in Tränen aus. Andere prangerten dagegen wütend diese „schreiende Ungerechtigkeit" an.

„Man macht eine schlechte Sache nicht dadurch gut, daß man sie mit einem Schein des Rechts versieht und dadurch verschleiert", zitierte lautstark Hollands Nationaldichter Fondel in seiner Rede. Donnernder Applaus brandete daraufhin von der Zuschauertribüne, die bis zum letzten Platz besetzt war. Aufgrund des großen Publikumsandrangs mußten Hunderte von Besuchern in anderen Räumen untergebracht werden. Dorthin wurde die parlamentarische Anhörung per Video übertragen.

Morgen haben die 150 Volksvertreter im Parlament das Wort. Sie stehen vor einer schwierigen Entscheidung. Sie müssen beschließen, ob sie der „Schwarzen Witwe" ihre staatliche Pension aberkennen wollen. Für ein „Ja" ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Einen Fraktionszwang wird es bei diesem Votum nicht geben. Die Abgeordneten sollen ihrem Gewissen folgen, verkündeten die Fraktionsvorsitzenden. Es wird eine Entscheidung von großer Tragweite.

Gewalt, Rassentrennung und Kirchen in Südafrika / Deutsche Hilfe / WELT-Gespräch mit Bischof Mokoena

„Ich werde für uns nur dann Geld akzeptieren, wenn es Gottes Segen hat"

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Er halte nicht viel von Personenschutz, das sei teuer und sein Leben liege ohnehin in Gottes Hand. Wenn die Killer des ANC ihn töten wollten, so würden sie das so oder so tun. Bischof Isaac Mokoena, Vorsitzender der Vereinigung der Unabhängigen Reformierten Kirchen (RICA), erhält nicht nur Drohungen. Sein Sekretär wurde bei einem Sprengstoffanschlag auf sein Auto getötet, er selbst jetzt überfallen, ausgeraubt und mißhandelt. Ein paar Stunden schleppte ihn das Killer-Kommando kurz nach seiner Rückkehr aus der Bundesrepublik Deutschland, wo er am siebten Internationalen Strategie-Symposium der Hanns Seidel Stiftung in der vergangenen Woche teilgenommen hatte, durch Johannesburg, prügelte und trat ihn in seinem eigenen Wagen und beriet mit lauter Stimme, ob sie ihn töten sollten. Schließlich warnten sie ihn vor weiteren politischen Aussagen und Aktivitäten, warfen ihn außerhalb von Johannesburg aus dem Auto und fuhren davon.

In einem Gespräch mit der WELT am Rande des Symposiums in München sagte Mokoena, er werde am 13. Dezember den Vorsitz der Anfang Oktober gegründeten Vereinten Christlichen Versöhnungspartei niederlegen, um sich wieder ganz der pastoralen Arbeit zu widmen. Mokoena: „Ich bin kein Politiker. Ich habe diese Partei nur mitbegründet, um ein Podium für die politischen Führer der schweigenden schwarzen Mehrheit zu schaffen. Diese Führer gibt es. Aber sie wurden eingeschüchtert. Mit Hilfe der neuen Partei, der ich mit meinem geistlichen



Vertritt 4,5 Millionen Christen: Mokoena

Rat selbstverständlich weiter zur Seite stehen werde, sollen sie nun ihre Stimme erheben gegen jede Form der Gewalt. Wir sind für einen gesunden Dialog mit der weißen Regierung auf der Grundlage christlicher Prinzipien, für ‚one man one vote' in einer geographisch-föderativen Struktur."

Die Idee zur Gründung dieser multirassischen Partei sei ihm geradezu aufgedrängt worden, weil „so viele Leute zu mir kamen und fragten, wem sie folgen sollten, wer sie in eine gewaltfreie Zukunft führen könne". Es sei noch nicht zu spät für einen neuen Anfang. Ohne Vision könnten die Menschen nicht leben, sie bräuchten Perspektiven und Führung.

In Europa hoffe er, Freunde zu finden, die seine Partei unterstützen. Dabei macht er sich keine Illusionen über eine Unterstützung durch die Kirchen in Deutschland. Die Gelder der EKD würden dazu verwendet, einen Krieg Schwarz gegen Schwarz zu finanzieren. Mit EKD-Geldern würden Halsband-Mörder vor Gericht verteidigt. Mit Geldern der katholischen Kirche sei der Start einer Zeitung finanziert worden, die zu Gewalt und Umsturz aufrufe. Für den katholischen Erzbischof Hurley sei „jeder, der nicht auch im Waggon der Revolution sitze, eine Marionette der Regierung". Ein Hilfsgesuch an die Kirche in Deutschland müßte aber entweder den hierarchischen Weg über Bischof Hurley gehen, oder die Bischöfe in Deutschland würden Hurley befragen. Das komme auf dasselbe hinaus. Mokoena: „Ich werde keine Prinzipien verkaufen, um Geld für die Partei zu bekommen. Ich werde nur Geld akzeptieren, das den Segen Gottes hat."

EKD hält Kirchen in Südafrika unter Druck

MICHAEL JACH, Hannover

Die jüngst erklärte Bereitschaft der drei weißen evangelisch-lutherischen Kirchen in Süd- und Südwestafrika zu einer innerkirchlichen Rassenintegration stuft der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes (LWB), Gunnar Stalsett, als lediglich „symbolischen Fortschritt" ein. Dementsprechend hält der kirchenpolitische Druck der Genfer LWB-Zentrale auf diese Kirchen unvermindert an. Dieser Druck gipfelte 1984 im Ausschluß von zwei dieser Kirchen aus dem Konfessionsbund und zielt inzwischen gegen die finanzielle Unterstützung durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD).

Zwei Jahre nach dem von der Weltbund-Vollversammlung in Budapest verhängten Ausschluß legte sich jetzt eine „Überprüfungskonferenz" des LWB in Hannover auf das Verdikt fest, „ein Ende der Trennung der lutherischen Kirchen nach rassischen Gesichtspunkten" zeichne sich im südlichen Afrika auch heute „noch nicht ab". Zur Begründung wird trotz vielfacher Integrationsbemühungen auf eine „tägliche Wirklichkeit" in den Gemeinden verwiesen. Die EKD solle, so heißt es, dafür sorgen, daß ihre Hilfsleistungen für die weißen Lutheraner Rassentrennung nicht weiter förderten.

An diesem Punkt traten Differenzen zutage. Der Afrika-Referent des hannoverschen EKD-Kirchenamtes, Oberkirchenrat Rudolf Hinz, verwies auf den vor vier Wochen gefaßten gemeinsamen Beschluß der Lutheraner in Namibia, ihre derzeitige Föderation zweier schwarzer und einer weißen Gebietskirche – die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Südwestafrika (VELKSWA) – bis 1992 zu einer integrierten Kirche zu vereinigen. Darüber hinaus habe die Arbeitsgemeinschaft der drei vom LWB inkriminierten weißen Kirchen aus Südwest- und Südafrika im September in Kapstadt die vollständige Abschaffung der Apartheid im politischen wie im kirchlichen Raum verlangt.

Vor der Öffentlichkeit unerwähnt blieb in Hannover, daß die weit überwiegend schwarze VELKSWA eben erst den Landespropst der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche (DELK) von Namibia, Willfried J. Blank, zu ihrem Präsidenten gewählt hat. Die DELK ist mit 12 000 Mitgliedern eine der weißen Kirchen, die der LWB ausgeschlossen hält. Blanks schwarze namibische Amtsbrüder, die Bischöfe Hendrik Frederik und Kleopas Dumeni mit insgesamt 540 000 Gemeindegliedern, schwiegen sich über die offenkundigen Widersprüche zu der von ihnen im Weltbund mitgetragenen Ablehnung aus.

Sozialdemokraten suchen die Nähe der Gaullisten

Abkehr von den Giscardisten / Die bisher wenig beachtete PSD will aktivere Rolle spielen / Vier Mandate im Parlament

PETER RUGE, Paris

„Mitten im Winter erleben die Sozialdemokraten Frankreichs ihren Frühling", feierten die Delegierten des Nationalkonvents der PSD die Anwesenheit von gaullistischen Besuchern: Zustimmend klatschten Premierminister Jacques Chirac, Innenminister Charles Pasqua und RPR-Generalsekretär Jacques Toubon Beifall.

Bis zu diesem Ereignis hatte die Nation anscheinend vergessen, daß es in der 5. Republik tatsächlich eine „Sozialdemokratische Partei" gibt. Die PSD wurde 1973 von Max Lejeune gegründet, um die Unzufriedenen am linken Einheitsprogramm aufzufangen. 1978 näherte sich diese Splitterpartei der Sozialisten der UDF an, dem Sammelbecken von Giscardisten, Christlich-Demokraten und Republikanern. Die UDF (Giscardisten) bildet mit der gaullistischen RPR seit den Märzwahlen die bürgerliche Mehrheit in Frankreich.

Soviel Treue der Sozialdemokraten zum Regierungsbündnis fand denn auch entsprechende Belohnung: André Santini, der Generalsekretär der PSD, wurde Staatssekretär für die Repatriierten.

Daß die Sozialdemokraten in der Nationalversammlung ihre Mandate in den letzten Monaten vervierfachten, war dabei der französischen Öffentlichkeit so gut wie verborgen geblieben: Drei „unabhängige" Abgeordnete wie die Bürgermeister von Châteauroux und Le Touquet sowie eine Lokalgröße aus dem Küstengebiet von Calais schlossen sich der Partei an – so sind es jetzt vier.

Bei dem Parteikonvent in Paris saßen also die Gaullisten mit auf dem Podium, die UDF ließ sich entschuldigen. Ein schwerwiegender Fehler, wie sich herausstellen sollte. Die Nichtbeachtung durch UDF-Präsident Jean Lecanuet ließ die PSD das politische Lager wechseln: Die Sozialdemokraten Frankreichs näherten sich den Gaullisten an, sie fühlen sich nur bei Chirac gut aufgehoben. Sie wollen künftig den sozialen Radar auf dem Regierungsboot spielen.

Der Premierminister Frankreichs mußte nicht an die Geschlossenheit der Koalition erinnern – zum ersten Mal ließ er aber deutlich durchblicken, daß es Augenblicke gäbe, in denen er sich von der gegenwärtigen Situation der „Cohabitation" entmutigt fühle. Das Bündnis mit der UDF dürfte durch den Seitensprung der Sozialdemokraten kaum belastet werden. Dennoch wird dem Vorgang in Frankreich Aufmerksamkeit geschenkt: Nach der Radikalenpartei ist es nun die PSD, die von der UDF zur RPR überwechselt.

„Jacques Chirac sammelt jetzt auch das Kleinvieh um sich", spötteln die Linken. Die Gaullisten konterten: „Kleinvieh macht auch Mist."

EG-Gipfel erörtert Terrorbekämpfung

AFP, Brüssel

Die Außenminister der EG-Länder haben gestern die Themen für den Londoner Gipfel der Staats- und Regierungschefs der „Zwölf" am 5. und 6. Dezember festgelegt.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Schwierigkeit, den freien Verkehr sowie die Abschaffung der Grenzen mit einer Verstärkung der Sicherheit und der Terrorismusbekämpfung in Einklang zu bringen. Auch der Kampf gegen den Rauschgifthandel wird in diesem Zusammenhang zur Sprache kommen. Ein zweiter Themenkreis behandelt Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und die Schaffung eines erweiterten EG-Binnenmarktes bis 1992.

„Sicherheitspartnerschaft" – Karriere eines Begriffs

Von LOTHAR RÜHL

Wenige Worte der zeitgenössischen politischen Sprache haben eine so allgemeine Verbreitung gefunden und einen so hohen Anspruch mit sich getragen wie der Ausdruck „Sicherheitspartnerschaft". Der begriffliche Inhalt wechselt dabei je nach dem philosophischen Standpunkt und dem Zweck dessen, der das Wort gebraucht.

So wurde der Begriff Sicherheitspartnerschaft in den vergangenen Jahren auf recht unterschiedliche Beziehungen zwischen Staaten und auf verschiedenartige politische Zielvorstellungen angewandt. Solcher Wandel ist natürlich, die Benutzung eines Begriffs wie eines Wortes für den jeweiligen Zweck ist so lange legitim, als sie ihn nicht seines Inhalts entleert oder in seiner Bedeutung verfremdet, verfälscht, ummünzt.

So ist es auch mit dem Begriff der „Sicherheitspartnerschaft". Dieser Begriff ist auf Beziehungen, Machtverhältnisse und Zielvorstellungen verschiedenster Art zwischen Staaten, Staatengruppen oder politischen Kräften anwendbar, obwohl er, als er vom Autor im Jahre 1972 geprägt und in die deutsche Publizistik eingeführt wurde, in einer bestimmten internationalen Situation eine außenpolitische Zielvorstellung im Weltmachtverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion umschrieb.

Diese Situation war von einem bedeutenden Ereignis bestimmt: dem Abschluß des ersten Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion über eine vorläufige Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT 1), verbunden mit einer gemeinsamen Erklärung des Präsidenten Richard Nixon und des Generalsekretärs der KPdSU Leonid Breschnew über die Leitsätze, die nach ihrer Verabredung hinfort die Beziehungen zwischen ihren Staaten inspirieren sollten.

Der übergeordnete dieser Leitsätze in der Moskauer Erklärung vom 27. Mai 1972 lautete „Gleichheit und gleiche Sicherheit". Die Sowjetführung beruft sich seither auf ihn als ein ehernes Prinzip des Weltmachtverhältnisses, allerdings nicht nur um auf Ebenbürtigkeit der Sowjetunion mit den Vereinigten Staaten zu pochen, sondern auch und vor allem, um für die Sowjetmacht ein Recht auf Überlegenheit bei strategischen Streitkräften über den amerikanischen SALT-Vertragspartner zu postulieren und sich dabei auf dessen Verbündete und auf die potentielle Gegnerschaft anderer Mächte zu berufen, gegen deren Drohungen die Sowjetunion sich mit ihren Nuklearwaffen und sonstigen militärischen Kräften zu verteidigen hätte. Eben in Voraussicht auf eine solche einseitige Interpretation hatten die Amerikaner im Mai 1972 beim Abschluß des SALT-2-Abkommens in Moskau gezögert, einen auf den ersten Blick so gerechten und an sich selbstverständlichen Grundsatz wie „Gleichheit und gleiche Sicherheit" in den Katalog der Leitsätze aufzunehmen. Schließlich aber gaben sie nach und Nixon zeichnete die Erklärung mit Breschnew.

Das amerikanische Motiv, von Henry Kissinger nach der Rückkehr aus Moskau den Repräsentanten des Kongresses und der amerikanischen Öffentlichkeit dargelegt, war auf die Erwartung gegründet, daß es zum gemeinsamen übergeordneten Vorteil wäre, die Sowjetunion über die konkreten Verpflichtungen aus dem ersten SALT-Abkommen für eine Begrenzung der strategischen Offensiv- und Defensivwaffen hinaus für eine kooperative und konstruktive Gestaltung des bilateralen Verhältnisses und der internationalen Beziehungen in Anspruch zu nehmen. Es war Nixons und Kissingers Ziel, den SALT-Prozeß, der fortgesetzt werden sollte, dafür zu nutzen, mit der strategischen Konkurrenz auch die politischen Gegensätze zu begrenzen, Konfrontations- und Eskalationsrisiken einvernehmlich, allerdings auf der Basis der eigenen Stärke und im Rahmen der ausgehandelten Bedingungen, abzudecken und so die Machtrivalität zu mäßigen. Wie der spätere Berater Präsident Carters, Marshal Shulman, damals schrieb, galt es, das Supermachtverhältnis zu „regulieren" und zu „moderieren".

Dieses seit der Präsidentschaft General Eisenhowers immer aufs neue gesetzte Ziel der amerikanischen Sicherheitspolitik konnte und kann nur durch ein Zusammenwirken der beiden Mächte im begrenzten Konflikt, auf dem Sicherheit vor Tendenzen zur extremen Machtentfaltung bietenden Geflecht kooperativer Beziehungen, also auf einer gemeinsamen Basis der Risikobeteiligung und Risikobegrenzung verfolgt werden.

Kissinger, der Praktiker der Außenpolitik und Historiker des europäischen Gleichgewichts am Ende der napoleonischen Kriege, faßte das Problem der neuen Weltmachtbeziehungen in einen Vergleich mit einem Vertrag über Rüstungsbegrenzungen aus dem 20. Jahrhundert: den *Flottenabkommen zwischen den USA*, Großbritannien und Japan vor dem Zweiten Weltkrieg zur Begrenzung der Bauprogramme für Kriegsschiffe.

Diese, auf das Kräfteverhältnis im Sinne einer maritimen Machtbalance im Pazifik angelegten Abkommen, so argumentierte Kissinger 1972, hätten den Tendenzen zur aktiven Seemachtrivalität auf japanischer Seite nicht standgehalten, weil sie isoliert geblieben waren, statt von kooperativen Beziehungen eingesponnen zu werden. Die USA sollten daraus eine Lehre für die Bedeutung und die Tragfähigkeit des Moskauer SALT-Abkommens über Raketen und Raketen-U-Boote mit der Sowjetunion ziehen und dieses Abkommen in ein Geflecht kooperativer Beziehungen einbinden, um es politisch abzufedern und um über strategische Rüstungsbegrenzungen hinaus eine Perspektive gemeinsamer Friedenssicherung zu öffnen.

Um diese Perspektive und die politische Zielvorstellung der Nixon-Administration prägnant zu formulieren, benutzte der Autor den Begriff „Sicherheitspartnerschaft". Er findet sich in der Publizistik zum ersten Mal in einem Artikel in der WELT vom 30. Mai 1972, wenige Tage nach dem Moskauer SALT-1-Abschluß unter dem Titel: „Suche nach einer Strategie der Kriegsverhütung". Dort heißt es: „... Als ein roter Faden zieht sich durch das Muster dieses Weltmachtgegensatzes die Linie der Abgrenzung, auf der die beiden Mächte zunächst in schroffer Feindseligkeit gegeneinander verharrten, ohne sie jedoch zu überschreiten, von der aus sie später eine Sicherheitspartnerschaft auf den Positionen ihrer *bewaffneten Macht und ihrer Militärbündnisse* suchen mußten ... Die SALT-Diplomatie fügte sich auf dieses Fundament. Ihre ersten Teilabkommen bauten die Basis für ein Rüstungskontrollsystem der strategischen Nuklearwaffen als konkrete Form der Sicherheitspartnerschaft beider Supermächte ..."

In seinem 1974 erschienenen Buch „Machtpolitik und Friedensstrategie" hat der Autor dann den Begriff der „Sicherheitspartnerschaft" in einer Abhandlung über den bewaffneten Frieden und die Legitimität der Weltmachtpolitik als Stabilitätsfaktor der internationalen Sicherheit weiter erläutert: „... Die Ansätze zu einer globalen Sicherheitspartnerschaft der beiden Weltmächte USA und UdSSR finden sich auf einem weit gespannten Bogen, der die Grenzen zwischen der Sowjetunion und der Außenwelt überwölbt wie die Kontinente und Ozeane. Die politischen Verhältnisse bleiben von ihm unberührt. Das neue Verhältnis zwischen den beiden Mächten beruht auf der Anerkennung der sowjetischen Machtausweitung in Europa und in Asien, auf der Hinnahme der sowjetkommunistischen Ordnung in diesem Herrschaftsbereich und auf der Erwartung, daß die Sowjetunion sich in diesen strategischen Grenzen bescheiden werde. Die Natur der staatlichen Ordnung, welche die Sowjetmacht errichtet hat und aufrechterhält, wird von der Sicherheitsbeziehung der strategischen Stabilität nicht angetastet ..." (S. 309)

Diese Beschreibung, die trotz amerikanischer Sanktionen gegen die Sowjetunion nach dem Einfall in Afghanistan Ende 1979 und der militärischen Pressionen gegen Polen 1980–81 im wesentlichen weitergilt, auch wenn im KSZE-Prozeß die amerikanische Politik auf die politischen Zustände im sowjetischen Herrschaftsbereich einzuwirken sucht – wie die der westeuropäischen Staaten –, verdeutlicht, was mit dem Begriff der „Sicherheitspartnerschaft" gemeint war: eine Weltmachtbeziehung strategischer Natur für globale Stabilität im Zustand des bewaffneten Friedens, gegründet auf ein ungefähr ausgeglichenes militärisches Kräfteverhältnis und gegenseitige Abschreckung.



***B**egriffe, die inhaltlich allgemein gehalten sind, haben eine politisch besonders knetfähige Substanz. Diese Erfahrung mußte auch der beamtete Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Rühl machen, als er 1972 das Wort „Sicherheitspartnerschaft" prägte. Es ist ein strategisch wie politisch anspruchsvoller Begriff – vorausgesetzt, er wird im richtigen Zusammenhang eingesetzt und nicht in polemischer Weise politisch verzerrt.*

FOTO: CAROLINE BRECHER-SCHULZ

Die Frage für die europäische und deutsche Politik lautet, ob solche „Sicherheitspartnerschaft" im Verhältnis zwischen ungleichen Partnern, also etwa der Bundesrepublik Deutschland und Sowjetunion, möglich und der europäischen Sicherheit nützlich ist, wie es Politiker in der öffentlichen Diskussion seit Jahren behaupten oder suggerieren.

Als Zeuge dafür wird oft der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt angeführt. Er benutzte das Wort am 1. Juni 1978 vor dem Deutschen Bundestag in einer Regierungserklärung nach Rückkehr von einem Besuch in Amerika, allerdings zunächst für die deutsch-amerikanischen Bündnisbeziehungen, als er sagte, das Verhältnis zu den USA und zu den anderen NATO-Verbündeten sei „in einer festen und vertrauensvollen Sicherheitspartnerschaft begründet". Er fügte hinzu, die Bundesrepublik würde international als „konstruktiver Partner in der Arbeit für den Frieden in der Welt" geachtet.

Am 5. September 1978 weitete der Kanzler Schmidt in einer *Rede zur* Eröffnung der 65. Interparlamentarischen Konferenz in Bonn den Begriff zu „einer umfassenden politischen Sicherheitspartnerschaft" im Nord-Süd-Dialog der Nationen aus. Eine solche Partnerschaft müsse „unabhängig von den gesellschaftlichen und politischen Zielen und Bedingungen" bestehen. Zu dieser Konzeption gehöre auch eine Politik „des strategischen und militärischen Gleichgewichts" und „der Entspannung, der Konflikteindämmung und des Interessenausgleiches".

In dieser Formulierung war der Begriff der „Sicherheitspartnerschaft" zwar auf eine Gleichgewichtsvorstellung gegründet, jedoch von den internationalen Machtfaktoren des Weltmachtverhältnisses und der Bündnisse abgelöst und universalisiert. „Sicherheitspartnerschaft" wurde als eine Konzeption internationaler Beziehungen präsentiert – durchaus im *Sinne der Beschreibung der amerikanischen* Zielvorstellungen von 1972 gegenüber der Sowjetunion von Konflikt- und Risikobegrenzung, aber eben nicht mehr an die beiderseitige Abschreckung als vitale Beziehung gebunden im Sinne einer Risikopartnerschaft zwischen den Inhabern der strategischen Nuklearmacht.

Den nächsten Schritt zur Umdeutung tat am 18. März 1979 Herbert Wehner, als er zum 20. Jahrestag der Präsentation des „Deutschlandplanes" der SPD von 1959 erklärte, „heute wie damals" sei es das Ziel, „ein System europäischer Sicherheitspartnerschaft" zu schaffen, wobei der „militärischen" Entspannung die „politische" folgen sollte.

Damit war die Distanz zu den politischen Verhältnissen im Warschauer Pakt, zur politischen Natur des strategischen oder immerhin des militärischen Sicherheitspartners für Rüstungskontrolle aufgegeben, eine Veränderung, die Wehner auch mit dem Begriff von „qualitativen Entspannungsschritten", die sonst „im Umgang" mit der anderen Seite im Ost-West-Verhältnis nicht realisiert werden könnten, umschrieb.

Am 10. August 1979 schloß Egon Bahr den Kreis, als er in einer dezidierten Kritik an der Rüstungspolitik der Sowjetunion gegenüber Europa die These aufstellte, „die Politik der Sicherheitspartnerschaft" sei „die Alternative zur abgewirtschafteten Politik der Stärke". Diese These gründete Bahr ähnlich wie Helmut Schmidt auf ein Gleichgewicht und umschrieb „Sicherheitspartnerschaft" mit „gemeinsamer Sicherheit" in Europa.

Am 13. März 1983 nahm der *Generalsekretär* der SED Erich Honecker den Begriff in einer Rede in Leipzig auf: „... Beide deutsche Staaten können einen großen Beitrag zur Friedenssicherung leisten. Wir teilen wirklich die Auffassung, daß die Idee der Friedenspartnerschaft, der Sicherheitspartnerschaft von außerordentlich großer Bedeutung ist ..."

Wer würde dem widersprechen? Die Frage stellt sich nur, auf welcher Basis „Sicherheitspartnerschaft" in Europa errichtet werden soll und wie dies für „gemeinsame" Sicherheit, das heißt bei Wahrung der Unabhängigkeit der Staaten und der Freiheit in Westeuropa geschehen kann. Für eine globale „Sicherheitspartnerschaft" der beiden Weltmächte, die in strategischer Stabilität einer ungefähren Machtbalance besteht, die geographische mit politischer Distanz verbindet, sind die inneren Verhältnisse des Sicherheitspartners nicht kritisch für die Bewahrung der gemeinsamen *Sicherheit. Konflikt- und Risikobegrenzung*, Krisenbeherrschung können über die Systemgegensätze hinweg versucht werden.

In Europa aber fällt die räumliche Nähe mit der ideologisch-politischen Abgrenzung und der Systemkonkurrenz unmittelbar zusammen – „Sicherheitspartnerschaft" kann in Europa nicht system-neutral sein, so wie die Länder Westeuropas nicht neutral zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, etwa politisch auf gleicher Distanz, Sicherheit suchen und finden können.

Die erste Voraussetzung für jeden Versuch, in Europa eine begrenzte „Sicherheitspartnerschaft" zwischen Ost und West zu finden, wäre ein Abbau der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber Westeuropa, ein Verzicht auf die Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts mit konventionellen Angriffskräften. Sicherheit in Unabhängigkeit kann im Unterschied zu Anpassung an fremde Macht und Unterordnung zu Bedingungen der Sicherheit, die von der anderen Seite auferlegt werden, nicht auf der schiefen Ebene eines Machtgefälles Halt finden. Auch in dieser Hinsicht ist „Sicherheitspartnerschaft" ein strategisch wie politisch anspruchsvoller Begriff.

Personen

MILITÄR

Für Generalmajor **Wolfgang Odendahl**, ab 1. Dezember Nachfolger von Generalleutnant Dr. **Gerhard Wachter** als neuer Amtschef des Heeresamtes in Köln, wird auf Odendahls vorherigen Posten als Chef des Stabes der Armeegruppe Mitte (Centag) in Heidelberg Generalmajor **Wilhelm Jacoby**, bisher Kommandeur der 5. Panzerdivision in Diez, versetzt. Jacobys Nachfolger wird Brigadegeneral **Peter Rhode**, Kommandeur der Artillerieschule in Idar-Oberstein. Ihm folgt Brigadegeneral **Heribert Göttelmann**, Kommandeur der Panzerbrigade 29 in Sigmaringen. Sein Nachfolger wird Oberst i. G. **Wolfgang Beltermann**, bisher Referatsleiter im Führungsstab des Heeres im Bonner Verteidigungsministerium.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat nach 13 Monaten Vakanz für die katholischen Heimatvertriebenen aus Danzig einen neuen Apostolischen Visitator ernannt. Der Bremer Seemannspastor und Leiter des dortigen Seemannsheims „Stella maris", **Johannes Bieler**, wurde Nachfolger von Prälat Professor Dr. **Franz-Josef Wothe**, Hildesheim, der mit Erreichung der Altersgrenze am 21. Oktober 1985 nach 18jähriger Tätigkeit aus dem Amt geschieden war. Seine Berufung zum Apostolischen Visitator kam für viele überraschend, da die kommunistische Regierung Polens mit Nachdruck die Berufung eines neuen Visitators, dessen Ernennungsdekret von der Kongregation für die Bischöfe in Rom ausgefertigt wird, zu verhindern suchte. Die Berufung des neuen Apostolischen Visitators zeigt aber, daß Rom aus seelsorglichen Gründen das Konzept für die kirchliche Betreuung der Heimatvertriebenen nicht geändert hat. Das wird von allen katholischen Heimatvertriebenen dankbar begrüßt.

WAHL

Karl Fürst zu Löwenstein (82), von 1948 bis 1968 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), ist von der Herbst-Vollversammlung des Katholiken-Komitees als sogenannte Einzelpersönlichkeit in das ZdK gewählt worden. Dem ZdK gehören 66 Delegierte der katholischen Verbände und ebenfalls 66 Delegierte der Diözesanräte sowie stets bis zu 40 Einzelpersönlichkeiten an. Fürst zu Löwenstein war bisher vom Würzburger Diözesanrat in das ZdK entsandt worden.

*

Auf der Jahresversammlung des Bundes Freiheit der Wissenschaft (BFW) wurde Professor Dr. **Klaus Hempfer** zum Vorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Professor Dr. **Erwin K. Scheuch** an, der nicht mehr kandidiert hatte. Die beiden anderen Vorsitzenden des **BFW, Clemens Christians** und Professor Dr. **Hatto H. Schmitt**, wurden in ihrem Amt bestätigt. Professor Hempfer ist seit 1975 an der Freien Universität Berlin Professor für Romanische Philologie und Allgemeine Literaturwissenschaft.

EHRUNGEN

NATO-Generalsekretär **Lord Carrington** hat in Brüssel den Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Professor **Karl Kaiser** (Bonn) mit dem „Atlantic Award" *der NATO ausgezeichnet.* Der mit



Karl Kaiser

5000 Dollar dotierte Preis wird jährlich für wissenschaftliche Leistungen auf sicherheitspolitischem Gebiet vergeben. Professor Kaiser (52), Wirtschaftswissenschaftler und Politologe, gehört der SPD an und leitet das Bonner Forschungsinstitut seit 1973.

*

Dr. **Walther Florian**, Staatssekretär des Bundesernährungsministeriums, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Bei einem Empfang zum 65. Geburtstag von Dr. Walter Florian überreichte Bundesernährungsminister **Ignaz Kiechle** die hohe Ehrung. Minister Kiechle würdigte seine emotionsfreie Sachlichkeit, den „durch und durch ökonomisch denkenden, präzisen Beamten mit klar umrissenen Vorstellungen", der manche agrarpolitischen „Träumereien sehr schnell auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeholt hat".

*

Mit der höchsten Auszeichnung des Landes Niedersachsen, der Landesmedaille, ist der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Dr. **Carl H. Hahn**, geehrt worden. Ministerpräsident **Ernst Albrecht** verwies in seiner Laudatio auf die große Bedeutung des VW-Konzerns für das Land. Derzeit befinde sich der Wolfsburger Konzern in einer „ausgesprochenen Blüteperiode". Dies sei 1982, als Hahn sein Amt als VW-Chef übernahm, keineswegs sicher gewesen. Albrecht würdigte zugleich das ehrenamtliche Engagement Hahns, der unter anderem Senator der „Stiftung Niedersachsen" ist. In seiner Antwort erklärte der VW-Chef, das zu Ende gehende Jahr werde für sein Unternehmen ein Rekordergebnis bringen. Zum ersten Mal in der Geschichte von VW werde die Zahl der vom Band laufenden Golf-Pkw höher sein als die früheren Produktionszahlen für den Käfer.

MEDIEN

Mit der Konstituierung des Aufsichtsrats und der Verabschiedung eines 150-Millionen-Mark-Etats für 1987 hat der erste nationale private deutsche Fernsehveranstalter, die SAT 1-GmbH (Mainz), die Weichen für sein Engagement in der deutschen Rundfunklandschaft gestellt. Zum Vorsitzenden des SAT 1-Aufsichtsrates wurde während der Sitzung in Mainz der Bremer Rechtsanwalt und Notar, **Joachim Theye**, zu seinem Stellvertreter der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer Verlag AG, **Peter Tamm**, gewählt. Zum Aufsichtsrat gehören außerdem: **Gerd Bacher**, der frühere Generalintendant des Österreichischen Rundfunks; der Ulmer Verleger **Eberhard Ebner**, Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger; **Helmut Guthardt**, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Genossenschaftsbank; **Wolfgang Müller**, Springer Verlag; **Wilhelm Sandmann**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH sowie **Diether Stolze**, geschäftsführender Gesellschafter der AV Euromedia.

ERNENNUNG

Neuer Präsident des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz ist der Franzose **Emile Noel**, derzeit engster Mitarbeiter von EG-Präsident **Jacques Delors**. Noel wurde vom Obersten Rat der Mitgliedsländer ernannt und ist Nachfolger von Professor **Werner Maihofer**, der noch bis Herbst 1987 an der Spitze des Instituts bleibt. Das Europäische Hochschulinstitut besteht in diesen



Emile Noel

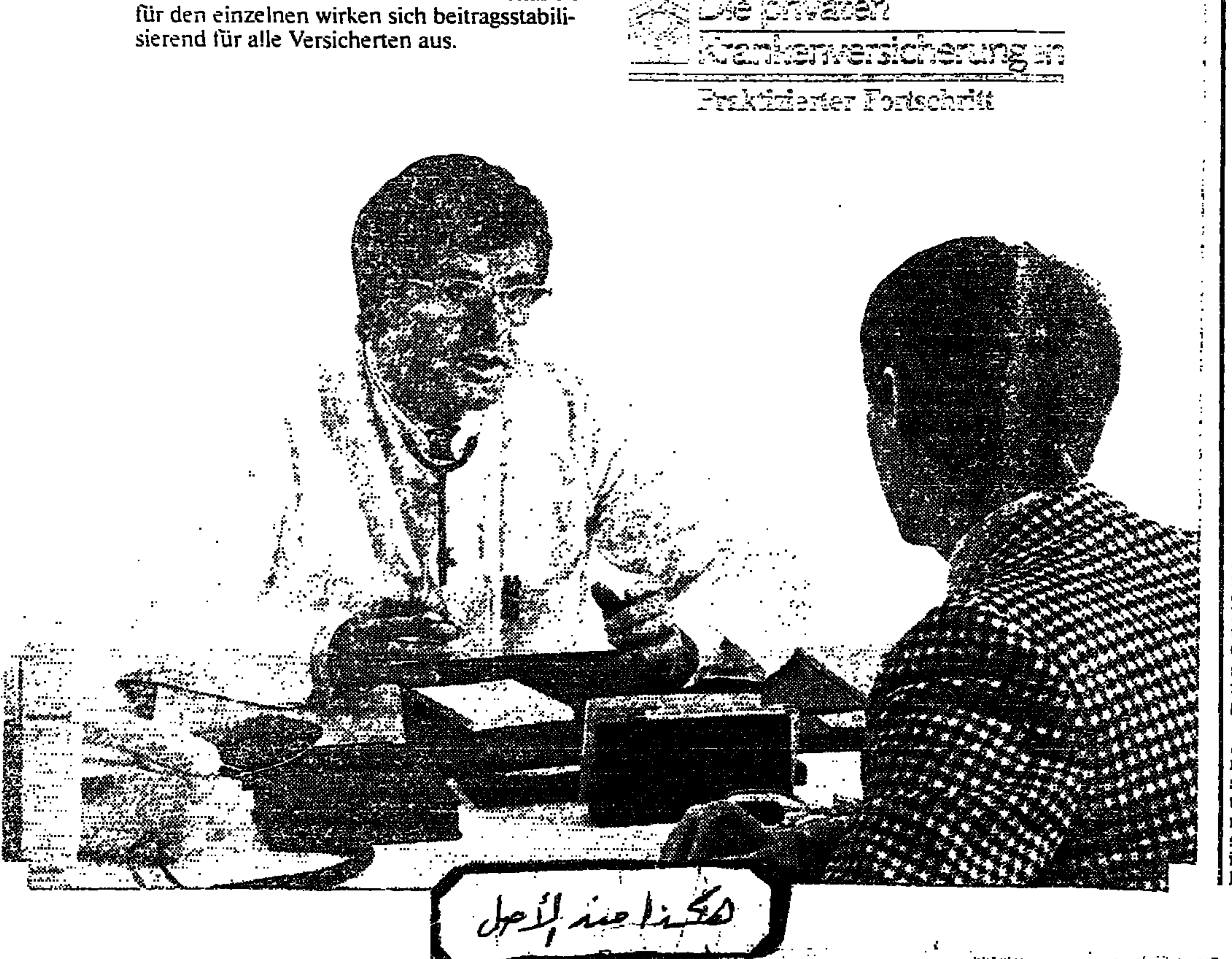
Tagen zehn Jahre. Professer Werner Maihofer ist seit 1981 Präsident des von den EG-Mitgliedsländern getragenen Instituts.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Josef Wohlmuth** (48) hat den Lehrstuhl für Dogmatik an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn übernommen. Er ist gleichzeitig Mit-Direktor des Katholisch-Theologischen Seminars und Direktor des Dogmatischen Instituts. Der aus dem Bistum Eichstätt stammende Priester war bisher am Seminar für Theologie und ihrer Didaktik an der Universität Köln tätig. Professor Wohlmuth ist Nachfolger von Professor **Wilhelm Breuning** (68), der 1985 emeritiert wurde.

*

Professor Dr. **Dieter Scheffner** von der Universitäts-Kinderklinik in Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Kinderheilkunde an der Freien Universität Berlin erhalten.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Tiefgreifende Konsequenzen

„Was Arbeitslosigkeit wirklich heißt": WELT vom 29. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich Ihren Bericht gelesen und stimme im wesentlichen diesem Artikel zu. Aber von Arbeitslosigkeit betroffen sind nicht nur jene, die einen Arbeitsplatz verloren haben, beziehungsweise noch nie einen hatten, sondern auch alle Angehörigen, mit denen sie zusammenleben. Bisher sind diese Familienangehörigen (Frauen und Kinder von arbeitslosen Männern, Kinder von nicht selten alleinstehenden arbeitslosen Frauen, aber auch Eltern arbeitsloser Jugendlicher) weder zahlenmäßig genau erfaßt noch von Hilfs- und Unterstützungsangeboten ausreichend berücksichtigt.

Vor allem die Auswirkungen der elterlichen Arbeitslosigkeit auf Kinder ist bisher wissenschaftlich kaum erforscht und wird sozialpolitisch völlig unterschätzt. Weil für die Entwicklung der Kinder das Familienleben den hauptsächlichen Bezugsrahmen darstellt, haben für sie die durch Arbeitslosigkeit bedingten Belastungen des Zusammenlebens tiefgreifende Konsequenzen.

Die wenigen wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, daß die Arbeitslosigkeit in vielen Familien die Grundlagen innerfamiliärer Beziehungen völlig in Frage stellt. Gleichzeitig erhalten die Familienbeziehungen wegen der sozialen Ausgrenzung und dem sozialen Rückzug der durch Arbeitslosigkeit betroffenen Familien eine noch größere Bedeutung als vor der Arbeitslosigkeit.

Es zeigt sich, daß der Lebensraum der Familie heute oft nicht die Voraussetzungen besitzt, die notwendig wären, um persönliche Krisen aufzufangen und abzumildern. Sie werden meist zu Krisen des gesamten Familiensystems, wobei dann auch Alkoholmißbrauch und innerfamiliäre Gewalt häufiger auftreten und es auch zu Trennungen kommen kann.

Bisher existierende Selbsthilfeorganisationen erreichen oft nur alleinstehende Arbeitslose oder die von Arbeitslosigkeit unmittelbar Betroffenen.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Lütjens,
„Deutsche Hilfe für Kinder von Arbeitslosen e. V.", Hamburg 28

Kritisches Zweckbündnis

„Der verdrängte Naturschutz": WELT vom 25. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,

es mag zwar stimmen, daß der Deutsche Naturschutzring zur Zeit handlungsunfähig ist. Daß aber „die Naturschützer" taub und stumm seien, das ist falsch.

Weil der Deutsche Naturschutzring nicht handelte, schlossen sich zunächst vier Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, der inzwischen weitere 21 Verbände und Gruppierungen gefolgt sind.

Dieses Zweckbündnis hat in zahlreichen Stellungnahmen, Pressekonferenzen, in Anhörungen (zum Beispiel vor dem Umweltausschuß) die Ansichten der „Naturschützer" zur Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes sehr sachlich und sehr detailliert immer und immer wieder vorgetragen und erläutert. Von einem alles oder nichts kann überhaupt keine Rede sein.

Wenn allerdings Herr Guratzsch glaubt, daß die Biotopschutzregelungen, die nun der Umweltausschuß in seiner Vorlage geschrieben hat, den vom Aussterben bedrohten Arten wirkungsvoll hilft, dann muß man ihm ein gerüttelt Maß an Gutgläubigkeit bescheinigen.

Wer die Untersuchungen über die Bestandseinbrüche in den letzten zehn Jahren, selbst häufiger Vogelarten wie Amsel (Berthold u. a.), Krähenvögel (Havelka) oder Feldlerche (OAG Bonn), kennt, weiß, daß mit dem vorgesehenen Schutz von Kleinstflächen nichts, aber auch gar nichts erreicht werden wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Goetz Rheinwald,
Vorsitzender der Deutschen Sektion des Internationalen Rates für Vogelschutz, Bonn 1

Religionsfreiheit für alle

„Grundgesetz deckt nicht jede Religion": WELT vom 10. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Aussagen von dem Beauftragten für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Pfarrer Friedrich-Wilhelm Haack, möchte ich als biblisch-fundamentalistischer Christ und Ältester einer freien Hausgemeinde folgendes anmerken: Religionsfreiheit kann nicht, wie Herr Haack das meint, beschränkt werden, das wäre der erste Schritt in die Richtung der Auflösung dieses Grundrechts.

Wer soll festlegen, welche Glaubensgemeinschaft Religionsfreiheit zu genießen hat und welche nicht? Wenn das Staat und Kirchen tun, haben wir formaljuristisch die Staatskirche, die hier aus mehreren Einzelkirchen bestünde, wieder eingeführt. Dies läßt sich mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbaren. Damit kämen wir dorthin, wo (wie in Griechenland) die Aufforderung zum Kirchenaustritt strafbar ist, oder wie im Dritten Reich, wo freie Gemeinden gezwungen wurden, sich einer Kirche anzuschließen.

Religionsfreiheit heißt, daß Glaubensgemeinschaften, wie falsch oder richtig ihre Lehre sein mag, frei und ohne Behinderung missionieren und arbeiten dürfen, solange sie nicht die normalen Staatsrechte verletzen (wie es Menschenopfer oder Steuerhinterziehung täten oder, wie im Falle der Bhagwanis, in den Staaten die Einwanderungsgesetze).

Zersplitterung und religiöse Extremität, selbst Okkultismus und Satansanbetung kann und darf in einem demokratischen und damit säkularen Staat kein Grund zur Behinderung der freien Religionsausübung sein. Wer so etwas fordert, stellt sich selbst in eine Reihe mit allen, die nur genehme Religionsgemeinschaften geduldet haben oder dulden, wie es in der Inquisition und im Dritten Reich geschah und noch heute im Kommunismus und vielen islamischen Staaten (zum Beispiel Iran und Türkei) geschieht.

Mit freundlichen Grüßen
Ralf Johannes Wagner,
Pfaffenhofen 1

Pamphlet auf der Bühne

„Unflott in die Erdbeerbowle gepinkelt": WELT vom 27. Oktober

Sehr geehrte Herren,

ein paar Tage mußten schon ins Land gehen, bevor ich mich fassen konnte, um nun erstmalig in meinem Leben einen Leserbrief zu schreiben. Ich mußte mir erst darüber klar werden, wo die Grenze erträglicher Eindringlichkeit liegt.

Wir wissen alle, daß auf der Bühne jede Phase der Schauspielkunst vom Wesen der Übertreibung, gehobener Eindringlichkeit, lebt, wenn man die Zone hinter der Stirn der Zuschauer erreichen will. Ich habe mich als Zuschauer um diese „Bühnensachlichkeit" oft genug in den letzten Jahren bemüht. Beim „Herbstball" von Stefan Dähnert gelingt es mir nicht mehr.

Zum besseren Verständnis: Ich bin Luftwaffenoffizier und in dem bewußten Jagdbombergeschwader großgeworden, dem der Autor – wir wohnten damals in enger Nachbarschaft – seine tiefgründigen Erfahrungen verdankt. Natürlich habe ich dort auch den einen oder anderen Herbstball miterlebt, aber – wohlgemerkt – keinen „Herbstball". Mein Gedächtnis muß arge Lücken aufweisen, denn all die Spukbilder des Stefan Dähnert sind bei mir nicht hängengeblieben.

Welche Art Spiegel will mir der „Autor" eigentlich vorhalten? Will er mir all diese so prawdawahren Klischees einreden, die dem Soldaten in unserem Lande so oft von Leuten nachgeworfen werden, die ihrerseits so hochempfindlich reagieren, wenn ihre offenkundige Intelligenz und Kompetenz angezweifelt wird?

Soll ich jetzt Scham empfinden, Offizier einer Armee zu sein, die bisher noch keinen Angriffkrieg geführt hat und keinen plant, einer Armee, deren Ziel *ausschließlich der Erhalt des Friedens* ist? Mag Stefan Dähnert den Frieden so wenig, daß ihm die Realität einfach zu trocken ist?

„Herbstball" ist nicht einmal ein seichter Militärschwank, es gibt darüber wirklich nichts zu lachen. Und wirklich, ich empfinde tiefe Scham. Aber nicht darüber, einer so verhaßten Armee anzugehören, sondern darüber, daß unsere Kulturlandschaft nur zu oft das Erscheinungsbild einer giftigen Bakterienkolonie liefert. Ich empfehle, einmal bei Platon aus den Kapiteln 14 und 15 der „Politeia" nachzulesen.

Ich bekenne gerne: Wenn der „Herbstball" ein künstlerisches Werk sein soll, dann muß und will ich Kunstbanause sein.

Mit freundlichen Grüßen
Gert Overhoff, Oberst
Bonn

Wort des Tages

„Das Regieren in einer Demokratie wäre wesentlich einfacher, wenn man nicht immer Wahlen gewinnen müßte."

Georges Clemenceau, französischer Politiker (1841–1929)

Aufschlüsse

„Der Graf und Gutsherr überlebte alle Revolutionen": WELT vom 7. November

Sehr geehrte Redaktion,

ich möchte Ihrer Mitarbeiterin in Moskau, Frau Rose-Marie Borngäßer, für all ihre interessanten, aufschlußreichen und das Alltags- sowie Kulturleben des russischen Volkes betreffenden Artikel und treffenden Skizzen – besonders auch des ganz einfachen Sowjetmenschen – herzlich danken.

Ob es sich nun um Landschaften, Kultur, Gläubigkeit oder – wie in der Schilderung des Gutes Jassnaja Poljana dargestellt – um das zutiefst Erlebte handelt, immer erhellt Frau Borngäßer auf präzise erfaßte Wirklichkeit ein Stückchen mehr das Ambiente ihres Wirkungsfeldes.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ruth Richter,
Hamburg 92

Boulevardstil?

„Wenn Freiheitsglocke und Schofar-Horn erklingen": WELT vom 31. Oktober

Erst jetzt ist mir diese Rezension – sie betrifft das 50jährige Jubiläumskonzert des Israel Philharmonic Orchestra – zur Kenntnis gelangt. Der Rezensent, Peter Gradenwitz, hat sie dazu benutzt, dem israelischen Komponisten Noam Sheriff, dessen zu diesem Anlaß komponierte „Eine Vision Davids" uraufgeführt wurde, „eins auszuwischen".

Blacher-Schüler Sheriff, den Gradenwitz einen „einstmals vielversprechenden Komponisten" nennt, hat – das weiß die internationale Musikwelt – dieses Versprechen gehalten. Erst kürzlich konnte er mit dem 1985 komponierten Orchesterwerk „La Folia" im Rahmen der Musica Viva in München einen sensationellen Erfolg, in gleicher Weise beim Publikum wie bei der Presse, für sich verbuchen.

Es ist kaum vorstellbar, daß der gleiche Komponist wenige Monate später für ein monumentales Ereignis im Musikleben seiner Heimat ein Werk beisteuert, auf das die folgende Charakterisierung zutreffen könnte: eine allzu billige Mixtur, die hart an die Grenzen dessen rührte, was jemand nicht unzutreffend als nationalen Kitsch bezeichnete. In einigen Radaublättern oder in „dem deutschen Nachrichtenmagazin" ist man an derartige Entgleisungen gewöhnt.

In der WELT, in der Klaus Geitel, Reinhard Beuth und andere Mitarbeiter musikkritische Maßstäbe gesetzt haben, ist dieser Boulevardstil fehl am Platz.

Peter Jona Korn,
München 80

Alte Tradition

„Wenn evangelische Pastoren heimlich ‚Priester' werden": WELT vom 14. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

ob die von Bischof Harms angegebene Zahl von 3000 evangelischen Pfarrern, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte zusätzlich haben weihen lassen – was ja eben ein Sich-Einfügen in die apostolische Kontinuität bedeutet –, tatsächlich stimmt, sei dahingestellt, sie ist wohl überhöht. Unrichtig ist, daß dies Weihen „zum katholischen Priester" gewesen seien.

Gerade weil sie nicht zur römisch-katholischen Kirche überwechseln, sondern das in der Reformationszeit verlorene hohe Gut für den evangelischen Raum zurückgewinnen wollten, haben mehrere Bruderschaften – nicht nur hochkirchliche – sich in die uralte christliche Tradition gestellt. Und nicht „umherschweifende Bischöfe", sondern angesehene Theologen standen und stehen an der Spitze dieser Bruderschaften.

Wenn Bischof Harms das „nicht dulden", sondern „solche Pfarrer in die katholische Kirche überwechseln" lassen möchte, so wäre ihm anzuraten, doch erst einmal die vielen linkslastigen Pfarrer daraufhin zu überprüfen, ob sie noch das reine Evangelium predigen, was die konservativen Pfarrer, die sich in der apostolischen Überlieferung wissen, ganz ohne Zweifel zu tun bemüht sind!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Ruth Matthaes,
Bad Hersfeld

Umfallsucht

„FDP – Unzuverlässig?": WELT vom 20. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

rechtzeitig vor der Bundestagsneuwahl wird die FDP wieder von einem neuen Schub ihrer alten Krankheit, der Wackel- und Umfallsucht geschüttelt.

Ein nicht geringer Teil der Parteibasis und ihrer Gremien haben 1982/83 die „Wende" nur widerstrebend mitvollzogen und ihre „alte Liebe", die SPD, nicht vergessen. Das Hamburger Buhlen und in Erwiderung hierzu die Balzlaute des sonst so galligen Herrn Vogel sprechen für sich.

Die CDU/CSU ist gewarnt und sollte schleunigst aus dem Verhalten eines chronisch unzuverlässigen Partners die Konsequenzen ziehen, das heißt mit allen Kräften die absolute Mehrheit anstreben. Noch stehen die Sterne günstig.

Mit freundlichem Gruß
Erich Grim,
Limburg/L.

Joana Maria Gorvin – endlich einmal ein Wiedersehen mit der Schauspielerin

Heimatlos im modernen Theater

Sie kam 17jährig, eine blutjunge Rumänin aus Siebenbürgen, nach Berlin, mitten im Kriege. Sie nannte sich, unter einem viel profaneren Namen geboren, *Joana Maria Gorvin*. Sie fand auf Anhieb Aufnahme in der Schauspielschule des Preußischen Staatstheaters zu Berlin. Jürgen Fehling, der großmächtige Regisseur, setzte sie in einer winzigen Rolle in Richard Billingers „Am hohen Meer" ein. Sie machte sofort Furore.

Sie war, obgleich damals noch unmündig, schon mit einer ganz eigenen, hohen, natürlich stilisierten Sprechart gesegnet. „Die Gorvin", sagte Fehling damals, „hat ein geheimnisvolles Etwas in der Kehle. Sie ist eine erotische Nachtigall! Sie verwaltet seltsame Geigentöne." Fehling wurde ihr Schicksal.

Unter ihm hat sie Sudermann gespielt („Johannisfeuer"). Sie war, gleich nach dem Kriege, das erste Gretchen im „Ur-Faust". Sie war die bestechendste „Sabina" in Thornton Wilders „Wir sind noch einmal davongekommen". Sie war die leuchtendste Helena in Giraudoux' „Trojanischem Krieg". Sie spielte die Elektra *in Sartres „Fliegen" – und immer wieder* die Shakespeare-Mädchen in dessen Komödien. Sie war die „Maria Stuart" bei Schiller. Ihr Siegeslauf war bis in die späten sechziger Jahre triumphal.

Fehling, mit dem sie mehr als nur ehelich verbunden war, kränkelte.

Lieber Arthur – ARD, 21.30 Uhr

Sie folgte Gustav Gründgens erst nach Düsseldorf, dann nach Hamburg. Dort gehörte sie dem letzten großen, noch intakten Ensemble an. Die Hansestadt nahm sie ebenso enthusiastisch auf wie zuvor Berlin.

Sie rechnet unter die *letzten* großen Protagonistinnen der deutschen Bühne. Ihr hoher Silberton ist unvergleichlich. Sie war, solange sie noch in einem intakten Ensemble wohnen konnte, der intelligente Star dieser festgefügten Spielgemeinschaft. Sie spielte immer nur die Spielgestalten – nie sich selber. Und sie war doch *jedesmal „die Gorvin"*.

Seit sich die Theater verändert haben, ist sie heimatlos geworden. Der feste Rückhalt wurde ihr nicht mehr geboten. Sie hat sich und ihr unverwechselbares Talent rar gemacht. Sie lebt in Wien. Die neuen, ganz anders gearteten Regisseure trauen sich offenbar ihre sanfte Kraft und sprachliche Herrlichkeit gar nicht mehr zu.

So ist man dankbar, sie wenigstens wieder einmal im Fernsehen genießen zu können. „Lieber Arthur" ist ein heiteres, teils streitbares Spiel um das Wiedersehen dreier Schwestern, die alle älter als 65 sind. Louise (Else Quecke) und Ada (Gorvin) leben in dem *etwas heruntergekommenen* Elternhaus, Trude (Gisela Trowe) seit ihrer Heirat in Afrika. Doch ihr Arthur ist gestorben: Trude kündigt ihre Rückkehr an. FRIEDRICH LUFT



Die Gorvin: unvergleichlicher Silberton und sanfte Kraft
FOTO: FELICITAS TIMPE

KRITIK

Charakterspiegel

„Warum bist Du nur so schrecklich deutsch?" Die Antwort auf *Rosalys Frage müßte lauten: „Weil* ich gewissenhaft und dienstbeflissen und ehrgeizig bin." Die Gewissenhaftigkeit zeigt sich durch vorgetäuschte Sachkenntnis, der Diensteifer durch Autorität. Das Erfolgsstreben äußert sich in der Hoffnung auf das Bundesverdienstkreuz. Erdacht wurde der strebsame Rundfunkjournalist Dr. Maxill von Hisako Matsubara, einer deutsch schreibenden Autorin japanischer Herkunft. Dargestellt wurde er in der Fernsehfassung der **Glückspforte (ZDF)** von Joachim Bliese. Und diesem stand die Naivität seines diktierten Charakters buchstäblich im Gesicht. Allein kämpfte er gegen *das Unverständnis seiner Frau Rosaly*, die Kritik seiner Kollegen, die Warnungen seiner Freunde.

Denn er wollte an die fachlichen Qualitäten der Dame Uba, dieser Reporterin aus Tokio, glauben, um sie in den Dienst seiner eigenen Karriere zu stellen. Aber die Ziele der berechnenden Asiatin wollten es anders: das Zusammentreffen von ihrer Dreistigkeit und seiner Dummheit bewirkte, daß sie ans Ziel ihrer Wünsche gelangte: durch Vorspielung falscher Tatsachen zu Fernsehruhm im eigenen Lande. Es gelang hier trotz *mancher Längen*, aus der Sicht einer Japanerin die Schwächen unseres Natinalcharakters auf schmunzelnde Art *darzustellen*.

MARTINA SCHLINGMANN

Eingeständnisse

Julien Green, der große alte Mann der französischen Literatur, erlangt – bereits von Walter Benjamin und Hermann Hesse angekündigt – in Deutschland erst heute literarische Anerkennung. In Frankreich ein Klassiker, wird bei uns sein Roman „Leviathan" gelesen, als wäre dieses Buch erst gestern geschrieben: ein *Werk, das neben den größten Büchern* dieses Jahrhunderts Bestand hat. Green, als Amerikaner in Paris geboren, von evangelischer Herkunft und zum Katholizismus übergetreten, französisch seltsamerweise mit einem leichten englischen Akzent spricht, hat sich im ZDF zu einem Interview zur Verfügung gestellt: **Ein Grenzgänger in Paris**. Beate Pinkerneil, die mit Green sprach, erlangte eine Konzentration auf das Wesentliche, bezogen auf seine Tagebücher und seine Romane, die beispielhaft erscheint.

Green stellte sein Dasein dar als *Doppelgänger seiner Romanfiguren.* Wobei er sein literarisches Werk ein „Tagebuch des inneren Menschen, *der sich nicht preisgibt" nannte*. Sein Leben sei eine „Krise geistiger Verstörung" gewesen, wobei er sich als einen „interessierten, tief erschrockenen, teilnehmenden Beobachter" sah. Zugleich aber betonte er als Konstante seines Lebens die „innere Selbstverweigerung", die als Verzweiflung zu Tage trete, die den düsteren Hintergrund seiner Romane bilde.

Erstaunlich war, daß er zweimal Freud zitierte. Dieser habe Recht gehabt, wenn er vom Streben der Menschen nach Selbstvernichtung spreche. Dieses sei *in der Tat ein Signum* unserer Epoche, die sich vor Gott abgewandt habe. Zwei Krisen seien entscheidend *für sein Leben gewesen*, sie fielen beide in seine Jugend: das Eingeständnis seiner Homosexualität und die Konversion zum Katholizismus. Aber es war entscheidend für die Darstellung dieses Schriftstellers in dem Interview, daß Green darauf hinwies, daß er nicht ein katholischer Schriftsteller im Sinne Mauriacs sei. Bis auf wenige Ausnahmen spiele die Kirche in seinen Romanen keine Rolle, wohl aber der Glaube. Für die Rezeption in Deutschland ist das wichtig. schw.

Fischer wichtiger

Wo muß ein Mensch aus politischen Gründen umgebracht werden, damit man in den **Tagesthemen** (ARD) viel darüber erfährt? Offensichtlich überall, nur nicht in Honecker-Deutschland. Was die Redakteure vorgestern als Nachrichtenfolge flimmern ließen, war kühl kalkulierte Rohheit: Nach einem fast endlosen Interview mit Joschka Fischer, nach weiteren Umweltschutz-, Wirtschafts- und internationalen Meldungen wurde *lakonisch mitgeteilt, daß es wohl* wieder einen erwischt hat. Während das ZDF im **heute-journal** mit die*sem Mauermord aufmachte und die* zusätzliche Tragik des Geschehens hervorhob, daß einer der involvierten NVA-Grenzsoldaten seinen Regungen freien Lauf ließ, Abscheu bekundete und dafür abgeführt wurde, hakten die Tagesthemen „entspannt" ab.

ULRICH SCHACHT

ARD

nur in der ARD:
8.57 Haushaltsberatung im Bundestag
nur im ZDF:
9.45 Ratgeber: Technisches Bauen
10.00 Tagesschau, Tagesthemen

16.00 Die Sklavin Isaura (5)
16.25 Die stummen Mannequins
Elke Baur hat sie zum Reden gebracht.
16.45 Da schau her!
Pferdewirtin Marina Vietgen betreut in München-Daglfing Trabrennpferde. Der fliegende Super-Guppy – ein kleiner, bunter *Fisch aus tropischen Gewässern.*
17.15 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Deutschland vor der Wahl
Diskussionsrunde mit den Partei-Generalsekretären
21.30 Lieber Arther
Fernsehspiel von Judith Herzberg
Mit Joana Maria Gorvin, Gisela Trowe und Else Quecke
Regie: Heinz Schirk
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Der Handlanger
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Theodor Adorno/Max Horkheimer: Zur Kritik der Geschichtsphilosophie

ZDF



10.23 Das Mädchen Marion
Deutscher Spielfilm
11.55 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau/Tagesschau

14.05 Shakespeare 1984
Einblicke in drei Inszenierungen: *Was ihr wollt (München). Der Kaufmann von Venedig (München).* Das Wintermärchen (Bochum)
16.00 heute
16.04 Anderland
Der Schmetterling
16.35 Der Waschbär Rascal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Die Wicherts von nebenan
Uschis Baby
18.55 Lotto
19.00 heute
19.35 ZDF-Magazin
Kernkraft: Information gegen Panikmache. Afghanischer Widerstand besser ausgerüstet
20.00 Bayer Uerdingen – FC Barcelona
Live aus Krefeld. In der Pause:
20.45 heute-journal
21.50 Der Denver-Clan
Das Fest der Titanen
22.35 Glasgow – Mönchengladbach
UEFA-Pokal-Aufzeichnung
23.35 Am schönsten ist, was wir nicht begreifen
Über den dänischen Naturforscher und Bischof Niels Stensen
0.05 heute

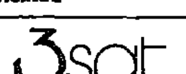
SAT 1



15.35 Indian River
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
16.25 Die Waltons
Die Dickschädel
17.10 Kung Fu
Caine und das Wundermittel
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Harry Langdon
18.30 blick
18.45 Sport
Moderation: Roman Köster
19.45 Der Todeskuß des Paten
Italienischer Mafia-Thriller (1973)
Mit Arthur Kennedy, Agostina Belli, John Saxon, Daniele Vargas
21.15 Das bin ich
Drei Frauen im Alltag
21.30 blick
22.15 M – Männermagazin
Rallye-Sport WM-Läufe
22.45 Nummer Sechs
3 – 2 – 1 – 0
23.35 blick



19.00 Reisewege zur Kunst: Apulien
19.45 Follow me (34)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Forellenhof (6)
Schreck in der Abendstunde
21.15 Europäische Nationalparks
Jugoslawien
22.00 Zu früh / zu spät
Französischer Spielfilm (1981)
23.40 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Roggendorf
Ansiedlung von Sinti und Roma
20.00 Jenseits der Landstraße
In der Schweiz
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Es ging Tag und Nacht
Zigeuner im Dritten Reich
23.00 Begegnungen
Michael Albus im Gespräch mit Philomena Franz
23.30 Nachrichten



18.35 Brigitte zu Besuch
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Insiders
Waffenschieber
20.20 Filmvorschau
20.30 Ritt mit dem Teufel
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Audie Murphy, Dan Duryea, Susan Cabot. Regie: Jesse Hibbs
22.10 Nachrichten
22.20 Popeye, der Bowlingmeister
22.25 Wer bin ich?
Quiz mit Prominenten
22.50 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bürgerforum
Psychologische Hilfsangebote
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Was geschah letzte Nacht?
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Regie: James Whale
Original mit Untertiteln
23.50 Dezember-Himmel
0.05 Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
Gesundheitsküche: Das Ei
19.15 Landwirtschaft aktuell
Redaktion: Ekkehard Boesche
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Ärzte in Aufruhr
21.15 In bester Gesellschaft (5)
22.00 Privatleben
Französ.-ital. Spielfilm (1962)
Mit Brigitte Bardot, Marcello Mastroianni. Regie: Louis Malle
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.33 News of the Week
18.50 Dingsda
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Parlament, Parteien, Perspektiven
Streit um Strahlenwerte. Streit um Polizei-Einsätze. Interview mit Ministerpräsident Börner. Staatsvertrag mit jüdischen Gemeinden
20.45 Wem gehört der Sonntag?
21.30 Drei aktuell, Sport
21.50 Lindenstraße
Drei Ohrfeigen
22.20 Der Amateur
Fernsehfilm von Rainer Erler

SÜDWEST
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Schlaglicht
20.15 In bester Gesellschaft (5)
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Forum/Weder Freund noch Feind
22.00 Output
22.15 Blühender Blödsinn
Amerikanischer Spielfilm (1932)
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Musik und Talk
19.30 Dingsda-Quiz
20.00 In bester Gesellschaft (5)
Fernsehserie
20.45 Zeitspiegel
Atomwaffenfreies Europa? Bayrisches Rundfunk-Urteil. New Age
21.30 Rundschau
21.45 Fraunhofer Saitenmusik
21.50 Frauen der Sonne (1)
Australische Fernsehserie
22.45 Lese-Zeichen
23.15 Ein Dach für drei Generationen
0.00 Rundschau

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Dipl.-Ing., freier Architekt

hch Baubeamter a. D. m. eig. Büro in Stuttgart, versiert i. Entwurfplanung, Bauleitplanung. Wettbewerbserfolge. Betriebswirtsch. Bewertung v. bebauten u. unbebauten Grundstükken.

Kenner des hiesigen Immobilienmarktes sucht Kontakte, um Ihr Interr. i. Ballungsgroßraum Stuttgart wahrzunehmen.

Angeb. u. W 6982 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suche Generalagentur, auch Vertrieb.

Ausstellungsr., Lagerr. ausgest. Büro m. Teletex in bester Hamburger Gegend vorhanden.

Tel. 0 40 / 44 62 01. Tlx. 4 03 298

u. unter X 5965 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Fabrikant: **Schmuck-Phantasie** in Spanien sucht Einfuhrer, Alleinverkauf f. Deutschland. Schon sehr gute Erfolge in Holland, Frankreich u. England.

Tel. 05 31 / 69 58 18 od. Marbella 9 52 / 83 21 06

Ihr Büro in Düsseldorf

(Nähe Kö). Telefondienst. Post. Service. Besprechungsraum. evtl. Repräsentation durch promovierten Akademiker.

Tel. 02 11 / 37 58 51

Schweizer Aktiengesellschaft

sucht Kooperation mit deutschen Unternehmen auf technischem Gebiet. Auch Import/Export usw.

Bitte schreiben Sie an Chiffre 25-139 179, Publicitas, Gubelstr. 19, CH - 6304 Zug 4

Suche in Deutschland Vertreter für

Antibeschlag-Pflegemittel

Vertrieb in Optik, Apotheken, Sport, Autobranche usw. Meine Anschrift von 25. bis 30. Nov. 86: Kurt Korner, Hotel Dani Corneliusstr. 118, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 33 22 71

EXPORT-Organisation

für Vertrieb (später Lizenz) von package units für

UMWELTSCHUTZ (Luft) (AB)WASSER-Reinigung SCHLAMM-Verwertung

als exklusive Vertretung oder Zwischenkäufer für

MITTELMEER-Länder

gesucht. Beteiligung von Firmen bzw. deren leitenden Personen an **Schweizerischer Export AG** wäre ab 1987/88 möglich, jedoch keineswegs Voraussetzung.

Zuschriften erbeten unter E 7145 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Berlin bietet sinnvolle Kapitalanlagen in der Altbaumodernisierung (§§ 14 a und 14 b Berlin-Forderungsgesetz):

Mit einem Einsatz von DM 15.000,-- ca. kann Ihr Kunde noch 1986 über DM 120.000,-- abschreiben!

Zum Mitvertrieb suchen wir qualifizierte

Einzelverkäufer/innen und Vertriebsgruppen

mit einem hohen Qualitätsanspruch an Objekt, Betreuung und Abwicklung. *Sofortinformation erhalten Sie von*

Ascania Kapitalanlagenvermittlungs-GmbH

Kurfürstendamm 100, 1000 Berlin 31, Tel. 030/324 30 30

Solide Immobilien-Anlage - mit Sicherheit
Ihre Partner vor Ort - in Berlin

Ingenieur/Kaufmann mit langähriger Erfahrung in

Förder- und Medizintechnik

übernimmt **Kundenbetreuung in der ganzen Schweiz** als Agent oder Importeur.

Zuschriften erbeten unter R 7198 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebspartner für den Verkauf von Postern des neuen 7er BMW (Format DIN A1), regional oder bundesweit gesucht.

Wir bitten um telefonische oder schriftliche Kontaktaufnahme.

TID GmbH · Tel. 0 89 / 2 72 06 76
Tengstr. 26 · 8000 München 40

Vertreter gesucht

ITZ — Ihr Zusatzprogramm

– Das Schweizer Konto –

Nutzen Sie Ihr Kundenpotential zu einem ungeahnten Zusatzeinkommen. Das Programm: „Das aktiv verwaltete Bargeldkonto" bei einer Schweizer Großbank. Wir geben Ihnen das Know-how ...
Fur Ihren Kunden ein Produkt, das er schon immer einmal haben wollte.

ITZ Intertrust Zürich AG · Beatengasse 11 · CH-8001 Zürich
Telefon Deutschland: (0 61 31) 68 49 99

Freie Kapazitäten

im Stahl-, Rohrleitungsbau und Schweißkonstruktionen – im Festpreis wie in Regie – ca. 10 Schweißer mit Schweißgeräten (Elektro u. Argon) sowie mit gültigen Prüfungen nach DIN 8560 zu äußerst günstigen Bedingungen.

Flamann Industriemontagen GmbH
Am Gauberg 1, 6639 Siersburg, Tel. 0 68 35 / 36 95 u. 81 25

Altlastensanierung

Suche Kontakt zu Firma, die ölbelasteten Boden biologisch sanieren kann. Kontakt erbeten unter P 7197 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**

je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 49, 4300 Essen 15

SPEZIALDETEKTEI

Erfahren und diskret

- Weltweite Personenauffindung (Großschuldner, vermißte Personen, Rückführung von Kindern etc.)
- Lösung von außergewöhnlichen Problemen aller Art

Nuhn-Bode & Partner
D-5300 Bonn, Riemannstr. 25
Zentralruf Tag u. Nacht
02 28 - 37 99 55

Nur Erfolg zählt!

Ermittler, lagjährige Erfahrung, nachweisliche Erfolge, übernimmt Spezialaufgaben im In- und Ausland.

Angebote u. C 7143 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. als Teilhaber

Jg. Dipl.-Ing. (E-Technik) m. Kenntnissen der Lüftungstechnik als tätiger Teilhaber gesucht. Wir sind ein Vertriebsunternehmen f. energiesparende Produkte und Produkte aus dem Bereich Lüftungstechnik. Standort Nähe Hamburg; Eigenkapital erforderlich. Zuschriften unter D 7144 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gesucht: Qualitätsartikel m. Folgegeschäft, geeignet für Versandhandel.

Geboten: Guter Kontakt zu mehr als 2000 Schulen und leit. Lehrern.

Zuschriften unter W 6960 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Shop-Lizenz!

Möchten Sie nicht Eigentümer(in) einer Parfüm-Boutique werden? Interessenten melden sich bitte bei:

Lee van Clee Deutschland
Friedrich-Ebert-Straße 59
6833 Waghäusel-Wiesental

Exklusive Modeboutique

in Fußgängerzone Münchens

sucht seriöse Dame mit guten Umgangsformen u. sicherem Auftreten als mitarbeitende Partnerin. Erforderliches Kapital DM 200 000,– (keine Sanierung), sehr gute Verdienstmöglichkeiten, Einarbeitung garantiert. Wenn Sie Freude an einer anspruchsvollen Tätigkeit im gehobenen Modebereich haben und gerne mit interessanten Menschen sprechen, bewerben Sie sich bitte mit kurzen Angaben über ihre Person unter Z 6963 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Publikationen in Vierfarbdruck

Hoher Anspruch und beste Qualität. Die Broschüre für den Festgottesdienst bei Jubiläen, Kirchenneubauten, Renovierungen, Glockenweihe und anderen Festen der Kirchengemeinden.

Verlag für Kirchen- und Gedenkschriften
Anneliese Freifrau von Neurath
Schloß Gelsdorf, 5482 Grafschaft/Gelsdorf, Tel. 0 22 25 / 1 40 85

Stahl-Schnellbauhallen, Container für Büro, Sanitär und Lager, neu und gebraucht, großes Mietlager, Graeff-Convec, 68 MA, 06 21 / 89 40 71, Büro, 42 Oberhausen, 02 08 / 66 37 66

Wir suchen leistungsfähige Lieferanten für

MAN-, Daimler-Benz- und Magirus (Iveco)-Ersatzteile

Ang. unt. T 6979 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wochenendtransport

Neugegründetes Kleintransportunternehmen sucht Fahraufträge m. Schwerpunkt Wochenendtransport od. auch Kurierfahrten.

Angeb. unt. V 6981 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstteam

in den PLZ-Bereichen 6, 7, 8 + CH + A hat Kapazitäten frei.

Kundenbetreuung und Kundenbindung bevorzugt.

Kontaktaufnahme:

E. Hoberg
Rottauer Straße 69
in 8214 Bernau am Chiemsee

Übersetzungen

Deutsch-Französisch i. Wort u. Schrift. Ang. unt. P 7153 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

UdSSR

Handelsvertreter sucht Firmenvertretung. Bedingung: Mtl. Fixum + Provision. Büro in Moskau vorhanden.

Zuschr. erb. u. N 7152 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Unternehmen des Maschinenbaus mit interessanten Produkten für die Mechanisierung der Kartoffel- und Gemüseernte sucht

Exportverbindungen

insbesondere für Spanien.

Kontaktaufnahme unter M 7151 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ehem. Geheimdienstmann

übernimmt diskrete Aufträge aller Art. Zuschriften an: 8261 Ampfing, Postfach 11 62.

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Diplom-Geologe

27 J., ledig, Studienschwerpunkte Ingenieurgeologie und Lagerstättenlehre der Erze an RWTH Aachen, sucht *Anfangsstellung*. Ortsungebunden.

Zuschr. erb. u. U 7135 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

„Kinderbetreuung"

Die Kinder zur Schule bringen, abholen, bei den Schularbeiten helfen, bei Abwesenheit der Eltern (Abende, *Wochenenden) für die Kinder* da sein, im Urlaub das Haus sichern und den Garten versorgen (ggf. einwohnen), einen Teil der Ferien mit den Kindern außerhalb verbringen *und für einen aktiven,* sinnvollen Tagesablauf sorgen. M. 53, verheiratet, 2 nach Abitur in der Berufsausbildung stehende Kinder, Frühpensionär, langjähriger Jugendtrainer mit natürlicher Autorität.

Zuschr. unter T 7200 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gelernter Schlosser u. Elektriker, 29 J., sucht Anstellung als Hausmeister od. Fahrer. Tel. 0 23 66 / 3 59 81

Marinesysteme

akquiriere ich erfolgreich als Abt.-Leiter Export in deutscher Konzerntochter. Dipl.-Kfm. *Dipl.-Ing.*, Anf. 40, sicher in allen Projektphasen bis zum Auftrag, sucht neue Aufgabe in

(Projekt-)Management/Vertrieb

Angeb. u. V 7202 an WELT-Verlag, *Postf. 10 08 64, 4300 Essen.*

Handelsvertreter

41 Jahre, mit 15jähriger Außendiensterfahrung, *sucht ab 1987* neues berufl. Betätigungsfeld, keine Versicherungen.

Zuschriften erb. u. C 6944 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sicherheitsberater

vertraut mit – Geheimschutzhandbuch in der Wirtschaft – sowie langjährige Erfahrung in Bereichen: Observation, Ermittlung, Personenschutz u. Fahndung, sucht neuen Wirkungskreis in der Industrie.

Zuschr. erb. u. X 7138 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Interessantes steuerbegünstigtes Beteiligungsangebot aus der Küstenschiffahrt

- hohe Verlustzuweisung ermöglicht Liquiditätsüberschuß in 1986
- *kein Agio*
- erfahrene Partner
- gute Beschäftigung
- Förderung durch Bundeszuschuß

Telefonische Auskünfte: 0 49 21 / 2 09 71

Unterlagen anfordern bei: **Embdena Partnership GmbH**, Nesserlander Straße 1 (Handelshof), 2970 Emden

Nur einer von 1000 wird dieses Gewerbeobjekt kaufen

(aber vielleicht sind Sie der eine)

Wir verkaufen ein gut eingeführtes Gewerbeobjekt der Freizeit- und Fitneß-Branche in einer süddeutschen Großstadt, mit einer Top-Miete von 48 000,– p. a.

Der Kaufpreis beträgt **DM 400 000,-**

BIV

Bau- und Immobilien-Vertriebs-GmbH
Stuttgarter Str. 184, 7312 Kirchheim/Teck
☎ 0 70 21/4 40 16

Baugelände

einmalig schöne Lage von *Wuppertal*, 38 500 m², auch teilbar, rechtskräftiger Bebauungsplan, Wa.-Gebiet, Bauweise 3gesch., SD, GRZ 0.4, GFZ 0.8, DM 7 200 000,– zzgl. 3,42 % Provis. einschl. MwSt.

Rolf-Erich Köhler Immobilien
Krischerstr. 42
4019 Monheim
Tel. 0 21 73 / 5 20 28 / 39
nach Geschäftsschluß 5 22 89

18% Miete p. a.

6 Jahre, garantiert
P & R-Container-Leasing
Fa. Tel. 0 89 / 2 71 69 59

Mietbüro z. Spartarif, inkl. Telex/Tel., Sekretariat, Büro + Service, Tel. 0 23 61 / 1 46 15. **Ihr Büro im Ruhrgebiet**

GENFERSEE / BERGKURORTE

Große Auswahl von **Wohnungen und Chalets** mit Bewilligungen für den Verkauf an Ausländer. **Schöne Wohnungen auch in der Gegend von Gstaad und Lugano.** Preisgünstig. Interessante Konditionen. Besichtigungen auch an Wochenenden nach Vereinbarung.

GLOBE PLAN SA
Avenue Mon-Repos 24, CH-1005 Lausanne, Schweiz, Tel. (21) 22 35 12, Telex 25 185 melis ch

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein Bauunternehmen mit dem Hauptsitz in Braunschweig und Aktivitäten im gesamten Bundesgebiet. Der Schwerpunkt unserer Tätigkeit ist der Industriebau. Im Schornstein- und Feuerungsbau sowie *in der Erstellung von Großsiloanlagen sind wir* Spezialisten.

Für unsere Zentrale in Braunschweig und unsere Niederlassung in Köln suchen wir erfahrene Bauingenieure als

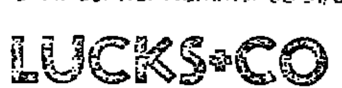
Bauleiter

zur eigenverantwortlichen Abwicklung von Bauvorhaben

Mehrjährige Berufserfahrung in der Bauführung, die Fähigkeit Mitarbeiter zu führen sowie fundierte Grundkenntnisse in der Kalkulation und dem konstruktiven Ingenieurbau setzen wir voraus.

Wir bieten Dauerstellungen mit interessanten und selbständigen Arbeitsgebieten. Ihre ausführliche Bewerbung richten Sie bitte an unser Personalbüro in 3300 Braunschweig, Celler Straße 66-69.

Für Vorabinformationen steht Ihnen unser Herr Meden unter der Ruf-Nummer 05 31/59 72 31 zur Verfügung



Industriebau · Industrial Construction

Bekannter Hersteller von

SPEZ. INDUSTRIE-ARMATUREN

sucht jeweils einen selbständig arbeitenden Repräsentanten im Rheinland, Ruhrgebiet und in Berlin als

ING.-BERATER

bei ersten Adressen der Groß-Chemie etc. In Frage kommen nur einsatzfreudige Damen und Herren erster Garnitur mit techn. Verständnis (Ing.-Background). Die Vergütung entspricht den von uns gestellten hohen Anforderungen.

Zuschriften unter L 7150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir suchen zum frühestmöglichen Zeitpunkt den

Leiter des Prüfungsdienstes

für die Überwachung und Leitung von Pflicht- und freiwilligen Prüfungen nach genossenschafts- und aktienrechtlichen Grundsätzen, für die Berichtskritik, Prüfungsplanung und den Personaleinsatz im Prüfungsdienst.

Die angebotene Position ist direkt dem Vorstand unterstellt. Langjährige Erfahrungen im Genossenschaftswesen setzen wir voraus. Darüber hinaus *sollten Sie über die Qualifikation zum Steuerberater* verfügen.

Reisetätigkeit ist nur in eingeschränktem Umfang erforderlich. Es bestehen mittelfristig Aufstiegsmöglichkeiten. *Dienstsitz ist Hamburg.*

Bitte senden Sie uns die üblichen Bewerbungsunterlagen mit Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung und des möglichen Eintrittstermins.

Prüfungsverband der Deutschen Verkehrsgenossenschaften
Schloßstraße 6, 2000 Hamburg 70, Telefon 0 40 / 66 02 75

STELLENGESUCHE

Dynamischer Exportkaufmann

Auslandserf. im Auf- und Ausbau von Exportmärkten

33 J., verh., Res.-Offz., 5 J. Mittelost, davon 3 J. Niederlassungsleiter, 3 J. stellv. Abteilungsleiter in HH, ungek., gewandt im Umgang auf Führungsebene (Ausland wie Inland), zielstrebig, verantwortungsbewußt, einsatzfreudig, häufiges Reisen gewohnt, suchte neue herausfordernde Aufgabe, vielleicht als Ass. der Geschäftsleitung. Mögl. Raum HH.

Angeb. u. W 7203 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rechnungswesen, Org./EDV

Org.-/EDV-Leiter/Praktiker, Systemberater-Hersteller, mod. Methoden vertraut, EDV-Büroautomation, früher Projektleiter/Beratung *in WP-Gesellsch., Buchh.-Leitung, spezialisiert Rechnungswesen*, ungekündigt, sucht gut dotierte, verantwortliche Position.

Angebote unt. U 7201 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Manager aus Handelskonzern, 46 Jahre

Verantwortlich für
- Firmengruppe mit Tochter- und Beteiligungsgesellschaften
- Spezialversand mit Fachfilialen

möchte sich aus persönlichen Gründen in exponierte Vertrauensposition mit übergreifender Verantwortung verändern.

Erste Kontaktaufnahme bitte mit meinem Berater
Dr. Hans-Uwe Ehlers
Brahmsallee 18, 2000 Hamburg 13

Wir sind 9 Hochschulabsolventen/innen

mit Berufserfahrung in verschiedenen Bereichen. Im Dez. 86 beenden *wir unsere einjährige Fortbildung mit Abschlußprüfung vor der* Handwerkskammer zum

DV-Organisator

Wir bieten im Bereich Datenverarbeitung praktische Erfahrung im Umgang mit BS 2000 auf einer Siemens 7541 über Datenfernverarbeitung, einem PC-Mehrplatzsystem (Siemens MX 9780) unter UNIX, Datenkommunikations- und Datenbanksystemen (UTM/DC, INFORMIX), Softwaretools (TOM, Columbus), Softwareentwicklung in Zusammenarbeit mit einem renommierten Softwarehaus, *Programmiersprachen (Cobol, Pascal u. Assembler).*

Im kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Bereich Kenntnisse in: Systemanalyse u. betriebl. Organisation, Personal- und Materialwirtschaft, Finanzbuchhaltung u. Statistik/Mathematik.

Wir suchen schwerpunktmäßig Aufgaben in den Bereichen: DV-Organisation, Systemanalyse/Softwareentwicklung, EDV-Schulung, Personalwesen. Zuschriften erb. u. A 7141 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Drogist – 40

18 Jahre selbständig, sucht neuen Wirkungskreis in der Drogen- und Parfümeriebranche.

Bestes Fachwissen, gute Personalführung.

Übernahme einer Verkaufsstelle, Vertretungen, auch Auslieferungslager oder ähnlich.

Zuschr. erb. unt. Y 7139 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Stabsoffizier

Dipl.-Ing. agr. (FH), 57 J., *ortsungebunden, 10 J. landw. Praxis, 30 J.* Bw-Dienst, davon 12 J. im Rüstungsbereich, z. Z. Kommandeurverwendung im Territorialheer, erfahren im Umgang mit Behörden, Repräsentation, Information, erfahrener Ausbilder, Organisation, Dokumentation aber auch ökolog. Umweltschutz, Jäger, Reitwart FN sucht zum 1. 4. 1987 oder später neue, interessante (Voll- oder Teilzeit-) Aufgabe. Angebote unter G 7191 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur (TU) Marketing-/Vertriebsleiter

für Investitionsgüter u. techn. Seriengeräte, Anf. 50, langj. Erfahrung in Marketing, Vertrieb, Service einschl. Aufbau und Führung entspr. Bereiche, mit modernen Planungs-, Controlling- und Berichtssystemen vertraut, Konzernerfahrung, erfolgreich im Aufbau neuer Produktlinien, Aufspüren profitabler Marktnischen und Erschließen neuer Absatzwege, initiativ und belastbar, fließend Englisch, gut Französisch, sucht entspr. neue Führungsposition in Marketing, Vertrieb oder Geschäftsleitung.

Zuschriften erbeten unter Z 7140 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kaufmann / gel. Maschinenbauer

Anf. 40, langj. Erfahrung in Industrie und Handel. Englisch verhandlungss., Franz.-Kenntn., *Auslandserfahrung, su. z. 1. 1. oder 1. 4. 87* neue Aufgabe mit Homebase Hamburg, evtl. Beteiligung möglich. Angebote erbeten unter T 7134 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Älterer Kaufmann

vielseitig erfahren, möchte in seinen letzten 6 bis 8 Berufsjahren leitend oder beratend in neuer Stellung tätig sein. Bisher Einzelhandel *(auch Bestattungsunternehmen), Printmedien, Werbung, Politisch* interessiert (CDU-Mitglied), gelernter Historiker. Berlin bevorzugt, BRD und englischsprachiges Ausland möglich.

Angebote mit Stellenbeschreibung und Gehaltsvorschlag bitte unter D 7188 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kunststoff-Techniker (28)

Erfahrungen im Umformen, Schweißen, Polyesterverarbeitung, Entwicklung von Spritzgießteilen, *Organisation*, Konstruktion u. Kalkulation, sucht interessante Aufgabe möglichst in NRW

Ang. u. L 7194 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kaufmann

36 J., Studienschwerpunkte Absatz- und Werbewirtschaft, mehrjährige Berufserfahrung als Produktmanager, **sucht im Großraum Köln verantwortungsvolle Position, z. B. auch als Assistent der Geschäftsführung.**

Ang. u. K 7193 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann Vertrieb

20 Jahre Erfahrung Verkauf und Marketing, EDV- u. Textverarbeitungssysteme, ungekündigt, 40 Jahre, sucht Führungsaufgabe Raum Hamburg.

Zuschr. erb. u. W 7137 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Schweißfachingenieur

38 J., „Großer Eignungsnachweis" u. a. DIN 18800, sucht Aufgabe – Bauüberwachung, Qualitätssicherung – gern auch Ausland.

Ang. u. R 7154 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kleines mittelständ. Unternehmen

gesucht, welches z. 1. 1. 87 im Außend. einen 40 J. verh., GVL mit entspr. Verkaufsnachweisen u. Qualifikationen zur Verkaufsentlastung/ Umsatzerweiterung (Aufbauarbeit angenehm) *eine entspr. Anstell. mögl. im R. NRW bietet.* Teamwork u. marktgerechte Produkte setze ich voraus. Keine Kapitalanl. Zuschr. unter H 7192 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Norddeutsche

(29 J.), ansprechendes Äußeres, ungebunden, praktisch veranlagt, *vielseitig, fließend spanisch* u. engl., sucht feste, ausfüllende Tätigkeit. Zuschr. erbeten unt. E 7189 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tankschiff-Befrachter

Makler, interess. an anspruchsvoller Aufgabe bei Reederei od. Befrachter. Seit vielen Jahren spez. auf solv/chems/cpp/vegoil/acids.

Ang. unt. F 7190 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Qualifizierter, kreativer Druckvorlagenhersteller

sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis im Raum Hamburg.

Zuschriften erb. u. S 7133 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankmanager

Ende 30, verh., hauptamtl. Vorstandsmitglied bei Geno-Bank (100 Mio.), Schwerpunkte: Aktivgeschäft, Marketing, Orga, *möchte sich verändern. Raum* Norddeutschland bevorzugt.

Zuschr. erb. u. M 7195 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Betriebsingenieur

Kraftwerkstechnik, sucht Aus*landstätigkeit für max. 4 Jahre,* mit anschließender Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Zuschriften erb. u. B 6943 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstrukteur

SPS. Anwender Soft- und Hardware S 5-IPC-Telc., sucht neues Betätigungsfeld i. Raum Bonn, Köln, Koblenz.

Zuschriften unter Y 6125 an WELT-*Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen*

Stukkateurmeister

sucht neue Stelle im fränk. Raum. Ang. unt. N 7196 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

USA

Dipl.-Ing., Maschinenbau und Elektrotechnik, permanent Resident, Fünfziger, sehr aktiv, sucht *zeitlich begrenzte Aufgabe.*

Gerd M. Westhoff
1625 Prospect Street
Sarasota, Florida 33579
Tel. 813-955-75 67

Industriekaufmann sucht neue Herausforderung!

Seit 5 Jahren erfolgreich im klinischen Außendienst für Spezialprodukte der Chirurgie und Anästhesie tätig. 43 J., ungek., mittlere Reife.

Ansprechpartner: Chefärzte u. leitendes OP-Personal etc.

Gebiet z. Zt.: Bremen, Nord-Niedersachsen, Emsland.

Beabsichtigter Wechsel: per 1. 4. 1987 (mediz.-techn. Bereich erwünscht).

Zuschr. erbeten u. V 7136 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger, dynamischer Engländer

26 Jahre alt, mit eigener Familie, seßhaft in Deutschland, z. Zt. noch als erfolgreicher Repräsentant f. ein engl. Unternehmen tätig, suchte neue, verantwortungsvolle Tätigkeit mit Herausforderung und Aufstiegschancen. Deutschkenntnisse können noch vervollkommnet werden.

*Angebote unter R 6977 an WELT-*Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

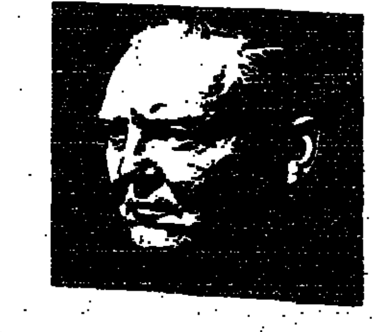
Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".

Themen im 29. Heft der „Orientierungen" sind die Energiepolitik, die Beschäftigungspolitik und die Arbeitsmarktstatistik. Humanistisches Denken und die Rechenhaftigkeit des Wirtschaftens werden gegenübergestellt. Ein Beitrag befaßt sich mit der Entwicklung der Medien im gesellschaftlichen Wandel; ein anderer mit den Möglichkeiten, die Industriearbeit zu zivilisieren. Ein Autor berichtet über die Wirtschaftsreformen in China und fragt: Wird China zum Land der unbegrenzten *Absatzmöglichkeiten?*

Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden?

Schreiben Sie uns:
Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8,
5300 Bonn 1.



NACHRICHTEN

Handball: Schwere Gegner

Basel (sid) – Die Auslosung des Viertelfinales im Handball-Europacup brachte für die drei Bundesligaklubs schwere Gegner: TuSEM Essen – Dukla Prag (Landesmeister), Vasas Györ – MTSV Schwabing (Pokalsieger) und Gummersbach – Magdeburg (IHF-Pokal). Hinspiele: 5.–11. Januar 1987. Rückspiele: 12.–18. Januar.

Geldstrafe für Wuttke

Kaiserslautern (dpa) – 50 Tage nach dem Fußball-Bundesligaspiel zwischen Homburg und Kaiserslautern ist Wolfram Wuttke wegen Beleidigung des Linienrichters vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mit einer Geldstrafe von 2000 Mark belegt worden.

Ehrung für Beckenbauer

Bonn (sid) – Teamchef Franz Beckenbauer erhält am 18. Dezember von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Bei der Ehrung ist *auch das komplette WM-Aufgebot* anwesend, das mit dem Silbernen Lorbeerblatt ausgezeichnet wird.

Boris Beckers Gegner

New York (sid) – Beim Masters-Finale in New York (3.–8. Dezember) muß Wimbledonsieger Boris Becker (Leimen) in der Vorrunde gegen Nystroem, Wilander (beide Schweden) und Leconte (Frankreich) antreten. In der anderen Gruppe spielen Lendl (CSSR), Edberg (Schweden), Noah (Frankreich) und Gomez (Ecuador).

ZAHLEN

TENNIS

Internationales Turnier in Atlanta, Herren, erste Runde: Wilander (Schweden) – *Gilbert (USA) 7:6, 3:6,* 6:4, Noah (Frankreich) – Pernfors (Schweden) 6:3, 5:7, 6:4.

SCHACH

Schach-Olympiade in Dubai, 8. Runde, Herren: Bundesrepublik Deutschland – Schottland 3:1. – Damen: UdSSR – Bundesrepublik Deutschland 2:1.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 2 670 279,80 Mark, 2: 54 245,40, 3: 6112,80 4: 105,00, 5: 7,90. – „6 aus 45": 1: unbesetzt, Jackpot: 1 004 199,90, 2: unbesetzt, Jackpot: 86 404,05, 3: 13 407,50, 4: 185,60, 5: 11,50. – **Toto:** 1: 25 158,90, 2: 781,50, 3: 59,00. – **Rennquintett, Rennen A:** 1: 194,10, 2: 79,50. – **Rennen B:** 1: 136,30, 2: 43,30. – *Kombinationsgewinn: unbesetzt*, Jackpot: 11 454,40. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Heute Europapokal im UEFA-Cup: Fernsehen sendet live

● Große Personalsorgen plagen Uerdingens Trainer Karl-Heinz Feldkamp vor dem heutigen Europacupspiel gegen Barcelona. Friedhelm Funkel laboriert an einer *Rippenverletzung, und* Matthias Herget macht wieder eine alte Oberschenkelzerrung zu schaffen. Die Entscheidung darüber, ob beide spielen können, wird erst heute morgen nach dem Abschlußtraining fallen.

● Dreizehn Spiele haben die Mönchengladbacher hintereinander nicht mehr verloren. Ein Grund, mit viel Selbstbewußtsein zum Spiel gegen Glasgow Rangers *zu reisen.* Dennoch lautet das Minimal-Ziel der Borussen, wenigstens ein Unentschieden zu erreichen. Doch selbst eine knappe Niederlage würde die Zuversicht mit Blick auf das Rückspiel nur wenig schmälern.

● Im Achtelfinale des UEFA-Pokal-Wettbewerbs kommt es heute zu folgenden Spielen: Uerdingen – Barcelona (20.00 Uhr), Glasgow Rangers – Mönchengladbach (20.30 Uhr), Dundee – Split, Gent – Göteborg, Groningen – Guimaraes, Dukla Prag – Inter Mailand, Spartak Moskau – FC Tirol, FC Turin – Beveren-Waas. Die Rückspiele finden am 10. Dezember statt.

Uerdingen: Kann Herget spielen? – Gladbach: Genügend Selbstvertrauen

BERND WEBER, **Bonn**

Nahezu die gesamte Niederrhein-Region ist von einer Krankheit befallen, gegen die zwar jeder Arzt machtlos ist, deren *Symptome* aber dennoch vergleichbar sind: Es ist das Fußball-, genauer gesagt, das UEFA-Cup-Fieber, von dem alle befallen sind. Der Grund dafür ist klar, die Orts- und Tabellennachbarn Bayer Uerdingen und Borussia Mönchengladbach stehen vor schweren internationalen Bewährungsproben. Es geht um den Einzug ins Viertelfinale, und heute erst einmal darum, in den Hinspielen günstige Voraussetzungen *fürs Weiterkommen zu schaffen.* Abgerechnet wird nämlich erst am 10. Dezember. Und auch das verbindet *die beiden Niederrhein-Bundesli*gaklubs aktuell – sie haben nicht unerhebliche Personalprobleme.

Bayer Uerdingen, das in der Krefelder Grotenburg-Kampfbahn den spanischen Spitzenreiter FC Barcelona (und als prominenten Ehrengast Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher) erwartet, bangt weiterhin um den Einsatz von Mannschaftskapitän Matthias Herget. Der absolvierte gestern auch wieder ein umfangreiches Lauftraining und fuhr mit der Mannschaft ins Trainingslager. Ob er jedoch spielen kann, entscheidet sich wohl erst heute morgen. Herget selbst ist skeptisch. „Meine *Oberschenkelzerrung*", so sagte der Libero, „ist wieder dermaßen schlimm aufgebrochen, daß ich nur wenig *Hoffnung habe, dabeizusein.*" Sein Trainer Karl-Heinz Feldkamp ist freilich entschieden optimistischer. Seine Meinung: „Ich glaube, daß unsere Ärzte und Masseure Herget noch rechtzeitig bis zum Anstoß hinbekommen. Aber die Entscheidung, ob er spielt oder nicht, liegt selbstverständlich letztendlich bei ihm ganz allein." Fällt Herget aus, wird Mittelfeldspieler Friedhelm Funkel seinen Liberoposten übernehmen. Obwohl auch der immer noch unter den Folgen einer Rippenprellung leidet, die ihn letzten Samstag beim Duell gegen Bayern München zum Zuschauen zwang. Doch Friedhelm Funkel ist sicher: „Ich laufe mit auf."

Die Vorbereitungen der Uerdinger für das *„größte Spiel in der bisherigen Vereinsgeschichte"* (so Manager Reinhard Roder) verliefen insgesamt *nicht gerade optimal. Gestern vormit*tag beim Training mußte Feldkamp auf seine beiden Sturmspitzen, die *sogenannten „Bubi-Bomber" Oliver* Bierhoff (18) und den gleichaltrigen Marcel Witeczek, verzichten. Bierhoff schrieb eine wichtige Klassenarbeit fürs Abitur, Witeczek absolvierte eine Prüfung als Fachverkäufer für Kosmetik. *„Das alles"*, meinte der Trainer, „schafft Unruhe. Und dennoch, ich verlange von meinen Spielern, daß sie hundertprozentig konzentriert in die Begegnung gehen. Irgendwelche Entschuldigungen im Vorfeld lasse ich überhaupt nicht gelten. Wir selbst haben an uns den Anspruch gestellt, eine Bundesliga-Spitzenmannschaft sein zu wollen. Und da müssen wir dann auch mit allen Widrigkeiten fertig werden."

Daß Barcelona mit seinen beiden Stürmer-Stars, dem Engländer Gary *Lineker (WM-Torschützenkönig in* Mexiko) und dem Waliser Mark Hughes in der Addition beider Spiele favorisiert ist, gibt Feldkamp zu. Aber er fügt vieldeutig an: „Genau darin kann unsere Chance liegen."

Mehr als verhaltener Optimismus herrscht auch bei Borussia Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes vor dem schweren Gang gegen den schottischen Tabellenvierten Glasgow Rangers in dem mit 44 000 Zuschauern seit Tagen ausverkauften Ibrox-Park-Stadion. „Die Rangers müssen das Spiel machen", meint Heynckes, „da werden wir mit Sicherheit die Räume haben, um zu kontern. Und genau dagegen sind die Schotten nach meinen Beobachtungen anfällig, denn sie reagieren oftmals außerordentlich hektisch. Das müssen wir ausnutzen."

Schade ist natürlich, daß die Gladbacher auf ihren robusten Stürmer Günter Thiele verzichten müssen. Er *hat am letzten Samstag beim* 1:1 gegen seinen alten Klub Fortuna Düsseldorf erneut einen Schlag auf den *schon vor leicht geschwollenen Knö*chel bekommen. Beim gestrigen Training machte Thiele zwar mit, aber er *hatte solche Schwierigkeiten bei den* Schußübungen, daß sein Trainer mit absoluter Sicherheit ausschließt, ihn bringen zu können. So wird denn Hans-Jörg Criens die zweite Sturmspitze neben Nationalspieler Uwe Rahn sein. Heynckes: „Die Leistungskurve bei Criens geht wieder eindeutig nach oben." Insgesamt vertrauen die Borussen darauf, daß sie die technisch bessere Mannschaft sind. Und genügend Selbstvertrauen müßten sie allemal haben. Seit nunmehr 13 Spielen ist Mönchengladbach ungeschlagen.

*

Das Spiel der Uerdinger zeigt das ZDF live ab *20.00 Uhr.* Vom Gladbacher Spiel gibt es ab 22.45 Uhr eine einstündige Aufzeichnung.

MODERNER FÜNFKAMPF / Schwere Strafen

Gleich 15 Athleten wurden wegen Dopings gesperrt

dpa, **Stockholm/Hannover**

Mit Genugtuung reagierte der Deutsche Verband für Modernen Fünfkampf (DVMF) auf die drastischen Strafen für Doping-Sünder. *„Wir fühlen uns bestätigt, weil wir* ebenfalls streng verfahren. Das zeigt das Beispiel Diethelm Mette, dem *der Meistertitel 1985 nachträglich* aberkannt wurde", kommentierte DVMF-Präsident Klaus Schormann *(Darmstadt) die Maßnahmen des* Weltverbandes (UIPMB), der am Vortag 15 Athleten aus der UdSSR (fünf), *Polen* (fünf), Bulgarien (drei) und den USA (zwei) mit einer 30monatigen Sperre belegt hatte.

Für den „größten Skandal in der Geschichte der olympischen Sportart" hatten zwölf Athleten während der Weltmeisterschaften im August im italienischen Montecatini mit der Einnahme von verbotenen Beruhigungspillen vor dem Pistolenschießen gesorgt. Die vom Kölner Doping-Spezialisten Manfred Donike vorgenommenen A- und B-Proben ergaben – im Beisein von Vertretern aus der UdSSR und Bulgarien – jeweils ein positives Ergebnis. „Es handelt sich um ein Mittel, das auch zur Beruhigung dient, vielseitig verwendbar ist und keine schädlichen Folgen hinterläßt. Weil es wenig Stickstoff enthält, baut es im Körper schnell ab. In Köln ist es jetzt zum ersten Mal nachgewiesen worden", *berichtete Dieter Krickow (Berlin),* der als stellvertretender UIPMB-Generalsekretär an der Sitzung in der *Wohnung des erkrankten schwedi*schen Weltverbands-Präsidenten Sven Thofelt teilnahm.

Der sowjetische Olympiasieger von Moskau 1980, Anatolij Starostin, verlor seinen WM-Titel ebenso wie der bulgarische Junioren-Weltmeister Elisar Iljew und die sowjetische Frauenmannschaft. Positiver Effekt für den DVMF: Das Frauenteam mit Sabine Krapf (Heidenheim), Tanja Meyer (Berlin) und Katrin Kröning (Hildesheim) rückte auf den zweiten Platz vor und in der Einzelwertung erhält Sabine Krapf nachträglich die Bronzemedaille. „Die Plaketten werden noch in diesem Jahr überreicht", meinte Krickow.

STANDPUNKT / *Erfolg*

Die Doping-Gegner im Sport haben einen Achtungserfolg erzielt. Mit den drastischen Strafen gegen prominente Athleten wie den Olympiasieger Anatolij Starostin aus der UdSSR setzte der Weltverband der Modernen Fünfkämpfer und Biathleten (UIPMB) ein deutliches Zeichen.

*Viele Jahre durften die Mehr*kämpfer mehr oder weniger ungestraft ihre Pillen schlucken. Ein ärztliches Attest reichte zumeist, um die halbherzigen Bestimmungen zu umgehen. Die Maßnahmen der UIPMB hinkten immer einen Schritt hinter der Weiterentwicklung von Beta-Blockern und anderen Beruhigungsmitteln hinterher. Auch das Zusammenlegen von Schießen und Geländelauf an einem Tag erwies sich letztlich als wirkungslos.

Mit dem Stockholmer Beschluß haben die *Funktionäre* ihrer traditionsreichen Sportart, die um ihren Ruf ernsthaft bangen mußte, einen guten Dienst erwiesen.

Athleten aus der Bundesrepublik *waren nicht unter den Doping-Sün*dern. Das ist kein Grund, mit den Fingern auf die Ostblockländer zu *zeigen. In jüngster Vergangenheit* sorgte der „Fall Mette" für negative Schlagzeilen. Seit dem Machtwech*sel nach den Olympischen Spielen* in Los Angeles sind zwar die sportlichen Leistungen kaum besser geworden, doch die neue Verbandsführung unter Präsident Klaus Schormann ging im Kampf gegen das Doping und unerlaubte Hilfsmittel mit gutem Beispiel dem internationalen Verband voran. Es ist zu hoffen, daß sich die Ansicht von Frauenwartin Hiltrud Reder, „beim Schießen gehört das Zittern dazu, der ruhige Abzug ist das A und O", durchsetzt. Ein neuer Anfang ist jetzt jedenfalls möglich.

PETER HÜBNER

EISHOCKEY

Endlich aufgewacht

sid, **Lethbridge**

Kanadas Eishockey-Star Wayne Gretzky trat mit seinen Edmonton Oilers bei den Calgary Flames zur „Battle of Alberta" an, doch der kanadische Sportkanal TSN war für Udo Kießling und seine Mitspieler reserviert. Live vom Atlantik bis zum Pazifik war das dritte Spiel der deutschen *Eishockey-Nationalmannschaft* gegen die kanadische Olympia-Auswahl zu sehen.

Und die Zuschauer mußten sich verwundert die Augen reiben, denn nach den beiden Auftakt-Niederlagen in Calgary (0:7) und Red Deer (2:11) zog sich die deutsche Mannschaft in der Präriestadt Lethbridge, kilometerweit von Weizenfeldern umgeben, beim 5:7 (2:3, 1:2, 2:2) gegen den Gastgeber glänzend aus der Affäre.

Einziger Makel an diesem Abend war die Beschwerde jener Dame, die aus dem rund 5000 km entfernten Montreal im Stadion anrief und monierte, die deutsche Fahne sei beim Eröffnungszeremoniell falsch aufgehängt worden. Doch das tat der gehobenen Stimmung keinen Abbruch, hatten die rührigen kanadischen Organisatoren selbst das Deutschlandlied von einer örtlichen Sopranistin intonieren lassen: „Bluhe deutsches Väterländ".

Tatsächlich blühten die deutschen Spieler auf ihrer dritten Etappe auf und boten 4300 Zuschauern in der Halle und den Millionen am Bild*schirm Eishockey, wie es im Mutter*land der schnellsten Mannschafts-Sportart nun einmal gerne gesehen *wird: couragiert, engagiert und ag*gressiv, mit schön herausgespielten Toren von Kreis, Franz, Kuhl, Kammerer und Mörz.

„Die habe ich nach dem 2:11 ohne Seife rasiert, die hatten doch meine ganze Arbeit in Frage gestellt. Die Abreibung hat sichtlich gutgetan", bilanzierte Bundestrainer Xaver Unsinn, der eine für jedermann sichtbare Radikalkur angesetzt hatte. Fünf Spieler (Maidl, Berwanger, Ahne, Fritz und Eggerbauer) ließ er auf der Tribüne Platz nehmen, setzte auf drei Blöcke und lag damit goldrichtig.

„So haben wir für mehr Druck sorgen können. Jeder hat sein Letztes *gegeben, und nur so können wir in*ternational den Gegnern Paroli bieten", meinte der Bundestrainer.

Koalition: Zimmermann im Fall Tiedge entlastet

Ausschuß legt Bericht vor / SPD bekräftigt ihre Vorwürfe

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Untersuchungsausschuß zur Aufhellung der Spionageaffäre des Sommers 1985 hat seinen Abschlußbericht fertiggestellt und nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion sowie der FDP-Vertreter die Vorwürfe der Opposition an die Adresse von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und des Parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger entkräftet. Die Opposition von SPD und Grünen dagegen erhebt im Bewertungsteil zum 120 Seiten starken Bericht die schon vor Einsetzung des Ausschusses geäußerten Vorwürfe erneut.

Der Berichterstatter der Grünen im Ausschuß, Hans-Christian Ströbele, geht sogar in seiner „abweichenden Stellungnahme" so weit, das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln als „überflüssig und gefährlich" zu bezeichnen.

Zu dem Untersuchungsbericht, der am Donnerstag der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, heißt es nach Informationen der WELT in der Bewertung durch die Koalitionsfraktionen: „Durch die Amtsführung von Bundesinnenminister Dr. Zimmermann sind keinerlei Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Spionageabwehr in irgendeiner Weise beeinträchtigt worden."

Streit um Sicherheitslagen

Auch wird festgehalten, daß Zimmermann und sein Ressort „eng und vertrauensvoll" mit dem jeweiligen Präsidenten des Verfassungsschutzamtes zusammengearbeitet und ständige Kontakte auf allen Ebenen gehalten hätten. Weiter ergäben sich bei der Behandlung der Spionagefälle Lüneburg, Höke und Willner „keine Beanstandungen".

Die SPD-Abgeordneten werfen dem Bundesinnenminister dagegen vor, er habe seine Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit „in vorwerfbarer Weise vernachlässigt", indem er die regelmäßige Zusammenarbeit mit dem BfV „einstellte".

Im Sachstandsbericht ist demgegenüber allerdings festgehalten, daß seit Zimmermanns Amtsantritt im Oktober 1982 noch im selben Jahr vier, 1983 insgesamt 21, 1984 neun und im Jahr der Spionagefälle, 1985, bis zum Oktober elf „Sicherheitslagen" zwischen Bundesinnenministerium und BfV stattgefunden haben.

Weiter erklärt die SPD, dem Innenminister sei vorzuwerfen, daß er den „tages- und parteipolitischen Mißbrauch" des Verfassungsschutzes durch Staatssekretär Spranger „zuließ und förderte". Die SPD wirft Spranger vor, er habe durch Anfragen an den Verfassungsschutz diesen „in hemmungsloser Weise politisch mißbraucht".

Sprangers Anfrage

Als Beispiel wird unter anderem die Frage nach dem linksextremistischen Einfluß auf die Grünen angeführt, die Spranger vom Kölner Amt erbat, um die Anfrage des Abgeordneten Todenhöfer (CDU) beantworten zu können.

Union und FDP weisen diese Anschuldigung entschieden zurück. Nach einem Hinweis auf die Auskunftspflicht der Bundesregierung bei solchen Anfragen von Parlamentariern heißt es, die Vorwürfe der Opposition seien angesichts eigener Anfragen der SPD besonders unglaubwürdig.

Als Beispiele werden Anfragen der SPD-Abgeordneten Pauli, Sielaff und Egert sowie auch des Ausschußvorsitzenden Gerhard Jahn (SPD) und des Berichterstatters der SPD im Spionage-Untersuchungsausschuß, Harald B. Schäfer, angeführt. Der hatte sich seine gezielt auf Verfassungsschutzerkenntnisse abstellende Anfrage über Rechtsextremisten noch im Juni 1985, wenige Wochen vor dem Fall Tiedge, von Staatssekretär Spranger beantworten lassen.

Die Koalitionssprecher werfen der SPD vor, sie habe aufgrund „bloßer Mutmaßungen und unreflektierter Voreiligkeit" den Untersuchungsausschuß schon zu einem Zeitpunkt verlangt, als die Unterrichtung der ständigen parlamentarischen Gremien zur Kontrolle der Geheimdienste durch die Regierung noch längst nicht abgeschlossen gewesen sei. Der überflüssige Ausschuß habe Sicherheitsinteressen gefährdet und die Arbeit des Verfassungsschutzes unnötig erschwert.

Sicherte BGI nur Kapitalfluß der Neuen Heimat?

DIETHART GOOS/rtr. Bonn

Die Beteiligungsgesellschaft für Immobilien (BGI) ist offenbar nur gegründet worden, um die vom Bundesverwaltungsgericht der Neuen Heimat untersagten Gewinnabführungen ihrer Regionalgesellschaften an die Muttergesellschaft fortführen zu können. Zu dieser Bewertung kamen gestern der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Neue Heimat, Heinz Günther Hüsch (CDU) und der SPD-Obmann Dietrich Sperling. Vorausgegangen war die Zeugenvernehmung des BGI-Geschäftsführers Kurt Willinsky.

In die Schlagzeilen war die BGI im letzten Jahr geraten, als sie 25 000 NH-Wohnungen zum Preis von etwa 1,1 Milliarden Mark übernahm. Mit dieser Transaktion sollte die krasse Minusbilanz des schwer angeschlagenen Wohnungsriesen aufgebessert werden.

Der BGI-Manager erklärte dazu, die *Neue Heimat habe „unter gewaltigem Verkaufsdruck"* gestanden. Der Kaufpreis von 7,20 Mark je Quadratmeter Wohnfläche sei höher als von Gutachtern ermittelt. Die Neue Heimat sei also nicht im Preis gedrückt worden. Tatsächlich erzielte die BGI bei den inzwischen 3000 weiter verkauften Wohnungen Quadratmeterpreise von etwa elf Mark. Willinsky rechtfertigte dies mit einem „erheblichen Vermarktungsrisiko". Die BGI habe zwar das alleinige Verkaufsrecht für NH-Wohnungen. Maklerprovisionen oder Ausgleich für entgangenen Gewinn bei Wohnungsverkäufen der Neuen Heimat ohne ihre Beteiligung habe die BGI aber nicht erhalten.

Über die Besitzverhältnisse konnte der Zeuge keine genauen Angaben machen. An der BGI sind die voll zum DGB-Imperium gehörenden Gesellschaften VHU und Vermo zu 53 Prozent beteiligt. Die restlichen 47 Prozent hält die VER, an der wiederum die DGB-Finanzholding BGAG zu 38 Prozent beteiligt ist. Unterdessen wird deutlich, daß die BGAG für den Bilanzausgleich und Liquiditätsfluß der Neuen Heimat für die Jahre 1986 und 1987 mehr aufwenden muß, als die dem Brotfabrikanten Schiesser seinerzeit zugesicherten 900 Millionen Mark. „Die BGAG wird da noch kräftig zulangen müssen", hieß es aus einer NH-Gläubigerbank.

Reagan kann die Spekulationen um Umbesetzungen nicht ganz ausräumen

„Ich feure niemanden" / Kluft zwischen Weißem Haus und Shultz wird dennoch größer

FRITZ WIRTH, Washington

Das „Nachbeben" der Iran-Affäre, die seit 14 Tagen die Reagan-Administration erschüttert, dauert weiter an. Präsident Ronald Reagan versuchte gestern, die Personalspekulationen, die sich seit dem Wochenende an diese Affäre knüpfen, mit einem kategorischen „Ich feure niemanden" zu beenden, hatte damit jedoch nur begrenzten Erfolg.

Zugleich ist in einer Anhörung des stellvertretenden Außenministers John Whitehead im Kongreß die Kluft in dieser Affäre zwischen dem Weißen Haus und dem State Department noch größer geworden. Die Episode im Kongreß machte deutlich, daß es innerhalb der Administration immer noch kein koordiniertes Krisen-Management gibt, obwohl Präsident Reagan zu diesem Zweck gestern im Weißen Haus eine Konferenz mit seinen engsten und wichtigsten *Beratern einberufen hatte*, an der unter anderen Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger, Vize-Präsident Bush, Stabschef Regan und CIA Direktor Casey teilnahmen.

Änderungen im Stab?

Ronald Reagan ließ seinen Ärger über die Entwicklung dieser Affäre deutlich spüren, als er von Journalisten erneut darauf angesprochen wurde, ob er die von ihm gebilligten Waffenlieferungen an Iran für einen Fehler halte. „Ich werde darüber keine Lügen verbreiten", sagte er. „Nein, ich habe keinen Fehler gemacht."

Er betonte zwar, daß er selbst niemanden, der an dieser Affäre beteiligt gewesen sei, entlassen werde, ließ aber die Frage offen, ob es Änderungen in seinem Stab geben werde. Das hat genug Spielraum für Spekulationen gelassen, daß es in absehba*rer Zeit den Rücktritt einiger enger* Mitarbeiter und Minister geben könnte. Zu den meistgenannten Kandidaten gehören weiterhin Sicherheitsberater Poindexter und Außenminister Shultz.

Besonders die Rolle und die Zukunft von Außenminister Shultz ist seit gestern durch die erstaunlichen Aussagen seines Stellvertreters John Whitehead vor dem außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses noch prekärer geworden. Whitehead widersprach – offensichtlich mit Wissen von Shultz – offen dem Präsidenten, der vor einer Woche in seiner Fernsehrede erklärt hatte, daß sich Iran seit dem Beginn der geheimen Kontakte mit der Reagan-Administration nicht mehr an Terroraktionen gegen die USA beteiligt habe.

„Ich widerspreche nicht gerne meinem Präsidenten", erklärte Whitehead, „doch ich glaube, es liegen immer noch Beweise über die Teilnahme Irans an Terroraktionen vor." Diese Äußerung Whiteheads hat beträchtliche Betroffenheit im Weißen Haus ausgelöst.

Whitehead forderte ferner, die Funktionen des Nationalen Sicherheitsrates, der in dieser Affäre eine Schlüsselrolle spielte, zu überprüfen und klarzustellen, in welchen Maße er an Operationen wie dieser beteiligt werden sollte. Zugleich warnte Whitehead davor, Außenminister Shultz zum Opfer dieser Affäre werden zu lassen. „Er ist einer der größten Amerikaner, die mir je begegnet sind. Es ist äußerst wichtig, daß er in seiner gegenwärtigen Position als Außenminister bleibt", sagte Whitehead.

Wie ein Gnadengesuch

Befremden löste jedoch aus, daß Whitehead schließlich in einem von ihm erbetenen Epilog eine Mahnung an die Abgeordneten richtete, die fast einem Gnadengesuch für Präsident Reagan gleichkam, dessen er nach Ansicht des Weißen Hauses und seiner Mitarbeiter in dieser Situation nicht bedarf.

„Wenn wir den Präsidenten in dieser Affäre ohne Kleider lassen", sagte Whitehead, „nehmen wir ihm die Möglichkeit, in den nächsten zwei Jahren die freie Welt zu führen. Er mag in dieser Affäre schlecht beraten gewesen sein, doch es ist wichtig, daß wir nun seine Glaubwürdigkeit gegenüber ausländischen Führern schützen." Es war einer der außergewöhnlichsten, ungefragten Bittgänge, die je von einem leitenden Beamten der Administration für Ronald Reagan auf dem Kapitol unternommen wurden.

Folgt Galvin auf General Rogers?

SAD, Washington

General Rogers soll im Sommer 1987 als NATO-Oberbefehlshaber in Europa durch Viersterne-General Galvin abgelöst werden. Galvin ist zur Zeit Oberbefehlshaber des „Southern Command" der US-Streitkräfte. Dies berichtete die „Washington Post". Danach war die Rogers-Nachfolge ursprünglich dem Stabschef des US-Heeres, General Wickham, angeboten worden. Galvin ist u. a. verantwortlich für die Operationen in Mittelamerika, einschließlich der der „Contras" in Nicaragua.

Gandhi lobt Gorbatschow

AFP, Neu-Delhi

Der indische Premierminister Rajiv Gandhi hat Moskau attestiert, in Reykjavik „konstruktive und mutige Positionen" bezogen zu haben. Bei einer Tischrede aus Anlaß des Besuchs von KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow in Indien sagte Gandhi, der Vorschlag der Sowjetunion für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien und im Pazifik-Raum sei „nachdenkenswert". Der Freundschafts- und Kooperations-Vertrag mit Moskau habe an Bedeutung gewonnen.

Ausreiseverbot für Scheich Jamani

SAD, London

Der aus seinem Amt entlassene saudische Erdölminister Scheich Jamani darf sein Heimatland nicht verlassen. Die „Financial Times" meldete, König Fahd habe Flughäfen und Grenzstationen ein persönlich angeordnetes Ausreiseverbot zukommen lassen. Jamani sei der Paß entzogen worden. Die Entlassung des Ministers war nach Auseinandersetzungen mit dem König über die Erdölpolitik erfolgt. Fahd hatte eine Preissteigerung ohne Produktionsdrosselung gefordert, was Jamani für unmöglich hielt.

Manila: Steht Einigung mit Rebellen bevor?

AP, Manila

Nach der Entlassung von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile ist die philippinische Regierung zuversichtlich, daß es binnen kurzem zu einer Einigung mit den kommunistischen Rebellen über einen Waffenstillstand kommen wird. Nach Angaben eines Unterhändlers der Regierung, Ramon Mitra, war die Wiederaufnahme der Verhandlungen für gestern angesetzt. Nach seinen Angaben sind sich beide Seiten bereits so weitgehend über die Modalitäten einig geworden, daß eine unterschriftsreife Vereinbarung bis morgen ausgearbeitet werden könnte.

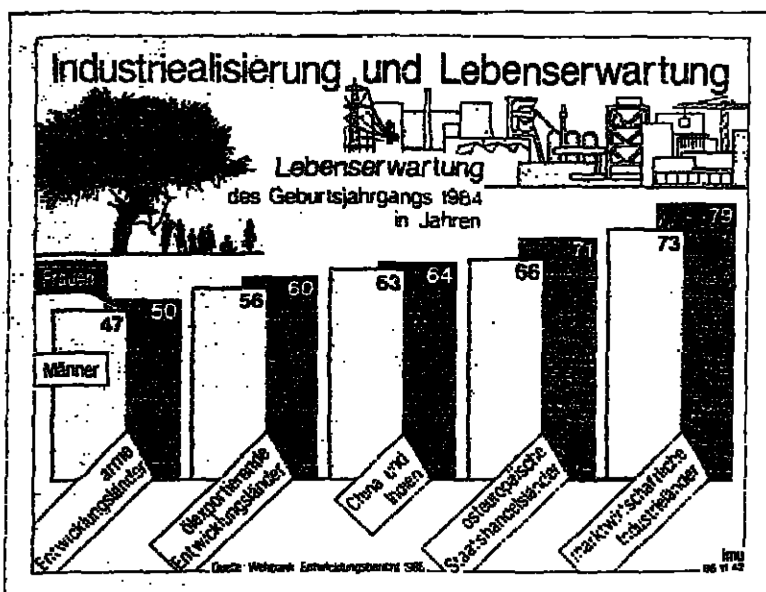
Auch nach seinem erzwungenen Rücktritt wird Enrile offenbar eine gewichtige politische Rolle spielen. Die philippinischen Nationalisten haben ihm den Parteivorsitz angeboten.

„Minimalangebot" für die Türkei

dpa, Brüssel

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden der Türkei ein sehr eng begrenztes Verhandlungsangebot zur Verbesserung der Arbeits- und Aufenthaltsrechte der 1,5 Millionen in der EG lebenden Türken unterbreiten. Der EG-Außenministerrat beschloß in Brüssel die von Diplomaten als „Minimalangebot" bezeichnete Offerte, die weit hinter Ankaras Forderungen zurückbleibt.

Das Angebot soll der Türkei unterbreitet werden, weil die Gemeinschaft sich in einem 1963 mit der Türkei geschlossenen Assoziationsvertrag verpflichtet hatte, spätestens zum 1. Dezember dieses Jahres die Freizügigkeitsregelung für Türken zu verbessern. Das Angebot schließt einen „unkontrollierten Neuzuzug" von arbeitssuchenden Türken aus und beschränkt sich im wesentlichen auf eine Bestätigung des Status der schon jetzt in der EG lebenden Türken. Nach Angaben von Diplomaten hatte vor allem die Bundesrepublik Deutschland auf ein „restriktives" Angebot gedrungen (WELT vom 22./23.11.). *Griechenland behielt sich* in einer Notiz zum Sitzungsprotokoll das Recht vor, aus „Gründen der nationalen Sicherheit" von den mit der Türkei zu vereinbarenden Regelungen abzuweichen.



Die Lebenserwartung in hochentwickelten Volkswirtschaften ist ungleich höher als in Entwicklungsländern. Die marktorientierte Gesellschaft hat die Lebensrisiken für den Menschen begrenzen können. Dennoch erscheinen vielen die Lebensrisiken in der modernen Industriegesellschaft nicht mehr beherrschbar. QUELLE: IMU

MÄRKTE & POLITIK

Zweiter Börsenmarkt: Die baden-württembergische Landesregierung will mittelständischen Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalausstattung einen indirekten Zugang zum börsenorientierten Kapitalmarkt ermöglichen.

Lebenshaltung: In Bayern sanken die Lebenshaltungskosten die Mitte November 1985 und 1986 im Durchschnitt sogar um 1,1 Prozent nach einem Rückgang um 0,8 Prozent im Oktober.

Protektionismus: Der Verband der Automobilindustrie (VDA) hat *sich erneut gegen Importbeschränkungen* für japanische Autos gewandt.

Kritik: Nach den Hypothekenbanken hat die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) nun auch die Bausparkassen wegen ihrer Zinsberechnung kritisiert. Die meisten Bausparkassen verschleierten ihre „Kreditpreise", und berechneten die Tilgungen zu spät und die Zinsen zu früh.

EG: Im nächsten Jahr soll es zu engeren Beratungen zwischen den Kammern und Wirtschaftsverbänden Spaniens und der Bundesrepublik Deutschland kommen. (S. 14)

Schiffbau: Für einheitliche Finanzierungsrichtlinien der norddeutschen Küstenländer bei Schiffsneubauten hat sich der Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen. Walter Hirche, ausgesprochen.

WELTWIRTSCHAFT

Krupp: Krupp Industrietechnik baut in China drei Anlagen zur Produktion von bis zu 400 Weißblech-Konservendosen je Minute. Der Auftragswert wird auf rund zehn Mill. DM beziffert.

Defizit: Der EG wird zum Jahresende fast doppelt so viel Geld fehlen wie noch vor zwei Monaten angenommen. Die EG-Kommission rechnet mit einem Haushaltsdefizit von rund 2,73 Mrd. DM. Im September hatte die Kommission noch ein Defizit von 1,63 Mrd. DM prognostiziert.

Großbritannien: Das Handelsbilanzdefizit betrug im Oktober 2,34 Mrd. DM.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	24. 11. 86	21. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	151,50	155,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	73,00	76,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	122,25	121,75	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Volksfürsorge: Die Gewerkschaftsholding BGAG hat bestätigt, daß ein Teil des Kapitals der Versicherungsgruppe Volksfürsorge an die Börse gebracht werden soll. In Frankfurt kursierte die Version, daß die Börseneinführung von einem Konsortium unter Führung der Dresdner Bank vorgesehen ist.

Holsten: Der Bierabsatz aus deutscher Produktion wurde um drei Prozent auf rund 3,5 Mill. Hektoliter gesteigert. Der Bierausstoß der *Lizenzproduktionen im Ausland* erhöhte sich um 36 Prozent auf etwa 125 000 Hektoliter. (S. 16)

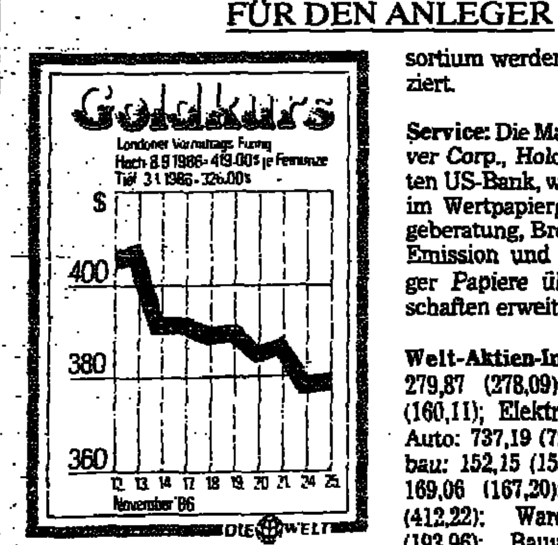
Bayer: Obwohl der Umsatz in den *ersten neun Monaten 1986 um 12,4* Prozent auf rund 31 Mrd. DM rückläufig ist, wurde der Gewinn vor Steuern gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 4,2 Prozent auf 2,6 Mrd. DM gesteigert. (S. 15)

Nixdorf: Gestern wurde in Anwesenheit von Bundeskanzler Kohl das neue Werk in Berlin eingeweiht. (S. 15)

Hewlett-Packard: Das Unternehmen verbuchte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (31. 10.) wegen des Dollarverfalls einen Umsatzrückgang um 5 Prozent auf rund 2,5 Mrd. DM. (S. 15)

Rückzug: Die Revlon Group hat ihr Angebot zur Übernahme der Gillette für 4,12 *Mrd. Dollar* zurückgezogen. Im Rahmen einer Übereinkunft verpflichtete sich Revlon, zehn Jahre lang keine Gillette-Aktien zu kaufen.

FÜR DEN ANLEGER



DM-Anleihe: 6,5 Prozent beträgt der Kupon der bayerischen 600-Mill.-DM-Anleihe. Ausgabekurs: 99,75 Prozent, Fälligkeit ist 1. Oktober 1996. Über ein Bankenkonsortium werden 500 Mill. DM plaziert.

Service: Die Manufacturers Hanover *Corp., Holding der viertgrößten* US-Bank, will ihre Aktivitäten im Wertpapiergeschäft um Anlageberatung, Broker-Service sowie Emission und Handel kurzfristiger *Papiere über Tochtergesellschaften* erweitern.

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 279,87 (278,09); Chemie: 161,91 (160,11); Elektro: 352,39 (350,66); Auto: 737,19 (729,26); Maschinenbau: 152,15 (153,87); Versorgung: 169,06 (167,20); Banken: 415,92 (412,22); Warenhäuser: 194,84 (193,96); Bauwirtschaft: 525,64 (526,62); Konsumgüter: 185,66 (185,91); Versicherung: 1406,24 (1405,92); Stahl: 138,27 (139,16).

Nachbörse: Freundlich

NAMEN

Cassella: Vorstandsmitglied Helmut Kappenberger hat aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niedergelegt. Sein Ressort (Forschung, Produktion, Technik) wurde von Wolfgang Grünbein übernommen.

BVB: *Der stellvertretende* Vorstandsvorsitzende Heinz Munter, Philips AG, trat vom Vorstand zurück und widmet sich anderen Aufgaben. Seine Nachfolge tritt Wolfgang Rucker an, Geschäftsführer bei Hewlett-Packard.

WER SAGT'S DENN?

Es gibt keinen Unternehmer, der keinen Fehler macht, es sei denn, er beginnt erst gar nicht, etwas zu unternehmen.

Arno Sölter

Zu viel Steuergerechtigkeit wird kompliziert und eher ungerecht

Bund der Steuerzahler fordert zahlreiche Reformen zur Lichtung des „Dschungels"

HEINZ HECK, **Bonn**

Der Bund der Steuerzahler hat gestern in Bonn umfangreiche Vorschläge zur Steuervereinfachung vorgelegt. Er rät den Politikern, Abschied zu nehmen von einer Überbetonung der Steuergerechtigkeit. Denn übersteigertes Bemühen um Steuergerechtigkeit führe zu Komplizierungen und bewirke im Endeffekt eher Ungerechtigkeit. Um den „Steuerdschungel" zu lichten, seien zahlreiche Reformschritte erforderlich. Hauptansatzpunkte seien der Abbau überholter Steuern sowie Vereinfachungen bei den verbleibenden (vor *allem der Einkommensteuer*) sowie beim Besteuerungsverfahren.

Zum Steuerdschungel heißt es: In der Bundesrepublik würden 41 Steuern, 29 Quasi-Steuern und eine nicht *quantifizierbare Anzahl von Gebühren* und Beiträgen erhoben. Die Erhebung sei in 120 Steuergesetzen, 178 Verordnungen und 42 Durchführungsverordnungen geregelt. Hinzu *kämen dickbändige Richtlinien* sowie jährlich rund 1000 Verwaltungsanordnungen. Zu beachten seien ferner ergänzende Gesetze und zahllose Gerichtsentscheidungen. Der Steuerdschungel wuchere in großer Geschwindigkeit weiter.

Zu den Vereinfachungsvorschlägen gehören unter anderem der Verzicht auf 15 Bagatellsteuern (wie Tee-, Zucker-, Salz- und Schaumweinsteuer). Der Beseitigung der Gesellschaft- und Börsenumsatzsteuer komme „besondere Bedeutung zu". Beide seien sehr kompliziert und führten für Steuerpflichtige und Finanzverwaltung zu hohen Arbeitsbelastungen.

Mit einem Auslaufen der umweltpolitisch motivierten Steuervergünstigung sollte die Kraftfahrzeugsteuer durch Umlegung auf die Mineralölsteuer beseitigt werden. Der umweltpolitische Erfolg sei fraglich, die Förderung zuweilen unverhältnismäßig.

Die Gewerbesteuer bewirke eine unnötige Aufblähung und Komplizierung des Steuerrechts. Eine Fülle steuer- und verfassungsrechtlicher Zweifelsfragen habe die Gerichte be*lastet, die Steuerzahler verunsichert* und das Gewerbesteuerrecht weiter kompliziert. Ihr Abbau diene auch der Steuergerechtigkeit, da sie die für die Leistungsfähigkeit des Betriebsinhabers maßgeblichen Verhältnisse nicht berücksichtige und zu Mehrfachbelastungen der Einkünfte aus Gewerbebetrieb und -vermögen führe. Für die Gemeinden am besten wäre ein Ersatz der Ausfälle durch Beteiligung an der Umsatzsteuer.

Auch der Abbau der Vermögensteuer würde ungerechtfertigte Mehrfachbelastungen verhindern und hätte positive Impulse für die Investitionstätigkeit und damit für Wachstum und Beschäftigung.

Mit einer Vereinfachung der Lohn- und Einkommensteuer könnten bei fast 25 Millionen Betroffenen besonders breitgestreute Erfolge erzielt werden. Der Verband begrüßt zwar die Einführung des einheitlichen Kinderfreibetrags als Vereinfachung. Der Beziehern niedriger Einkommen gewährte Kindergeldzuschlag führe jedoch zu neuen Komplikationen und erhöhten Besteuerungskosten. An dessen Stelle sollte eine Neugestal*tung des Kindergeldes treten.* Dabei sei zu prüfen, ob die Finanzamtslösung weniger aufwendig sei als die Zahlung über das Arbeitsamt.

„Was sollen wir jetzt noch in Riad?"

Deutsche Firmendelegation: Unser eigener Botschafter ist uns in den Rücken gefallen

PETER SCHMALZ, **Riad**

Die Vorstandsmitglieder führender deutscher *Unternehmen, die den* bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß auf seiner viertägigen Visite in Saudi-Arabien begleiten, sind verstimmt und verärgert über den deutschen Botschafter in Riad, Walter Lowak. Der Diplomat leitete gestern ein Gespräch der Industriellen im saudischen Verteidigungsministerium mit einer Erklärung über die restriktive Haltung der Bundesregierung zu Waffenexporten *ein, die allgemein als ein Affront an*gesehen wurde.

MBB-Vorstandsvorsitzender Hanns Arndt Vogels: Wir haben uns gefragt, was wir jetzt hier eigentlich noch sollen." Und Hermann Graf Pückler vom Bankhaus Merck und Finck: „Wir sind Geschäftsleute, machen unser Angebot und investieren unser eigenes Geld. Da braucht uns unser eigener Botschafter nicht in den Rücken zu fallen."

Das Treffen war auf Vermittlung von Strauß außerplanmäßig zustande gekommen und sollte weniger der *Diskussion konkreter Projekte* als der Kontaktpflege dienen. „Für uns ist es wichtig, mit den führenden Leuten im Gespräch zu bleiben", meinte Krauss-Maffei-Vorstandssprecher Burghard *Wollschläger. Auf saudi*scher Seite waren unter anderem die Inspekteure von Heer, Luftwaffe und Marine anwesend.

Zur allgemeinen Überraschung begleitete Botschafter Lowak die Gruppe, ergriff als erster das Wort und erklärte, die Bundesregierung würde Waffenexporte grundsätzlich *ablehnen. Sollten die Saudis aber an* bestimmten Rüstungsgütern interessiert sein, könnten sie in Bonn anfragen und man werde prüfen, ob Ausnahmen gemacht werden können.

Ein saudischer Militärexperte erwiderte mit der Frage, ob es nicht auch andersherum möglich wäre: „Sie offerieren uns ihr Angebot und wir wählen aus, was wir benötigen." Dies sei auch die Verhandlungsart mit Engländern und Franzosen.

*In Kreisen der deutschen Delega*tion wurde vermutet, daß Botschafter Lowak gestern auf eine Anweisung aus Bonn gehandelt habe, nachdem Strauß tags zuvor bei einem Presse*gespräch in Riad von der Bundesre*gierung gefordert hatte, ihre zurückhaltende Linie bei Rüstungsexporten zu ändern (WELT v. 25. 11). Gestern bekräftigte der CSU-Vorsitzende seine Haltung.

Die Saudis seien noch immer zutiefst enttäuscht über die Weigerung Bonns, ihnen den Kampfpanzer Leo 2 zu verkaufen, erklärte Strauß und erinnerte an die in den Augen der Saudis wankelmütige Rolle deutscher *Spitzenpolitiker in dieser Frage:* Kanzler Schmidt und der damalige Wirtschaftsminister Lambsdorff hätten bei Besuchen in Saudi-Arabien den Verkauf angekündigt, Bonn habe dann aber doch abgelehnt. Auch Kanzler Kohl habe Erwartungen geweckt, geschehen sei aber nichts.

Optimismus in der Bauwirtschaft läßt deutlich nach

AP, **München**

Die optimistischen Erwartungen im Baugewerbe haben nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests für das nächste halbe Jahr deutlich nachgelassen. Das Institut für Wirtschaftsforschung teilte gestern in München mit, die Bautätigkeit gehe geringfügig zurück. Außerdem habe auch der Auslastungsgrad der Gerätekapazitäten abgenommen. Mit 58 *Prozent sei er aber weiterhin höher* als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres mit 55 Prozent.

Der Konjunkturtest ergab weiter, daß die Geschäftslage der Industrie *im Oktober etwas günstiger* war als im Vormonat. Die Nachfrage sei leicht abgeschwächt, während die Produktionstätigkeit auf dem Stand vom September geblieben sei. Die *Exporterwartungen werden sich* dagegen den Prognosen zufolge bessern. Im Bereich der Verbrauchsgüter mache sich erneut eine deutliche Besserung der Geschäftslage bemerkbar. *Die Produktion werde im* nächsten halben Jahr steigen. Bei den Herstellern von Investitionsgütern seien dagegen Schwächen in der Nachfrage nicht zu übersehen. Hier habe die *Anzahl der Betriebe mit zu* kleinen Auftragsreserven weiter zugenommen.

AUF EIN WORT

„Die Zeit der ‚Gehaltsempfänger mit garantierter Tantieme' ist vorbei. Es geht nicht ohne Fleiß, harten persönlichen Einsatz und unternehmerisches Denken, wenn man heute als Führungskraft erfolgreich sein will."

Karl-Ernst Wolff, Personalberater, Heusenstamm. FOTO: DIE WELT

Zinsverluste durch zu lange Überweisungszeit

H. WI. **Frankfurt**

Durchschnitlich drei Tage benötigen Überweisungen von einem Geldinstitut zum anderen. Und das kommt den Auftraggeber teuer.

Wie das Institut für angewandte Verbraucherforschung (IFAV) in einer Untersuchung für die Zeitschrift „DM" feststellte, bedeutet diese Verzögerung für die Kunden von Banken, Sparkassen und Post einen Zinsverlust von rund 2,1 Mrd. DM jährlich. Dabei wird allerdings ein unrealistisch hoher Guthabenzins von drei Prozent unterstellt. Tatsächlich werden auf Girokonten meist nur 0,5 Pro*zent vergütet.*

Technisch, das geht aus der Untersuchung hervor, könnten die Überweisungen an einem Tag abgewickelt werden. Den Kunden jedoch fehle jegliche rechtliche Handhabe gegen die Verzögerungspraktiken der Geldinstitute. Allerdings, so das Düsseldorfer Magazin, gibt es andere Möglichkeiten zur Gegenwehr. Der Kun*de fährt besser, wenn er den Zeit*raum zwischen „Zahlung" und Abbuchung durch die Wahl der Zahlungsart verlängert: Überweisungen im Lastschriftverfahren, die Zahlung mit *Kreditkarten oder per Scheck* bringen einige Tage, bei Kreditkarten mitunter sogar Wochen und Monate.

Starker Tobak der linken Ökonomen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

In diesem Jahr ist das Sondermemorandum der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik", ein Zusammenschluß linker Ökonomen, ein gewaltiger Rundumschlag – verbalra*dikal gegen alle, die etwas vom Auf*schwung halten. Wenn überall von der konjunkturellen Erholung die Rede ist, dann muß es doch auch Papiere geben, in denen der Abschwung vorausgesagt wird, und zwar ein baldiger, was immer das auch bedeuten mag. „Schönfärberei und Irreführung" sei die gegenwärtige wirtschaftspolitische *Diskussion.*

Für die Alternativen ist der Kon*junkturaufschwung „nicht das Er*gebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik; er hat sich vielmehr gegen eben diese Wirtschaftspolitik durchsetzen müssen". Der Aufschwung, der immerhin schon vier Jahre dauert, habe keinen Beitrag zur Lösung der Probleme von Arbeitslosigkeit und Armut in der Bundesrepublik geleistet. „Die wenigen positiven Akzente bei der Entwicklung der Beschäftigung in den letzten beiden Jahren sind nicht durch konjunkturelle Dynamik, sondern zum größten Teil durch die gewerkschaftlich *erkämpfte* Arbeitszeitverkürzung verursacht worden, gegen die sich die Bundesregierung bekanntlich aggressiv gewendet hat."

Garniert wird diese Analyse mit dem, was auch in den Vorjahren stets behauptet wurde: „Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Reichen und der privaten Unternehmer. Einschränkung sozialer und demokratischer Schutzrechte und Ausweitung der Spielräume für die Minderheit, Privatisierung sozialer Risiken, Verschärfung gesellschaftlicher Diskriminierung und weitere Militarisierung der Staatsausgaben."

Notwendig ist daher für die Alternativen natürlich ein Kurswechsel, hin zu dem, was seit Jahren gefordert wird – die tibetanische Gebetsmühle *läßt grüßen: „Wichtigster Hebel zur* schnellen und weitreichenden Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze ist nach wie vor die Verkürzung der individuellen Arbeitszeit bei vollem Ausgleich der Realeinkommen." Die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche soll einen rechnerischen Beschäftigungseffekt von 2,5 *Millionen* haben. Dazu sollte ein staatliches Ausgabenprogramm von 50 Milliarden Mark jährlich kommen.

Also ganz was anderes, als das, was der Sachverständigenrat der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben hat. Aus dessen Formulierung, der Bundestag findet bei Eintritt in die neue *Legislaturperiode* gesamtwirtschaftliche Bedingungen vor, die akute konjunkturelle Probleme nicht aufwerfen, schließen die Alternativen auf eine mangelnde Distanz der Politik-Berater zur Bundesregierung.

Da es aber für das, was die Alternativen wollen, im Parlament keine Mehrheit gibt, „bedarf es starker gewerkschaftlicher Bewegungen und außerparlamentarischer Mobilisie*rung". Notwendig sei politischer* Druck und die Entfaltung demokratischer Gegenmacht. Starker Tobak – wahrlich.

Ruhrkohle reduziert Zahl der Leitenden Angestellten

Folgen für die deutsche Wirtschaft noch nicht abzusehen

fu, **Bonn**

„Die Folgen für die gesamte deutsche Wirtschaft sind noch nicht abzusehen." So kommentiert ein Sprecher des in der Union der Leitenden Angestellten (ULA) eingegliederten Verbandes der Führungskräfte Bergbau die Entscheidung des Vorstandes der Ruhrkohle AG, von den insgesamt 1400 Leitenden Angestellten des Unternehmens 950 den betriebsverfassungsrechtlichen Status *als Führungskraft abzuerkennen.* Denn diese Maßnahme der RAG betreffe nicht nur den Bereich der Steiger, sondern auch den gesamten mittleren Führungsbereich wie etwa die *Materialbeschaffung.*

Der Ruhrkohle-Vorstand beruft sich auf zwei Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes vom 23. Januar dieses Jahres (6 ABR 51/81 und 6 ABR 22/82). Wichtig bei diesen Entscheidungen ist vor allem die Feststellung des BAG, daß jemand „nicht nur deshalb Leitender Angestellter im Ruhrbergbau sein soll, weil er hier als *Vorgesetzter Sicherungsaufgaben* wahrnehmen muß".

Wenn es dem BAG bei der Beurteilung des Status einer Führungskraft *nicht mehr auf die Sicherheitsverant*wortung ankomme, dann habe dies zwangsläufig weitreichende Folgen für die gesamte Industrie, betonte der ULA-Sprecher gegenüber der WELT. *Davon abgesehen sei die engere Ab*grenzung des Status für jede Betriebsratswahl von Bedeutung, weil es hier zu Wahlergebnissen kommen könnte, die angefochten werden könnten. *Erheblich könne auch der* Einfluß auf die Zahl der Freistellungen für die Betriebsräte sein.

Hektischer Abschied

PW. – Wie heißt es so schön? „Im gegenseitigen Einvernehmen" scheidet Hals über Kopf der Vorstandsvorsitzende der Löwenbräu AG in München, der 48jährige Anton Schwarz, von seinem Posten. Er war erst vor gut drei Jahren Chef geworden, als damals in ähnlicher Hektik sein Vorgänger Alfred Wagner seinen Hut genommen hatte.

Mehrheitsaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender von Löwenbräu ist der Münchner Bankier Au*gust von Finck, Senior der Privat*bank Merck, Finck & Co. Er kümmert sich sehr intensiv um die Brauerei, an der sein Herz hängt. 1981 hatte er für viel Geld 90 Prozent der Löwenbräu-Aktien gekauft und dann die nicht betriebsnotwendigen Grundstücke in der Manachia AG ausgegliedert; die Anteile daran veräußerte er dann an die Allianz Versicherungs AG und an die Hochtief AG.

Kundige Beobachter wissen, daß zwischen Finck und dem versierten Brauerei-Techniker Schwarz schon lange von Einvernehmen keine Rede mehr war. Differenzen gab es offenbar in Hülle und Fülle. Im Sommer mußte Controller Andreas E. Diestel den Löwenbräu-Vorstand verlassen, der früher Fincks Assistent gewesen ist.

Als Nachfolger kommt nun ein bisher auch nicht besonders glücklich operierender Brauerei-Chef aus der fränkischen Provinz zu Löwenbräu: Der 44jährige P. Greineder, seit 1979 Vorstand der Finck-Tochter Würzburger Hofbräu AG. Gewinne hat es dort seit Jahren nicht gegeben. *Um seine neue Münchner* Aufgabe bei Löwenbräu ist der Manager jedenfalls nicht zu beneiden.

Keine gute Aussicht

Von HANNA GIESKES

Kommt sie oder kommt sie nicht, die Novelle zum Kartellgesetz? Noch ist diese Frage scheinbar offen: Die beiden großen Parteien wollen sie zwar, aber die Wirt*schaft will sie mit einigen Ausnah*men nicht. Doch leider rechnen viele schon jetzt damit, daß sie kommen wird – Kapitulation noch vor der Schlacht. Und so werden wohl *alle eines Tages mit ihr leben müs*sen.

Das ist keine gute Aussicht: An dieser Novelle hängt die Frage, ob die deutsche Wirtschaft auch künf*tig an den Weltmärkten* wettbewerbsfähig sein wird. Der Gesetzgeber muß sich nämlich entscheiden, ob er die Bundesrepublik Deutschland als Hort für Krämeridyllen begreifen will oder als modernen Industriestaat. Beides ist nicht gleichzeitig zu haben.

Die großen Parteien wollen das Kartellgesetz novellieren, um den kleinen Einzelhandel zu schützen. Sie übersehen, daß ihre Vorschläge die Industrie daran hindern werden, auf Weltmarktniveau zu wachsen.

Die Protagonisten einer Novellierung orientieren sich ausschließlich am *Mittelstand, vor* allem am mittelständischen Einzelhandel; ihn wollen sie vor der *Macht der Großen schützen. Schon* dieser Ansatz ist falsch, denn das Kartellrecht ist kein Instrument zum Schutz von Wettbewerbern, sondern ein Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs. *Mithin irrt,* wer glaubt, mit Hilfe einer Novelle den Wettbewerb im Handel ein bißchen zurückschrauben zu können, damit „Tante Emma" wieder Luft be*kommt.*

In gleichem Maße wird nämlich anderen Luft genommen; nicht nur den großen Handelsunternehmen. Es ist zwar auf den ersten Blick eine bestechende Idee, die Handelskonzentration anhand eines neuen Maßstabs „Nachfragemacht" an die Leine zu legen – Macht am Absatzmarkt paßt hier in der Tat nicht, denn selbst Aldi ist etwa bei Suppenwürfeln nicht marktbeherr*schend –, aber damit werden gleich*zeitig Industrieunternehmen daran gehindert, auf Weltmarktniveau zu wachsen.

Die Verfechter einer Kartellnovelle haben bei ihrer Fixierung auf den mittelständischen Handel übersehen, daß auch Industrieunternehmen als Nachfrager auftreten; daß *es folglich bei Zusammenschlüssen* von Herstellern zu Nachfragemacht kommen kann, selbst wenn die Unternehmen auf ihren Angebotsmärkten nur eine unbedeutende Rolle spielen.

Solche Zusammenschlüsse müßten nach Installierung des neuen Maßstabs untersagt werden, weil es *unter dem in der Verfassung veran*kerten Grundsatz der Gleichbehandlung nicht möglich ist, die *Nachfrage eines Industrieunternehmens* kartellrechtlich anders zu bewerten als die Nachfrage eines Handelsunternehmens. Soll man der deutschen Industrie diesen Stein in *den Weg legen, um dem mittelstän*dischen Handel das Leben zu erleichtern? Besser nicht.

Die Forderung nach einer Verschärfung des Verbots der Behinderung kleiner und mittlerer Unternehmen durch marktstarke Konkurrenten verrät ebenfalls ein eingeengtes Blickfeld. Dahinter steht die Absicht, die Kleinen im Handel vor den Großen zu schützen, sie vor allem gegen deren Niedrigpreis-Strategien abzuschirmen. Erstens wird sich auch dies nicht auf den Handel begrenzen lassen, und zweitens trägt die *damit verbundene* Idee, dem angeblich Behinderten die Möglichkeit zur Zivilklage einschließlich Beweislastumkehr einzuräumen, zur Lahmlegung des Wettbewerbs in der Industrie bei.

Ein Handelsunternehmen muß *bei der Klage eines kleinen Konkur*renten die Konditionen offenlegen, die es von der Industrie bekommt, um den Vorwurf der Behinderung zu entkräften. Wenn ein kleiner Ein*zelhändler also wissen will,* zu welchen Konditionen die große Konkurrenz einkauft, braucht er sie nur zu verklagen. Profitieren werden davon in erster Linie die Anwälte, *denn so bedeutend sind die* Einkaufsvorteile der großen Handelsunternehmen nicht, wie die Kammergerichtsverhandlung im Fall co op / Wandmaker gezeigt hat.

Erreicht wird auf diese Weise lediglich, daß die Hersteller den *gesamten Einzelhandel* zu Einheitskonditionen beliefern werden, und das ist dann das Ende des Wettbewerbs. Der kleine Einzelhändler wird indes nichts davon haben, denn die Kostenvorteile seiner großen Konkurrenten bleiben bestehen. Der Wettbewerb um den Verbraucher wird mithin nicht bequemer.

Wenn sie denn also kommt, wird der Schaden, den diese Novelle in der Wirtschaft anrichtet, wesentlich größer sein als der Nutzen, den ei*nige sich von ihr versprechen. Dies* sollen vor allem jene bedenken, die sie zwar grundsätzlich ablehnen, aber im stillen bereits eigene Forderungen für den Fall formulieren, daß sie sich doch nicht vermeiden läßt. Selbst wenn einzelne dieser Forderungen durchaus Sinn machen, sie signalisieren einen Handlungsbedarf, der nicht besteht. Die sinnvollste Forderung heißt deshalb: Nicht kommen lassen.

Handelsdefizit plagt Spanien

Bonn plant einen stärkeren Technologieaustausch

Gö. Madrid

Bündnispolitische Fragen, die allerdings direkt mit dem Schutz des deutschen Außenhandels auf seinen Seewegen zu tun hatten, verdeckten die wirtschaftlichen Aspekte der deutsch-spanischen Konsultationen in Madrid. Dabei hatte Bundeskanzler Helmut Kohl sich bei seinem Besuch in Madrid nachdrücklich für eine Intensivierung des spanisch-deutschen Wirtschaftsaustausches eingesetzt. Im nächsten Jahr soll ein Arbeitstreffen die Kammern und Wirtschaftsverbände beider Länder in Bonn zusammenbringen.

Vertreter der Wirtschaft sollen unter anderem darüber beraten, wie trotz der unterschiedlichen Strukturen effektiv zusammengearbeitet werden könnte, ohne daß die für Spanien typischen Klein- und Mittelbetriebe auf der Strecke bleiben.

Anlaß zu dieser in Madrid positiv aufgenommenen Initiative bot die Sorge der spanischen Wirtschaft, angesichts des wachsenden Defizits im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesamtvolumen des deutsch-spanischen Warenaustausches betrug im ersten Halbjahr 9,7 Mrd. DM, 13 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1985. Während die deutsche Ausfuhr nach Spanien in dieser Zeit auf fast 6 Mrd. DM stieg (plus 22 Prozent), betrug der spanische Export in die Bundesrepublik nur 3,7 Mrd. DM (plus 1,8 Prozent). Auf der deutschen Exportliste stehen vor allem Kraftfahrzeuge und Kfz-Teile, Maschinen, chemische Produkte und elektronische Erzeugnisse. Auch bei den Spaniern rangieren solche Produkte vor Südfrüchten.

Zwar dürfte das spanische Handelsdefizit über den DM-Zufluß der deutschen Touristen an den Sonnenküsten des Landes in der Leistungsbilanz mehr als ausgeglichen werden. Das plötzliche Ungleichgewicht im Warenaustausch muß dennoch alarmieren, hängt es doch mit dem spanischen EG-Beitritt zusammen. Die bilaterale Kooperation soll sich daher auf den technologischen und elektronischen Bereich konzentrieren. Vorgesehen ist unter anderem eine spanische Beteiligung an den deutschen Forschungen, die über die übliche wissenschaftliche Zusammenarbeit hinausgeht.

Dirigismus begleitet die Sanierung

Brasilien wertet Cruzado innerhalb von wenigen Tagen zweimal ab – Exporte gesunken

DW. Brasilia

Die Wahlen sind in Brasilien schon fast vergessen; die politische Wirklichkeit hat wieder Oberhand. Und so hat die Koalition der Aliança Democratica – mit dem alten und neuen Staatspräsident José Sarney an der Spitze – eine Woche nach ihrem Sieg Maßnahmen verordnet, die der wirtschaftlichen Sanierung des mit etwa 105 Mrd. Dollar im Ausland verschuldeten Landes dienen sollen. Ziel der angekündigten Preis- und Steuererhöhungen ist, das Loch in der Staatskasse um rund 160 Mrd. Cruzados (23 Mrd. DM) zu verkleinern, die überhitzte Konsumnachfrage einzuschränken und den Export zu fördern.

Um die Ausgaben des Staates zu drosseln, sollen nach Mitteilung von Finanzminister Funaro mehrere verlustbringende Staatsunternehmen aufgelöst werden. Bis Ende 1986 darf der Staat außerdem kein Personal neu einstellen. Heraufgesetzt wurden die Preise unter anderem für Benzin (60 Prozent), Autos (80 Prozent), Strom (10 bis 40 Prozent), Telefon (30 Prozent), Post (80 Prozent), Taxifahren (24 Prozent), Tabakwaren (100 Prozent), alkoholische Getränke (100 Prozent) und Zucker (25 Prozent).

Die meisten dieser Preisanhebungen dienen der Finanzierung der staatlichen Defizite. Der Staat schöpft über Steuererhöhungen, die vor allem den langsam aufstrebenden Mittelstand treffen, Kaufkraft ab. Vielfach wird kritisiert, daß er das gleiche Ziel nicht durch eigene Sparsamkeit zu erreichen versucht.

Mit diesen Maßnahmen setzt die Regierung den „Plan Cruzado" fort, dem sie seit acht Monaten folgt. Danach war eine Preisstabilität angestrebt. Da die Inflationsrate zwar kräftig gedrückt werden konnte, der Kaufkraftschwund seit März zehn Prozent dennoch übersteigt, werden die staatlichen Preiskontrollen und -festsetzungen nicht aufgehoben.

In seiner ersten Phase hatte das Sanierungs-Paket den gewünschten Erfolg gebracht. In den Monaten März, April und Mai konnten sich viele nichtselbständige Erwerbstätige über reale Kaufkraftsteigerungen freuen. Die private Nachfrage boomte, die Preise hielten sich offiziell stabil. Doch schon bald zeigte sich, daß der Preisdirigismus nur für eine oberflächliche Stabilität sorgte. Darunter gärte die Inflation weiter.

Seitdem haben sich die bekannten Konsequenzen eingestellt: Die klassischen schwarzen Märkte bildeten sich wieder, auf denen mit Aufschlag nahezu alles zu haben ist. Auf dem freien Markt werden für einen Dollar weit über 20 Cruzados bezahlt. Nach den beiden jüngsten Abwertungen wird der Schwarzmarktkurs weiter steigen.

Ende letzter Woche wurde die brasilianische Währung leicht um 0,26 Prozent gegenüber der amerikanischen abgewertet; am Montag folgte eine weitere Abwertung – um 0,11 Prozent. Seit gestern entspricht ein Dollar 14,07 (Kauf) beziehungsweise 14,14 (Verkauf) Cruzados.

Damit sorgen nicht nur die Preiserhöhungen dafür, daß die Inflation erneut Fahrt gewinnt. Die durch die Abwertungen verteuerten Importe werden sich mit Zeitverzögerung ebenfalls auf die Inlandspreise niederschlagen. Außerdem: Mit weiteren Miniabwertungen wird gerechnet.

Denn Hintergrund der Cruzado-Abwertung ist eine erheblich verschlechterte Handelsbilanz. Nach offiziellen Angaben betrug der Handelsbilanzüberschuß im Oktober 1986 nur noch 210 Mill. Dollar, gegenüber 780 Mill. Dollar im Vormonat und über eine Milliarde Dollar im Oktober vergangenen Jahres. Eine Verbilligung der brasilianischen Ausfuhren soll helfen, in diesem Jahr mindestens einen Handelsüberschuß von zehn Milliarden Dollar zu erreichen. 1985 wies die Bilanz rund zwölf Milliarden Dollar aus. In Finanzkreisen wird die zweite Stufe des „Plan Cruzado", die aufgrund der Wahlen lange auf sich warten ließ, mit Skepsis betrachtet. Denn diese Maßnahmen drängen Brasiliens Wirtschaft weiter in den Dirigismus, statt sie davon in kleinen Schritten zu befreien.

Markt im Gesundheitswesen?

Position von Kassen und Sachverständigenrat unterschiedlich

THOMAS LINKE, Bonn

Kann durch mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen die Ausgabenexplosion gestoppt werden? „Die Idee, für Krankenversicherung und Gesundheitswesen eine marktwirtschaftliche Lösung zu etablieren, hat sich verflüchtigt", erklärte der Vorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen, Karl Kaula, gestern auf der Mitgliederversammlung seines Verbandes in Sankt Augustin.

Demgegenüber fordert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem zu Wochenbeginn vorgelegten Jahresgutachten: „Marktwirtschaftliche Reformmaßnahmen müssen die Nachfrager kostenbewußter machen, müssen den Wettbewerb unter den Anbietern medizinischer Leistungen verstärken und müssen ihn unter den Versicherern in größerem Umfang möglich machen." Auch Wirtschafts-Staatssekretär Martin Grüner (FDP) forderte vor der Jahrestagung der Zentralvereinigung Medizin-Technik gestern in Düsseldorf wirtschaftliche Anreize für alle am Gesundheitswesen Beteiligten.

Anders sehen das die Angestellten-Krankenkassen: Wo das umverteilungspolitische Moment eine so große Rolle spiele wie im Bereich der sozialen Sicherung, sei kaum Raum für Markt, da hätten auch Wettbewerb und Werbung ihre Grenzen, erklärte Kaula. Die sind jedoch nach Meinung der Fünf Weisen noch lange nicht erreicht. Kritisiert wird, daß im Krankenhaus noch immer das Prinzip der dualen Finanzierung gilt: Investitionskosten zahlen die Länder, Betriebskosten die Kassen. Die Pflegesätze sollten nach der Verweildauer oder anderen geeigneten Kriterien gestaffelt werden, um das rein ökonomische Interesse der Krankenhausleitungen an einem möglichst langen Aufenthalt der Patienten zu mindern.

Den Kassen sollten laut den Druck auf die Anbieter von Gesundheitsleistungen erhöhen. Zu den Reformaufgaben auf der Angebotsseite gehöre auch eine Lockerung der strikten Trennung von ambulanter und stationärer Behandlung, eine erleichterte Zulassung von fachübergreifenden Gemeinschaftspraxen und die Chance für Krankenhäuser, Patienten ambulant zu behandeln.

Der Arzneimittelmarkt müsse transparenter werden, jedoch ohne die Pflicht, nur als besonders preiswert aufgelistete Arzneimittel zu verschreiben. Eine Stärkung marktwirtschaftlicher Anreize auf der Nachfrageseite komme nicht an einer Selbstbeteiligung des Patienten vorbei. Auch Grüner meinte, daß die Selbstbeteiligung die Interessen des Einzelnen mit denen der Allgemeinheit stärker in Übereinstimmung bringt.

Hannover verliert im Ansiedlungswettstreit

dos, Hannover

Die Compaq Computer Corp., Houston/Texas, wird ihr erstes europäisches Zweigwerk nicht in Hannover, sondern im schottischen Erskine bei Glasgow errichten. Das Unternehmen begründet seine Entscheidung mit den aussichtsreicheren Absatzchancen auf dem britischen Markt. Die Höhe der offerierten Fördermittel durch die öffentlichen Hände sei nicht ausschlaggebend gewesen.

Genau diese Aussage indes wird in Hannover bezweifelt. Das US-Unternehmen, das zu den führenden Herstellern von Personalcomputern der Welt gehört, hatte von Beginn an auch Frankreich und Großbritannien in seine Überlegungen mit einbezogen. Bei allen Gesprächen hatten Compaq-Vertreter darauf hingewiesen, daß neben dem Lohn- und Gemeinkostenniveau auch steuerliche Aspekte und die Höhe der Investitionen eine Rolle spielen.

Die Konditionen im Falle einer Entscheidung für Hannover lagen seit geraumer Zeit fest. Das 80-Mill.-DM-Projekt, das zunächst die Schaffung von 400 Arbeitsplätzen vorsah, sollte vom Land mit 23 Mill. DM gefördert werden. In Schottland nun liegt die Investitionssumme nach Compaq-Angaben bei 40 Mill. DM. Zur Höhe der öffentlichen Zuschüsse werden keine Angaben gemacht.

EG-Währungen werden stabiler

cd. Frankfurt

Die Voraussetzungen für Währungsstabilität in der Europäischen Gemeinschaft verbessern sich nach Einschätzung der EG-Kommission, weil im europäischen Kern Frankreich den Stabilitätsgedanken von der Bundesrepublik übernommen hat, wie der für 1987 zu erwartende starke Rückgang der Lohnstückkosten erkennen lasse.

Heinrich Matthes, stellvertretender Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen der Kommission, ist überzeugt, daß sich auch Italien auf Dauer der Sogwirkung einer vergrößerten europäischen Stabilitätszone nicht entziehen kann, und die kleineren europäischen Länder diesem Prozeß ohnehin folgen müssen. Mit dem Zusammengehen von Deutschland und Frankreich eröffne sich erstmals ein wirkungsvolles Konzept der europäischen wirtschaftlichen Integration.

Für zu niedrig hält die Kommission die Wachstumsprognosen des Sachverständigenrats für die Bundesrepublik. Wenn man für das zweite Halbjahr 1986 von einem dreiprozentigen Wachstum ausgehe und den „Überhang" berücksichtige, der vom Rat zu niedrig angesetzt sei, ergebe sich für 1987 ein 3 ¼prozentiges Wachstum, während der Rat nur auf zwei Prozent kommt.

Stille umgibt Marcos Konten

ALFRED ZÄNKER, Genf

Um die umstrittenen Guthaben des philippinischen Expräsidenten Ferdinand Marcos auf Schweizer Bankkonten ist es still geworden. Letzte Woche sind Marcos, seine Familienangehörigen und sein Gefolge von der Schweizer Regierung zwar zu „Persone non grate" degradiert worden. Aber der Fall liegt noch immer bei den Untersuchungsrichtern in Zürich, Genf und Freiburg und wird früher oder später wahrscheinlich vor das Schweizer Bundesgericht kommen. Eine rasche Lösung ist nicht zu erwarten, da ein zivilrechtlicher Vergleich mit der Regierung Aquino unwahrscheinlich ist.

Ende März hatte die Bundesregierung durch eine „Nacht- und Nebelaktion" auf der Grundlage des Notrechts bei sechs Banken alle Marcos-Konten sperren lassen. Man vermutete, daß Marcos seine Gelder aus der Schweiz abziehen und woanders in Sicherheit bringen könnte. Der spektakuläre Schritt erfolgte, obwohl die neue Regierung in Manila seinerzeit weder Anklage gegen Marcos erhoben noch ein Rechtshilfegesuch bei der Schweiz gestellt hatte. Es ging um das „gute Ansehen" der Schweiz.

Manilas Rechtshilfegesuch zweifeln auch Bankiers an

Kurz darauf dehnte die eidgenössische Bankenkommission die Sperre auf alle Banken aus. Erst Wochen später reichte Manila ein Rechtshilfegesuch ein, in dem Marcos, seine Familie und 25 „Günstlinge" des Amtsmißbrauchs, der Bestechung und Korruption beschuldigt wurden. Marcos und seine „Mittäter" sollen zum Beispiel bei zahlreichen Geschäften eine Vermittlungsgebühr von 15 Prozent für Ausfuhrbewilligungen und Lizenzen eingestrichen und einen großen Teil der Gelder ins Ausland, hauptsächlich in die Schweiz und in die USA, überwiesen haben.

Über die Höhe der Beträge kann nur spekuliert werden. Bezeichnend ist, daß Jovito Solanga, der Präsident der für die Repatriierung der Gelder ernannten Regierungskommission, sich auf amerikanische Presseberichte beruft, die das im Ausland deponierte Marcos-Vermögen auf 5 bis 10 Mrd. Dollar schätzen. Davon sollen angeblich mindestens 1,5 Mrd. in der Schweiz liegen. Klar ist bisher nur, daß die Bezirksanwaltschaft Zürich 213 Mill. Dollar bei der Schweizer Kreditanstalt blockiert hat. Im Juli bereits hoffte Manila, diesen Betrag auf dem Wege einer zivilrechtlichen Vereinbarung zurückzubekommen, die aber scheiterte.

Geld von Staatsmännern ist ins Zwielicht geraten

Inzwischen haben die Anwälte des Exdiktators und die betroffenen Banken 20 Rekurse und Beschwerden gegen die Kontensperrungen und die Aufhebung des Bankgeheimnisses eingebracht und zu verstehen gegeben, daß sie notfalls bis vor das Bundesgericht gehen werden, um die Rechtmäßigkeit der Kontensperre anzufechten. Der Zürcher Anwalt Beat von Rechenberg, der die Marcos-Interessen vertritt, meint, Manila habe bisher kein ordentliches Strafverfahren gegen Marcos eingeleitet und bestreitet deshalb, daß das vorliegende Rechtshilfegesuch den Schweizer Anforderungen genüge.

Dieser Meinung sind auch die Banken: „Manila hat gar keinen juristisch haltbaren Fall gegen Marcos." Die Regierung Aquino habe es jedenfalls nicht für opportun gehalten, eine normale Strafuntersuchung zu eröffnen und gegen Marcos Anklage zu erheben. Denn dann müsse nach philippinischem Recht Marcos bei der formellen Anklageerhebung vor Gericht erscheinen. Man suche aber alles zu vermeiden, was Marcos die Rückkehr nach Manila zugestehe. Zudem regiere Frau Aquino mit Unterstützung von Militärs und Politikern, die ihre Karriere unter Marcos gemacht hätten.

„Bis vor einigen Jahren war Marcos ein angesehener Mann und Freund der Vereinigten Staaten, dessen Vermögen jeder gerne verwaltet hätte. Sollen wir überhaupt keine Gelder amtierender Staatsmänner mehr entgegennehmen?", fragen Schweizer Bankiers. Die Abwägung fällt schwer. Im Frühjahr wurde in Bern tatsächlich überlegt, ein generelles Verbot für Konten ausländischer Staatsmänner zu erlassen.

Nixdorf erweitert in Berlin

Bundeskanzler Kohl lobt das „gelungene Werk"

ot. **Berlin**

Berlin sei und bleibe der wichtigste Standort der Nixdorf Computer AG nach dem Stammsitz Paderborn. Das sagte gestern Vorstandsvorsitzender *Klaus Luft bei der offiziellen Einweihung* des neuen Nixdorf-Werkes im Berliner Wedding auf dem ehemaligen AEG-Gelände. Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte als Eröffnungsredner insbesondere die Verdienste des verstorbenen Unternehmensgründers Heinz Nixdorf um das Engagement in Berlin. Er sei nach Berlin gekommen, um für das „gelungene Werk gemeinsam zu demonstrieren".

Luft betonte noch einmal die langfristige Perspektive des Engagements von *Nixdorf in Berlin. Nixdorf-Berlin* soll einmal auf 6000 Mitarbeiter ausgebaut werden. Zur Zeit seien in der geteilten Stadt rund 2000 Mitarbeiter beschäftigt, im nächsten Jahr sollen weitere 400 bis 500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Fabrikplanung hat Nixdorf dabei von Anfang an auf Zuwachs ausgelegt. Zwei Bauabschnitte sind gestern eingeweiht worden. Sie umfassen ein Fläche von 31 000 Quadratmetern, investiert hat Nixdorf dafür rund 70 Mill. DM. Weitere sechs Bauabschnitte sind schon angefangen. Im Endausbau will Nixdorf in Wedding auf 130 000 Quadratmeter Nutzfläche wachsen, dafür sind 300 Mill. DM Investitionen vorgesehen.

Nach den Worten von Luft sollen in dem neuen Werk Entwicklung und Produktion von Nixdorf in Berlin konzentriert werden. Die Magnetplattenproduktion wird erweitert, ebenfalls die Produktion – beispielsweise von Bildschirmen. Im Moment ist Nixdorf dabei, eine eigene Leiterplattenproduktion in Berlin aufzubauen.

Inwieweit Nixdorf die Ziele in Berlin realisieren kann, hängt auch von der weiteren Entwicklung des Unternehmens ab, heißt es. Nixdorf habe den Ehrgeiz, weiter schneller als die *gesamte Branche zu wachsen. In den* ersten neun Monaten dieses Jahres hat der Computer-Konzern den Umsatz um 17 Prozent auf 2,8 Mrd. DM steigern können. Diesen Erfolg will das Unternehmen gerade auch vor dem Hintergrund der nicht unerheblichen Wechselkursschwankungen sehen. Zur Ertragsseite heißt es lediglich, sie habe sich überproportional zum Umsatz entwickelt. Zur Bewältigung des Wachstums hat Nixdorf die Investitionen in diesem Jahr weltweit um 30 Prozent gesteigert.

Währungsspuren im Gewinn

Wella gibt für 1986 noch keine Dividenden-Prognose

adh. **Frankfurt**

Mit einem Anstieg um 12,1 Prozent auf 28,7 (25,6) Mill. DM ist der Gewinn (vor Steuern) bei der Wella AG, Darm*stadt, in den ersten neun Monaten* dieses Jahres wieder stärker gestiegen als der Umsatz: Er expandierte in der gleichen Zeit um 8,3 Prozent auf 423,7 (391,2) Mill. DM. Dahinter steht ein Plus von *11 Prozent im Inlands*geschäft und ein Rückgang von 1,8 Prozent auf 81,3 Mill. DM im Export, der bei dem Haarkosmetikunternehmen mit zahlreichen Produktionsstandorten in aller Welt keine entscheidende Rolle spielt. Die Zahl der Mitarbeiter wuchs um 2,7 Prozent auf 3127 Beschäftigte.

In den Gruppenzahlen des weltweit operierenden Unternehmens hinterläßt allerdings die Währungsentwicklung deutliche Spuren. Der Umsatz liegt nach den ersten neun Monaten mit *1281 (1261) Mill. DM* nur um 1,6 Prozent über dem Vorjahresstand; das Ergebnis (vor Steuern) fiel um knapp 15 Prozent auf 88,4 (103,7) Mill. DM zurück. Die ungünstigen Wechselkursrelationen wesentlicher Auslandswährungen beeinträchtigen bei der Umrechnung den Umsatz- und Ergebnisausweis in D-Mark, schreibt der Wella-Vorstand im Zwischenbericht. Als Beispiel nennt er die Entwicklung bei Wella de Mexico, wo inflationsbereinigt der Umsatz um *zwölf Prozent wuchs, in DM umge*rechnet sich aber ein Umsatzrückgang von rund 21 Prozent ergibt.

Mit wenigen Ausnahmen seien von den Wella-Auslandsgesellschaften befriedigende reale Umsatz- und Ergebnissteigerungen erzielt worden, betont der Vorstand. Für das ganze Jahr wird eine Fortsetzung der bisherigen Entwicklung erwartet. Eine Ergebnis- oder Dividendenprognose gibt der Vorstand noch nicht. Für das vergangene Jahr waren auf die Vorzugsaktien *9 DM, auf die Stammaktien 8* DM Dividende gezahlt worden. Die Wella-Vorzugsaktien notierten in Frankfurt zuletzt mit 765 DM.

„Übergewicht der guten Erwartungen"

Bayer-Konzern steigert den Gewinn und die Investitionen für Kapazitätserweiterungen

J. GEHLHOFF, **Leverkusen**

Anders als die beiden Chemieriesen BASF und Hoechst berichtet der Dritte im Bunde, die Leverkusener Bayer AG, für die ersten drei Quartale *von 1986 noch von Steigerungen im* Gewinn vor Steuern, wobei das dritte Quartal sogar noch etwas an Tempo zulegte. Er liegt nun im AG-Bereich mit 1,3 Mrd. DM um 6,1 Prozent und im Welt-Bereich mit 2,62 Mrd. DM um 4,2 Prozent höher als vor Jahresfrist. Vorstandschef Hermann J. Strenger: „Wir sind optimistisch, daß das Gesamtergebnis 1986 das hohe Ertragsniveau von 1985 leicht überschreiten wird."

Eine weitere Aufstockung der in den beiden letzten Prachtjahren um *zunächst 2 DM und dann 1 DM auf 10* DM verbesserten Dividende (die 1985 nur 42 Prozent vom verfügbaren Welt-Reingewinn erforderte), haben die 320 000 Eigentümer dieser mit *jetzt 2,87 (2,61) Mrd. DM Aktienkapi*tal weiterhin größten deutschen Publikumsgesellschaft freilich sicherlich nicht zu erwarten.

Die Gewinnbesserung stammt bei Bayer diesmal aus dem betriebsneutralen Bereich. Im Ergebnis des operativen Geschäfts, das bis Ende September bei der AG noch 0,5 Prozent und im Weltbereich sogar drei bis vier Prozent Mengenabsatzplus bescherte, liege man unter dem Währungsdruck der DM-Aufwertung bei der AG „leicht" und im Welt-Bereich etwa acht bis zehn *Prozent niedriger* als vor Jahresfrist. Dies nur als Effekt der auch durch Weitergabe von Vormaterial-Kostensenkung geprägten Tatsache, daß bislang der AG-Umsatz um 3,5 Prozent auf 13,1 Mrd. DM mit 66,3 (66,5) Prozent Exportanteil und der Weltumsatz um 12,4 Prozent auf 31,1 Mrd. DM mit 79 (80) Prozent Auslandsanteil zurückfielen.

Letzterer Rückgang jedoch stammte mit elf Prozentpunkten aus Währungsumrechnungen und mit 1,5 Punkten aus dem Verkauf der Metze*ler-Kautschukgruppe*. Mit der Abgabe jenes Metzeler-Bereichs ist der Bayer-Konzern auch seinen letzten „großen Sanierungsfall" losgeworden. Im Fortfall solchen Sanierungs*aufwands, für den seit der Anfang der* siebziger Jahre ausgebrochenen Faserkise über Agfa-Fototechnik und Schelde-Chemie und immer wieder Metzeler leidgeprüften Konzernvorstand ein quasi völlig neues Lebensgefühl, liegt der eine (betriebsneutrale) Hauptgrund für die diesjährige Gewinnbesserung.

Der zweite Grund: Aus dem Dreifach-Effekt von weltweitem Zinsrückgang, „Währungsverbilligung" der Auslandsschulden und Schuldenabbau durch eigene Kapitalzufuhr wird der Zinssaldo 1986 bei der AG mit etwa 150 (50) Mill. DM positiv und im Welt-Bereich mit kaum noch 0,7 (1) Mrd. DM negativ sein.

*Von solchen „externen" Positiv-*Faktoren zusätzlich beflügelt, summiert Strenger auch die Aussichten des 1987er Chemiegeschäfts für seinen mit fast der Hälfte des Umsatzes von „relativ konjunkturunempfindlichen" Kundenbranchen lebenden Weltkonzern zum Satz: „Die positiven Erwartungen überwiegen."

Konform mit solcher Zuversicht will Bayer-Welt seine Sachinvestitionen 1987 mit weiterhin etwa 60 Prozent Inlandsanteil auf maximal 2,4 (1986: 2,2) Mrd. DM steigern und dabei *mit Blick auf vielerorts voll ausge*lastete Kapazitäten den Anteil der Erweiterungsinvestitionen nochmals auf 45 (1984: erst 39) Prozent erhöhen. Weiterhin positiv dabei auch die Beschäftigungsbilanz: Die 1985 um 3,8 Prozent auf 64 300 erhöhte AG-Mitarbeiterzahl ist seitdem nochmals um 0,9 Prozent gestiegen.

Erfolge mit der Kostenbremse

Hewlett-Packard konnte Dollarverfall nicht kompensieren

nl. **Stuttgart**

Die Hewlett-Packard GmbH (HP), Böblingen, größte ausländische Tochter des gleichnamigen amerikanischen Elektronik-Konzerns, sieht sich in ihrer noch im März gehegten Erwartung eines weiteren Umsatzanstiegs enttäuscht. Das Unternehmen verbuchte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (31. 10.) einen Umsatzrückgang *um 5 Prozent auf rund* 2,5 Mrd. DM. Hierzu heißt es, der Dollarverfall des letzten Jahres habe trotz eines insgesamt hohen Stückzahlwachstums und einer guten Steigerung im deutschen Markt nicht kompensiert werden können. Immerhin sei etwas über die Hälfte des Umsatzes in den in Dollar fakturierten Export gegangen.

Nach weiteren Angaben der Geschäftsführung sei man jedoch mit dem Ergebnis „zufrieden". Aufgrund „großer Anstrengungen" bei der Kostenkontrolle und guter Währungsabsicherung sei ein Gewinnzuwachs von rund 6 Prozent realisiert worden. Im vorangegangenen Geschäftsjahr 1984/85 hatte HP den Jahresüberschuß um 9,8 Prozent auf 140,7 Mill. DM gesteigert. Über 250 neue Arbeitsplätze wurden geschaffen, davon ein Großteil im Vertrieb. Das Böblinger Unternehmen zählt somit rund 4800 Beschäftigte.

Der gesamte Hewlett-Packard-Konzern hat, wie weiter mitgeteilt wird, im abgelaufenen Geschäftsjahr *1985/86 (31. 10.) den Umsatz um 9 Pro*zent auf 7,1 (6,5) Mrd. Dollar ausgeweitet. Dabei stand dem Umsatzzuwachs in den USA um drei Prozent auf 3,81 Mrd. Dollar ein Anstieg um 17 Prozent auf 3,29 Mrd. Dollar im internationalen Bereich gegenüber. Der Nettogewinn nahm um 5,5 Prozent auf 516 (489) Mill. Dollar zu, das bedeutet einen Gewinn pro Aktie von 2,02 (1,91) Dollar.

Per Ende des Berichtsjahres lag der Auftragseingang von über 7,2 Mrd. Dollar um 13 Prozent über dem Vorjahr. Hierzu wird angemerkt, daß zwar Umsatz- und Auftragszahlen bei HP weiter anstiegen, einige volks*wirtschaftliche Indikatoren (zum Bei*spiel der Auftragseingang bei der Investitionsgüterindustrie) aber nach wie vor eine gewisse Schwäche zeigten. Dies deute auf ein moderates Wachstum im neuen Geschäftsjahr hin.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Zweiter Sütex-Anlauf

Stuttgart (nl) – In einem zweiten Anlauf haben die Mitglieder der Sütex Textil-Verbund e. G., Sindelfingen, in Neuss einer für die Durchführung des Vergleichsverfahrens erforderlichen Kapitalerhöhung um insgesamt 12,4 Mill. DM mehrheitlich (mit 79,5 Prozent der Stimmen) zugestimmt. Mit der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar und dem Vergleichsgericht soll in den nächsten Tagen darüber beraten werden, ob und wann das Vergleichsver*fahren eröffnet werden kann*. Der vorläufige Vergleichsverwalter Volker Grub sieht den Vergleichsvorschlag mit einer Quote von 40 Prozent jetzt für erfüllbar an.

HDW-Lage verbesssert

Kiel/Hannover (dpa/vwd) - Die Lage der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Kiel, *ist nach den* Worten des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel (CDU) „sehr viel besser, als man dies noch vor einem Jahr erwartet hat". Dies wurde nach Gesprächen zwischen Barschel und dem HDW-Aufsichtsratsvorsitzenden und Chef der bundeseigenen Salzgitter AG, Ernst Pieper, mitgeteilt. Die Auslastung der Werft sei durch eine Reihe großer Neubauaufträge gewährleistet. HDW gehört zu 74,9 Prozent der Salzgitter AG und zu 25,1 Prozent dem Land Schleswig-Holstein.

Kapital aufgestockt

Bremen (ww.) – Die Bankverein Bremen AG schafft jetzt weitere Voraussetzungen für das anhaltende Wachstum ihres Geschäfts; Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, das Grundkapital der Bank noch in diesem Jahr von 11,5 auf 15,5 Mill. DM aufzustocken. Dafür soll das erst von der Hauptversammlung im Mai 1986 beschlossene genehmigte Kapital von 4 Mill. DM voll ausgeschöpft werden. Die jungen Aktien können im Verhältnis von 23:8 bezogen werden. Ihr Ausgabekurs beträgt 350 Prozent – also 175 DM je Aktie im Nennwert von *50 DM*. Dividendenberechtigt sind die Papiere vom 1.1. 1987 an. Mit dieser Kapitalerhöhung fließen der Bankverein Bremen AG 14 Mill. DM an Eigenmitteln zu, damit erhöht sich das haftende Kapital auf 38,3 Mill. DM. Großaktionär ist die belgische Kredietbank N.V., die rund 80 Prozent des Bankvereinkapitals hält.

Schlappe für ITS

Köln (dpa/VWD) – Das Kölner Landgericht hat gestern eine von der Kaufhof-Reisetochter ITS beantragte einstweilige Verfügung aufgehoben, in der dem zum Karstadt-Konzern gehörenden Reiseunternehmen NUR untersagt worden war, Reisebüros zu einer Beendigung ihrer vertraglichen Beziehungen zu ITS aufzufordern. ITS hat dagegen Rechtsmittel angekündigt; unabhängig davon wurde eine Unterlassungsklage gegen NUR vor dem Kölner Landgericht angestrengt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aurich: Lübbe Voss, Schiffs- u. Bootswerft, Ihlow OT Westerende-Kirchloog; **Bad Homburg:** Erich Kranz, Mannheim; **Bad Neuenahr-Ahrweiler:** Golf-Club Köhlerhof Bad Neuenahr-Ahrweiler e. V.; **Bensheim:** RÜCO-Bedachungs-GmbH, Lorsch; **Biberach:** Alfred Krattenmacher, Maurermeister, Ochsenhausen; **Duisburg:** Harald Robert Gilges, Kaufm.; **Frankfurt:** G. Müller GmbH u. Co. KG; Armaturenwerke Betriebs-GmbH; **Gelsenkirchen:** Nachl. d. Frauke Kortenkamp, Rektorin; **Goslar:** Nachl. d. Ursula Post, Bad Harzburg; **Hamburg:** Elite Haus GmbH & Co. Baustoffhandel u. Bauausführung KG; **Herford:** Henri Frédéric Greiveldinger, Spenge; **Herzberg:** Nachl. d. Berthold Hugo Karl Hans Teichmann, Fleischer; **Leer:** Lenz Bau GmbH, Hesel; **Leverkusen:** Prince Cladding GmbH; **Marburg:** Johanna Schönfeld de Weigel geb. Schmidt, Kauffrau; **Minden:** Bähren & Mehrhoff Metallbau GmbH; **Moers:** Nachl. d. Karl-Heinz Verfürth, Rheinberg; **Osnabrück:** Gottfried Fleischer Maschinenfabrik GmbH & Co., Melle; **Ottweiler:** R-Kauf-Markt Dieter Bremerich KG, Eppelborn; Nachl. d. Paul Penth, Illingen-Wustweiler; **Pforzheim:** Nachl. d. Heinrich Maier; **Remscheid:** Nachl. d. Hans Weber, Solingen; **Siegburg:** BECO-Baustudio GmbH; **Uelzen:** Siegfried Strecker, Wieren; **Wiesbaden:** MCS Management Consulting Services GmbH; **Wolfratshausen:** Inge di Stefano, Ladnerin Tegernsee.

Anschlußkonkurs eröffnet: Betzdorf: Wiederstein Hochbau GmbH, Steinebach; **Bremerhaven:** Hermann Krohne GmbH & Co. KG, Hoch-, Tief-, Holz-, Stahlbetonbau;

Vergleich beantragt: Achim: GfW Ges. f. Wirtschaftsberatung, Morsum-Wulmstorf; **Stuttgart:** Fußboden-Erdle Inge Erdle GmbH; **Wiesbaden:** Copro Industrie-Consulting & Promotion GmbH i. L.

Plädoyer für Mehrwegflasche

Mineralbrunnenindustrie vor neuem Rekordabsatz

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die deutsche Mineralbrunnenindustrie, wohl eine der konsequentesten Verfechterinnen des Flaschen-Mehrwegsystems, drängt die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern, aber auch in Brüssel, diese umweltfreundliche Verpackungsart nicht zu einer *diskriminierenden Belastung* werden zu lassen. Repräsentanten der Brunnenindustrie beklagten jetzt den Mangel an Einfühlungsvermögen für die wirtschaftlichen Probleme und die Gefährdungen des Mehrwegsystems.

Einmal kritisiert Helmut Ruhrmann, Geschäftsführender Vorstand der Genossenschaft Deutscher Brunnen, die zunehmend höhere Bewertung von Mehrwegverpackungen bei steuerlichen Betriebsprüfungen, die zu einer höheren Vermögens- und Kapitalertragssteuer führt. In die Reihe der administrativen Beschwernisse gehöre auch die Einführung eines Wasserpfennigs für die Entnahme von Heil- und Mineralwässern in Baden-Württemberg. Die steuerähnliche Abgabe würde total auf den Produktpreis durchschlagen. Schließlich werden dann auch Mehrgebinde bestraft, weil das *Reinigungswasser* ebenfalls der Abgabe unterliegen soll.

Ärger durch die EG

Weiterer Ärger ist auf EG-Ebene programmiert: Die dominierende 0,7-Liter-Flasche drohe aufgrund „einer wirtschaftlich unverständlichen Entscheidung" der EG-Kommission die Verkehrsfähigkeit auf den Auslandsmärkten zugunsten der 0,75-Liter-Flasche zu verlieren. Außerdem: Die belgische Firma Spa versucht gegenwärtig vor dem Europäischen Gerichtshof eine Beteiligung ausländischer Brunnen am deutschen „Emballagenpool" durchzusetzen.

Die Genossenschaft, die diesen Mehrwegpool für ihre 200 Brunnenbetriebe mit derzeit etwa 1,2 Mrd. Einheitsflaschen betreibt, sieht „schwere technische und organisatorische Funktionsstörungen" auf sich zukommen, weil andere Rechtsordnungen das *juristische Institut* des Eigentumsvorbehalts („Leihflasche deutscher Brunnen") nicht kennen.

Die Mitgliedschaft ausländischer Betriebe würde daher den deutschen *Unternehmen „untragbare Vermögensverluste"* bringen. Der deutsche Markt biete ausreichend Möglichkeiten zum Vertrieb in anderen Verpackungen, die vom Import (1986: rund 160 Mill. Liter mit hohen Zuwachsraten während der letzten Jahre) auch genutzt würden. Der deutsche Export liegt (stagnierend) bei jährlich etwa 20 Mill. Litern. Ein Handelshemmnis vermag die Brunnenindustrie hier nicht zu sehen.

Bald Preiserhöhung

Der gute Sommer und das wachsende Gesundheitsbewußtsein der Bundesbürger bescheren der deutschen Mineralbrunnenindustrie in diesem Jahr Absatzzuwächse zwischen acht und zehn Prozent auf über fünf Mrd. Liter. Verbandsvorsitzender Martin Hirsch sagt für 1986 mit über 60 Liter Pro-Kopf-Verbrauch ein Rekordergebnis voraus. Im letzten Jahr lag die Produktion bei 4,69 (4,48) Mrd. Litern, davon waren 3,36 (3,13) Mrd. Liter natürliche Mineralwässer und 1,33 (1,32) Mrd. Liter Mineralwasser-Erfrischungsgetränke.

Der Umsatz der Branche dürfte 1986 bei etwas mehr als 2 (1,96) Mrd. DM liegen. Die Ertragslage der meist mittelständischen Betriebe mit zusammen 10 300 Beschäftigten sei anhaltend unbefriedigend, so daß für kommendes Frühjahr nach drei Jahren Stabilität mit Preiserhöhungen um bis zu 5 Pfennig je Flasche gerechnet werden müsse. Dabei sei fraglich, ob dies bei Handel und Verbraucher auch durchsetzbar ist. Rund 50 Betriebe repräsentieren einen Marktanteil von 70 Prozent, die ersten zehn bestreiten fast 30 Prozent.

Holsten baut Position aus

Weiteres Wachstum mit alkoholfreien Getränken

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Holsten-Brauerei, Hamburg, mit Abstand größte Brau-Gruppe in Norddeutschland, hat *nach Angaben* ihres Vorstandsvorsitzenden Klaus Asche die Marktpositionen in den Absatzgebieten Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen *weiter ausgebaut*. In einem ersten Überblick über das Braujahr 1985/86 (30. September) gibt Asche den Bierabsatz aus inländischer Produktion mit rund 3,5 Mill. hl an; das entspricht einem Plus von drei Prozent. Die Lizenzproduktion in England, Nigeria und Ungarn erhöhte sich um 36 Prozent auf *475 000 hl*.

Damit kommt Holsten insgesamt auf einen Bierausstoß von knapp vier Mill. hl. Gut 30 Prozent dieser Menge entfallen auf das Auslandsgeschäft. *Als Bierexporteur zählt Holsten* neben der Bremer Beck-Gruppe zu den führenden deutschen Brau-Gruppen. In ihrem norddeutschen Kernabsatzgebiet erreichte Holsten eine Steigerung *von 3,9 Prozent*. Beachtliche Absatzzuwächse hätten die Pils-Marken erreicht, erklärt Asche. Überdurchschnittlich seien ferner Spezialitäten wie Bockbier, Vitamalz, Alt oder *Hefe-Weißbier gewachsen, ohne* jedoch eine entscheidende Rolle für die Entwicklung des Gesamtabsatzes zu spielen.

Nicht mit dem Vorjahr vergleichbar *sind die* von Asche *gemachten* Absatzzahlen für alkoholfreie Getränke. Nachdem die früher zur Gruppe gehörende *Hansa* Mineralbrunnen GmbH an die Nord Getränke *GmbH & Co. KG abgegeben* und die Coca-Cola-Konzession Hanseatische Getränke Industrie aufgegeben worden ist, verblieb Holsten nur noch ein Absatz von 166 000 hl. In dem immer wichtiger werdenden Geschäft mit alkoholfreien Getränken ist die Brauerei aber zusätzlich über eine 48-Prozent-Beteiligung an der Nord Getränke engagiert. Die Nord Getränke steigerte 1985/86 den Absatz um 11,6 Prozent auf 3,5 Mill. hl.

Dieses Marktsegment, das Erfrischungsgetränke, Mineralwasser und Fruchtsäfte umfaßt, wird nach Angaben *von Asche mit* einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 159,3 Litern pro Jahr nur noch von Kaffee übertroffen. Der für Innovationen aufgeschlossene Bereich alkoholfreier Getränke lasse weiteres Wachstum erwarten.

Zum Umsatz und Ertrag macht Asche noch keine Angaben. Da die durchschnittlichen Preiserhöhungen *von drei bis fünf Prozent* im Berichtsjahr „zähneknirschend" durchgesetzt worden sind, dürfte der Umsatz stärker als der Absatz gestiegen sein. Im Vorjahr hatte die Gruppe gut 515 Mill. DM *umgesetzt*. Das *Ergebnis* werde es ermöglichen, so Asche, der HV am 5. März 1987 wieder eine „angemessene" Dividende vorzuschlagen. Für das Vorjahr hatte Holsten zwölf Prozent plus zwei Prozent Bonus gezahlt.

Das neue Geschäftsjahr sei mit „vorzeigbaren" Absatzzahlen angelaufen, betont Asche. Unternehmenspolitisch verfolge Holsten zwei Schwerpunkte. Das Auslandsgeschäft vor allem mit Lizenzproduktionen soll konsequent fortentwickelt werden. „Wir schließen keine Region aus", erklärt Asche. Im Inland bleibt *es bei hohen Investitionen von jährlich* mehr als 50 Mill. DM.

Im Berichtsjahr hat Holsten ihren Anteil an der Feldschlößchen AG, Braunschweig, auf rund 70 Prozent aufgestockt. Der Beschluß des Landgerichts Hannover vom 1. April 1985 ist inzwischen rechtsgültig. Danach erhalten die freien Aktionäre als Abfindung für jeweils eine Feldschlößchen-Aktie zum Nominalwert von 500 DM 16 Holsten-Aktien zum Nennwert von 50 DM oder als jährliche Ausgleichszahlung 77 DM für eine Feldschlößchen-Aktie. Nach Angaben von Asche sind noch fünf Prozent der Aktien gestreut. Die restlichen 25 Prozent befinden sich in Familienbesitz.

Neue Anlage noch mit einem kleinen Makel

PW. **München**

*Mit der Ausgabe eigener Inhaber*schuldverschreibungen hat die Stadtsparkasse München von Oktober an ihre Angebotspalette um eine „neue attraktive Anlagemöglichkeit" bereichert, sagte Vorstandsvorsitzender Josef Turiaux vor der Presse. Der Verkauf der Sparkassenobligationen wurde daher eingestellt. Vorerst wurden der Stadtsparkasse 80 Mill. DM Inhaberpapiere genehmigt, von denen bereits 10 Mill. DM abgesetzt wurden, und zwar solche mit fünf *Jahren Laufzeit und mit einem* Effektivzins von 5,52 Prozent und zehnjährige Papiere zu 6,75 Prozent.

Den Kunden kann damit ein fungibles Wertpapier angeboten werden, in dem Turiaux für die bayerische Sparkassenorganisation einen „Durchbruch" sieht. Zwar haben die Schuldverschreibungen bisher noch das Manko der fehlenden Börsennotierung. Aber man glaubt, nach einer gewissen „Lernphase" die volle Börsenfähigkeit für diese Papiere durchzusetzen (wie jetzt schon in Schleswig-Holstein). Vorerst orientiert man sich mit dem Rücknahmepreis an der Notierung der Landesbank-Papiere.

Die Entwicklung der Stadtsparkasse im laufenden Jahr spiegelt die florierende Münchner Wirtschaft. Die Expansion der Bilanzsumme bewegte sich bis Ende Oktober mit 4 Prozent (auf 10,8 Mrd. DM) über dem Niveau des Vorjahres (3 Prozent). Bis zum Jahresende rechnet man einschließlich Zinskapitalisierung mit einer ähnlichen Zunahme wie 1985 (mit 8,5 Prozent) und damit einer Bilanzsumme von *11,2 Mrd. DM*.

Kundeneinlagen zogen um 4 Prozent auf 9,4 Mrd. DM an. Das Plus war das höchste seit 1979. Ausleihungen an Kunden stiegen um 7 Prozent auf fast 6,1 Mrd. DM (im Vorjahr nur plus 1 Prozent). Privatkredite nahmen mit 15 Prozent stärker zu als Ausleihungen an die Wirtschaft (5 Prozent).

Lobby für den Mittelstand

Neue Interessenvertretung kritisiert etablierte Verbände

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Es ist schon erstaunlich: Der Mittelstand stellt zwar 98 Prozent aller steuerpflichtigen *Unternehmen*, erwirtschaftet reichlich die Hälfte aller Umsätze, stellt 40 Prozent aller Investitionen auf die Beine, bildet 85 Prozent aller Lehrlinge aus, schafft 64 *Prozent aller Arbeitsplätze*, zahlt 60 Prozent aller Steuern und finanziert 86 Prozent aller staatlichen Subventionen, doch ein einheitliches Sprachrohr gegenüber der Politik, eine schlagkräftige Interessenvertretung hat er nicht. Das soll sich bald ändern.

Hans J. M. Manteuffel, Rechtsanwalt in Düsseldorf und Leiter des Ressorts Mittelstandspolitik beim fachhandelsorientierten Branchen-Informationsdienst „Markt intern", ist neben Herausgeber Günter Weber Initiator, Vordenker, Koordinator der Mittelstandsinitiative Deutschland (m. i. d.), die nach Kampagnen in Tages- und (demnächst) Sonntagszeitungen gegen *Jahresende eine* juristische Struktur erhalten wird. Ziel: Lobbyismus pro Mittelstand.

In einem Gespräch mit der WELT äußert Manteuffel deutliches Unbehagen an den etablierten *mittelstandsgeprägten* Verbänden, die, so ein Anzeigentext, dem „Lastesel der Nation", „Stiefkind der Politik" und „Prügelknaben der Gewerkschaften" wenig beherzt zur Seite stehen und nicht mehr täten als Gutachten zu schreiben, Pressekonferenzen zu veranstalten oder Stehparties zu geben. Die mitgliederstarken Verbände haben auf die Kampagne bereits reagiert: Ein Fünfer-Klub will sich noch in diesem Jahr öffentlich präsentieren.

Manteuffel findet, „daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu sehr auf Großunternehmen ausgerichtet sind, viele Wettbewerbsnormen pervertiert werden, die Steuergesetzgebung mittelstandsfeindlich ist und das Kartellrecht von Banken und Großkonzernen zu einer mittelstandsfeindlichen Machtkonzentration benutzt *wird*". Unzufriedenheit darüber glaubt er in Parteien und Verbänden gleichermaßen zu orten. Und da, wenn es dem Mittelstand gut gehe, auch Wirtschaft und Verbraucher *ihren Nutzen* hätten, erkennt er durchaus übergreifendes Interesse.

An mittelständischer Zustimmung fehlt es nicht. Rund *1200 Mittelständler* signalisierten schriftlich Beteiligung *und Unterstützung* der m. i. d.-Ziele, wobei sich herausstellte, daß neun von zehn derer, die persönlich mit Zeit und Geld bei *der m. i. d.* engagiert sind, auch CDU/CSU und *FDP angehören*.

Gesprächsbereitschaft bewiesen in diesen Vorwahlmonaten bereits Nordrhein-Westfalens *Ministerpräsident* Johannes Rau, Matthias Wissmann *und* Otto Graf Lambsdorff, die wirtschaftspolitischen Sprecher ihrer Fraktionen CDU/CSU und FDP. Lambsdorff hinterließ sein *Credo* in einer Diskussionsrunde bei „Markt *intern*": „Die Wirtschaft braucht langfristig kalkulierbare, stabile Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine differenzierte *Wirtschaftsstruktur mit* gesunden mittelständischen Unternehmen. Wenn wir unsere Wirtschaft nur noch von Großunternehmen betreiben lassen wollten, dann könnten wir sie gleich *verstaatlichen*."

Vor den Bundestagswahlen will Manteuffels Mittelstandsinitiative noch einige Male auf unkonventionelle Art (per Zeitungsanzeige mit Kupon) *Politiker und Unternehmer*, Parteien und Verbände, zur Unterstützung von m. i. d. aufrufen und als „außerparlamentarische Opposition Druck auf die etablierte Politik machen". Dann soll auch der neue Bundestag an den Versprechungen seiner Mitglieder gemessen werden. Fällt das Urteil negativ aus, steht der Gründung einer Mittelstandspartei (Manteuffel: *„als ultima ratio"*) nichts mehr im Wege, zumindest nicht einem Überverband für mittelständische Interessen.

JETZT PLATIN!

DER ANLAGE-TIP DER WOCHE:
INVESTIEREN SIE JETZT IN DAS WEIHNACHTSGESCHENK FÜR IHRE FRAU.

Jetzt ist Platin-Vorsaison. Nutzen Sie die Vorteile: Ruhe, Auswahl, exclusive Angebote. Alle hier angeführten Juweliere sind Partner der Platin Gilde. Sie zeigen Ihnen gerne ihre Auswahl an Platinschmuck.

1000 BERLIN: Stöger, Berkaer Str. 6 · Goldschmiede im Forum, Schloßstr. 41 · Gruschow, Kurfürstendamm 25 · Gruschow, Kurfürstendamm 22 · Max Heydemann, Nürnberger Str. 17 · Hülse*, Kurfürstendamm 42 · Isert, Bundesplatz 14 · Jaeschke, Nürnberger Str. 14/15 · Kappauf & Groß, Reichsstr. 82 · Kühnöhl*, Schloßstr. 32 · Lorenz, Rheinstr. 59 · Preuss, Kurfürstendamm 206 · Reich, Schloßstr. 1 · Scheibel, Tauentzienstr. 4 · Schneider, Kurfürstendamm 29 · Schulz, Wilmersdorfer Str. 117 · Strassenburg, Müllerstr. 132 · Wurzbacher*, Kurfürstendamm 36 · 2000 HAMBURG: Becker & Co.*, Gerhart-Hauptmann-Platz 12 · Brahmfeld & Gutruf, Jungfernstieg 12 · Gerdes, Saseler Markt 129 · Hilcken, Spitalerstr. 12 · Jurinke, Möllner Landstr. 131 · Kay, Blankeneser Bahnhofstr. 46 · Roesner, Neuer Wall 26 · Sönnichsen*, Neuer Wall 44 · Wilkens & Söhne, Neuer Jungfernstieg 7 · Wilm, Ballindamm 26 · Mohr, Mönckebergstr. 7 · 2000 NORDERSTEDT 3: Berndt, Herold Center · 2080 PINNEBERG: Rieper, Bismarckstr. 4 · 2120 LÜNEBURG: Süpke, Große Bäckerstr. 1 · 2192 HELGOLAND: Kaufmann, Siemensstraße · 2200 ELMSHORN: Deutz, CCE Alter Markt · 2210 ITZEHOE: Albers, Bekstr. 12 · Hinst, Feldschmiede 80 · Peters, Kirchenstr. 12 · 2240 HEIDE: Backen, Friedrichstr. 4 · 2280 WESTERL./SYLT: Krause, Friedrichstr. 32 · 2300 KIEL: Germeck, Markt 12 · 2350 NEUMÜNSTER: Schnack, Kieler Str. 21 · 2370 RENDSBURG: Herzau, Hohe Str. 17 · 2400 LÜBECK: Gold-Sack*, Breite Str. 60a · 2800 BREMEN: Bergner, Herdentorsteinweg 7 · Ehlers & Co., Wartburgstr. 44–46 · Frerker, Bahnhofstraße · 2870 DELMENHORST: Grundmann, Bahnhofstraße · 2900 OLDENBURG: Renfordt*, Lange Str. 89 · 2940 WILHELMSHAVEN: Friedo Frier, Parkstr. 1 · 2970 EMDEN: Richter, Zwischen beiden Sielen 11 · 2983 JUIST: Art-Hus, Strandstr. 17 · 3000 HANNOVER: Mauck*, Georgstr. 44/Ecke Windmühlenstraße · Sander, Georgstr. 4 · Schrader, Georgstr. 50 · Stichnoth, Aegidientorplatz 1 · Werneck, Grupenstr. 2 · 3030 WALSRODE: Kross, Moorstr. 67 · 3100 CELLE: Schmuckatelier Bea, Neue Str. 3 · 3110 UELZEN: Hennings, Veerßer Str. 4–6 · 3180 WOLFSBURG: Moser, Porschestr. 42 · 3250 HAMELN: König Held, Osterstr. 46 · 3300 BRAUNSCHWEIG: Bungenstock*, Schuhstr. 21 · Rödiger, Sack 3 · 3400 GÖTTINGEN: Hartwig*, Weender Str. 37 · 3410 NORTHEIM: Lüttge, Markt 1 · 3470 HÖXTER: Dött*, Marktstr. 11 · 3500 KASSEL: Burgtorff*, Wilhelmstr./Obere Königstraße · Führich, Wilhelmstr. 15 · Schmidt, Obere Königstr. 47 · 3508 MELSUNGEN: Melsunger Goldschmiede*, Kasseler Str. 28+15 · 3540 KORBACH: Nelle, Prof.-Kümmell-Str. 6 · 3550 MARBURG: Klein, Wettergasse 36 · Semler, Bahnhofstr. 10 · 3575 KIRCHHAIN: Goldschmiede Karl, Bahnhofstr./Ecke Schulstr. 2 · 4000 DÜSSELDORF: Flogaus, Martin-Luther-Platz 32 · Rene Kern, Königsallee 26 · Hestermann & Sohn*, Kö-Galerie · Frank, Alt Niederkassel 32 · Citizen Studio, Königsallee 68 · Weyersberg, Königsallee 50 · 4010 HILDEN: Lindemann, Mittelstr. 65 · 4030 RATINGEN: Badry, Bechemer Str. 39 · 4040 NEUSS: Badort, Niederstr. 3 · 4044 KAARST: Vell, Am Maubishof · 4050 MÖNCHENGLADBACH: Simon*, Hindenburgstr. 128 · 4060 VIERSEN: Weidenfeld, Hauptstr. 54 · 4100 DUISBURG: Domberg, Friedr.-Wilh.-Str. 77 · Rüschenbeck, Königstr. 6 · 4150 KREFELD: Argentum, Schwanenmarkt 46 · Kempkens, Rheinstr. 99 · Schumacher, Rheinstr. 11 · Kammen, Hochstr. 88 · 4190 KLEVE: Schmidthausen, Kavarinerstr. 9 · 4200 OBERHAUSEN: Michael, Markstr. 22 · 4220 DINSLAKEN: George, Neustr. 27 · 4240 EMMERICH: Kreutz, Kaßstr. 58 · 4300 ESSEN: Deiter, Kettwiger Str. 22 · Wiehmeyer*, Theaterplatz 4 · 4320 HATTINGEN: Faatz, Heggerstr. 3 · Herker u. Sohn, Obermarkt 5 · 4330 MÜLHEIM/RUHR: Deiter, Schloßstr./Ecke Kohlenkamp 35 · Deiter's Corner, Rhein-Ruhr-Zentrum, Humboldtring · Kühnöhl, Leineweberstr. 57 · 4350 RECKLINGHAUSEN: Vortmann*, Markt 7 · 4370 MARL-HÜLS: Nehm, Hülsstr. 22 · 4390 GLADBECK: Exner, Hochstr. 20 · 4400 MÜNSTER: Freisfeld*, Salzstr. 36 · Oeding-Erdel*, Bahnhofstr. 10 · Osthues, Ludgeristr. 92 · 4420 COESFELD: Tombrinck, Kupferstr. 27 · 4450 LINGEN: Hellmann, Schlachterstr. 2 · 4460 NORDHORN: Duhn, Hagenstr. 36–38 · Hölscher, Hauptstr. 1 · 4500 OSNABRÜCK: Franke & Middelberg*, Kamp 3–4 · Heinr. Kolkmeyer, Große Str. 33 · Niehüser, Große Str. 39 · 4530 IBBENBÜREN: Niemann, Poststr. 1 · 4600 DORTMUND: Atelier für Design-Schmuck, Köln-Berliner-Str. 19 · Bolland, Westenhellweg 100 · Gerwi, Kampstr. 30 · Rüschenbeck*, Westenhellweg 45 · 4620 CASTROP-RAUXEL: Zimmer, Am Markt 25 · 4630 BOCHUM: Kubitzki, Hochstr. 21 · Quartz & Platin-Studio*, Kortumstr. 37 · Schlabitz, Bahnhofsvorplatz 1 · 4650 GELSENKIRCHEN: Meese, Hochstr. 17 · Weber*, Blindestr. 1 · 4700 HAMM: Backwinkel*, Weststr. 50 · Michael, Weststr. 37 · 4708 KAMEN: Becher, Bahnhofstr. 59 · Telgmann, Weststr. 41 · 4730 AHLEN/WESTF.: Fischer, Oststr. 69 · 4770 SOEST: Schindler, Salzgasse (Kohlbrink Parkplatz) · 4780 LIPPSTADT: Jasper, Lange Str. 64 · Werb, Lange Str. 23 · 4790 PADERBORN: Büsse, Markt 3 · 4800 BIELEFELD: Böckelmann*, Alter Markt · Schlüter, Obernstr. 15 · 4830 GÜTERSLOH: Laumann, Berliner Str. 42 · 4900 HERFORD: Backes, Neuer Markt · Zartmann, Bäckerstr. 11 · 4920 LEMGO: Wössmann, Mittelstr. 74 · 4930 DETMOLD: Vranek, Lange Str. 35 · 4937 LAGE: Krüger, Langestr. 89 · 4950 MINDEN: Laufer, Bäckerstr. 36 · 4970 BAD OEYNHAUSEN: Mechlem*, Klosterstr. 28 · 4980 BÜNDE: Schönke, Eschstr. 21 · 5000 KÖLN: Hölscher, Hohe Str. 114 · Kaufhold*, Quatermarkt 5 · Linn, Schildergasse 69–73 · Mommen, Breite Str. 132 · Schnitzler*, Gürzenichstr. 30–32 · 5040 BRÜHL: Böhm, Steinweg 27 · 5060 BERG.-GLADBACH: Brune, Schloßstr. 47–53 · Niedenhoff, Hauptstr. 80 · 5100 AACHEN: Frank*, Großkölnstr. 40 · Grobusch, Münsterplatz 10 · Küpper*, Holzgraben 10 · Lauffs-Grüneschild, Schmiedstr. 6 · Uttermann, Trierer Str. 764 · 5160 DÜREN: Schiffer, Kölnstr. 13 · 5170 JÜLICH: Woltz, Kölnstr. 34 · 5180 ESCHWEILER: Kuhn, Grabenstr. 34 · 5200 SIEGBURG: Schneider, Markt 13 · 5220 WALDBRÖL: Krahn, Kaiserstr. 41 · 5240 BETZDORF: Betzdorf's Gold- und Silberschmiede*, Konrad-Adenauer-Platz · 5270 GUMMERSBACH: Krahn, Hindenburgstr. 26 · 5300 BONN: Brill, Sternstr. 13 · Hild*, Dreieck 6 · Mersmann, Vivatgasse (Am Sterntor) · 5300 BONN-BAD GODESBERG: Hasenbeck, Moltkeplatz 4 · Schumann, Alte Bahnhofstr. 12 · 5350 EUSKIRCHEN: Seifert, Berliner Str. 30 · 5352 ZÜLPICH: Zülpicher Goldschmiede, Rathausgasse 15 · 5400 KOBLENZ: Hofacker*, Schloßstr. 16 · Frank, Schloßstr. 46 · Müller, Schloßstr. 47 · Näther, Löhrstr. 90 · 5430 MONTABAUR: Dowa, Großer Markt 25 · 5440 MAYEN: Hanke, Marktstr. 42 · 5450 NEUWIED: Knobloch, Markstr. 36 · 5483 BAD NEUENAHR: Vögele, Poststr. 13 · 5500 TRIER: Füting*, Brotstr. 25 · Press, Simeonstr. 29 · 5600 WUPPERTAL: Abeler, Poststr. 11 · Arhelger, Schloßbleiche 18 · Bäumer & Co.*, Werth 60 · Kranefeld, Poststr. 16 · Möller, Friedr.-Ebert-Str. 12 · Söngen, Poststr. 7 · 5630 REMSCHEID: Lucas, Alleestr. 33 · 5650 SOLINGEN: Hess, Kirchstr. 6 · 5760 ARNSBERG-NEHEIM: Feldmann, Lange Wende 2 · 5768 SUNDERN: Busche & Sohn, Hauptstr. 102 · 5800 HAGEN: Rüschenbeck, Mittelstr. 13 · 5810 WITTEN/RUHR: Fiedler, Bahnhofstr. 62 · Gerling, Bahnhofstr. 15 · 5840 SCHWERTE: Grafe, Am Markt 4 · 5860 ISERLOHN: Schulte, Bonstedterstr. 35 · Springer, Mendener Str. 5 · 5900 SIEGEN: Jaeger, Markt 55/57 · Müller, Bahnhofstr. 16–18 · 6000 FRANKFURT: Friedrich, Kaiserstr. 17 · Hessenberg*, Goetheplatz 11 · Lueg, Katharinenpforte 6 · Noth, Goethestr. 19 · Schäfer, Gartenstr. 147 · 6050 OFFENBACH: Bauer, Bieberer Str. 10 · 6070 LANGEN: Heydegger, Friedrichstr. 21 · 6078 NEU-ISENBURG: Hetebrueg, Frankfurter Str. 31 · 6090 RÜSSELSHEIM: Pflug, Grabenstr. 1 · Weiss, Löwenplatz · 6100 DARMSTADT: Kade, Ludwigpassage 2 · Rumpf, Ludwigstr. 8 · Techel, Ernst-Ludwig-Str. 1c · 6200 WIESBADEN: Epple, Burgstr. 1 · Stoess, Wilhelmstr. 34 · Wulf*, Langgasse 34 · 6230 FFM.-HÖCHST: Meister Bauer, Hostatostr. 3 · 6240 KÖNIGSTEIN: Auner, Hauptstr. 21 · 6300 GIESSEN: Balser*, Seltersweg 5 · Schwarz, Seltersweg 39 · 6330 WETZLAR: Palm, Krämerstr. 5 · Spieker, Bahnhofstr. 21 · 6350 BAD NAUHEIM: Steiber, Karlstr. 9 · 6370 OBERURSEL: Windecker, Oberhöchstädter Str. 3 · 6400 FULDA: Atelier Juwel*, Kleine Marktstr. 1 · Betz, Friedrichstr. 1 · 6430 BAD HERSFELD: Laufer, Lingplatz 4 · 6450 HANAU: Dreßler, Rosenstr. 1 · 6500 MAINZ: Weiland, Große Bleiche 28 · Willenberg*, Schillerstr. 24a · 6504 OPPENHEIM: Leimke, Merianstr. 7 · 6530 BINGEN: Dresander, Kapuzinerstr. 10 · 6600 SAARBRÜCKEN: Kraemer*, Bahnhofstr. 93 · 6638 DILLINGEN: Hussinger, Hüttenwerkstr. 24 · 6660 ZWEIBRÜCKEN: Rohrbacher, In der Fußgängerzone · 6702 BAD DÜRKHEIM: Klink, Kurgartenstraße · 6710 FRANKENTHAL: Lutz, Speyrer Str. 9 · 6719 EISENBERG: Lutz, Kerzenheimer Str. 27 · 6720 SPEYER: Lais*, Maximilianstr. 68 · 6730 NEUSTADT/ WEINSTR.: Faber, Friedrichstr./Ecke Schütt · Klink*, Hauptstr. 75 · 6740 LANDAU: Barth, Kleiner Platz 15 · 6750 KAISERSLAUTERN: Lembach*, Marktstr. 14 · 6790 LANDSTUHL: Lenhardt, Poststr. 1 · 6800 MANNHEIM: Friedo Frier*, P 6, 26 Planken + P 2, 11 · Wenthe, Qu 1, 1 · 6806 VIERNHEIM: Friedo Frier, Rhein-Neckar-Zentrum · 6900 HEIDELBERG: Faulhaber, Hauptstr. 5a · Menrath, Bergheimer Str. 15–17 + Hauptstr. 1 · 6990 BAD MERGENTHEIM: Brüser, Marktplatz 15 · 7000 STUTTGART: Blume, Königstr. 42 · Friedo Frier*, Königstr. 21 · Hildebrandt, Stiftstr. 1 · Jacobi*, Königstr. 17 + Im Breuninger Markt · Kötter, Erbsenbrunnenstr. 9–11 · Pfister, Königstr. 78 · von Hofen, Calwer Str. 58 · 7032 SINDELFINGEN: Meyer, Planie 5 · 7050 WAIBLINGEN: Waiblinger Goldschmiede, Alter Postplatz 4 · 7056 WEINSTADT: Sauer, Strümpfelbacher Str. 17 · 7080 AALEN: Goldschmiede IFJU*, Am Spritzenhaus 7 · 7100 HEILBRONN: Beilharz*, Fleiner Str. 32 · Jan Hofmann, Deutschhofstr. 23 · Luithle*, Deutschhofstr. 2 · 7140 LUDWIGSBURG: Büchler, Am Marktplatz 2 · Hunke, Kirchstr. 17–19 · 7200 TUTTLINGEN: Schatztruhe, Bahnhofstr. 8 · Storz, Untere Hauptstr. 20 · 7300 ESSLINGEN: Kuhn, Im Heppächer 24 · 7320 GÖPPINGEN: Haussmann, Freihofstr. 33 · 7410 REUTLINGEN: Depperich*, Wilhelmstr. 123 · Lachenmann, Katharinenstr. 12 · Möck, Wilhelmstr. 44 · 7440 NÜRTINGEN: A & G Meier, Brunnsteige 6 · 7480 SIGMARINGEN: C.G.T. Goldschmiede-Galerie, Schwabstr. 27, 1 · 7500 KARLSRUHE: Bertsch*, Kaiserstr. 165 · Jock, Kaiserstr. 179 · Kamphues, Kaiserstraße · Cardillac, Waldstr. 56 · 7505 ETTLINGEN: Siegwarth, Am Marktplatz 1 · 7522 PHILIPPSBURG: Mößner, Kraichgaustr. 13 · Steidinger, Rote-Tor-Str. 13–15 · 7570 BADEN-BADEN: Ehnis, Lichtentaler Str. 13 · 7700 SINGEN: Büge, Ekkehardtstr. 35 · Stein, August-Ruf-Str. 5a · 7710 DONAUESCHINGEN: Kraft, Herdstr. 13 · 7730 VILLINGEN-SCHWENNINGEN: Blumenstock, Niedere Str. 7 · Müller, Muslenplatz 9 · 7750 KONSTANZ: Grau, Rosengartenstr. 28 · 7760 RADOLFZELL: Radolfzeller Goldschmiede, Schmidtengasse 3 · 7800 FREIBURG: Kaltschmidt, Schusterstr. 50 · Kremo, Salzstr. 8 · Nittel*, Kaiser-Joseph-Str. 228 · 7812 BAD KROZINGEN: Gold & Platin Goldschmiede, Baslerstr. 10–12 · 7840 MÜLLHEIM/BADEN: Stork, Werderstr. 43 · 7890 WALDSHUT: Sperl, Kaiserstr. 96 · Thoma, Kaiserstr. 78 · 7900 ULM: Ehinger-Schwarz*, Neue Str. 85 · 7920 HEIDENHEIM: Scheuble & Söhne, Eugen-Jaekle-Platz 20 · 7950 BIBERACH: Biberacher Goldschmiede, Marktplatz 38 · 7980 RAVENSBURG: Robert's, Marienplatz 25 · 7990 FRIEDRICHSHAFEN: Bodo Wöhnelt, Karlstr. 5 · 8000 MÜNCHEN: Belle de jour, Sendlinger Str. 89 · J. B. Fridrich, Sendlinger Str. 14 · Hemmerle, Maximilianstr. 14 · Leser, Ludwigstr. 11 · Max. Platin*, Maximilianplatz 12a · Uhren Sonntag, Sendlinger Str. 18 · Ehinger-Schwarz*, Perusastr. 3 · 8022 GRÜNWALD: Gall, Karl-Valentin-Str. 26 · 8070 INGOLSTADT: Rauscher, Am Stein 1 · 8100 GARMISCH-PARTENKIRCHEN: Stöckerl, Bahnhofstr. 31 · 8200 ROSENHEIM: Goldschmiede-Atelier, Am Esbaum 9 · 8300 LANDSHUT: Weinmayr, Altstadt 334 · Schneider, Altstadt 25 · 8480 WEIDEN: Glötzner, Sedanstr. 8 · Gruhle, Schulgasse/Ecke Hinter der Schanz · 8500 NÜRNBERG: Ertel*, Bergstr. 16 + Königstr. 40 · Hildebrandt, Pfannenschmiedsgasse 12 · Paul, Kaiserstr. 42 · 8510 FÜRTH: Kuhnle, Königstr. 141 · Faber, Schwabacher Str. 38a · 8560 LAUF: Eckert, Marktplatz 51 · 8570 PEGNITZ: Wolf, Hauptstr. 13 · 8580 BAYREUTH: Engelmann, Kanzleistr. 1 · Heyder, Opernstr. 7 · 8600 BAMBERG: Neuner, Grüner Markt 31 · 8630 COBURG: Bauschatz*, Mohrenstr. 36 · Schwahn, Mohrenstr. 23/25 · 8660 MÜNCHBERG: Arnold Reuschel, Kulmbacher Str. 6 · 8670 HOF: Hohenberger*, Altstadt 23 · 8700 WÜRZBURG: Fischer, Theaterstr. 11 · Guttenhöfer, Domstr. 13 · 8720 SCHWEINFURT: Berwick, Spitalstr. 22 · 8740 BAD NEUSTADT A.D. SAALE: Schaidacher, Spörleinstr. 13 · 8750 ASCHAFFENBURG: Schwind, Weißenburger Str. 2 · 8800 ANSBACH: Keller, Neustadt 23 · 8870 GÜNZBURG: Danner, Marktplatz 12 · 8900 AUGSBURG: Ehinger-Schwarz, Karolinenstraße 21 · Mayer, Ecke Pferseer/Rosenaustr. + Annastr. 35 · Schmedding*, Bürgerm.-Fischer-Str. 4 · 8950 KAUFBEUREN: Hummel, Sedanstr. 6 · 8960 KEMPTEN: Müller, Schlössle-Passage · 8974 OBERSTAUFEN: Kuhn, Lindauer Str. 26 · 8980 OBERSTDORF: Müller, Weststr. 7–9

Armreif vergrößert abgebildet: Wenn Sie sich vorab informieren wollen … die Platinschmuck-Edition No. 9 erhalten Sie gegen eine Schutzgebühr von DM 5,– in Briefmarken auch bei der Platin Gilde International, 6000 Frankfurt/Main 1, Bethmannstr. 56, Tel. (0 69) 28 19 80.

***Juweliere mit diesem Zeichen sind Platin-Studios.**

ZU WISSEN ES IST PLATIN. Pt

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Pfandbriefe holen auf

Nach den kräftigen Kursanhebungen öffentlicher Langläufer am Montag gab es in diesem Bereich eine Geschäftsberuhigung. Dennoch zogen einige Emissionen noch bis zu 0,40 Prozentpunkte an. Die letzte 6½prozentige Bundesanleihe war vorbörslich zu 103 Prozent umgegangen, amtlich wurde sie zum Vortagskurs von 102,65 Prozent notiert. Der Renditerückgang im öffentlichen Bereich zog jetzt den Pfandbriefmarkt mit. Im Großgeschäft lagen die Renditen für 10jährige Papiere bei 6,80 Prozent.

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kassenobligation, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Sehr kräftige Gewinne verzeichnete Kaffee. Schwächer gingen Kupfer und Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Schnittholz

Devisenterminmarkt

Die Abschläge für den Dollar fielen am 25. 11. geringer aus, da die Dollar-Zinssätze nachgaben.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,69-0,59	1,30-1,10
Pfund/Dollar	0,62-0,60	1,85-1,80	3,63-3,58
Pfund/DM	2,30-0,90	5,20-3,80	9,50-8,10
FF/DM	16-p	34-18	60-44

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25.11.: Tagesgeld 4,30-4,40 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.
Privatdiskontsätze am 25.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25.11.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅝-4¾	3¾-4
3 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3¾-4
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3⅞-4⅛
12 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 25.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,50; Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 25.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	193,00	248,52	34,67
20 fr. Napoleon	5,8070	145,00	191,52	32,98
20 sfr Vreneli	5,8070	155,00	205,20	35,34
1 Sovereign Neu	7,3220	169,00	221,16	30,20
1 Sovereign Alt	7,3220	171,00	223,44	30,52
100 Kronen Öster.	30,4880	715,00	883,50	28,98
20 Kronen Öster.	6,0980	145,00	185,82	30,47
10 Kronen Öster.	3,0480	77,00	103,74	34,04
4 Dukaten Öster.	13,7700	342,00	424,08	30,80
1 Dukaten Öster.	3,4420	78,00	109,44	31,80
10 Rubel Tscherw.	7,7423	190,00	245,10	31,66
Krügerrand 1 Uz	31,1035	752,00	897,18	28,84
Krügerrand ½ Uz	15,5517	396,00	474,24	30,49
2 Rand Südafrika	7,3220	167,00	218,88	29,89
1 Rand Südafrika	3,6610	76,00	109,44	29,89
50 C.$ Mapl.L 1 Uz	31,1035	777,00	925,68	29,76
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	80,00	102,60	32,99
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	970,00	1254,00	41,67
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	785,00	934,80	30,05
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	980,00	1162,80	37,38
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	98,00	127,68	41,05

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 25.11.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,233	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,75	6,46
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,50	6,63
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	142,00	9,09
DSL-Bank R.264	157,01	2.7.90	112,76	5,55
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,30	5,55
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,93	6,70
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,95	7,05
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.4.95	58,42	6,51
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,16	6,98
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,96	6,61
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,52	7,18
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,38	7,08
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	25,88	7,23
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,59	7,03
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,68	6,65
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,40	6,59
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,40	7,18
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,45	7,31
WestLB 500	126,86	16.2.89	115,10	4,49
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,40	4,92
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,85	5,43
WestLB 505	143,24	1.9.92	104,65	5,61
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,75	6,88
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,20
Atl. Richfield	$ 100	4.2.97	133,35	8,42
Campbell Soup	$ 100	21.4.97	136,10	7,66
Prud Realty	$ 100	15.1.99	73,55	8,78
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	79,375	7,44
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	68,00	7,70
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,50	10,47
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	66,25	8,21
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	66,125	8,15
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	62,125	7,95
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,625	9,30
Penney (A+)	100,00	17.2.94	54,75	8,68
Sears (AA)	100,00	27.5.94	53,875	8,58
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	53,125	8,75
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	52,125	8,18

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. %	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70	(4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	4,95	(4,98)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,30	(5,35)	99,20	101,6	104,3	107,1	109,8	112,5
4	5,65	(5,70)	97,40	100,9	104,4	107,9	111,4	114,8
5	5,82	(5,90)	96,10	100,8	104,6	108,5	113,0	117,2
6	6,05	(6,13)	94,35	99,75	104,2	109,1	114,0	118,9
7	6,42	(6,45)	91,65	97,15	102,7	108,1	113,6	119,1
8	6,71	(6,75)	89,10	95,15	101,8	107,2	113,2	119,2
9	6,80	(6,85)	87,55	94,10	101,3	107,2	113,8	120,3
10	6,82	(6,87)	86,45	93,50	101,3	107,6	114,7	121,7
15	7,05	(7,05)	80,60	89,60	99,95	107,7	116,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,529 (112,318)
Performance-Rentenindex: 249,921 (249,575)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	24. Nov.	5,945
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	5,875
	60–270 Tage	5,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,875
	60 Tage	5,85
	90 Tage	5,80
Certificates of Deposit	1 Monat	5,85
	2 Monate	5,80
	3 Monate	5,80
	6 Monate	5,80
	12 Monate	5,95
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,35
	26 Wochen	5,39
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,10
	30 Jahre	7,39
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	10. Nov.	712,8 Mrd. $ (+9,4 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York) Dez.	142,35	141,20
März	142,50	141,20

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Die neuen 7er

Wenn er Ihnen etwas zu sagen hat, schreibt er es Ihnen auf.

Der neue 7er ist in allen Bereichen neu und noch besser als sein ohnehin hochwertiger Vorgänger.

Auch in der Zuverlässigkeit. Doch alle Vorsichtsmaßnahmen können nicht verhindern, daß nach Jahren mal ein Verschleißteil wie eine Glühbirne erneuerungsbedürftig ist.

Um auch für diesen seltenen Fall optimale Sicherheit zu bieten, befindet sich im neuen 7er die Check-Control III.

Sie arbeitet folgendermaßen: Ein leiser Gong. Im Klartext erscheint auf dem Anzeigendisplay im Cockpit des 7er BMW der Hinweis auf den Defekt: Kennzeichenbeleuchtung. Sollte – wider Erwarten – außer der Kennzeichenbeleuchtung noch ein weiterer Defekt auftreten, setzt die Check-Control klare Prioritäten.

Nicht mehr funktionierende Bremslichter werden natürlich vor einem Defekt an der Kennzeichenbeleuchtung notiert.

Damit der Fahrer des neuen großen BMW nicht erst bei Dunkelheit von einer ausgefallenen Scheinwerferbirne überrascht wird, überprüft die Check-Control das Abblendlicht selbst dann, wenn es ausgeschaltet ist – auch das ist neu.

Je nach Fahrzeugtyp und Ausstattung kommen weitere 21 Funktionen hinzu, die die Check-Control überprüft. Die gesamte Beleuchtung, den Kühlmittelhaushalt, Bremsdruck, die Bremsbeläge, den Bremsflüssigkeitsstand und den Ölstand im Automatic-Getriebe. Sie kontrolliert den Motorölstand, den Öldruck und sogar den Sensor. Um ganz sicher zu gehen, daß wirklich alles in Ordnung ist, überprüft die Check-Control auch noch ihr eigenes Modul auf seine perfekte Funktion. Ist es nicht angenehm, wenn man sich immer auf sein Automobil und den eingebauten „Inspektor" verlassen kann?

Die neuen 7er. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.

Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

☐ Videofilm VHS ☐ Beta ☐ 2000 ☐ V8 ☐ gegen Schutzgebühr von DM 16,50 incl. Nachnahmegebühr
☐ ausführliches Informationsmaterial
☐ einen Probefahrttermin.

Name:________
Straße:________
PLZ:____ Ort:________

BMW AG, Kundeninformation CHC, Leuchtenbergring 20, 8 München 80



Freude am Fahren

Inlandszertifikate

	Ausg. 25.11.	Rücknahme 25.11.	Rücknahme 24.11.
AAR-UNIV F I	157,34	148,43	148,43
[illegible]	70,00	66,67	66,16
[illegible]	23,98	23,28	23,26
[illegible]	104,13	101,10	100,52
[illegible]	108,23	103,08	102,69
Activerba	178,38	169,89	168,47
Aegis Ent.-Fds.	39,96	38,05	37,83
Aegis Wachst.-Fds	67,65	64,62	64,07
AGI-Fonds	175,39	167,04	167,04
Akkumula	204,45	194,69	193,50
Allianz Rendite Fds.	52,85	50,44	50,65
Allianz Kapital Fds	38,94	36,20	35,94
Allianz-Rentenfonds	127,84	124,72	124,65
Analytik Fonds	32,83	30,52	30,39
Arc-Rendit	60,39	58,29	58,71
AriDeka	58,47	56,08	55,79
Assecura I	88,68	88,24	88,24
Austr. Pazifik	46,71	45,35	45,09
Berenberg-U-Fonds	415,87	405,76	401,73
Berenberg-U.-Ert.-F.	52,54	50,82	50,23
Berenberg-U-Renten	111,77	109,04	112,28
BW-Renta-Univ.	51,69	50,43	50,31
BW Wanberg-Univ	132,78	127,50	125,77
Colonia Rentenfonds	52,16	50,39	50,31
Concentra	39,72	38,75	38,41
[illegible]	–	60,10	60,10
DekaFonds	56,98	54,15	53,78
DekaRent	33,11	32,15	32,06
DekaSpezial	238,43	226,52	225,27
DekaTresor	62,90	61,37	61,34
DespaFonds	86,26	81,95	81,95
DEVIF-Invest	105,70	100,61	100,24
DEVIF-Rent	52,90	51,27	51,25
DIFA-Fonds	181,70	172,50	172,60
DIFA GRUND	107,55	102,17	102,17
DIT Fonds f. Verm	70,45	68,73	68,52
DIT Rohstoffonds	69,79	67,76	68,03
DIT Pazifikfonds	128,41	124,67	124,78
DIT Spezial	75,06	72,87	72,67
DIT Technologiefonds	81,79	79,41	79,54
DIT Wachstumsfonds	74,25	72,09	71,63
DIT Fds f Wdl.-Opt.A	132,84	129,60	130,10
Dt. Rentenfonds	86,80	35,10	85,03
Dt. Vermögensb. Fds. A	39,75	37,46	37,65
dgl. I	51,95	49,48	49,27
dgl. R	27,32	26,53	26,51
DWS Bayern Spezial	100,75	95,94	94,71
DWS Energiefonds	80,50	84,17	83,85
DWS Provesta	84,95	80,87	80,50
DWS Rohstoff Fds	77,36	75,72	75,94
DWS Technologie Fds.	96,75	84,63	83,72
Fondak	75,49	71,81	71,42
Fondiran:	78,97	75,67	76,42
Fondis	64,84	61,75	61,12
Fondra	114,71	109,25	108,57
FT Accumo	140,64	136,54	136,25
FT Am Dynamik	22,57	20,47	20,40
FT Frankf. Eff. F	146,85	139,49	138,67
FT Interspezial I	29,31	25,90	25,77
FT Interspezial II	33,03	30,22	30,00
FT Interzins	43,74	42,47	42,77
FT Nippon Dynamik	97,76	89,63	89,02
FT Re-Spezial	174,26	184,55	184,12
Gerling Dynamik	71,43	68,55	67,77
Gerling Rendite	57,62	55,94	55,92
GKD-Fonds	77,45	74,48	74,27
Gothaparent	96,51	93,16	93,10
Grundbesitz-Invest.	75,60	71,92	71,92
Grundwert-Fonds	135,87	128,79	128,79
Hbg.-M. Rentenfonds	56,69	54,51	54,47
Hansainternational	53,63	48,92	48,77
Hansarenta	50,18	48,48	48,46
Hansasecur	69,28	65,98	65,05
Hansazins	51,12	49,39	49,40
Haus-Invest	70,30	66,87	66,87
iii-Fonds Nr. 1	118,40	112,70	112,70
dgl. Nr. 2	77,00	73,20	73,20
Industria	64,57	62,69	62,10
INKA-Global	85,50	81,40	80,70
INKA-Rent	53,70	51,50	51,40
INKA-Re-Invest	138,00	133,90	133,70
Inrenta	70,40	68,47	68,64
Interglobal	156,96	152,39	151,86
Inter-Renta	36,50	35,51	35,44
Intervest	96,90	92,25	91,38
Interkapital	28,40	26,70	26,40
Int. Rentenfonds	81,49	79,50	79,85
Int. Rentenfonds K	73,08	71,65	71,92
Investa	71,50	68,05	67,72
Investors Fds	14,99	13,93	13,77
Ivorafonds	64,30	58,83	58,41
Japan-Pazifik-Fds.	74,70	72,57	72,50
Kapitalf. Spezial	144,37	133,54	132,39
Magdeb. W.-Fd. DIT	86,50	82,38	82,45
Medico-Invest	119,41	111,60	110,53
Merkur I	29,05	29,05	29,05
NB Rent	58,09	56,39	56,53
Nordcumula	77,39	75,14	74,39
Nordrenta Int.	50,88	49,40	49,20
Nordstern-F. RK	52,52	50,73	50,63
Nürnberger Rentenfds	50,90	48,93	48,76
Oppenh. Int. Rent.	104,34	101,29	101,20
Oppenh. Priva-Rent	116,30	112,90	112,72
Oppenheim-Privat	58,83	56,02	55,53
Oppenheim-Spez. I	126,95	123,24	125,02
Oppenheim-Spez. II	97,48	92,84	91,44
Plusfonds	80,87	77,02	76,46
Privatfonds	70,30	66,91	66,34
Re-Inrenta	167,90	165,77	163,51
Renditdeka	36,76	35,20	35,12
Rentak	167,42	159,05	158,88
Rentex	112,87	109,43	109,30
Rentensparfonds	59,15	57,41	57,41
Ring Aktien-Fds. DWS	49,80	47,53	47,22
Ring Renten-Fds. DWS	48,65	46,46	46,44
Säkular-U-Fonds	168,58	163,67	162,52
SMH-Rentenfonds	50,24	48,78	48,79
Südinvest I	63,27	60,26	59,80
dgl. II	75,51	71,91	71,48
dgl. III	26,00	25,24	25,23
dgl. IV	81,19	78,07	77,63
Thesaurent	65,91	64,30	64,64
Thesaurus	248,38	242,32	240,42
Transatlanta	30,25	29,38	29,53
Unifonds	32,50	31,94	31,77
Uniglobal	95,70	91,09	90,57
Unikapital	85,65	83,55	83,49
Unirak	88,35	84,13	83,65
Univenta	59,10	57,87	57,76
Unispezial I	–	62,18	62,52
Universal-Eff.-F.	94,79	92,93	92,93
Unizins	110,40	107,17	107,12
Verm.-Aufbau-F	125,99	119,99	119,86
Verm.-Ertrag-F	100,69	96,82	97,05
VICTORIA Rent-Adrg	72,54	69,89	69,86

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	35,40	33,40	32,90
Bond Valor DM	106,64	104,67	104,59
Convert Fund A DM	–	32,10	32,10
Convert Fund B DM	–	96,10	96,10
CS Money Market DM	1105,00	1104,99	1104,74
Eurinvest DM	95,70	91,38	90,60
Eurunion DM	186,69	177,05	170,25
Formular Sel. DM	82,81	77,43	77,43
GT Inv. Fund DM	63,00	59,60	58,90
Interspar DM	unerh.	unerh.	unerh.
Japan Sel. DM	400,65	374,60	374,60
Uraco DM	70,70	68,55	unerh.
Amerika-Valor sfr.	458,75	443,75	437,75
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	unerh.
Automation sfr.	123,00	114,50	121,50
Bond-Invest sfr	65,00	65,50	63,50
Bond Valor Yen	10521,00	10327,00	10332,00
Bond Valor $	120,54	118,29	118,31
Bond Valor sfr	105,15	103,20	103,15
Bond Valor Ster.	95,21	93,43	94,97
CSF-Bonds sfr.	80,25	77,50	77,50
CS Gold Valor $	113,12	111,01	112,49
CS Money Market $	1178,29	1178,28	1177,93
CS Money Market Ster.	1152,09	1152,08	1151,49
CS Money Market Yen	104938,0	104937,0	104915,0
Convert Valor sfr	134,60	132,10	131,90
Convert Valor $	148,23	145,46	145,14
Dreyfus $*	17,63	16,15	13,66
Dreyfus Internat. $*	51,80	48,69	48,56
Dreyfus Intercont. $*	49,21	46,26	46,26
Dreyfus Leverage $*	17,65	16,13	16,00
Energie-Valor DM	178,50	169,52	169,30
Europa Valor sfr	202,00	192,50	191,25
Fonsa sfr	206,00	201,00	199,50
Founders Growth $*	9,46	9,46	9,38
Founders Mutual $*	8,55	8,55	8,53
Goldmines Intl.	–	202,00	200,00
Intercont. Tr. sfr.	–	327,25	321,75
Interswiss sfr	174,50	168,50	168,50
Intervalor sfr	82,25	79,25	78,00
Japan Portfolio sfr.	1423,75	1376,75	1374,00
Kemper Growth $*	11,09	10,15	10,98
Pacific-Valor sfr.	193,75	182,00	179,00
Pharmafonds sfr	332,00	309,50	308,50
Pioneer Fond $*	26,11	25,39	25,77
dgl. II $*	19,99	18,29	18,20
Schweizeraktien sfr.	517,75	490,75	482,75
Siat-Imm. sfr.	1760,00B	1750,00G	1745,00G
Siat 63 sfr.	1360,00B	1350,00G	1350,00G
Swissimmob. N.S. sfr	2645,00	2575,00	2525,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1360,00	1295,00	1295,00
Swissvalor sfr.	437,50	424,75	419,25
Technology $*	12,32	11,27	11,18
Technogrowth Fd.	97,81	92,28	92,28
Templeton Growth $*	13,97	12,78	12,76
Universal B.S. sfr.	80,25	77,75	77,50
Universal Fund sfr.	119,75	116,30	114,57
Ussec	747,00	711,00	710,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr)

Optionshandel

Frankfurt: 25. 11. 1986
1812 Optionen = 94 350 (101 350) Aktien,
davon 196 Verkaufoptionen = 9900 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 1-280/50B, 300/28; 320/10; 4-300/40; 320/24; 340/15; 380/12B; 7-320/32B; 340/27B; 340/45B, 360/22B; 380/15B; **Agiv** 1-460/10G; **BASF** 1-260/19; 270/15, 280/9,6; 290/4G, 4-280/17,5, 300/11, 320/6; 340/4G, 7-260/32; 280/20G; 300/12,6; 320/6,5; **Bayer** 1-280/30B, 290/18; 300/14; 4-280/39; 300/25; 320/15; 340/8; 7-300/35; 320/24; 340/10; 360/7,7; **BBC** 4-300/10G; 7-300/25B; **BHF** 1-500/40G; 550/13G; 4-550/25G; **Bay. Hypo** 1-600/21; 4-600/30G; 650/12G; 7-600/42G, **Babcock** 1-130/20G, 140/10,4; 150/5, 160/3, 4-130/22G; 140/13; 150/10; 160/6G; 7-140/20; 150/15; 160/10, **BMW** 1-464,50/136G, 550/58; 4-550/60G; 600/45, 650/20, 700/12, 7-550/70G, 650/26,1G; **Bay. Vereinsbk.** 1-550/15; 600/5,6B; 4-550/30B; 600/15G; **Daimler** 1-1300/50; 1400/17,9, 1500/7; 4-1100/250G; 1200/160B; 1300/108; 1400/48B; 1500/30G, 1600/16B; 7-1200/230B; 1300/110B; 1400/75B, 1500/48B; **Daimler cum BA** 1-1300/187G; 1385,50/112G; 1400/100G; **Dt. Babcock St.** 1-200/18B; 220/6; 4-200/22G; 220/15G; 7-200/30B; 220/20B; 240/14G; **Dt. Babcock Vz.** 4-200/12G; **Deutsche Bk.** 1-750/91,9; 800/48; 850/20; 4-750/115G; 800/71; 850/50; 900/30; 950/20; 7-800/85, 850/60; 900/50; **Degussa** 1-500/9B; 4-550/12,9G; 7-500/20G; **Dresdner Bk.** 1-380/42, 400/25; 420/12; 4-380/54B, 400/52; 420/36,4; [illegible]

Verkaufoptionen: [illegible]

Devisenmärkte

[illegible] ... gewisse Schwächeneigung gesetzt zu den Vortagen ... Nach der Notiz von 2,088 fiel der Kurs auf 2,0[illegible] zurück. Der Auftragseingang für langlebige Wirtschaftsgüter in den USA enttäuschte mit einem Minus von 6 Prozent ganz ... Spekulationen auf weitere Zinsreduktionen ... Der schwächere Dollar ... Schwach lag vor allem ... Pfund, der Kanadische Dollar und die Norwegische Krone ... Amsterdam 2,271, Brüssel 47,7625, Paris ... Wien 14,142, Zürich 1,6762, ... Pfund/Dollar 1,4768, Pfund/DM 2,956 [illegible]

Devisen und Sorten

25.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs	Sorten Ankauf	Sorten Verkauf
New York	3,50	2,0046	2,0129	2,0275	1,96	2,06
London	11,0	[illegible]	[illegible]	2,797	2,79	2,93
Dublin	[illegible]	2,715	2,730	2,56	2,65	2,75
Montreal	[illegible]	1,4438	1,4545	1,456	1,40	1,50
Amsterdam	4,50	88,375	88,595	[illegible]	87,50	89,25
Zürich	4,00	119,50	119,90	[illegible]	118,25	121,00
Brüssel	8,00	4,801	4,821	[illegible]	4,68	4,86
Paris	[illegible]	30,475	30,635	[illegible]	[illegible]	31,30
Kopenh.	7,00	25,45	25,55	[illegible]	25,50	27,25
Oslo	[illegible]	26,415	26,545	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Stockh.	[illegible]	28,85	[illegible]	28,565	[illegible]	[illegible]
Mailand**	[illegible]	1,42	[illegible]	1,4215	1,405	[illegible]
Wien	4,00	14,182	[illegible]	[illegible]	14,10	14,37
Madrid	8,00	1,48	[illegible]	1,455	1,45	[illegible]
Lissabon**	14,5	[illegible]	1,337	[illegible]	0,95	[illegible]
Tokio	3,00	1,2265	[illegible]	1,226	[illegible]	[illegible]
Helsinki	9,50	40,56	[illegible]	37,75	39,25	41,25
Belgrad***	–	–	–	–	0,15	0,55
Budap.***	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen**	20,5	1,415	1,472	–	0,90	1,55
Ankara***	–	–	–	–	0,18	0,37
Sydney*	–	[illegible]	1,310	–	[illegible]	1,36
Johannesb.*	10,0	0,876	0,912	–	[illegible]	0,97
Hongkong*	–	25,63	25,91	–	23,25	29,75

Alles in Hundert. [1] Dollar [2] Pfund, [3] 1000 Lire. *Kurse für Tratten 0 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert. ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen

Junge Aktien

[illegible]

Rentenoptionen

Frankfurt: 25. 11. 1986 [illegible]

Wir trauern um

Kurt Schwarzkopf

5. 5. 1905 – 22. 11. 1986

Ilse Schwarzkopf

und alle Angehörigen der Familie Schwarzkopf

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Anstelle zugedachter Blumen oder Kränze bitten wir um eine Spende für den World Wildlife Fund-Deutschland, Konto-Nr. 2000 bei der Commerzbank Frankfurt, BLZ 500 400 00

Hans Ruhfus

* 15. 9. 1913 † 18. 11. 1986

Gesellschafter und langjähriger Geschäftsführer der Firma Fr. Wilh. Ruhfus GmbH + Co.

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter
Fr. Wilh. Ruhfus GmbH + Co.
Druck, Plastikmappen, Außenwerbung, Verlag

4600 Dortmund 1, Hölkerstraße 39

Die Trauerfeier zur Einäscherung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Anstelle zugedachter Kranz- oder Blumenspenden bitten wir um eine Spende an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Postgirokonto Köln 109 289-508, BLZ 370 100 50.

Wir trauern um

Kurt Schwarzkopf

* 5. 5. 1905 † 22. 11. 1986

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Sechs Jahrzehnte hat Kurt Schwarzkopf die Entwicklung unseres Unternehmens geprägt. In den letzten acht Jahren stand er uns als Aufsichtsratsvorsitzender mit Rat und Tat zur Seite.
Wir verlieren eine Unternehmerpersönlichkeit von hohem Rang. Sein Vorbild, das er als Mensch gab, werden wir in unserer Erinnerung bewahren.

Gesellschafter und Aufsichtsrat
Geschäftsführer und Mitarbeiter der
Hans Schwarzkopf GmbH

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.
Anstelle zugedachter Blumen oder Kränze bitten wir um eine Spende für den World Wildlife Fund-Deutschland, Konto-Nr. 2000 bei der Commerzbank Frankfurt, BLZ 500 400 00.

Hans Ruhfus

* 15. 9. 1913 † 18. 11. 1986

Gründer, Gesellschafter und Geschäftsführer der Firma Hellweg-Werbegesellschaft mbH + Co.

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter
Hellweg-Werbegesellschaft mbH + Co.
Außenwerbung

4600 Dortmund 1, Hölkerstraße 39

Die Trauerfeier zur Einäscherung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Anstelle zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Postgirokonto Köln 109 289-508, BLZ 370 100 50.

Wir trauern um

Dr. Walter Wülfing

Seit der Gründung des Zweiten Deutschen Fernsehens hat er sich als langjähriger Vorsitzender des Fernsehrates um den Aufbau und die Weiterentwicklung des ZDF verdient gemacht.

Der Vorsitzende des ZDF-Fernsehrats
Oberbürgermeister Jockel Fuchs

Der Intendant
Prof. Dieter Stolte

Wir trauern um unseren ehemaligen Kollegen

Rolf C. Bohn

* 3. 6. 1912 † 12. 11. 1986

Verlagsvertretungen
DIE WELT/WELT am SONNTAG

Brigitte Weste
Johann Bauer
Georg Dorn
Werner Haack
Uwe Illch
Kay Peleman
Peter Schöttler

Chemieaktien holten auf

Gewinnmitnahmen bremsten den Anstieg

DW. – Auf Basis der in den letzten Tagen kräftig gestiegenen Kurse kam es am Dienstag vermehrt zu Gewinnmitnahmen. Diese haben die Aufwärtsbewegung aber nicht ganz gestoppt. An den Käufen waren neben Ausländern und inländischen Anlegern auch private Bankkunden beteiligt.

Nachdem Chemieaktien wegen der sich in letzter Zeit häufenden Störfälle in der chemischen Industrie vernachlässigt worden waren, sorgte der Bayer-Zwischenbericht dafür, daß auch dieser Sektor von den Anlegern wieder mehr berücksichtigt wurde. Dabei hat Bayer die Favoritenstellung innerhalb der Großchemie gefestigt. Kursdrückende Glattstellungen gab es bei Beiersdorf. Stagnation bei Schering. Aufgeholt haben VW-Aktien. Dabei befestigten sich die Vorzüge um rund 15 DM. Weiter voran kamen Bankaktien, bei denen die freundliche Tendenz durch die wieder einsetzende Zinssenkung untermauert wurde. Vernachlässigt dagegen Montanaktien. Einen empfindlichen Rückschlag erlitt Mannesmann als Folge des jetzt veröffentlichten Zwischenberichts, der für das 1986er Ergebnis nichts Gutes ahnen läßt. Im Hintergrund weiterhin Maschinenbauwerte. Es wird davon ausgegangen, daß die Maschinenbauindustrie weniger von Zukunftsinvestitionen profitieren wird als die Elektrobranche. Hier konnten sich AEG-Aktien weiter befestigen.

Nachbörse: freundlich

DW-Ak.ind.: 279,87 (278,09)
DW-Ums.ind.: 6020 (7428)
Adv.-decline-Zahl: 110 (127)
38-Tg-Linie: 271,22 (271,07)
200-Tg-Linie: 277,46 (277,49)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausland

Amsterdam

	25.11.	24.11.
ACF Holding	66,3	66,3
Aegon	93,5	95,3
Akzo	160,5	161,3
Alg. Bk. Nederl.	559	561
Amev	77,2	77,7
Amro Bank	96,3	96,5
Berkel's Patent	30	31
Bijenkorf	130,5	124,5
Bols Lucas	175	176
Brodero	89	85
Buehrmann	234	233,5
Desseaux	198,5	201
Fokker	62	67,5
Gist Brocades	47,8	48
Océ-v. d. Grinten	473	471
Hagemeijer	72,5	72,8
Heineken Bierbr.	177,7	178
KLM	46,1	46,2
Hoogovens Kon.	45,3	46,5
Nationale Ned.	80,7	80,8
Ned. Lloyd Groep	181,5	183,5
Ommeren van	36,5	36,7
Pakhoed	74,3	75
Philips	47,6	47,9
Rijn-Schelde	3,9	3,9
Robeco	93,4	93,3
Rolinco	84,1	83,9
Rorento	49,8	49,8
Royal Dutch	207,7	210
Credit Lyonnais Bk.N	88,5	89
Unilever	504,5	504,8
Ver. Masch.	27,6	27,8
Volker Stevin	27,4	27
Index: ANP/CBS	268,10	269,70

Brüssel

	25.11.	24.11.
Arbed	2045	2050
Brux. Lambert	3780	3735
Cockerill Ougrée	137	141
Ebes	4760	4700
Gevaert	6100	6080
Kredietbank	–	–
Petrofina	9440	9400
Soc. Gén. d. Belg.	3225	3250
Sofina	11900	11825
Solvay	8590	8560
UCB	8750	8870
Index	3982,59	3969,38

Hongkong

	25.11.	24.11.
China Light + P.	20,7	20,2
Hongkong Land	6,4	6,3
Hongk. + Sh. Bk.	8,25	8,25
Hongk. Teleph.	14,8	14,8
Hutch. Whampoa	43,25	42,5
Jard Matheson	21,6	21,7
Swire Pac. + A +	17,8	17,7

Kopenhagen

	25.11.	24.11.
Den Danske Bank	286	288
Jyske Bank	460	465
Kopenh. Handelsbk.	243	245
Novo Industri	–	–
Privatbanken	231	234
Ostasiat. Komp.	165	160
Dan. Sukkerfabr.	340	340
For. Bryggerier St.	1020	1020
Kgl. Porc. Fabr.	300	300

London

	24.11.	21.11.
All. Lyons	316	308
Anglo Am. Corp.$	14,125	14,875
Anglo Am. Gold $	6,9	7,2
Avis Europe	231	232
Babcock Int.	164	163,5
Barclays Bank	482	468
Beecham Group	423	421
Bowater	325	325
B.A.T. Industries	458	455
Bowthorpe Hldgs.	535	534
BLOC Int.	331	332
British Petroleum	700	689
British Aerospace	490	485
British Telecom	196	192
Britoil	160	160
BTR	280	285
Burmah Oil	348,5	344,5
Cable Wireless	330	322
Cadbury Schweppes	179	181
Charter Cons.	284	285
Cons. Gold. Fields	658	673
Cons. Murchison	187,5	187,5
Courtaulds	324	324
De Beers $	7,3	7,43
Distillers	678	678
Driefontein $	14,69	15,56
General Electric	182	177
Guinness	325	325
Hawker Siddeley	416	420
ICI	1060	1052
Lloyds Bank	432	423
Lonrho	236	236
Marks & Spencer	189	188
Midland Bank	557	548
Nat. Westminster	495	492
Plessey	170	166
Reckitt & Colman	805	797
Rio Tinto-Zinc	675	673
Rover Group PLC	38	39
Rustenburg Plat.$	9,23	9,95
Shell Transp.	969	957
Thorn Emi	474	469
TI Group	446	442
Trusthouse Forte	170	169
Unilever	2040	2035
Unitech	201	201
Vickers	379	376
Woolworth	665	648
Financial Times	1282,60	1273,40

Luxemburg

	25.11.	24.11.
ARBED	2040	2074
Arico	118	115
Audiofina	5610	5680
Bque. Gen. du Lux.	16200	16200
Bque. Int. du Lux.	14900	14900
Belgo Mineira St.	0,1	0,11
Cegedel	3270	3260
Kredietbank Lux.	18150	18400
PAN Holding	10775	10775
SCI Techn.	630	630
SEO	806	806

Madrid

	25.11.	24.11.
Banco de Bilbao	1129	1121
Banco Central	860	860
Banco Popular	1305	1295
Banco de Santander	875	870
Banco de Vizcaya	1451	1470
Citroën España	755	760
Const. Aux. Ferro	160	–
Cros	131,5	138,5
Cubiertas	–	540
Dragados	–	411
Duro Felguera	395	410
El Aguila	275	260
Esp. del Zink	–	285
Esp. Petróleos	322,5	–
Unión Fénix	1730	–
Fecsa	74	78
Hidroelectr. Esp.	104,5	108,5
Iberduero	146	153,75
Macosa	–	–
Papelera	–	221
Seda de Barcelona	364	–
Sevillana de El.	110	112,75
Telefónica	166	165
Unión Eléctrica	94,25	97,75
Explosivos RT	276	230
Urbis	424,5	428
Vallehermoso	318	–
Index	185,68	187,58

Mailand

	25.11.	24.11.
Bastogi	715	705
Benetton Group	16500	16000
Dalmine	435	425
Farmitalia C. Erba	10795	10890
Fiat	14090	15700
Fiat Vz.	7700	7480
Gemina	2774	2750
Generali	130900	128600
IFI Vz.	28300	27500
Italcementi	73400	73600
Lloyd Adriatico	22000	21000
Magneti Marelli	4840	4735
Mediobanca	245400	242000
Mondadori A.	11570	11405
Montedison	3010	2970
Mira Lanza	38750	37200
Banco Ambrosiano	3565	3555
Olivetti Vz.	7600	7500
dgl. St.	13850	13600
Pirelli SpA	5000	4999
La Rinascente	993	975
RAS	61900	60200
SAI Risp.	–	31700
SIP	2757	2691
Snia BPD	4870	4830
STET	–	5015
Index	–	715,25

New York

Ortszeit: 18.00 h	25.11.	24.11.
Adv. Micro Dev.	15,75	15,875
Aetna Life	57,125	57,125
Alcan Aluminium	31,375	31,5
Alcoa ¤	35,625	35,75
Allied Signal ¤	41,25	41
Allis-Chalmers	2,75	2,875
AMR Corp	58,125	57,875
Amax	12,375	12,375
Amerada Hess Corp.	22,25	22,5
Am. Brands	43,75	43,875
Am. Can. ¤	86,125	86,625
Am. Cyanamid	81,875	81,125
Am. Express ¤	57,5	57,75
Am. Home Prod.	77,75	78
Am. Motors	3,125	3,125
Am. Tel. & Telegr. ¤	27,125	27,125
Ameritech	131,875	131,875
Amoco Corp.	67,5	68
Anchor Hocking	30,375	29,625
Armco Inc.	4,875	4,75
Asarco	15	14,875
Atlantic Richfield	59,875	60,625
Avon Products	29,875	29,625
Bally	21,375	21
Bk. of America	15,625	15,5
Bell Atlantic	69,75	69,375
Bell Howell	38	37,75
Bethlehem Steel ¤	5,25	5,25
Black & Decker	16,625	16,625
Boeing	51,5	51,625
Borg-Warner	36,5	35,375
Bristol-Myers	79,5	79,625
Brunswick	31,25	31,375
Burlington Ind.	39,75	39,75
Burroughs	–	80,75
Campbell Soup	59,875	59,875
Capitol Cities Corp.	273,5	274,5
Caterpillar	39,75	39,75
CBS	135,25	134,25
Celanese	240,625	240,375
Centronics	5	5,125
Chase Manhattan	36,75	36,75
Chevron ¤	46,75	47,375
Chrysler	39,125	38,625
Citicorp	51,625	51,5
Clorox	50,625	50,375
Coca-Cola	35,75	35,875
Colgate	40,5	40,25
Commodore	9	8,875
Comwth. Edison	34,25	34,25
Comm. Satellite	29	29,25
Control Data	25,5	25,5
CPC Int.	75,5	76
Curtiss Wright	–	53,25
CSX	29,125	29,125
Deere	23,625	23,625
Delta Airlines	49	49,125
Digital Equipm.	105,625	105,75
Dow Chemical	59,75	59
Du Pont ¤	90,125	90
Eastern Gas-Fuel	30,25	30,25
Eastman Kodak ¤	68,25	68,625
Enron	40,5	41
Exxon Corp. ¤	69	69,75
First Chicago	31,625	31,75
Firestone	27,5	27,625
Fluor Corp.	12,125	12,125
Ford Motor	59,375	59,5
Foster Wheeler	12,5	12,375
GAF Corp.	40	39,5
General Dynamics	73	72,875
General Electric ¤	82	80,875
General Instrument	17,5	17,375
General Motors ¤	74	73,75
Gillette	46,625	45,625
Global Nat. Res.	4,375	4,5
Gen. T. & E.	59,625	59
Goodrich	44,5	44,625
Goodyear Tire ¤	42,625	41,75
Gould	19	18,875
Grace	52	52,125
Greyhound	35	37,875
Grumman	28,125	28
Halliburton	24,375	24,875
Heinz	41,75	41,875
Hercules	57,375	56,875
Hewlett Packard	44,125	44,125
Homestake Mining	25	25
Honeywell	68,625	68,875
IBM ¤	124,625	124,625
Inco Ltd. ¤	12,5	12,5
Inland Steel	19,25	19,5
Insp. Resources Corp.	4,5	4,375
Int. Tel. & Tel.	55	54,625
Int. Paper ¤	75,375	75,5
Jim Walter	47,625	47,375
Kaiser Aluminium	15,375	15,5
Kerr McGee	29,125	29,375
Lehmann	15,875	15,75
Litton Industries	80,75	80,5
Lockheed Corp.	51,25	50,25
Loew's Corp.	62,375	62,625
Lone Star	31,625	31,75
Louisiana Land	27,875	27,875
LTV Corp.	1,875	1,75
McDermott A	21	21,25
McDonald's ¤	64,125	64,375
McDonnell Doug.	79,75	79,5
Merck & Co. ¤	110,75	111,125
Merrill Lynch	38,5	38,75
Mesa Petroleum	3,625	3,75
Minnesota M. ¤	113,25	112,5
Mobil Oil	38,875	39,75
Monsanto	78,25	78
Morgan J.P.	85	84,5
Nat. Distillers	44,875	44,75
Nat. Semiconductor	11,375	11,375
Nat. Intergroup	14,875	15
Navistar Int. Corp. ¤	5,75	5,875
NCR	47,75	46,875
Newmont	59,375	58,75
Owens Ill. ¤	46,875	45,25
PanAm World	5,375	5,5
Pfizer	62,5	62,5
Philip Morris ¤	71,125	70,75
Phillips Petroleum	10,75	11
Pittston	11,625	11,625
Polaroid	70,75	71,125
Prime Computer	17,25	17,5
Procter & Gamble ¤	77,25	78
Revlon	12,375	12,75
Reynolds Ind.	49,75	50,25
Rockwell Int.	45,625	45,625
Rorer Group	41,75	41,75
Salomon Inc.	41,375	41,875
Schlumberger	32,125	32,625
Sears, Roebuck ¤	43,625	43,75
Singer	40,125	40,125
Stand. Oil Calif.	46,625	47,375
Storage Techn.	2,75	2,75
Tandem	37,5	37,75
Tandy	42,5	42,625
Teledyne	319,5	319,875
Telex Corp.	66,75	65,625
Tesoro	10,75	10,75
Texaco ¤	34,375	34,75
Texas Air	36	35,625
Texas Instrum.	119,125	120
Tosco	2,125	2,25
Trans World Corp.	37,25	37
Transamerica	34,875	35,25
Travellers	44,75	45
Turner Broadcast.	13,25	13,625
UAL	58,25	58
Uccel Corp.	24,875	24,875
Union Carbide ¤	22,625	22,5
Union Oil of Calif.	25,75	26,25
US Gypsum	47,125	41,75
USX Corp. ¤	19,75	20,25
United Technolog. ¤	44,75	45
Walt Disney	43,75	43,75
Warner Comm.	22,375	22,25
Westinghouse El. ¤	59,125	59,125
Weyerhaeuser	39,75	40,125
Whittaker	30,75	30,75
Woolworth ¤	43,5	43
Wrigley	48,125	49
Xerox	59,5	59,75
Zenith Radio	21,125	21,25
Dow Jones Index	1904,81	1906,07
Stand. & Poor's	246,79	247,45

¤ = Berechnung Dow Jones Index
Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	25.11.	24.11.
Bergen Bank		199,5
Den Norske Cred.	Werte	186,5
Elkem	lagen	103,5
Kreditkassen	bei	271
Norsk Data	Red.-	711
Norsk Hydro	Schluß	154,5
Orkla/Borregaard	nicht	405
Storebrand	vor	512
OSE Ind. Index	–	–

Paris

	25.11.	24.11.
Air Liquide	670	673
Alsthom Atlant.	518	514,9
Beghin-Say	523	510
BSN-Gerv.-Danone	4295	4290
Carrefour	3665	3735
Comp. du Midi	1650	1640
Club Méditerranée	664	657
CSF Thomson	1610	1607
Elf-Aquitaine	308,5	310
France Petrol B	425	425
Hachette	2944	2955
Imetal	73	68
Lafarge	1391	1380
Lafayette	960	970
Locafrance	722	720
L'Oréal	3850	3850
Machines Bull	46	47,8
Michelin	2490	2490
Moët-Hennessy	2450	2459
Moulinex	80,45	75
Penarroya	–	–
Pernod-Ricard	1046	1055
Perrier (Source)	838	845
Peugeot-Citroën	1155	1159
Printemps	557	562
Radio Techn.	930	935
Redoute à Roubaix	2316	2315
Schneider	680	661
Sommer Allibert	1380	1380
Index: INSEE	150,20	148,90

Singapur

	25.11.	24.11.
Cycle + Car.	2,21	2,14
Cold Storage	3,6	3,44
Dev. Bk. of Sing.	9	8,6
Fraser + Neave	9,25	9,1
KL Kepong	2,31	2,25
Mal. Banking	5,15	4,9
Nat. Iron	4,28	4,18
OCBC	8,95	8,7
Sime Darby	1,83	1,74
Singapur Land	5,15	5
Un. Overs. Bank	4,42	4,34

Sydney

	25.11.	24.11.
ACI	4,03	4,03
Ampol Explor	2,85	2,8
Westpacific Banking	4,65	4,6
Bougainville Copper	2,9	2,85
Bridge Oil	0,68	0,68
Brok. Hill Prop.	8,3	8,24
Coles	5,8	5,6
CRA	6,8	6,56
CSR (Theiss)	2,88	2,85
Metals Expl.	0,76	0,85
MIM-Holdings	2,28	2,27
North Broken Hill	2,6	2,58
Oakbridge	0,55	0,55
Peko Wallsend	6,3	6,16
Poseidon	5,5e	5,2
Thomas Nat. Tr.	3,8	3,78
Waltons Bond	0,31	0,33
Western Mining	4,6	4,47
Woodside Petr.	1,3	1,28
Index	1350,80	1337,60

Johannesburg

	25.11.	24.11.
Abercom Inv.		2,75
AE & CI Ltd.	Werte	–
Barlow Rand	lagen	18,75
De Beers	bei	33,5
Gold Fields	Red.-	59
Highveld Steel	Schluß	–
Kloof Gold Min.	nicht	31
Rembrandt	vor	79,5
Rustenburg Platinum		42,5
Sasol		–
Vaal Reefs		354
RDM Gold Index	–	1717,00
RDM Ind. Index	–	1493,20

Stockholm

	25.11.	24.11.
AGA AB	195	198
Alfa-Laval AB Ser. B	307	312
ASEA Fria	353	355
Atlas Copco AB	178	179
Electrolux AB Ser. B	329	329
Ericsson Ser. B	229	229
Saab-Scania AB	730	–
Sandvik AB	150	152
SKF B	353	357
Volvo B Fria	371	370
J & P Ind. Index	2500,24	2515,52

Tokio

	25.11.	24.11.
Alps	2130	Börse geschlossen
Bank of Tokyo	650	
Banyu Pharma	975	
Bridgestone Corp	685	
Canon	1130	
Daiichi Kogyo	705	
Daiwa Sec.	1600	
Daiwa House	1870	
Eisai	1870	
Fuji Bank	1700	
Fuji Photo	3270	
Hitachi	1000	
Honda	1260	
Ikegai Iron	304	
Jujo Paper	420	
Kansai El. P.	3300	
Kao Soap	1600	
Kirin Brewery	1450	
Komatsu	490	
Kubota Iron	363	
Matsushita El. Ind.	1880	
Matsushita El. Wks.	1700	
Minolta Camera	720	
Mitsubishi El.	457	
Mitsubishi H. I.	441	
Nikko Sec.	1400	
Nippon Oil	1120	
Nippon St.	156	
Nomura Sec.	2900	
Pioneer	2390	
Ricoh	955	
Sankyo	1460	
Sanyo Electric	398	
Sharp	995	
Sony	3630	
Sumitomo Bank	2020	
Sumitomo Marine	915	
Takeda Chem.	2300	
Teijin	669	
Tokio Marine	1620	
Tokyo El. Power	7560	
Toray	593	
Toyota Motor	1952	
Index	1457,83	–

Toronto

Ortszeit: 18.00 h	25.11.	24.11.
Abitibi Price	27,75	28
Alcan Alu.	43,25	42,5
Bk. of Montreal	33,375	33,125
Bk. of Nova Scotia	16,5	16,75
Bell Cda Enterprises	37,25	37
Bow Valley Ind.	13	13
Brenda Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	–	12,625
Cdn. Imperial Bk.	20	20
Cdn. Pacific	15,75	15,625
Cominco	13,375	13,375
Coseka Res.	–	0,7
Denison Mines	6,625	6,625
Dome Petroleum	0,94	0,95
Domtar	–	34,375
Falconbridge Ltd.	17,25	17,375
Great Lakes Forest	31,25	29,25
Gulf Canada	13,125	13,25
Gulfstream Res.	0,6	0,6
Hudson Bay Mng	6,25	6,25
Husky Oil	9,625	9,75
Imperial Oil -A-	47	47,625
Inco	17,375	17,25
Inter City Gas Ltd.	14,5	14,5
Interprov. Pipeline	–	39,125
Kerr Addison	–	15,75
Lac Minerals	27	27,125
Marcor Resources	–	1,2
Moore Corp	28,875	–
Noranda Mines	20,625	20,625
Norcen Energy Res	14,5	14,375
Northgate Expl	5,625	5,75
Northern Telecom.	44,375	44,625
Nova An Alberta 'A'	6,125	6
Nu West Group	0,55	0,55
Oakwood Petrol	–	2,25
Placer Development	29,875	29,875
Provigo Inc.	–	17,875
Ranger Oil	6,5	6,5
Revenue Properties	–	3
Rio Algom	20,25	20,375
Royal Bk. of Can.	33,125	33
Seagram	87	87,5
Shell Canada	25,5	25,5
Sherritt Gordon	6,125	6,125
Stelco -A-	19,875	19,875
TransCdn. Pipelines	16,25	16,625
Varity Corp	2,65	2,7
Westcoast Transm.	13,125	13,125
Index: TSE 300	3030,56	3023,90

Wien

	25.11.	24.11.
Creditanst.-Bkv Vz.	2250	2230
Gösser-Brauerei	3350	3330
Länderbank Vz.	–	2250
Lenzing	955	948
Linz Textil	5515	5515
Österr. Brau	3210	3200
Perlmooser Zement	620	600
Reininghaus	855	875
Schwechater Br	1770	1790
Semperit	185	194
Steyr-Daimler-P.	158	158
Steyrermühl Papier	3170	3170
Universale Hoch	254	245
Veitscher Magnesit	1080	1085
Index	–	273,90

Zürich

	25.11.	24.11.
Alusuisse	560	565
dgl. NA	185	185
Bank Leu	4025	3950
Brown Boveri	1810	1850
Ciba Geigy Inh	3500	3550
Ciba Geigy Part.	2600	2550
Elektrowatt	3370	3340
Georg Fischer Inh	1800	1810
Mag. Globus Part	1850	1850
H. La Roche 1/10	11800	12050
Holderbank	4275	4270
Italo-Suisse	356	338
Jacobs Suchard Inh.	8775	8770
Jelmoli	4300	4375
Landis Gyr	1870	1840
Mövenpick Inh.	6700	–
Motor Columbus	1770	1900
Nestle Inh.	9625	9800
Oerlikon-Bührle	1540	1560
Sandoz NA	3760	3910
Sandoz Inh.	9775	9900
Sandoz Part.	1575	1570
Saurer Nam.	79	65
An. A. Saurer	135	175
Schw. Bankges.	6060	6070
Schw. Bankverein	570	558
Schw. Kredit. A. Inh	3730	3800
Schw. Rückv. Inh	19150	[illegible]
Schw. Volksb. Inh.	2685	2670
Sika -B-	3650	3550
Gebr. Sulzer Part	590	569
Swissair	1350	1340
dgl. NA	1140	1110
Winterthur Inh.	7350	7350
Winterthur Part	1275	1270
Zür. Vers. Inh.	8525	8400
Index: Schw. Bankv.	675,30	675,90

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM. **abweichende Stückelung. Kursive Pos = Freiverkehr. Kurse ohne Gewähr

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros: Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 585, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

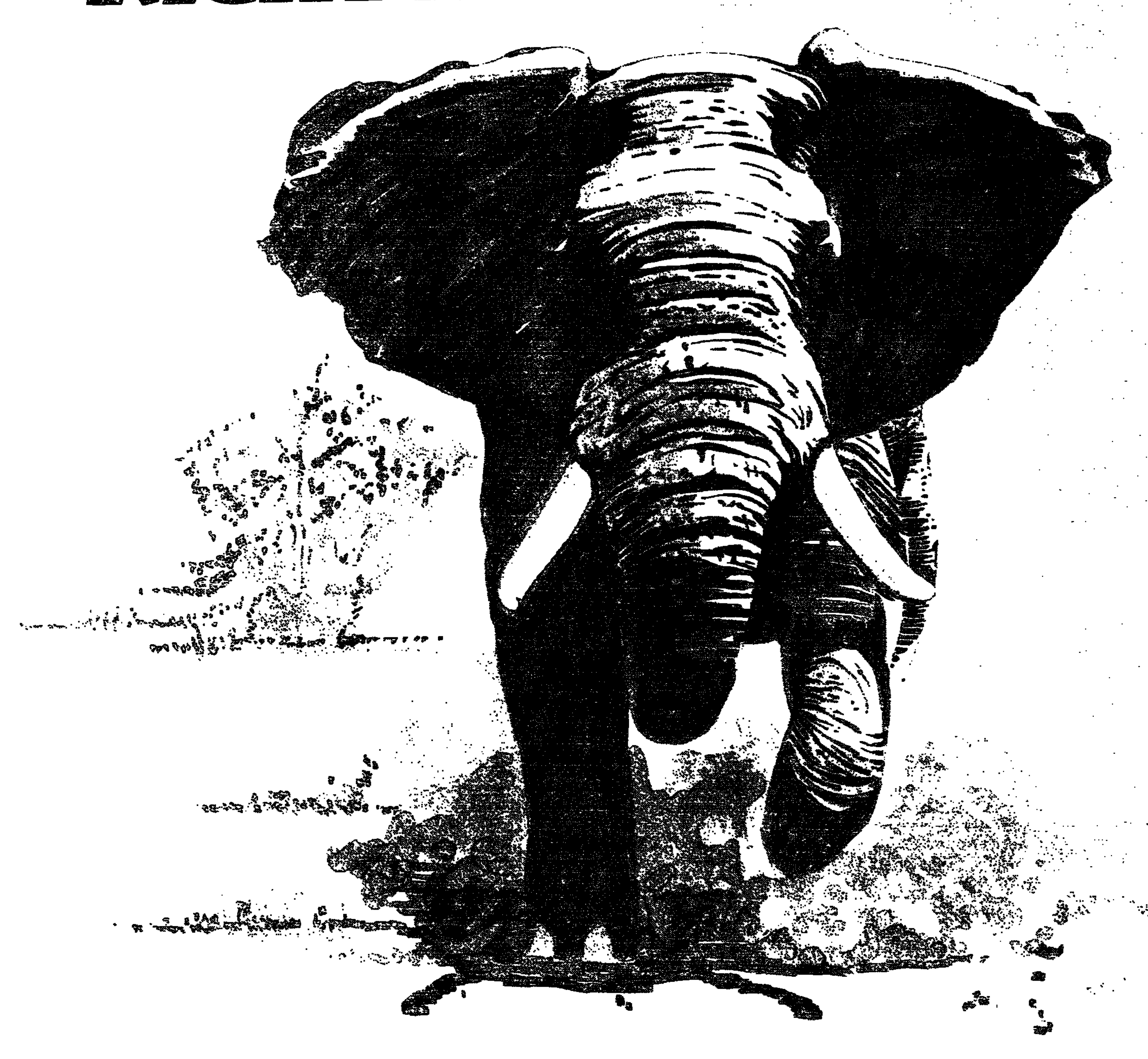
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

RENNEN SIE NICHT MIT DER HERDE...



MACHEN SIE SICH IHR EIGENES BILD VON SÜDAFRIKA.

Warum wollen Sie sich das Recht vorenthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort sein – mit einem Dutzend oder mehr internationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber anstecken und von Städten faszinieren, die auf Gold und Diamanten gegründet wurden. Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Veränderungen, die in Südafrika vor sich gehen, angenehm überrascht sein. Allein dies zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den günstigen Wechselkurs von ganz besonderem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum, dieses wunderschöne Land zu erleben, und lassen Sie sich von seinem Zauber gefangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber, was Südafrika dem Besucher zu bieten hat, finden Sie in dem neuen SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

DW 26/11

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name ____________________

Adresse ____________________

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.

Schicksal einer Lesung

A.W. – Kaum möchte man glauben, daß es so etwas noch gibt: daß es radikalen Demagogen heute noch gelingen kann, durch Mobilisierung der Straße eine ganz normale Autorenlesung in der angesehenen Buchhandlung einer gediegenen deutschen Stadt zu verhindern. Aber genau das ist passiert, und *zwar mitten in Bonn*.

Dort wollte die Schriftstellerin Sigrid Hunke zum Buß- und Bettag in der Buchhandlung Röhrscheid aus ihrem neuen Buch „Tod, was ist dein Sinn?" lesen. Einem linken Studentenpfarrer ging das gegen den Strich. Statt *seine Einwände* auf der Lesung in der anberaumten Diskussion vorzubringen, organisierte er noch vor der Lesung vor dem Laden eine „Gegenlesung", eine gröhlende Demonstration der Grünen und der DKP, in der die *Autorin beschimpft und dem Buch*händler eingeschmissene Fensterscheiben angedroht wurden. Frau Hunke, so hieß es, sei Ehrenpräsidentin der Deutschen Unitarier und damit, man höre und staune, Aushängeschild einer „völkisch-rassistischen Sekte".

Schade, daß die Verantwortlichen vor dem manifesten Terror schließlich zurückwichen. Sigrid Hunke sagte ihren Lese-Auftritt ab, „um die Buchhandlung vor dem Schlimmsten zu bewahren", und der Buchhändler selbst gab ein dif*fuses, defensiv klingendes State*ment heraus, in dem davon die Rede war, daß Röhrscheid „mitnichten hinter jedem Titel steht, der sich in seinen Regalen befindet, daß Röhrscheid aber auch keinerlei Zensur ausübt".

Als ob es darum gehe! Es geht darum, daß sich hier die Straße eine Zensurfunktion angemaßt hat und *daß man ihr nicht mit* dem notwendigen Nachdruck entgegengetreten ist. Wenn das Schule macht, könnten wir schnell wieder die Zustände von Anfang der siebziger Jahre haben, als politisierende Radikalinskis darüber entschieden, was ins *Buchschaufenster gelegt durfte* und was nicht, wer was lesen durfte und wer zu boykottieren sei. Wehret den (Neu-)Anfängen!

Der Vergangenheit eine Zukunft: Venedigs „Ausbildungszentrum für Handwerker im Denkmalschutz"

Auf der Suche nach verlorenem Wissen

„Renaissancespindeln" steht auf dem Stundenplan der Schmiede. Vier Männer erhitzen Eisen, bis es rot glüht. Dann beginnen ihre Gefährten, es mit schweren Vorschlaghämmern *auf dem Amboß zu formen. Die Män*ner schweigen. Nicht weil sie vier verschiedene Sprachen sprechen, sondern weil der Krach und die Anstrengung zu groß sind. Erst in einer kurzen Pause antwortet einer der Schmiede, ein blonder Elsässer, auf *die Frage, warum er hierher kam.* „Seit zehn Jahren arbeite ich in der Bauhütte des Straßburger Münsters. Unsere Steinmetze suchen vergeblich das Werkzeug, mit dem seit Jahrhunderten der Sandstein der Vogesen bearbeitet wurde. Aber das gibt es nir*gends mehr. Nur hier kann ich lernen,* wie man es herstellt."

Der Ort, an dem Steinmetze, Schmiede, Tischler, Schreiner, Stukkateure und Maler schon fast verlorengegangene Handwerksgeheimnisse von den besten und oft allerletzten Meistern ihres Fachs erlernen können, ist die Insel San Servolo in der Lagune von Venedig. Hier feierte das „Europäische *Ausbildungszentrum* für Handwerker im Denkmalschutz" eben den Beginn seines zehnten Kursjahres.

Das Zentrum wurde elf Jahre nach der Flutkatastrophe, die Venedig am 4. November 1966 zu zerstören droh*te, und zwei Jahre nach dem „Euro*päischen Denkmalschutzjahr" mit dem Motto „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit" von der Stiftung „Pro Venetia Viva" gegründet. Die Initiative des Europarats wird mitgetragen von der Unesco, der Europäi*schen Gemeinschaft* und der Europäischen Kulturstiftung. Ihre Aufgabe ist – neben praktischer Hilfe für Venedig –, Techniken und Traditionen des Handwerks zu erhalten, die unerläßlich für den Denkmalschutz sind.

Das Handwerk, schon fast aufgegeben von der Bauindustrie, lehrt im besten Fall Spezialisierung auf einem *Sektor: Stein. Metalle oder Holz, aber* nicht die übergreifenden Kenntnisse, die die Arbeit an historischen Gebäuden voraussetzt. Auf der Insel San Servolo geht der Schmied beim Tischler, der Steinmetz beim Schreiner, der Stukkateur beim Maler in die Lehre. Alle Handwerker verbringen die Hälfte der 500 Unterrichtsstunden ihres drei Monate dauernden Kursus *mit Theorie, also vor allem* mit Baugeschichte, Stil- und Materialkunde.

Nicht Supertricks werden hier gelehrt, vielmehr wird Verständnis der verschiedenen Berufszweige füreinander und Verantwortung für ihre gemeinsame Aufgabe, unwiederbring*liche Güter zu erhalten, geweckt.* Eine der Grundregeln, die der Direktor des Zentrums, der Architekt Wolfdietrich Elbert, in jedem Kurs wiederholt, heißt: Für jedes Problem im Denkmalschutz, der heute das Konservieren über das Restaurieren stellt, gibt es mindestens drei Lösungen. Wer Hand an ein gotisches Münster, an das Rokokowunder der Wieskirche legen soll, muß be-griffen, er-faßt haben, was seine Vorgänger vor Jahrhunderten schufen und seitdem *ab*handen kam.

Die Schüler – zur Zeit sind es 38 aus acht verschiedenen Ländern, denen Dolmetscher in den vier Unterrichtssprachen Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch helfen – verstehen das sehr schnell. Nur die Auftraggeber, so klagt man hier, begrei*fen es selten. Auch die öffentliche* Hand und leider auch die Denkmalpfleger ziehen oft Firmen vor, die ohne Spezialkenntnisse schnellere und billigere Arbeit versprechen. Wieviel ist dabei schon gepfuscht, wieviel zerstört worden, vor allem durch nicht genügend geprüfte chemische Mittel und Materialien. Darum bietet das Zentrum auch Firmen die Möglichkeit, auf der Insel Materialproben zu machen, die die Schüler genau überprüfen können. Was hier Wind und Regen und den Spezialgiftcocktail der Lagune aus salzhaltiger Feuchtigkeit und Industrieabgasen aushält, dürfte überall überstehen.

Mit den in Straßburg akkreditierten Botschaftern, Vertretern des Europäischen Parlaments, der EG und hohen Funktionären des Denkmal*schutzes vieler Länder waren jetzt* auch ein paar der fast 600 „Ehemaligen" zur Feier auf die Insel gekommen. Sie schwärmten von den harten Pionierjahren, als man noch unter endlosen Schwierigkeiten in drangvoller Enge in Venedig hauste. Erst 1980 hat die Provinz Venedig dem Zentrum die Insel zur Verfügung gestellt, auf der schon im 9. Jahrhundert eine Kirche, später ein Benediktiner*kloster standen. Nach dessen* Säkularisierung wurden hier riesige Gebäude für Geisteskranke errichtet und *vor sieben Jahren verlassen, als ein* übereiltes und verhängnisvolles Gesetz die italienischen Irrenhäuser schloß.

Nur ein Teil der Gebäude zwischen dem verwilderten Park dient heute dem Handwerkszentrum. Ein anderer Teil soll im nächsten Jahr Wissenschaftlern der Universitäten Venedig, Padua und Santa Barbara (Kalifornien) als Forschungszentrum für Umweltverschmutzung dienen. Das würde San Servolo aus seiner „splendid isolation" lösen.

„Natürlich ist Venedig für uns der großartigste Lehrstoff. Aber eigentlich haben wir vor lauter Lehrstoff *kaum Zeit", sagt ein Tischler,* der nach dem Kurs seine Arbeit in den bayrischen Schlössern wieder aufnehmen will. Und er fügt hinzu: „Mir wird ganz übel, wenn ich daran denke, wieviel ich dort vor San Servolo falsch gemacht habe." Der tunesische *Steinmetz neben ihm erzählt,* er wolle sich nach dem Kurs mit der Konservierung römischer Mosaiken beschäftigen.

Das zur Zeit einzige Mädchen, eine hübsche norwegische Schreinerin, will sich zu Hause auf Möbelrestau*rierungen spezialisieren. Die Grenze* zwischen Handwerkern und Restauratoren scheint durchlässig zu werden. Ist das ein Übel? Wohl kaum, wenn die Handwerker aus der Berufs- und Lebensschule von San Servolo kommen. Denn die nimmt nur erfahrene Leute auf, wenn auch kein Land so strenge Bedingungen für ein Stipendium stellt wie die Bundesrepu*blik. Sie gibt nach Italien die meisten* Stipendien pro Jahr, nämlich 20, zu denen Sonderstipendien der verschiedenen Handwerkskammern kommen. Dafür verlangt sie zum Gesellenbrief drei Jahre, zum Meisterbrief ein Jahr Praxis im Denkmalschutz.

„Viel mehr Handwerker sollten und würden diese Chance nutzen, wenn der in vier Jahren ablaufende Vertrag mit der Stiftung von der Provinz Venedig auf lange Frist erweitert würde", sagt der Präsident der Schweizer Bundeskommission für historische Bauten und Ordinarius für Kunstgeschichte in Fribourg, Alfred *Schmid. „Wenn die immer wieder ge*machten Versprechen vor Jahresschluß nicht eingelöst werden, kündige ich", erklärt der Direktor Elbert, und die temperamentvolle Schottin Winifred Ewing, Präsidentin der Kommission für Jugend, Kultur und *Erziehung beim Europäischen Parla*ment, fährt dazwischen: „Wenn Venedig das Europäische Ausbildungszentrum für Handwerker im Denkmal*schutz nicht* genügend zu schätzen weiß, gibt es viele Orte und Länder, die es sofort aufnehmen würden. Edinburgh etwa täte es mit Begeisterung." MONIKA von ZITZEWITZ



Die Beherrschung handwerklicher Traditionen ist unerläßlich für den Denkmalschutz: Hier wird das Kolorieren von Fresken-Malerei geübt
FOTO: DIE WELT

Stockhausen-Uraufführung in Metz: „Evas Zauber"

Flöte, die Verführerin

Licht und Schatten in der Neuen Musik lagen keine drei Stunden auseinander: Kurz nach der Uraufführung von Karlheinz Stockhausens „Evas Zauber" wurde bei den 15. „Internationalen Begegnungen der zeitgenössischen Musik" in Metz ein weiteres Werk aus der Taufe gehoben, dessen erschütternde Armseligkeit ein gnädiges Verschweigen unmöglich macht. Der Komponist heißt Michel Tabachnik, ist gebürtiger Schweizer des Jahrgangs 1942 und hat offenbar versucht, in seinem Werk „Le pacte des Onze" das Ge*samterbe der abendländischen Mu*sikgeschichte zu einem Kolossalgemälde zusammenzufassen.

Heraus kam ein zusammenhangloser, zäher Stil-Mischmasch, der keineswegs dadurch erträglicher wurde, daß Tabachnik zwecks Steigerung der Wirkung gelegentlich das Licht abschalten ließ, so daß die gespenstische Szene nur noch von einigen *Spotscheinwerfern illuminiert wur*de. Es behaupte niemand, dem Publikum fehlte bei Neuer Musik das Gefühl für gut und schlecht: Etwa hundert jugendliche Zuhörer verließen mitten im Stück fluchtartig den Saal.

Womöglich waren sie dieselben, die kurz zuvor Stockhausen begeistert Beifall gespendet hatten. „Evas Zauber" ist der neueste Teil von seinem gigantischen, siebentägigen Musiktheater-Projekt „Licht", ein Teil aus dem Kopfstück dieses ja nicht chronologisch entstehenden Zyklus', aus „Montag". Es geht, ohne daß es eine Erzählhandlung im üblichen *Sinne gäbe, um Zauber, um Magie,* um die unerklärliche Macht der Musik.

Die letzte der sechs Szenen zum Beispiel hat das Paradebeispiel aller musikalischen Verführungskunst, das Thema des Rattenfängers von Ha*meln,* zum Gegenstand: Ein Flötenspieler (wie immer bei Stockhausen: Kathinka Pasveer) lehrt eine Gruppe von Kindern, mit Musik umzugehen und alles nachzuahmen, was sich an Geräuschen ihrer Umgebung ereignet – vom Flötenton bis zur Feuerwehrsirene. Das ist witzig anzusehen, der Kinderchor von Radio Budapest singt exzellent, die Alltagsgeräusche aus dem Computer sind von wirklichem Hundegebell und Hühnergegacker nicht zu unterscheiden.

Wie sensibel sich Stockhausen neue Klangwelten per Computer erschafft, wie perfekt er diese Klänge in der Live-Musik in „Evas Zauber" mischt, das konnte man an anderer Stelle vielleicht noch besser beobachten: Etwa im Duett zwischen Eva (musikalisch repräsentiert vom Bassetthorn der *Suzanne Stephens*) und dem Flötenspieler. Wie die beiden auf pastellfarbenem Computerklang-Hintergrund allmählich zueinandergeführt werden und schließlich körperlich wie musikalisch ineinander verschmelzen – das zählt ungeachtet aller szenischen Mängel, an denen sicher noch zu feilen wäre, zu den großen Momenten des zeitgenössischen *Musiktheaters.*

Kein Avantgarde-Festival dieses Ranges ohne eine Reihe kleinerer Ur- *und Erstaufführungen. Neben vie*lem, was man hörte und wieder vergaß, ist Michael Levinas' Chorstück „Les Réciproques" besonders zu erwähnen: Der Chor hat nicht normal zu singen, sondern erzeugt stattdessen alle möglichen Arten von Schnarr-Geräuschen. *Levinas* macht das nicht ungeschickt, er stieß auf völlig neue Klangfarben und offenbarte dem Hörer eine ungeahnt reichhaltige Palette von Schnarrmöglichkeiten. Keine Frage allerdings, daß sich dieser Klangeinfall doch recht schnell verbrauchte und daß solche Werke auf einer anderen Niveau-Ebene rangieren als „Evas Zauber".

Wenn überhaupt jemand Stockhausen kompositorisch annähernd gewachsen war, dann am ehesten die beiden Altmeister Mauricio Kagel und Steve Reich, denen je ein eigenes Konzert gewidmet war. Reichs Minimal Music hat in Stücken wie „The desert music" eine härtere Gangart eingeschlagen, es zählen wieder die Einzelereignisse statt nur die glattpolierte schöne Klangoberfläche.

Und was Kagels Perkussions-Stück „Dressur" angeht, das ausschließlich mit Holzklängen arbeitet und dessen Filmfassung in Metz uraufgeführt wurde: Da werden nun wirklich sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft, mit Holz Musik zu machen. Nicht, daß musikalisch immer sehr viel passieren würde, aber hier *zeigt ein bedeutender Komponist,* wie unendlich differenziert man mit Geräuschen umgehen kann. Den Klangunterschied zwischen einem Stab und einem Stuhl, die beide auf den Boden gerammt werden – den kann man bei Kagel auf faszinierende *Weise hören lernen.*

STEPHAN HOFFMANN

Amsterdams Oper spielt Zemlinskys „Kreidekreis"

Hamburger Exportware

Die Situation in Amsterdam ist ein Glücksfall: Da kann ein Opernhaus völlig neu beginnen, in einem neuen Theater, ohne Rücksicht auf *eingefahrene Traditionen, die so oft* nur Schlamperei bedeuten, und also mit allen Chancen, die Fehler zu vermeiden, an denen etwa der deutsche Opernbetrieb so schwer krankt. Als da wären der schwerfällige Repertoirebetrieb, die Unlust zu Koproduktionen, vor allem aber die gedankenlose Fixierung auf drei Dutzend klassischer Meisterwerke. Hinzu kommt ein nicht ungesunder Legitimationsdruck, denn der Bau des Amsterdamer „Muziektheaters" war ja nicht *unumstritten, die „Nederlandse Ope*ra-Stichting" hat alles andere als Staatsopernstatus: Sie muß durch *überzeugende künstlerische* Resultate ihr Dasein täglich rechtfertigen.

Das scheint unter dem Intendanten *Jan van Vlijmen nicht* schlecht zu gehen; immerhin hat man bereits in der ersten Spielzeit Platz für Spielplanraritäten wie Busonis „Doktor Faust", „Meister Pedros Puppenspiel" von Manuel de Falla und nun Alexander Zemlinskys „Kreidekreis", in der Regie und Ausstattung von Herbert Wernicke, eine Übernahme aus der Hamburgischen Staatsoper, wo die Aufführung 1983 Premiere hatte.

Wernicke hat bei dieser Neueinstudierung so gut wie nichts geändert; die Einwände gegen die Aufführung gelten noch immer. Wo eine Parabel aus märchenhafter chinesischer Zeit gemeint ist, sehen wir ein Zeitstück aus der Weimarer Republik mit Inflationsgewinnlern und heraufziehendem Faschismus. Die Realität, die Zemlinsky in sein Kunstwerk verpackte, wird wieder rüde hervorgezerrt, mag die Form auch darüber zu Bruch gehen.

Man ahnt, was Wernicke zu diesem szenischen Gewaltakt verführt hat: Zemlinskys Musik gerät hier oft genug in die Nähe von Weills kurzen, prägnanten Nummern, auch wenn sie *nie die Schärfe seiner Songspiele* erreicht, die Szenen auf feine lyrische Art prägnant abgetönt sind. Aber die*se Kurzatmigkeit durch eine Regie in* Stationen zu unterstreichen, ist kein Liebesdienst an Zemlinsky.

Den leisten in Amsterdam die Sänger. Die Qualität des Ensembles unter dem Dirigenten Stefan Soltesz verblüfft. Es wird textverständlich (deutsch) gesungen, vorbildlich in Musikalität und Deklamation, wie es sonst heute nur in England Usus ist. Eine beglückende Folge der musikalischen Erziehung durch die noch intakte Kirchenmusikszene in Holland.

REINHARD BEUTH

Weitere Vorstellungen: 27. und 30. Nov., 3. Dez.; Karten: 003120/5518922

Film nach Klaus Mann: „Flucht in den Norden"

Kulleräugige Schwermut

Einst war sie das Hätschelkind hiesiger Jungfilmer, die diskret langweilende Literaturverfilmung. Schließlich wußte ja jeder, daß die *Fördergremien ihre Prämiengießkan*ne bevorzugt über solchen Drehbüchern schwenkten, die so prominente Paten wie Goethe oder Proust vorweisen konnten. Inzwischen freilich schien dieses Genre von der Leinwand verbannt, bis es auf der letzten *Berlinale traurige Urständ feierte.*

Stilvoll exekutiertes Opfer ist dabei Klaus Manns Exilroman „Flucht in den Norden", der zum erstenmal 1934 in Amsterdam erschien. Ein ebenso schlichtes wie packendes, poetisches wie politisches Buch, dessen Hand*lungslinien die Regisseurin Ingemo* Engström denn auch artig folgt. Auch bei ihr also flieht die kommunistische Widerstandskämpferin Johanna 1933 vor Hitlers Schergen nach Finnland, wo der Terror der Nazis nur als fernes Echo zu vernehmen ist. In einer Gutsherrenidylle findet *sie Unterschlupf,* vergißt für kurze Zeit Pamphlete und Untergrundaktionen, weil sie der großen Liebe ihres Lebens begegnet. Wenn dieser Ragnar allerdings erstmals auftritt, traut man seinen Augen kaum. Aus dem sympathisch-täppischen Kraftkerl der Vorlage ist hier ein glatter Schönling geworden, der jeder Werbekampagne für Herrenparfüm zum Triumph verhelfen dürfte.

Überhaupt nimmt es die in Finnland geborene Regisseurin mit der Werktreue nur in den *Dialogen* einigermaßen genau. Denn während Klaus Mann die Melancholie graziös *in diesen Zweikampf zwischen* Pflicht und Liebe tänzeln läßt, stimmt dieser Film die Geschichte recht aufdringlich auf Moll. Also Tristesse in jedem Bild, Wehmut in jedem Blick und bange Ahnungen in jedem brav aufgesagten Satz.

Obwohl der Autor seine Liebenden energisch der Entscheidung am Eismeer entgegendrängt, scheint die Regisseurin ausgerechnet an diesem novellistisch-knappen Werk beweisen zu wollen, daß Literatur eine ebenso ernste wie langwierige Sache sei. So verordnet ihre sämige Elegie der Kamera strengste Bewegungsarmut und erlaubt hauptsächlich starre Stimmungsbilder der grandiosen Seenlandschaft. Gewiß, manche dieser Tableaus sind zum Rahmen schön, doch *sollten sich Filme doch zumindest ge*ringfügig von gehobenen Nordland-Kalendern unterscheiden.

Hier jedenfalls verblassen die frischen Farben der Vorlage zu dekorativen Stilleben, die überdies mit getragener Musik unterfüttert werden. Wenn ein derart kunstgewerblicher Stilwille über die Unverwechselbarkeit der Vorlage triumphiert, bleibt auch den Darstellern keine Chance. Arme Katharina Thalbach! Mag sie auch mit kulleräugiger Schwermut zwischen Gefühl und Gewissen taumeln, so bleibt ihr mimischer Kraftakt doch verlorene Liebesmüh. Letztlich schien es Ingemo Engström denn auch weniger um eine angemessene Verfilmung, als um eine blutleere Bebilderung jenes Buchs zu gehen, das fürwahr eine gelenkigere Regiehand verdient gehabt hätte.

Selbst die anstonsten zu Recht gescholtene Berlinale-Jury ließ sich *nicht täuschen* und diesen prätentiösen Bilderbogen glücklicherweise leer ausgehen. HARTMUT WILMES



Szene mit K. Thalbach und J.-P. Pola aus „Flucht in den Norden"
FOTO: DIE WELT

Sensibler Kunstmagist: Julius Bissier in Freiburg

Keusche Scheu vor Farbe

Irgendwo in der verwinkelten Freiburger Altstadt, einen Steinwurf entfernt vom ehrwürdigen Augustinermuseum, in dem sich derzeit Bil*der aus dem Spätwerk von Julius Bis*sier befinden, muß der Künstler, Sohn dieser Stadt, gewohnt haben.

Die Eingemeindung des in engere Bedeutungsbezirke vorrückenden sensiblen Kunstmagisten, der sich von einer mystisch-sachlichen Malerei Anfang der 30er Jahre zu einer lyrischen Abstraktion bekehren ließ, vollzog sich zäh und auf vielen Umwegen. Der Freiburger Kunstverein feierte 1958 Bissiers 65. Geburtstag mit einer Ausstellung, deren Resonanz aber gering blieb. Bezeichnenderweise kam der wirkliche Durchbruch erst durch Werner Schmalenbachs in der hannoverschen Kestnergesellschaft initiierten Retrospektive, die im selben Jahr stattfand.

In Freiburg begann man erst Anfang der 60er Jahre – dann allerdings mit großem Einsatz –, Arbeiten von Bissier zu sammeln. Die Freiburger sammelten gewissenhaft, auch das teilweise von dräuender Mystik überquellende Frühwerk, und das, was sich landläufig unter dem Begriff „Neue Sachlichkeit" verbirgt, aber auch alle weiteren formauflösenden Tendenzen bis zu seinem Tode 1965.

Vom Basler Kunsthistoriker Bachofen übernahm Bissier die ostasiatischen „Ursymbole", nachdem er schon Ende der 20er Jahre mit der Abstraktion und freier Tuschemalerei experimentiert hatte. Die „japoniden" Schriftzeichen werden mit einer *eigenständigen Nomenklatur* verschmolzen. Formen von Willi Baumeister bereichern das Ausdrucksvokabular. Das Prinzip der Dualität beginnt jetzt, bildbestimmend zu werden, eine Harmonie, die Zeichen um Zeichen und die den Gegenstand analytisch zusammensetzt. Ausgelotet werden die Grenzen von psychischem Automatismus und kalkuliert gesetzter Manifestation. Die Loslösung von der Natur und Kunst trennenden Tuschemalerei beginnt Ende der 30er Jahre mit der Übersiedlung von Freiburg in das stille Hagnau am Bodensee.

Er, der die Farbe wie der Teufel das Weihwasser fürchtet und als „Verführerin" bezeichnet, eine fast keusche Scheu vor ihr empfindet und ihr bis *dahin mönchisch enthaltsam* begegnete, gelangt über die Verwendung der Monotypie zu einem ersten Schritt zu neuer Farbigkeit (1946-47). Über das leichtflüssige Aquarell entwickelte Bissier dann die aus Leinwandresten auf Keilrahmen gezogenen „Miniaturen", die ihm 1955 ein letztes Meisterstück bescherten.

Die Freiburger Ausstellung zeigt neben den bereits in Stuttgart ausgestellten Werken seltene Arbeiten aus den Beständen des Augustinermuseums und einige frühe Keramiken, die das Museum neu erworben hat. Privater Besitz und Museumsbestand halten sich die Waage. Die changierenden Grau- und Ocker-Töne, durchsichtig den Malgrund wie eine zusätzliche Lasur miteinbeziehend, strafen bei den „Miniaturen" und der subtil *aufgetragenen Ei-Öl-Tempera* den Stuttgarter Katalog Lügen. Mit zarten Verwischungen zaubert Bissier aus der Fläche bauchige, tonige Gefäße mit lustigen Henkeln und farbstimmigen Attrappen, angereichert mit kalligraphischen Schriftzeichen und dem Einbezug des gleichfalls „schön" (kallein) geschriebenen Namenszugs.

Eine Besonderheit dieser Schau ist auch lokalbedingt: die Freundschaft des Künstlers zu dem im nahen Kandern im Schwarzwald ansässigen Ke*ramik-Guru* Richard Bampi. Ein „Töpferbild s. lb. Bampi" (1941) gewidmet, legt davon Zeugnis ab. Die Tuschezeichnung ist das eigentliche Meisterwerk dieser konzisen Bissier-Übersicht – aus der Spätphase. Es zeigt zwei krugähnliche, scheinbar schwebende Gefäße. Das größere schwebt aufrecht, empfangend, was das kleinere, in Schräglage darüber befindliche Gefäß, hineinschütten möge. Die Symbolhaftigkeit von Yin und Yang aus dem Zen, aber auch das griechische „Alles fließt" zentrieren sich hier zu einem Geist von zauberhafter Heiterkeit und in sich gekehrter Weisheit. (Bis 14. 12. 86; Katalog 30 Mark)

CHRISTIAN VON KAGENECK

JOURNAL

Für Vollendung des Berliner Kulturforums

E.N. Bonn

Mit einem Colloquium über die geisteswissenschaftliche Bedeutung der Bauten Hans Scharouns will die CDU-Bundestagsabgeordnete und Heidelberger Germanistik-Professorin Roswitha Wisniewski in die heftige Auseinandersetzung um die geplante Abkehr von der erst teilweise verwirklichten Scharoun-Konzeption des Berliner Kulturforums eingreifen. Die hochschulpolitische Expertin ihrer Fraktion erklärte dazu in Bonn, dieses Forum sei „ein unverzichtbares Zeugnis deutscher Zeitgeschichte aus den Jahren 1945".

Protest gegen geplante Bonner Gedenkstätte

dpa. Berlin

Das Plenum der Herbstmitgliederversammlung der Akademie der Künste in Berlin hat gegen die geplante Errichtung einer „nationalen Gedenkstätte" in Bonn protestiert. Der bisherige Verlauf der Diskussion lasse erkennen, „daß es sich hier um eine vorsätzliche Geschichtsfälschung handelt", heißt es in einer Resolution. „Der Täter und Opfer darf nicht auf gleiche Weise gedacht werden."

Kölner Rundfunkchor gastiert in Israel

pg. Tel Aviv

Zu einem zehntägigen Gastspiel ist der WDR-Chor aus Köln mit seinem Dirigenten Herbert Schernus nach Israel gekommen. Er wirkt in *sechs Aufführungen von Hector* Berlioz' Requiem mit, das Gary Bertini mit dem Israel Philharmonic Orchestra und zwei israelischen Chören in Tel Aviv und Jerusalem dirigiert. Im Alternativprogramm der Philharmoniker leitet in Haifa und *Tel Aviv Krzysztof Penderecki* mit dem nationalen philharmonischen Chor aus Warschau Aufführungen seines „Polnischen Requiems".

Eine Lesung der großen, alten Männer

egs München

Unter dem Titel „Europa, literarisch I" beginnt morgen mit Georgio Bassani (Italien) die Bayerische Akademie der schönen Künste in München eine Lesereihe „der großen alten Männer" der europäischen Literatur. Aus ihren Werken lesen an weiteren Abenden Stephen Spender (England, 28. 11.), Johannes Edfelt (Schweden, 3. 12.), Wladimir Wolkowitsch (Sowjetunion, 5. 12.) und Julien Green (Frankreich, 8. 12.).

„Chips" bei Karlsruher Musik auf dem 49ten

DW. Karlsruhe

Die diesjährige „Musik auf dem 49ten" in Karlsruhe, die vom „ensemble 13" unter Manfred Reichert veranstaltet wird und noch bis zum 29. November dauert, ist dem Thema „Chips – Musik und Technik" gewidmet. Mit Konzerten, Vorträgen und Workshops sollen die Möglichkeiten computergesteuerter Musikproduktion ebenso untersucht werden wie die durch die neuen Medien und elektronischen Instrumente veränderten Aufnahmegewohnheiten des Publikums.

Reiche Kriegsbeute oder: Wem gehören die Bücher?

dpa. Heidelberg

Auf ungewöhnliche Weise will der Zweibrücker *Notar Karl* Bertzel die Rückgabe der Bände der berühmten „Bibliotheca Palatina" an den Vatikan verhindern, die derzeit als Leihgabe des Kirchenstaates in Heidelberg zur 600-Jahr-Feier der Universität gezeigt werden. Bertzel behauptet in einem Schreiben an den Heidelberger Polizeipräsidenten, die für Ende November geplante Rückgabe der Bibliothek sei widerrechtlich. Da die Bände immer noch zum Besitz der Universität zählten, komme die Rückgabe einer „Unterschlagung" gleich. Bertzel glaubt, daß sich an der Eigentumslage der Buchbestände, die nach der Eroberung Heidelbergs durch die Katholische Liga im Jahre 1622 vom päpstlichen Beauftragten Allacci nach Rom gebracht wurden, nichts geändert habe. Nach wie vor gehörten die Bücher der Heidelberger Universität und dem Land Baden-Württemberg als Rechtsnachfolger der damaligen Kurpfalz.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Wer sich durch das kitschige Cover nicht abschrecken läßt, sollte die unterhaltsam geschriebene Biographie über Rock Hudson (es ist keine Autobiographie, wie die Aufmachung suggeriert) nicht versäu*men. Diese Lebensbeschreibung ei*nes großen Filmstars bricht mit zahlreichen Tabus und räumt mit einem *falschen Image* auf, das sicherlich die romantischen Illusionen einiger Fans zerstört. JoTo

Rock Hudson unter Mitarbeit von Sara Davidson: „Mein Leben", Goldmann, 326 S., 12,80 Mark.

Gastronomie im Jahr 2000: frisch, fettarm, exotisch

URSULA POSNY, **Düsseldorf**

Nicht nur die Liebe, auch die Gesundheit geht durch den Magen. Noch hält zwar die Vorliebe zum „schnellen Imbiß-Happen zwischendurch" an, aber immer mehr setzt sich der Trend zur feinen Zunge in der Gastronomie durch. Frisch, abwechslungsreich, fettarm und exotisch – so stellen sich Wirtschaftsforscher die Angebote auf der Speisekarte an der Jahrhundertwende vor.

Nach einer „prognos"-Studie, die der Landesverband des Gaststätten- und Hotelgewerbes Nordrhein-Westfalen anläßlich der „hogatec" – der Fachmesse Hotellerie, Gastronomie, Gemeinschaftsverpflegung – präsentierte, diktiert der anspruchsvolle, gesundheitsbewußte Gast den kulinarischen Wandel. Die Portionen werden kleiner, die Auswahl auf dem Teller größer. Vitamin- und Mineralstoffreiches ist gefragt, frisches Gemüse statt großer Fleischportionen. Vegetarisches und Vollwertkost. Voll im Trend liegen knackige Salate; die Pellkartoffel wird die Pommes frites verdrängen. Dabei geht es nicht nur um modisch schmale Taillen und schlanke Hüften, sondern vor allem um bewußtes Essen bei Bluthochdruck, Arthritis und anderen Gesundheitsstörungen. Das Spiegelei als Allerwelts-Schonkost hat dann sicherlich ausgedient.

Steigende Qualitätsansprüche stelle der Gast von morgen nicht nur an Erste-Klasse-Restaurants, heißt es in der Studie „Gastro 2000", sondern auch an die Schankwirtschaft und das Speiselokal in seinem Viertel, aber ebenso an Gemeinschaftsverpflegungen in der Kantine, in der Mensa und im Krankenhaus.

In der gastronomischen Küche des Jahres 2000 benutzen die Köche schonende Umluftdämpfer statt der Mikrowelle, braten und brutzeln ihre Delikatessen möglichst vor den Augen der Gäste oder schicken zumindest das mobile Büffet in den Gastraum. Und dort steht nicht nur das Kulinarische, sondern auch die Kommunikation im Mittelpunkt. Die Singles, zahlenmäßig immer stärker, fühlen sich besonders dort wohl, wo sie ein aufmunterndes Lächeln am Nebentisch finden.

Dabei wird der Kampf in der Gastronomie zunehmend härter. Sieger wird sein, wer auf Kreativität und eigenes Profil setzt – und auf High Technology. Denn der fortschrittliche Restaurantbesitzer kann vermutlich schon in drei Jahren mit Mikrochips ermitteln, ob seine Fleisch- und Fischvorräte noch frisch sind. Und mit der Wichtigkeit von Erkenntnissen aus Physik und Chemie wird der Beruf des Gastro-Hygienikers in die Profi-Küchen einziehen.

Mit einem verrosteten Ford T begann es 1944: Damals entschloß sich Ghislain Mahy, Oldtimer zu sammeln. Was er im Laufe der Jahre zusammentrug, bildete den Grundstock der Ausstellung im Brüsseler „Parc du Cinquantenaire". Hier steht ein Dreirad mit Riemenantrieb von *1896* neben einem Rolls von 1926 – das „Who's who" des Automobilbaus präsentiert liebevoll gepflegte Kostbarkeiten auf Rädern.



Kettchen am Kotflügel und ein Käfer, der schwimmt

HELMUT HETZEL, **Brüssel**

Sie stehen da wie aus dem Ei gepellt, mit Liebe renoviert und aufpoliert. Der Lack ist noch lange nicht ab – im Gegenteil, er glänzt. Selbst die Kotflügel sind staubfrei, die Fensterscheiben bieten immer noch freie Sicht. Gegensätze stehen Rad an Rad: hier der Kleinstwagen, ein von Leon Boelee 1896 entworfenes Fahrzeug mit einem Zylinder und 640 Kubikzentimetern, das die Bezeichnung Auto vom heutigen Stand der Technik aus kaum noch verdient. Es wäre mit der Bezeichnung „zweisitziges Dreirad mit Riemenantrieb" wohl treffender beschrieben.

Daneben ein blitzblanker Rolls-Royce aus den Goldenen Zwanzigern: Baujahr 1926, 50 PS, Sechszylinder-Motor, 7668 Kubikzentimeter. Die Kühlerfigur schaut in die Brüsseler Ausstellungshalle, als wollte sie sagen: „Hier zeigen wir Ihnen die Geschichte des Automobilbaus".

In der Tat, im „Parc du Cinquantenaire" (dem Jubelpark), in einem Gebäude, das inmitten einer reizvollen Gartenanlage 15 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche bietet, schlägt seit kurzem das Herz eines jeden echten Automobil-Liebhabers schneller.

Die Ausstellung ist hervorgegangen aus der Privatsammlung des Genter Autofanatikers Ghislain Mahy. Ein verrostetes Ford-T-Modell war 1944 das erste Exemplar seiner Sammlung, die in der heutigen Form *in einer Reihe steht mit Automobil*museen wie denen von Daimler-Benz und Porsche in Stuttgart, dem Schlumpf-Museum in Mülhausen oder der Henry-Ford-Ausstellung in Dearborn bei Detroit.

In Brüssel ist die gesamte Entwicklung des europäischen und teilweise auch des amerikanischen Automobilbaus von 1897 bis heute nachzuvollziehen. Der Besucher kann entdecken, mit welcher Liebe und Zuneigung zum Detail man bereits in den Gründerjahren der Automobilgeschichte zu Werke ging – beispielsweise an einem Prunel, Baujahr *1900*. Das einzylindrige Fahrzeug mit 498 Kubikzentimetern hat an den Innenseiten der Kotflügel herunterhängende kleine Kettchen, die beim Fahren exakt über das Profil des Reifens gleiten. Diese Konstruktion – von dem Franzosen Prunel erfunden – sollte dazu dienen, Nägel, die beim Fahren eventuell im Reifenprofil eingedrungen wären, zu entfernen.

„Auto World" zeigt aber auch Modelle, die nicht nur Autogeschichte schrieben, sondern selbst geschichtsträchtig sind. Der schwarze Cadillac des Baujahres 1956 stammt aus dem Fuhrpark der amerikanischen Präsidenten und gehörte zur Wagenkolonne, die John F. Kennedy am 22. November 1963 in Dallas begleitete, als *die tödlichen Schüsse auf den Präsi*denten abgefeuert wurden. Geschichtsträchtig ist sicher auch das letzte Opel-Modell, das 1928 noch unter alleiniger deutscher Regie gebaut wurde, bevor die Amerikaner das Rüsselsheimer Unternehmen aufkauften. „Der Einfluß von General Motors ist bei diesem Modell bereits an den zylinderförmigen Scheinwerfern zu erkennen", steht auf der Vita dieses Modells. Die Angaben zu den *einzelnen Ausstellungsstücken sind* in vier Sprachen – Englisch, Französisch, Niederländisch und Deutsch – abgefaßt und so bestens auf das internationale Publikum zugeschnitten.

Klar, daß hier auch die Spitzenmodelle aus den verschiedenen Epochen des Automobilbaus aller namhaften europäischen Hersteller zu sehen sind. Beispielsweise ein Alfa Romeo RLSS, Baujahr 1925, ein Austin Swallow des Jahres 1931 oder ein Benz aus den Pionierzeiten des Jahres 1915 – jener Benz übrigens, der als Karpaten-Sieger in die Geschichte einging und den Modellen aus der schwäbischen Autoschmiede weltweit den Ruhm bescherte, nämlich „robust und schnell" zugleich zu sein.

Hier lag der Ursprung der „Auto World": Ghislain Mahy in seiner Werkstatt FOTOS: GAMMA

BMW glänzt mit einem Sechszylinder Baujahr 1940. Dieses Modell brachte es auf eine für damalige Verhältnisse sagenhafte Höchstgeschwindigkeit von 115 Stundenkilometern. Das Alphabet der klingenden Namen ließe sich mü*helos als „Who's who" im Automobil*bau fortsetzen: ein Daimler vom Typ TS 6.30, Baujahr 1922 ist unter anderem zu sehen, ein Fiat 14 PK, Typ 521 von 1929. Ford-T-Modelle von 1911, 1919, 1921 und 1927 stehen in der Halle, unter den Mercedes-Benz-Schätzchen ist der 370 S Mannheim Sport, Baujahr 1933, sogar ein Moskwitsch-Modell 400 aus dem Jahr 1951 wartet auf Bewunderer.

Wolfsburg ist natürlich mit dem Käfer vertreten. Aber auch eine andere VW-Rarität gehört zu den jetzt stillstehenden Exponaten: ein VW *Typ 166 aus dem Jahre 1943*, eines der ersten Amphibienfahrzeuge, das je gebaut wurde und es im Wasser sogar damals schon auf eine Höchstgeschwindigkeit von sieben Stundenkilometern brachte.

Das Brüsseler Zentrum der Automobilgeschichte rechnet bei diesen aufpolierten Attraktionen auf Rädern jährlich mit mehr als einer halben Million Besucher. „Wir sind mächtig stolz, daß wir diese einmalige Sammlung hier in Brüssel nun endlich präsentieren können", sagt die Managerin Luclece van Hamme. In der Tat: Auf diese Ausstellung kann Belgien stolz sein.

Ein Lichtring aus dem All für den Eiffelturm

rtr. **Paris**

Zur Hundertjahrfeier soll der Eiffelturm 1989 vom nächtlichen Firmament aus in Licht gehüllt werden. Ein Projekt-Sprecher sagte, die Europa-Rakete „Ariane" solle rechtzeitig eine Konstruktion von Reflektoren in den Weltraum befördern, die miteinander verbunden einen Lichtring von 24 Kilometer Umfang bilden. Dieser Lichtring soll wegen seiner Umlaufbahn in rund 800 Kilometer Höhe über der Erde auf deren Bewohner mit etwas mehr als Mondgröße herabstrahlen. Die Umlaufzeit des Ringes beträgt dem Sprecher zufolge 90 Minuten und ist für den Betrachter jeweils rund zehn Minuten lang sichtbar. Nach zwei Jahren Himmelsdienst soll sich der Plastik-Trabant durch Verbrennen in der Atmosphäre von selbst wieder auflösen. Das Spektakel wird umgerechnet rund drei Millionen Mark kosten – bei freier Beförderung durch „Ariane".

Gebühr für Bernardino

dpa. **München**

Die Schweiz erhebt vom 1. Januar an auch auf der für Autoreisende nach Italien wichtigen San-Bernardino-Route eine Autobahn-Gebühr. Die Strecke Thusis–Castione einschließlich des 7,5 Kilometer langen San-Bernardino-Tunnels wird vignettenpflichtig. Die gelbe 87er Vignette kostet wie im Vorjahr 30 Franken (37 Mark) und ist vom 1. Dezember 1986 an erhältlich. Sie gilt bis zum bis 31. Januar 1988. Die jetzt gültige rote Vignette kann noch bis zum 31. Januar 1987 benutzt werden.

Ermäßigung für Gehörlose

AP. **München**

Vom Januar nächsten Jahres an können auch Gehörlose eine 50prozentige Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer beantragen. Voraussetzung für die Begünstigung ist allerdings, daß das Fahrzeug auf den Namen des Behinderten zugelassen ist.

Frachter wird geborgen

dpa. **Dublin**

Der vor der südirischen Küste gestrandete Eisenerzfrachter wird in haushoher See mit Spezialschleppern geborgen. Das 54 000-Tonnen-Schiff „Kowloon Bridge" aus Hongkong war nach einem Ruderbruch von der *Mannschaft* verlassen worden *und* dann auf Felsen aufgelaufen. Die irische Regierung befürchtet eine Umweltschutz-Katastrophe, falls größere Mengen der 2000 Tonnen Dieseltreibstoff auslaufen sollten. Ein Teil des Treibstoffs ist durch ein Leck bereits in die See gelangt.

„Rififi" in Berlin

hrk. **Berlin**

Sie kommen über den Dachboden und stemmen die Wohnungsdecke darunter auf: Mit Schmuck, Bargeld und Schecks im Wert von einer Viertelmillion Mark machten sich Einbrecher aus dem Staub, die seit Oktober in 14 Fällen in Berlin nach dieser Rififi-Methode arbeiten. Vermutlich geben sich die Gangster als Handwerker aus.

Rentiere in den Alpen

AFP. **Grenoble**

30 Rentiere aus Finnland sind im Ecrins-Massiv in den französischen Alpen ausgesetzt worden. Mit dieser Maßnahme soll verhindert werden, daß die landwirtschaftlichen Nutzflächen weiter veröden. Die Tiere könnten außerdem für Schlittengespanne benutzt werden. Auch an eine Aufzucht zur Fleischproduktion ist gedacht.

Herrenloser Kokain-Koffer

AP. **Genf**

In einem nicht abgeholten Koffer aus Lima haben Zöllner auf dem Genfer Flughafen knapp 21 Kilogramm reinen Kokains mit einem Schwarzmarktwert von umgerechnet rund 4,8 Millionen Mark entdeckt. Das Rauschgift war in Geschenkpapier verpackt. Die Polizei nimmt an, daß ein Drogenhändler den abgestellten Koffer abholen sollte, es aber mit der Angst zu tun bekam.

139 Tage Hand aufs Auto gelegt

AFP. **Mount Vernon**

Ein Wettbewerb „Hand aufs Auto" zum Gewinn einer Limousine ist in der amerikanischen Stadt Mount Vernon im Bundesstaat Illinois nach viereinhalb Monaten abgebrochen worden. Um in den Besitz eines 9100 Dollar teuren weißen Buick Skyhawk zu kommen, legten die 23jährige Kim Hulbert und der 24jährige Brad Neador 139 Tage lang eine Hand auf den Hauptgewinn. 14 Stunden täglich harrten sie gegen jede Witterung aus. Sie mußten aufrecht stehen und durften sich nicht an den Wagen anlehnen. Die Hand durfte gewechselt werden. Am Montag abend gaben sie auf und teilten die Wertsumme. Kim Hulbert hatte während des Wettbewerbs ihre Arbeitsstelle verloren.

Student wurde als Betrüger entlarvt

AP. **Bonn**

Durch die Aufmerksamkeit einer Bankangestellten ist einem 24jährigen Betrüger, der an der Bonner Universität Volkswirtschaft studiert, das Handwerk gelegt worden. Der Mann hatte mit einer fingierten Kleinanzeige „Botschaftsfahrer" gesucht und war so an die Ausweispapiere der Bewerber gelangt. Mit diesen Dokumenten erhielt er aus einem Bonner Autoverleih Wagen der Luxusklasse, mit gefälschten Gutschriften überwies er Geld auf sein eigenes Konto. Einer Bankangestellten fiel schließlich eine gefälschte Unterschrift auf. Die Polizei nahm den Mann fest, als er den Kontostand erfragen wollte. Der Schaden beträgt eine Viertelmillion Mark.

Wieder Überfall auf Touristen

AFP. **Salon-de-Provence**

24 Stunden nach der Ermordung eines 15jährigen Mädchens bei Istres haben motorisierte Straßenräuber in der Nacht zum Dienstag bei Salon-de-Provence in Südfrankreich ein Auto mit drei schwedischen Touristen gestoppt. Nach Angaben der Polizei ließ sich die bewaffnete vierköpfige Bande Bargeld und Wertsachen aushändigen und ergriff die Flucht.

Derartige Überfälle werden seit Jahren aus den südfranzösischen Departements Gard, Vaucluse und Bouches-du-Rhône gemeldet. Insgesamt zählte die Polizei seit Juni 1985 28 Überfälle in Vaucluse und im Norden der Bouches-du-Rhône. Trotz scharfer Kontrollen wurden die Täter nie gefaßt.

WETTER: Regnerisch

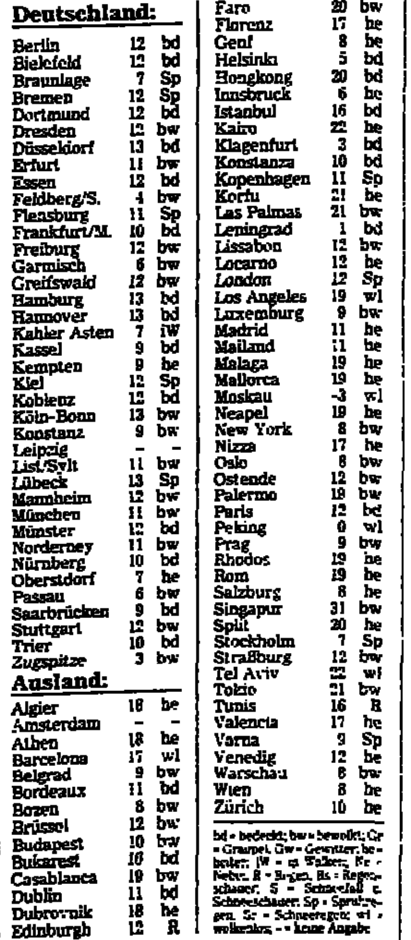
Lage: Ein Tiefausläufer überquert Deutschland von Westen her und führt dabei etwas kühlere Meeresluft heran.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden stark bewölkt und zeitweise Regen, am Nachmittag in Schauer übergehend. Temperaturen 10 bis 12, nachts 6 bis 3 Grad. Im Süden am Morgen neblig-trüb, im Tagesverlauf *zunehmende Bewölkung und in der* zweiten Tageshälfte einsetzender leichter Regen. Temperaturen 8 bis 10, nachts um 3 Grad.

Weitere Aussichten: Im Südosten zunächst noch Regen, dann aber wie im übrigen Deutschland überwiegend niederschlagsfrei, in Süddeutschland Bodenfrostgefahr.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.58 Uhr*, Untergang: 16.21 Uhr; **Mondaufgang:** 2.08 Uhr, Untergang: 14.18 Uhr (* MEZ; *zentraler Ort Kassel).*

Vorhersagekarte für den 26. Nov., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	12	bd
Bielefeld	12	bd
Braunlage	7	Sp
Bremen	12	Sp
Dortmund	12	bd
Dresden	12	bw
Düsseldorf	13	bd
Erfurt	11	bw
Essen	12	bd
Feldberg/S.	4	bw
Flensburg	11	Sp
Frankfurt/M.	10	bd
Freiburg	12	bw
Garmisch	6	bw
Greifswald	12	bw
Hamburg	13	bd
Hannover	13	bd
Kahler Asten	7	iW
Kassel	9	bd
Kempten	9	he
Kiel	12	Sp
Koblenz	12	bd
Köln-Bonn	13	bw
Konstanz	9	bw
Leipzig	–	–
List/Sylt	11	bw
Lübeck	13	Sp
Mannheim	12	bw
München	11	bw
Münster	12	bd
Norderney	11	bw
Nürnberg	10	bd
Oberstdorf	7	he
Passau	6	bw
Saarbrücken	9	bd
Stuttgart	12	bw
Trier	10	bd
Zugspitze	3	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	18	be
Amsterdam	–	–
Athen	18	be
Barcelona	17	wl
Belgrad	9	bw
Bordeaux	11	bd
Bozen	8	bw
Brüssel	12	bw
Budapest	10	bw
Bukarest	10	bd
Casablanca	19	bw
Dublin	11	bd
Dubrovnik	18	he
Edinburgh	12	R
Faro	20	bw
Florenz	17	he
Genf	8	be
Helsinki	5	bd
Hongkong	20	bd
Innsbruck	6	he
Istanbul	16	bd
Kairo	22	he
Klagenfurt	3	bd
Konstanza	10	bd
Kopenhagen	11	Sp
Korfu	21	he
Las Palmas	21	bw
Leningrad	1	bd
Lissabon	12	bw
Locarno	12	he
London	12	Sp
Los Angeles	19	wl
Luxemburg	9	bw
Madrid	11	he
Mailand	11	he
Malaga	19	he
Mallorca	19	he
Moskau	-3	wl
Neapel	19	he
New York	8	bw
Nizza	17	he
Oslo	8	bw
Ostende	12	bw
Palermo	19	bw
Paris	12	bd
Peking	0	wl
Prag	9	bw
Rhodos	19	he
Rom	19	he
Salzburg	8	he
Singapur	31	bw
Split	20	he
Stockholm	7	Sp
Straßburg	12	bw
Tel Aviv	22	wl
Tokio	21	bw
Tunis	16	R
Valencia	17	he
Varna	9	Sp
Venedig	12	he
Warschau	8	bw
Wien	8	he
Zürich	10	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Die Suppe wird jetzt vor dem Richter ausgelöffelt

E. REVERMANN, **Hannover**

Handfeste Keilerei beim Gastronomenball, nach der Schlacht am kalten Buffet ausgeschlagene Zähne und Knochenbrüche. Dies alles bliebe eine Provinzposse, wären die Hauptakteure in dem Prozeß um eine handfeste Keilerei im Januar 1985 in Hannover nicht so schillernde Figuren aus dem Sport und aus der Halbwelt.

Als Angeklagte vor dem Schöffengericht Hannover stehen seit Montag Horst Freise (52), selbsternannter „Automatenkönig" in Norddeutschland und ehemals Sponsor der Fußballamateure von Arminia Hannover, sowie seine beiden Söhne.

Opfer und Nebenkläger mit gleich drei Anwälten (darunter auch der *Staradvokat Rolf Bossi) sind der Vi*zepräsident vom Zweitliga-Klub Hannover 96 und Rasthausbesitzer Werner Bock (52) sowie seine 48jährige Frau Trutz.

Allzu gerne läßt sich Horst Freise als „Chef von mehr als einhundert Automaten-Spielhallen" feiern. Er posiert für Fotografen vor seiner Mercedes-Flotte. Seine Villa am Stadtrand von Hannover gleicht mit elektronischem Überwachungssystem und Leibwächtern einer Festung. Seinen Reitstall mit 16 Pferden will er geerbt haben („Die vermehren sich von alleine"). Der gelernte Konditor war mal Amateurboxmeister, hatte Box-Beau René Weller unter Vertrag und war auch Präsident des niedersächsischen Amateur-Boxverbandes, bevor sein heutiger Erzfeind und jetziges Wirteball-Opfer Werner Bock diesen Posten übernahm.

Bei Gerichtsterminen pflegt Freise nicht selten Geldbündel aus der Tasche zu ziehen. Und nicht nur in Hannover glaubt jedermann, Freise sei mehrfacher Millionär. Dem Gericht allerdings sagt der Automatenkönig unter dem Gelächter der Zuschauer, er verdiene lediglich 4000 Mark; zudem wisse das alles die Steuerfahndung viel besser, die seit drei Jahren bei ihm Stammgast sei.

So richtig zugelangt

Sein Kontrahent Werner Bock gibt sich in der Öffentlichkeit ein klein wenig bescheidener. Er ist Pächter einer Autobahnraststätte nebst Hotel und macht sich ansonsten als Vizepräsident von Hannover 96 für den Profifußball verdient.

Was seit gestern verhandelt wird, geschah vor 22 Monaten beim jährlichen Gastronomenball in Hannover. Trutz Bock, die Ehefrau des Fußball-Vizepräsidenten, hatte am kalten Buffet plötzlich eine Tasse voll Suppe im Gesicht oder vielleicht auch am Kleid – da gehen die Aussagen auseinander. Der Suppentassen-„Attentäter": Automatenkönig Freise. Die Frau wehrte sich, ihr Mann sprang ihr zur Hilfe. Auch die beiden Freise-Söhne griffen ein. Man langte so richtig zu. Wer da mitmischte, wann und wie genau – das alles wird das Schöffengericht in den weiteren Verhandlungstagen ermitteln müssen.

Drei Wochen im Rollstuhl

Auf jeden Fall „flogen die Zähne bei den Bocks" (Aussage eines Freise-Sohnes). Die beiden waren monatelang im Krankenhaus, er selbst mußte drei Wochen mit einem Beckenbeinbruch im Rollstuhl fahren. Freise dazu: Daß er die sich wehrende Frau Bock geschlagen habe, kann er sich nur durch seine weggefallenen Augengläser erklären – „mit Brille wär's ihm nicht passiert".

Werner Bock gab an, daß schon beim Wirteball des Vorjahres Freise ihm gedroht habe, wenn er (Freise) Präsident von Arminia Hannover werde, dann mache er den Profiklub Hannover 96 „tot". Nach der jetzt zur Debatte stehenden Schlägerei, der auch ein verbaler Schlagabtausch vorausgegangen sein muß, soll sich der Automatenkönig und Ex-Boxer damit gebrüstet haben, dies sei sein größter Kampf gewesen. Frau Bock berichtet unter Tränen, wochenlang nach der Schlacht am kalten Buffet habe sie Drohanrufe erhalten und sich nicht aus dem Hause gewagt: Der Freise heuere Männer aus der Unterwelt an, um die Raststätte und das Motel der Bocks in Flammen aufgehen zu lassen.

Hinter dem Prozeß, der unter ungewöhnlich starkem Publikumsandrang begann, stehen auch hohe Geldforderungen. Der Information zufolge, wonach noch am Freitag vergangener Woche jemand „von der Freise-Seite" 300 000 Mark zur Einstellung des Prozesses angeboten habe, wird wenig Bedeutung beigemessen. Bekannt wurde jedoch, daß die Familie Bock eine Zivilklage erwägt; es ist von einer Schmerzensgeldforderung in Höhe einer Viertelmillion Mark die Rede.

Loki Schmidt überreichte Silberpflanzen

HERBERT SCHÜTTE, **Bonn**

Zwischen Kaffernbüffeln und Giraffen im Bonner Museum Alexander *Koenig saßen gestern Menschen*, die sich nicht auf die Erhaltung der Fauna, sondern die Pflege der Flora spezialisiert haben: Loki Schmidt übergab die „Silberpflanze" an Fachleute und Naturfreunde, die sich um die Erhaltung der Wildflora besonders verdient gemacht haben.

Die Schirmherrin der „Stiftung zum Schutze gefährdeter Pflanzen" verkündete auf der gleichen Veranstaltung den Beschluß der Stiftung, als „Blume des Jahres 1987" die Stranddistel auszuwählen. Der Lebensraum dieser Pflanze, so sagte *Loki Schmidt, sei durch die Zahl* der Urlauber immer mehr eingeschränkt: für die im Dünensand wachsende Stranddistel bedeutet das den Grad höchster Gefährdung.

Die von dem Hamburger Industriellen Kurt A. Körber gegründete Stiftung zeichnete gestern zwei Männer und zum ersten Mal eine ganze Familie aus. Forstoberamtsrat Peter Josef Göbel aus Echternacherbrück erhielt den Preis für seine Tätigkeit im Grenzgebiet von Luxemburg zur Eifel. Hier hat er sich – wie Professor Helmut Schönnamsgruber vom Stiftungsvorstand in seiner Laudatio betonte – in intensiver Weise um die Lebensräume gefährdeter Pflanzen gekümmert und im Kreis Bitburg-Prüm die detaillierte Erfassung ihrer Standorte vorgenommen. Göbel ist Mitbegründer des Vereins „Deutsch-luxemburgischer Naturpark". Der zweite Preisträger, Norbert Böcker, hat sich als Leitender Regierungsdirektor in Euskirchen für die Verwirklichung von Naturschutz und Landschaftspflege bei der Flurbereinigung eingesetzt.

Der 59jährige ehemalige Bergbauingenieur Robert Schmidt aus Daaden begeisterte sich so stark für den Naturschutz, daß sich mit ihm auch seine ganze Familie – Ehefrau Johanna und die beiden studierenden Kinder Dieter und Sigrid – engagierte. Im Westerwald hat die Familie Standorte gefährdeter Pflanzen und vom Aussterben bedrohter Tiere erfaßt und mit eigenem hohem finanziellen Aufwand systematisch gepflegt. Dieser Einsatz geschah vor allem im Nistertal zwischen Stein-Wingert und Wissen.

ZU GUTER LETZT

Eine „Fahrschule für zwei" wird gegenwärtig in Leipzig getestet. Praktisch sieht das Modell so aus: Der eine Fahrschüler sitzt wie üblich am Steuer, der andere operiert von der Mitte des Rücksitzes aus. Mit den dort für ihn angebrachten Pedalen, einem Schalthebel und einem Lenkrad absolviert er während der Fahrt Trockenübungen, die vom Fahrlehrer über eine entsprechende Anzeige kontrolliert werden.